

**Kriminalgeographie — Ziele, Methoden
und Anwendung**
Kriminologische und kriminalistische Aspekte

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Rechtsanwalt Roland Redeker
aus
Bremen

Freiburg im Breisgau 1981

Kriminalgeographie — Ziele, Methoden
und Anwendung

Kriminalgeographie und ihre methodischen Aspekte

Digitized by the Internet Archive
in 2026

**Kriminalgeographie — Ziele, Methoden
und Anwendung**
Kriminologische und kriminalistische Aspekte

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Rechtsanwalt Roland Redeker

aus
Bremen

Freiburg im Breisgau 1981



Dekan : Professor Dr. Albrecht Dieckmann

Erstgutachter : Professor Dr. Rüdiger Herren

Zweitgutachter : Professor Dr. Klaus Tiedemann

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Juli 1981

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	<u>Seite</u>
Abkürzungsverzeichnis	V
Vorwort	1
 1. <u>Einführung in die Kriminalgeographie</u>	 3
1.1. <u>Begriff der Kriminalgeographie</u>	3
1.2. <u>Gegenstand und Ziel der Kriminalgeographie</u>	6
1.3. <u>Geschichtliche Entwicklung der Kriminalgeographie</u>	8
1.4. <u>Heutiger Stand der Kriminalgeographie in der Bundesrepublik Deutschland</u>	12
 2. <u>Kriminalgeographie unter kriminologischen Aspekten (theoretische Kriminalgeographie)</u>	 15
2.1. <u>Massenkriminalität als Untersuchungsgegenstand</u>	15
2.2. <u>Die verschiedenen Bereiche bei der Bekämpfung der Massenkriminalität</u>	17
2.2.1. Der Bereich der Gesetzgebung	17
2.2.2. Der Bereich der Polizei	19
2.2.3. Der Bereich der Kriminologie	20
2.3. <u>Methoden der Kriminalgeographie</u>	23
2.3.1. Die statistische Methode	24
2.3.1.1. Die Verurteiltenstatistik	24
2.3.1.2. Die Polizeiliche Kriminalstatistik	26
2.3.2. Die Korrelationsmethode	28
2.3.3. Feldstudien	29
2.3.4. Die biographische Methode	32
2.3.5. Thematische Kartographie	32
2.3.6. Methodenkritik	33

	<u>Seite</u>
2.4. <u>Kriminalgeographische Forschung in Deutschland</u>	37
2.4.1. Ältere Arbeiten und deren Beurteilung aus heutiger Sicht	37
2.4.2. Die neueren Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland	44
2.4.2.1. Opp - Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen	44
2.4.2.2. Hellmer - Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik Deutschland	50
2.4.2.3. Schwind/Ahlborn/Weiß - Empirische Kriminalgeographie (Kriminalitätsatlas Bochum)	58
2.5. <u>Zusammenfassung der kriminalgeographischen Ergebnisse unter kriminologischen Aspekten</u>	62
2.5.1. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und Strafverfolgung	62
2.5.2. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und ethnologischen Gegebenheiten	65
2.5.3. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und natürlicher Umwelt	68
2.5.4. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren	70
2.5.4.1. Bevölkerungsdichte	70
2.5.4.2. Bevölkerungsmobilität	73
2.5.4.3. Stadt-Land-Unterschiede; Urbanisierung	76
2.5.4.4. Wirtschaftliche Lage und Arbeitslosigkeit	79
2.5.4.5. Delinquenzgebiete, Wohnsituation und Bebauungsstruktur	82
2.6. <u>Deutung der bisher gewonnenen Ergebnisse der theoretischen Kriminalgeographie</u>	88
3. <u>Kriminalgeographie unter kriminalistischen Aspekten (angewandte Kriminalgeographie)</u>	97
3.1. <u>Abgrenzung des Begriffs "Kriminalgeographie" innerhalb der Kriminalstrukturlehre</u>	97
3.2. <u>Bisherige Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der angewandten Kriminalgeographie</u>	98

	<u>Seite</u>
3.3. <u>Untersuchungsgegenstand und inhaltliche Umgrenzung der angewandten Kriminalgeographie</u>	101
3.3.1. Erfasste Straftaten	101
3.3.2. Die Größe der Untersuchungsgebiete	104
3.3.3. Einbeziehung der zeitlichen Kriminalitätsverteilung	105
3.3.4. Fragen der Quartierbildung und Wanderungsbewegung von Kriminellen	106
3.4. <u>Die Entwicklung kriminalgeographischer Darstellungstechniken und Erfassungsmethoden</u>	107
3.5. <u>Methoden der angewandten Kriminalgeographie</u>	110
3.5.1. Bestimmung der Bezugsgröße	110
3.5.2. Erfassung der Tatorte	115
3.5.2.1. Deliktsarten nach dem herkömmlichen Verfahren	116
3.5.2.2. Computerkarten	120
3.5.3. Erfassung der Täterwohnsitze	126
3.5.4. Erfassung der Täterdichte und Darstellung der Tätermobilität	127
3.5.5. Erfassung der Tatzeit	133
3.6. <u>Anwendungsmöglichkeiten der Kriminalgeographie in der polizeilichen Praxis</u>	136
3.6.1. Der Bereich der Polizeiorganisation	136
3.6.1.1. Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche von Polizeiführungsdienststellen	137
3.6.1.2. Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche und Standortoptimierung von örtlichen Polizeirevieren	146
3.6.1.3. Berechnung der Polizeistärke	153
3.6.2. Der Bereich des präventiven Polizeieinsatzes	155
3.6.2.1. Prävention durch zielgerichtete Streifenverteilung	157
3.6.2.2. Prävention durch zielgerichteten zeitlichen Streifeneinsatz	162
3.6.3. Der Bereich des repressiven Polizeieinsatzes	167
3.6.4. Der Bereich der Bürgerberatung und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei	171

	<u>Seite</u>
3.7. <u>Effektivität der angewandten Kriminal- geographie</u>	173
4. <u>Zukünftige Möglichkeiten der Kriminalgeographie für die polizeiliche Praxis</u>	181
4.1. <u>Kriminalgeographische Auswertungen mit der Straftaten-/ Straftäterdatei (SSD)</u>	181
4.2. <u>Kriminalgeographische Erkenntnisse als Grundlage einer Kriminalitätsprognose</u>	185
5. <u>Kriminalpolitische Forderungen</u>	190
<u>Literaturverzeichnis</u>	198

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
ArchKrim	Archiv für Kriminologie
Art.	Artikel
ASR	American Sociological Review
Aufl.	Auflage
Bd.	Band, Bände
BKA	Bundeskriminalamt
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
d. h.	das heißt
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
f.	folgend
ff.	folgende
Fußn.	Fußnote
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HwK	Handwörterbuch der Kriminologie
jur. Diss.	juristische Dissertation
Kfz.	Kraftfahrzeug
KKW	Kleines Kriminologisches Wörterbuch
km	Kilometer
KrimGegfr.	Kriminologische Gegenwartsfragen
KrimJ	Kriminologisches Journal
m	Meter
MSchrKrim	Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform (1904/5 - 1936) Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform (1937 - 1944) Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (seit 1953)
m. z. N.	mit zahlreichen Nachweisen
Nr.	Nummer

ÖVD	Öffentliche Verwaltung und Datenverarbeitung
PFA	Polizei - Führungsakademie
qkm	Quadratkilometer
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
S.	Seite
sog.	sogenannte(r)
SSD	Strafdaten-/Straftäterdatei
u.	und
u. a.	und andere, unter anderem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil

Vorwort

Die "Kriminalgeographie" hat in Deutschland bis in die 60-iger hinein trotz einer alten Tradition stets ein Schattendasein geführt. So wurde beispielsweise dem Gebiet der Kriminalgeographie in einem führenden deutschen Kriminologielehrbuch kein Platz eingeräumt, ja der Begriff wurde nicht einmal erwähnt ¹.

Erst die Untersuchungen von Opp² (1968), Herold³ (1968), Hellmer⁴ (1972) und Schwind/Ahlborn/Weiß⁵ (1978) haben in der Bundesrepublik Deutschland der Kriminalgeographie Auftrieb gegeben. Alle diese Autoren stehen in der Tradition von Sieverts⁶ und letztlich von v. Liszt⁷, die bereits frühzeitig die Bedeutung der kriminalgeographischen Forschung für die Kriminalitätsbekämpfung deutlich erkannt haben.

Heute nimmt der kriminalgeographische Ansatz einen hohen Stellenwert bei der Bekämpfung der Kriminalität ein. Dies zeigt sich einmal daran, daß im Zuge der Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung derzeit kaum ein Polizeipräsident noch ohne Karten auskommt, die die Kriminalitätsverteilung in seinem Zuständigkeitsbereich sowohl räumlich als auch zeitlich genau registrieren. Auch im Hochschulbereich sowie in den Medien, z. B. Fernsehen und Zeitung, gewinnt der Begriff Kriminalgeographie zunehmend an Bedeutung.

-
- 1) So bei Göppinger, Kriminologie, 2. Aufl., München 1973. Göppinger erwähnt den Begriff erst ab der 3. Aufl. aus dem Jahre 1976
 - 2) Opp 1968
 - 3) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S.203 ff.
 - 4) Hellmer 1972
 - 5) Schwind/Ahlborn/Weiß 1978
 - 6) Sieverts, MSchrKrim 1935, S. 1 ff.
 - 7) v. Liszt, Festschrift für den 26. Deutschen Juristentag, S. 70 ff.

Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, das weit verzweigte und immer nur bruchstückhaft veröffentlichte Gebiet der Kriminalgeographie einmal zusammenfassend darzustellen. Bei der Weite des Themas und angesichts des Fehlens kriminalgeographischer Gesamtdarstellungen kann die vorliegende Arbeit nur der notwendige Schritt ins Neuland sein und soll auch nur als eine einführende Übersicht verstanden werden. Neben der Darstellung der Methoden und Ziele der Kriminalgeographie will die Arbeit unter anderem die Bedeutung der Kriminalgeographie für eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung beleuchten, und zwar orientiert an der geschichtlichen Entwicklung unter kriminologischen und kriminalistischen Aspekten. Dabei wird nicht nur auf die gegenwärtigen, sondern auch auf die zukünftigen Anwendungsmöglichkeiten der Kriminalgeographie bei der repressiven und präventiven Kriminalitätsbekämpfung eingegangen. Schließlich werden die kriminalpolitischen Forderungen dargelegt, die an die kriminalgeographischen Erkenntnisse, die ja letztlich als Entscheidungs- und Orientierungshilfe der Kriminalpolizei dienen, anknüpfen.

1. Einführung in die Kriminalgeographie

1.1. Begriff der Kriminalgeographie

Der Begriff Kriminalgeographie, auch als Kriminalitätsgeographie oder Kriminalökologie bezeichnet, wird in der Literatur nicht einheitlich verwendet¹.

Für v. Hentig ist Kriminalgeographie "nicht nur Klima, Boden, Landschaft, sie ist Geschichte, Wirtschaftskunde und schließt die Lehre von den Wanderungen ein"². Mergen schränkt diese sehr weitgehende Begriffsbestimmung ein. Seiner Auffassung nach befaßt sich die Kriminalgeographie "mit der räumlichen Verteilung der Kriminalität auf der Welt, in den verschiedenen Völkern und innerhalb dieser Völker"³. Bewußt schließt Mergen dabei wirtschaftliche und kulturelle, sowie historische Aspekte aus. Erstere zählt er zur Kriminalsoziologie, letztere rechnet er der Geschichte der Kriminalität zu. Demgegenüber stellt Albrecht gerade soziologische Gesichtspunkte bei der Begriffsbestimmung in den Vordergrund. So sieht er in der Kriminalgeographie einen Ansatz, "der im Bereich der Soziologie des abweichenden Verhaltens heute keine eigene Theorie darstellt, sondern durch eine bestimmte Art von Daten - nämlich ökologische, d. h. Daten über Stadtbezirke oder andere Gebietseinheiten - und bestimmte methodisch-statistische Probleme gekennzeichnet ist"⁴.

-
- 1) Zu den unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen siehe statt aller Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 5 ff. und Hellmer S. 13 f.
 - 2) v. Hentig, Bd. I, S. 212
 - 3) Mergen S. 270
 - 4) Albrecht, KKW, S. 165

Von den Möglichkeiten der Kriminalgeographie bei der regionalen Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei ausgehend, umfaßt der Begriff Kriminalgeographie für Herold nicht nur die örtliche Verteilung von Tatorten. Vielmehr zählt Herold hierzu den gesamten Problemkreis der örtlichen Struktur der Tatorte als auch der Täterwohnsitze, der gewöhnlichen Aufenthalte und der Mobilität der Täter, bezogen auf einzelne Ballungsräume wie innerhalb großflächiger Gebiete. Herold definiert die Kriminalgeographie als "die Wissenschaft von den Beziehungen, die zwischen der spezifischen Struktur eines Raumes und der in ihm örtlich und zeitlich anfallenden Kriminalität bestehen"¹. Nach seiner Auffassung konzentriert sich die Kriminalgeographie in ihrer Betrachtung auf die strukturelle und funktionelle (und damit auch zeitliche) Besonderheit des Raumes, welche die Kriminalgeographie in Meßwerten und Deskriptoren zu erfassen sucht, um sie sodann zu den Teilen der Kriminalität in Beziehung zu setzen, die vom Raum ausgelöst und angezogen werden. Subjektive Momente wie z. B. Volk, Geschichte, Milieu und andere nicht rational bestimmbare Werte oder weitere soziologische Betrachtungsweisen schließt Herold aus. Er vertritt die Ansicht, daß alles, was an Soziologie bei kriminalgeographischen Untersuchungen gefordert werde, bereits in Struktur und Funktion des Raumes selbst enthalten sei. So seien alle raumsoziologischen und ökonomischen Einflußfaktoren in den Raumdeskriptoren, wie der Büro- und Geschoßflächendichte oder der Schaufensterdichte, eingeschlossen und hätten sich dort selbst vergegenständlicht².

Im Gegensatz zu Herold, der in der Kriminalgeographie

1) Herold, Kriminalistik 1977, S. 290

2) Vgl. Herold, Kriminalistik 1977, S. 291 f. und auch schon früher: Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 203 ff.

vornehmlich eine Zweckwissenschaft zu effizienteren polizeilichen Bekämpfung der Kriminalität in einem bestimmten Raum sieht, versteht Hellmer den Begriff Kriminalgeographie ebenso wie v. Hentig und Mergen mehr im Sinne einer Kriminalitätsverteilungslehre. Hellmer versteht unter Kriminalgeographie eine Wissenschaft von der örtlichen Verteilung der Kriminalität, dem Zusammenhang mit sozialen Faktoren und den Auswirkungen der örtlichen Kriminalitätsbekämpfung¹. Es zeigt sich, daß Hellmer großen Wert auf die regional unterschiedlichen Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen legt, ein Faktor, der bei früheren Arbeiten zur Kriminalgeographie nur wenig berücksichtigt wurde.

Mit Hilfe der Kriminalgeographie sind aber nicht nur die örtliche und zeitliche Verteilung der Kriminalität in einem bestimmten Raum zu untersuchen, sondern alle Bedingungen, die die kriminelle Anziehungskraft eines Raumes erklären können. Hierzu zählen neben soziologischen auch psychologische, kulturelle und wirtschaftliche Besonderheiten des Raumes und der sich in ihm haltenden Bevölkerung. Kriminalgeographie im so verstandenen Sinn kann daher mit Schwind umfassend definiert werden "als ein Zweig der kriminalistisch-kriminologischen Forschung, der Straftaten in ihrer räumlichen und zeitlichen Verteilung erfaßt und ihren Zusammenhang mit soziologischen, psychologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren zu ergründen versucht"².

-
- 1) Hellmer S. 13 und derselbe in: Der Kriminalist 1974, S. 101
 - 2) Schwind u. a., Kriminalistik 1975, S. 241; vgl. auch Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 5

1.2. Gegenstand und Ziel der Kriminalgeographie

Im Gegensatz zu psychologischen und soziologischen Untersuchungen von einzelnen Täterpersönlichkeiten oder ganzen Tätergruppen ist das Objekt kriminalgeographischer Betrachtungen der Raum. Die Größe der Region spielt dabei keine Rolle; so können sowohl einzelne Ballungsräume, wie bestimmte Wohnsiedlungen oder Stadtgebiet, als auch ganze Länder und Erdteile in ihrer kriminellen Erscheinung untersucht werden.

Innerhalb der regionalen Untersuchungen werden Angaben über den Umfang und die Struktur der Kriminalität erarbeitet, so z. B. Daten über die Deliktsdichte, die Deliktsart, den Begehungsort, die Begehungszeit, den Täterwohnsitz usw. Weiterhin sind alle die Kriminalität auslösenden Faktoren des Raumes und die Zusammenhänge mit natürlichen, psychologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten Untersuchungsgegenstand der kriminalgeographischen Forschung. Hierzu zählen z. B. Daten über die Bebauungsstruktur, die Sozialstruktur, die Kommunikationsmöglichkeiten, den wirtschaftlichen Entwicklungsstand, das Bildungsniveau, das Anzeigeverhalten der Bevölkerung usw. Schließlich sind auch alle Daten über die Bekämpfung der Kriminalität in den verschiedenen Regionen Gegenstand der Kriminalgeographie. Damit sind nicht nur die Angaben über die Bekämpfungsmaßnahmen der Strafverfolgungsorgane, wie Polizei- und Gerichtswesen gemeint, sondern ebenso solche über die Maßnahmen der Sozialpolitiker und der Regional- und Stadtplaner. Dazu gehören z. B. Daten über die Polizeidichte, die Aufklärungsquote, die Kriminalitätshäufigkeit, die sozialen Sanierungsmaßnahmen, die öffentliche Beratung usw. Um ein realistisches Bild der Kriminalität innerhalb eines Gebietes zu erhalten, ist

es weiterhin notwendig, nicht nur die bekanntgewordenen Straftaten in die Untersuchungen einzubeziehen, sondern auch die unbekannt gebliebenen Straftaten zu berücksichtigen. Die Kriminalgeographie befaßt sich daher nicht nur mit dem Hellfeld der Kriminalität, sondern bezieht das teilweise erhebliche Dunkelfeld in ihre Untersuchungen mit ein¹.

Ziel der kriminalgeographischen Forschung ist es, ein möglichst genaues und umfangreiches Bild über die Kriminalität eines bestimmten Gebietes zu erhalten. Mit Hilfe von kartographisch sichtbar gemachten Daten über die Deliktsverteilung, die Täterwohnsitzverteilung usw. (beschreibende Kriminalgeographie) und deren Korrelation mit bestimmten Umweltfaktoren, wie z. B. sozialen und natürlichen Einflüssen (erklärende Kriminalgeographie), sollen Aufschlüsse über mögliche Ursachen der Kriminalität als Massenerscheinung gewonnen werden und die kriminelle Attraktivität eines Raumes erklärt werden. Darüber hinaus will man Auskünfte über die Wirkung der erfolgten Maßnahmen örtlicher Kriminalitätsbekämpfung bekommen und der Polizei ständig brauchbare Daten über die Kriminalitätsstruktur zur Verfügung stellen, um damit eine Verbesserung der polizeilichen Einsatz- und Führungsplanung zu erreichen. Letztlich ist es das Ziel aller kriminalgeographischen Arbeiten, Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, die es all denjenigen, die sich mit Kriminalität und deren Bekämpfung beschäftigen, ermöglichen, effektivere Maßnahmen zur präventiven und repressiven Kriminalitätsbekämpfung zu entwickeln und einzuleiten.

1) Bei kriminalgeographischen Arbeiten in Deutschland wurde das Dunkelfeld erstmals von Schwind bei der Erstellung des "Kriminalitätsatlases Bochum" berücksichtigt, vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 25 u. 186 ff. Auch Herold hat die Notwendigkeit der Einbeziehung des Dunkelfeldes in kriminalgeographische Untersuchungen bejaht, vgl. Herold, Kriminalistik 1977, S. 291.

So ist es beispielsweise für die Polizei wichtig, ständig genaue Informationen über Kriminalitätsballungsräume und deren Wanderbewegungen zu erhalten, um danach ihre Streifeneinteilung zu organisieren. Die Stadt- und Regionalplaner werden sich für mögliche Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsumfang und Wohndichte, Wohncharakter, bauliche Nutzungsart bis hin zur Straßenbeleuchtung interessieren. Inwieweit die Kriminalitätsquote vom Kultur- und Freizeitangebot, vom Bildungsniveau und Einkommen der Bevölkerung abhängig ist, kann für die Sozialpolitiker von Bedeutung sein. Diese wenigen Paradigmen lassen bereits erkennen, welche vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten die Kriminalgeographie, die all diese Daten und Zusammenhänge sichtbar machen kann, bietet. Wie Hellmer hervorhebt¹, darf daher Kriminalgeographie keineswegs nur als die Lehre vom Klima und anderen physikalischen Faktoren - als welche sie heute teilweise noch angesehen wird² - betrachtet werden.

1.3. Geschichtliche Entwicklung der Kriminalgeographie

Die Kriminalgeographie ist der Kriminalitätsforschung keineswegs neu, sondern kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Anfänge gehen bis in das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts zurück³. Damals veröffentlichten fast gleichzeitig der Franzose Guerry⁴ und der Belgier Quetelet⁵ die ersten kriminalgeographischen Studien und legten damit den Grundstock für die spätere Entwicklung der Kriminalsoziologie. Als erste verglichen

-
- 1) Hellmer, Festschrift für Ernst Heinitz, S. 575
 - 2) Vgl. Mannheim, Comparative Criminology, London 1965, S. 203
 - 3) Einen guten Überblick über die Geschichte der Kriminalgeographie gibt Schwind, BKA-Vortragsreihe, Bd.22, S. 39 ff.
 - 4) Guerry 1833
 - 5) Quetelet 1835

sie auf Grund der Kriminalitätsstatistiken (damals noch sog. Moralstatistiken) die Kriminalitätszahlen einzelner Landesteile untereinander und setzten sie mit anderen Sozialdaten in Beziehung. Damit sollte die in dieser Zeit vorherrschende Hypothese, daß Kriminalität durch Armut, mangelnde Bildung und Bevölkerungsdichte entstände, überprüft werden. Beide Autoren werden häufig als Begründer einer kartographischen oder geographischen Schule zusammengefaßt¹, tatsächlich wurde die geographische Darstellungstechnik nur von Guerry angewendet².

In der weiteren Entwicklung bilden sich zwei Schwerpunkte innerhalb der kriminalgeographischen Arbeiten heraus. Auf der einen Seite - so vor allem in Deutschland - wurden Länder und andere großflächige Regionen auf die Kriminalitätsraten hin untersucht und untereinander verglichen. Demgegenüber stand die aus Amerika stammende "area-Forschung", eine mehr schichtorientierte Untersuchung einzelner Städte und Stadtteile. Sie legte das Hauptgewicht auf die Untersuchung der Sozialstruktur von Slumgebieten innerhalb der Großstädte und wollte deren kriminogene Eigenschaften erforschen.

Die kriminalgeographische Vergleichung von Ländern und Landesteilen wurde auf nationaler und internationaler Ebene betrieben³. Ihr Ziel war es, die verschiedenen Eigenarten der Bevölkerung, etwa rassische, altersaufbaumäßige, anlagebedingte, konfessionelle und andere Unterschiede und deren Beziehung zur Kriminalität, sowie

1) Vgl. etwa Pinatel/ Bouzat S. 81 und Sutherland/ Cressey S. 51

2) Erstmals in: Statistique comparée de l'état de l'instruction et du nombre des crimes, 1829 und später verfeinert in: Statistique morale de l'Angleterre comparée avec la statistique morale de la France, 1864

3) Siehe auch S. 38 ff. dieser Arbeit

die Einflüsse der Umwelt, wie Klima, Siedlungswesen, wirtschaftliche Verhältnisse, Jahreszeiten usw. auf das kriminelle Verhalten hin zu untersuchen. Vor allem gegen die Arbeiten, die die Kriminalitätsraten verschiedener Staaten untereinander verglichen¹, wird eingewendet, daß eine exakte Vergleichbarkeit der kriminalistischen Zahlen, auf die sich die Untersuchungen stützten, nicht möglich ist. Die Verschiedenheit strafrechtlicher Normen, des Strafverfahrens, der Strafverfolgung und der Zählmethoden können nur Aussagen über bestimmte Entwicklungstendenzen der Kriminalität in den verschiedenen Staaten zulassen². Bis heute fehlt es trotz zahlreicher Bemühungen³ an einer einheitlichen Führung der Kriminalstatistiken, so daß eine internationale Kriminalitätsvergleiche nur unter Vorbehalten erfolgen kann⁴. Aber auch die innerstaatlichen Untersuchungen jener Zeit⁵ sind in ihrer Aussagekraft nur beschränkt verwertbar. Soweit ersichtlich gehen alle älteren kriminalgeographischen Arbeiten von der Verurteiltenstatistik aus, die aber nur einen Teil der Gesamtkriminalität⁶ einbezieht und wegen ihres hohen Selektionsgrades starken Verzerrungen unterliegt. Wie sehr sich das kriminalgeographische Bild hingegen verändert, geht man von der genaueren polizeilichen Kriminalsta-

-
- 1) Z. B. Hacker, MSchrKrim 1931, S. 269 ff. und ders. in: MSchrKrim 193, S. 10 ff.; ferner Verkko 1936
 - 2) Vgl. Hellmer S. 15 f. und Seelig S. 255
 - 3) Vgl. hierzu Hellmer S. 15 mit zahlreichen Nachweisen; ferner bei Seelig S. 235 (Fußn. 76)
 - 4) Dies betont besonders Holle S. 10 u. 13; ferner vgl. zu der Problematik internationaler Kriminalstatistik Collmann S. 82 ff.
 - 5) Z. B. Seuffert, Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 75; Roesner, MSchrKrim 1937, S. 305 ff.; Gruhle MSchrKrim 1938, S. 277 ff. und ders. in: MSchrKrim 1940, S. 265 ff. mit zahlreichen Nachweisen.
 - 6) Die Verurteiltenstatistik erfaßt nur die Kriminalität strafmündiger Bürger und berücksichtigt die große Zahl gerichtlicher Einstellungen nicht.

tistik aus, die 1953 in der Bundesrepublik eingeführt wurde und die jede bekanntgewordene Straftat erfaßt¹, hat Hellmer eindrucksvoll nachgewiesen².

Diesen - vor allem in Europa vertretenen - kriminalgeographischen Forschungswegen stehen die mehr soziologisch orientierten Felduntersuchungen und ökologischen Studien in den USA, die besonders in der Chicagoer Schule ihren Aufschwung nahmen, gegenüber. Insbesondere Shaw und McKay haben sich um diesen Forschungsweg bemüht³. Ihre Untersuchungen, die sich auf jugendliche Tatverdächtige und Delinquenten bezogen, sind in Chicago, Philadelphia, Boston, Cincinnati, Cleveland und Richmond durchgeführt worden. In diesen Städten haben Shaw und McKay Gebiete ermittelt, die im Vergleich zu anderen Stadtteilen durch besonders starke Kriminalitätsbelastung auffielen. Die Untersuchungen ergaben, daß nicht nur die Delinquenzraten in den verschiedenen Stadtvierteln stark variierten, sondern sich zudem die mit hoher Kriminalität belasteten Gebiete von anderen Stadtteilen durch hohe Schulschwänzerraten, hohe Säuglings-Sterblichkeitsziffern, hohe Quoten an Tuberkulose-Erkrankten, Überbevölkerung, hohe Raten an von staatlicher Unterstützung lebenden Familien, durch mangelnde Angebote zur Freizeitgestaltung, aber auch beispielsweise durch hohe Bevölkerungsmobilität unterschieden. Hohe Kriminalitätsraten wurden dabei vor allem in der Nähe von Industrie- und Gewerbegebieten sowie in heruntergekommenen Vierteln nahe der Stadtmitte festgestellt.

1) Zur polizeilichen Kriminalstatistik siehe Heinz, Kriminalistik 1972, S. 148 ff.

2) Hellmer S. 66 f. und S. 38

3) Shaw 1929 und Shaw/ McKay 1962 sowie Shaw/ McKay 1969; desweiteren seien genannt: Thrasher 1927; Schmid, ASR 1960, S. 527 ff. u. S. 655 ff.

Auffällig war auch, daß die Delinquenzbelastung insgesamt mit zunehmender Entfernung vom Stadtzentrum abnahm (Zonentheorie). Ferner zeigte sich, daß eine Änderung der Delinquenzraten in einem belastetem Gebiet auch dann nicht eintrat, wenn dieses nacheinander von Menschen verschiedener Nationalitäten und Rassen besiedelt wurde¹. Es könnte insoweit also der Eindruck entstehen, als ob bestimmte Gebiete selbst Kriminalität hervorbringen. Auch wenn die Ergebnisse von Shaw/ McKay bei einer Überprüfung in neuerer Zeit nicht generell bestätigt wurden², insbesondere offen blieb, ob bestimmte Gebiete Kriminalität selbst hervorbringen oder ob sie möglicherweise Kriminelle nur anziehen, bleibt es doch das große Verdienst der area-Forschung, auf die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und räumlicher Umwelt innerhalb kleinster Teilbereiche hingewiesen zu haben.

1.4. Heutiger Stand der Kriminalgeographie in der Bundesrepublik Deutschland

Die Kriminalgeographie, wie sie sich uns heute in der Bundesrepublik Deutschland darstellt, steht auf zwei Beinen: einem kriminologischen und einem polizeilich-kriminalistischen. Die Grenzen der beiden Bereiche sind fließend. Zahlreiche Berührungspunkte sowie das gemeinsame Ziel, geeignete Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung zu finden, lassen eine exakte Trennung nicht zu. Wichtig ist die Unterschiedlichkeit der Ausgangsposition:

-
- 1) Zusammenfassend zu den Ergebnissen vgl. Albrecht, KKW, S. 167 ff.
 - 2) Vgl. z. B. Chilton, ASR 1964, S. 71 ff. und Lander, S. 26 u. 28

Im kriminologischen Bereich¹ will die kriminalgeographische Forschung durch das Vergleichen der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Struktur eines bestimmten Lebensraumes mit dessen krimineller Struktur vornehmlich Aussagen über die kriminogenen Faktoren dieses Raumes herausarbeiten. Ihr Hauptanwendungsgebiet liegt damit in der Ursachenforschung. Die Frage lautet hier: Wie sehen die Räume mit einer besonders hohen bzw. besonders niedrigen Kriminalitätsbelastung in ihrer gesamtgesellschaftlichen Struktur aus, und warum² verteilt sich die Kriminalität in bestimmter Weise auf bestimmte Gebiete? Die Beantwortung dieser Frage soll dazu beitragen, die Zusammenhänge zwischen Kriminalität und Gesamtstruktur eines Raumes sichtbar zu machen. Durch das Aufdecken möglicher kriminogener Faktoren soll die Kriminalität langfristig bekämpft werden, indem man ihr bei den Ursachen, d. h. an der Wurzel begegnen will. Hierbei sind die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen weniger bei der Polizei, als vielmehr in der Kriminalpolitik und dort besonders in der Sozialpolitik, anzusetzen.

Der kriminalistische Bereich der Kriminalgeographie² betrifft die Frage des sinnvollsten polizeilichen Einsatzes. Durch die Gewinnung eines exakten Bildes über die gesamte Kriminalstruktur eines Raumes und deren genaue Analyse sollen örtliche und zeitliche Kriminalitätsschwerpunkte erkannt werden. Die kriminalistische Arbeit dient der Feststellung, ob - auch bei Einbeziehung des Dunkelfeldes - die Polizei in einer bestimmten Region optimal eingesetzt wird. Neben der Überprüfung der Organisation sollen der Polizei weiterhin ständig brauchbare Einsatzdaten zur Verfügung gestellt werden, die es ihr ermöglichen, zur rechten Zeit und am

-
- 1) Hierzu vgl. die Arbeiten von Opp 1968 und Hellmer 1972
 - 2) Hierzu vgl. die Arbeiten von Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 203 ff. und Helldörfer, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 151 ff.

richtigen Ort präventive oder repressive Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen einzuleiten. Insoweit stellt sich die Frage, wo Bezirke mit besonderer Kriminalitätsbelastung im polizeilichen Einsatzraum vorhanden sind und wie deren kriminelle Struktur aussieht. Der Kriminalität soll durch erhöhte Präsenz der Polizei vor allem vorbeugend begegnet werden, indem durch eine effektivere Strafverfolgung das Entdeckungsrisiko der Täter und der damit verbundene Abschreckungseffekt erhöht werden. Die polizeilichen Maßnahmen sind daher hauptsächlich auf unmittelbare, kurzfristige Kriminalitätsbekämpfung angelegt, wobei die Frage der Kriminalitätsursachen eine untergeordnete Rolle spielt.

Bislang sind diese verschiedenen Zielsetzungen der Kriminalgeographie in der Bundesrepublik Deutschland unabhängig voneinander verfolgt worden. Deshalb wird auch in der vorliegenden Arbeit aus Gründen der anschaulicheren Darstellungsmöglichkeit zwischen der kriminologischen Zielsetzung (im folgenden als theoretische Kriminalgeographie bezeichnet) und der polizeilich-kriminalistischen Zielsetzung (im folgenden als angewandte Kriminalgeographie bezeichnet) getrennt werden. Dabei wird nicht verkannt, daß die neueste Forschungsarbeit auf dem kriminalgeographischen Gebiet¹ die Ziele von Opp, Hellmer und Herold interdisziplinär miteinander verbindet.

1) Vgl. die Arbeit "Kriminalitätsatlas Bochum" von Schwind/ Ahlborn/ Weiß

2. Kriminalgeographie unter kriminologischen Aspekten (theoretische Kriminalgeographie)

2.1. Massenkriminalität als Untersuchungsgegenstand

Seit es empirische Forschung über abweichendes Verhalten gibt, gehen die Versuche, der Kriminalität wirksam zu begegnen, einher mit dem Bemühen, Material über die Erscheinungsweisen (Kriminalphänomenologie) und die Ursachen der Kriminalität (Kriminaläthiologie) an die Hand zu bekommen. Soweit es um den Bereich der Ursachenforschung geht, gibt es heute wohl kaum einen Faktor, der nicht schon irgendwann einmal im Zusammenhang mit den Ursachen der Kriminalität genannt worden wäre. Grundsätzlich lassen sich bei der Suche nach den kriminogenen Faktoren zwei Betrachtungsweisen innerhalb der kriminologischen Forschung voneinander unterscheiden: Einmal kann man die Kriminalität als Handlung des Individuums - als Verbrechen - verstanden wissen und folglich eine auf die einzelne Person abgestellte Forschung betreiben, so z. B. die Kriminalbiologie und die Kriminalpsychologie. Auf der anderen Seite kann Kriminalität als Massenphänomen begriffen werden, woraus sich Untersuchungen im gesamtgesellschaftlichen Bereich ergeben, wie dies z. B. bei der Kriminalsoziologie der Fall ist. Eine solchermaßen unterschiedliche Betrachtungsweise kriminellen Verhaltens war in der Kriminologie nicht immer selbstverständlich. So hebt Mergen hervor, daß man in der Kriminaläthiologie viel zu wenig zwischen Ursache des Verbrechens als Erscheinung im Leben des Einzelnen und der Ursache der Kriminalität als Massenphänomen unterschieden habe¹. Verbrechen und Krimina-

1) Mergen S. 74

lität seien eben getrennt zu betrachten; sie hätten verschiedene Wurzeln, und Kriminalität sei etwas anderes als nur die Addition von Verbrechen.

Die kriminalgeographische Betrachtungsweise befaßt sich mit der Kriminalität als Massenphänomen, der sog. Massenkriminalität, und nicht mit der Kriminalität als individuellem Schicksal¹. Der Begriff Massenkriminalität ist dabei im Gegensatz zur Individualkriminalität im Sinne einer Massenerscheinung zu verstehen². Diese Betrachtungsweise sieht in der Massenkriminalität nicht allein die Summe der begangenen Einzeldelikte, sondern die daraus resultierende Kriminalität ist ein weitergehender Begriff, der die speziellen Besonderheiten der Einzelfälle nicht mehr enthält. Massenkriminalität äußert sich nicht nur durch die starke Häufung sozial-schädlicher Normverletzungen mit einer großen Zahl von Tätern und Einzeltaten, sondern auch durch eine geringe soziale Kontrolle als Folge verminderter Mißbilligung derartiger Handlungen seitens der Bevölkerung. Ferner ist ein herabgesetztes Unrechtsbewußtsein bei der Mehrzahl der Täter und der Umstand, daß sich die Täter aus allen sozialen Gruppen der Bevölkerung rekrutieren, für den Begriff Massenkriminalität bezeichnend³. Von Hellmer wird daher Massenkriminalität als eine - im Gegensatz zur Außenseiter- und Randzonendelinquenz - ins Zentrum der Gesellschaft eingebrochene und an ihm ständig gespeiste Kriminalität definiert, die, da sie die Schwelle der Außenseiter- und Randzonendelinquenz überschritten habe, den Keim zur ständigen, unbeschränkten Zunahme in

1) Hellmer S. 21

2) Seelig S. 24 u. 202

3) Zu diesen Definitionselementen siehe Rößmann, PFA-Schriftenreihe, 1/1974, S. 23 und Schreiber, Kriminalistik 1976, S. 492

sich berge¹. Diese so verstandene Kriminalität ist die Kriminalität einer kriminell anfälligen Gesellschaft, worunter insbesondere die Gelegenheitskriminalität zu verstehen ist. Eine Bekämpfung dieser Art von Kriminalität erfordert aber eine Bekämpfung der in der Gesellschaft liegenden kriminogenen Faktoren. Die Erforschung vornehmlich solcher Umstände, die die Entstehung der Massenkriminalität begünstigen, hat sich die theoretische Kriminalgeographie zur Aufgabe gemacht.

2.2. Die verschiedenen Bereiche bei der Bekämpfung der Massenkriminalität

Im Bemühen, der Massenkriminalität wirksam zu begegnen, lassen sich grundsätzlich drei wichtige Bereiche unterscheiden: Gesetzgebung, Polizei, Kriminologie. Fraglich ist, welche Möglichkeiten sich in diesen Bereichen bieten, um mit dem Phänomen der Massenkriminalität fertig zu werden.

2.2.1. Der Bereich der Gesetzgebung

Angesichts der ständigen Zunahme der Bereicherungdelikte - sie machen vor allem die Massenkriminalität aus - wird heute vielfach von Juristen und Politikern die Auffassung vertreten, dieser Entwicklung könne mit Hilfe einer schärferen Strafandrohung und Anhebung der ausgesprochenen Strafen Einhalt geboten werden. Grundlage dieser Überlegungen ist die Theorie vom psychologischen Zwang von Feuerbach². Danach wird durch eine be-

1) Hellmer, Die Polizei 1972, S. 334; vgl. auch Hellmer Recht und Staat, Heft Nr. 380, S. 4 sowie Rößmann, PFA-Schriftenreihe, Heft 1/1974, S. 23

2) Feuerbach 1847; vgl. auch Seifert S. 41 ff. sowie Breland 1974, S. 11 ff.

stimmte Strafandrohung die seelische Tathemmung des potentiellen Täters gegenüber dem Anreiz zur Tatbegehung soweit erhöht, daß der Täter von der Tat - psychologisch gezwungen - letztlich absieht.

Gerade im Bereich der Massenkriminalität hat sich diese Theorie aber bislang nicht halten lassen. Die Theorie vom psychologischen Zwang setzt einen intellektuell und rational handelnden Tätertyp voraus, der Vorteil und Verurteilungsrisiko vor Begehung der strafbaren Handlung durchkalkuliert und abwägt. Solche Tätertypen finden sich zwar vereinzelt bei Berufskriminellen, insbesondere bei den Wirtschafts- und Umweltdelinquenten, nicht jedoch in der großen Masse der übrigen Straftäter¹. Ein vermindertes Entdeckungsrisiko und ein erhöhter materieller Anreiz in unserer kapitalistischen Gesellschaft bringen das Verhältnis zwischen erzwungener Tathemmung durch Strafandrohung und dem Wunsch zur Tatbegehung, vor allem bei den Bereicherungsdelikten, aus dem Gleichgewicht. Seit langem ist es unbestritten, daß sich potentielle Täter eher durch ein erhöhtes Entdeckungsrisiko abschrecken lassen als durch die Strafandrohung eines bei der Tatbegehung abstrakt empfundenen Gesetzes².

Daher erweist sich eine verschärfte Gesetzgebung und Gesetzesanwendung zur Bekämpfung der Massenkriminalität nicht als geeignetes Mittel. Dieses jedenfalls solange nicht, wie die Polizei unfähig ist, den Strafanspruch des Staates durch die Ergreifung des Täters überhaupt zu ermöglichen und solange die Gesellschaft anscheinend nicht in der Lage ist, eine überzeugende Wertordnung anzubieten, die es den Bürgern ermöglicht, ihre daraus resultierenden Ansprüche auf legalem Wege zu befriedigen³.

1) Albrecht, Die Polizei 1975, S. 265

2) Diese Meinung wird auch durch die Äußerung Krimineller bestätigt, vgl. Haas, Kriminalistik 1967, S.617 Zur Präventionswirkung der Theorie vom psychologischen Zwang vgl. ferner Breland 1974, S. 11 ff. m.z.N.

3) So Hellmer, Die Polizei 1972, S. 385 f. und Hellmer, Recht und Staat, Heft Nr. 380, S. 19 f.

2.2.2. Der Bereich der Polizei

Die Aufgabe der Polizei auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung ist es, den Täter nicht nur zu überführen, sondern nach Möglichkeit schon von der Ausführung der Tat fernzuhalten. Dabei ist festzuhalten, daß die Polizei zu den Ursachen der Kriminalität keinen Zugang hat und die soziale Substanz nicht verändern kann¹. Die Funktion der Polizei im Bereich der Prävention kann eigentlich nur die eines letzten Sicherheitsnetzes sein. Insbesondere durch intensivere Aufklärungsarbeit, gezieltere Öffentlichkeitsarbeit und größere Präsenz der Polizei könnten die präventiven Wirkungen verbessert werden. Welche Möglichkeiten sich für die Polizei insbesondere auf dem Gebiet der Straßenkriminalität durch die erst in den letzten Jahren im Polizeibereich intensivierte Kriminalgeographie ergeben, wird mit der vorliegenden Arbeit noch dargestellt. Allerdings war im Hinblick auf die Gesamtkriminalität die Polizei bislang trotz größter Anstrengungen nicht in der Lage, einen wirksamen Schutzwall gegen die immer stärker werdende Kriminalitätsflut zu errichten. So nahm die Zahl der Gesamtdelikte in den letzten Jahren ständig zu, wie das Ansteigen der Häufigkeitsziffer² in der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht³:

Jahr	Häufigkeitszahl	Jahr	Häufigkeitszahl
1963	2 914	1971	3 983
1964	2 998	1972	4 171
1965	3 031	1973	4 131
1966	3 213	1974	4 419
1967	3 465	1975	4 721
1968	3 588	1976	4 980
1969	3 645	1977	5 355
1970	3 924		

1) Matussek, Kriminalistik 1977, S. 338

2) Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der bekanntgewordenen Fälle errechnet auf 100 000 Einwohner. Sie drückt die durch die Kriminalität verursachte Gefährdung aus. Die Berechnungsformel lautet:

$$\frac{\text{Häufigkeitszahl} \times 100\,000}{\text{Einwohnerzahl}}$$

3) Polizeiliche Kriminalstatistik 1977, S. 9

2.2.3. Der Bereich der Kriminologie

Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Kriminalität nicht allein mit gesetzgeberischen oder polizeilichen Mitteln zu bekämpfen ist, hat man für die Erforschung von Kriminalitätsursachen große Hoffnungen auf die Kriminologie gesetzt. Die Aufgabe der Kriminologie sollte es sein, der Kriminalpolitik Material über die Erscheinungsweisen und Ursachen der Kriminalität an die Hand zu geben, um darauf aufbauend geeignete Bekämpfungsmaßnahmen einzuleiten.

Die Frage, ob die Kriminologie gerade unter dem Gesichtspunkt der Massenkriminalität dieser Aufgabe bislang gerecht geworden ist, ist zu verneinen. Gesicherte Erkenntnisse über die Ursachen der Kriminalität als Grundlage kriminalpolitischer Entscheidungen liegen heute nur in wenigen Bereichen vor. So haben Villmow und Kaiser in einer von ihnen erstellten Sekundäranalyse¹ von 221 in- und ausländischen Veröffentlichungen über die Untersuchung kriminogener Faktoren nur bei 5 von insgesamt 17 erfaßten Faktoren gesicherte Erkenntnisse feststellen können. Diese Faktoren sind: strukturell unvollständige Familie, funktional unvollständige Familie, berufstätige Mutter, Einzelkind und soziale Schicht. Dabei ist anzumerken, daß die Kriminogenität gerade dieser Faktoren als überhaupt nicht oder nur sehr gering signifikant eingestuft wird. Dagegen liegen bei denjenigen Faktoren, von denen ein stärkerer kriminogener Einfluß erwartet und eine Erklärung für das massenweise Begehen einiger Delikte am ehesten erhofft wird, wie z. B. Wohngegend, Wohnsituation und Schule, keine gesicherten Erkenntnisse vor².

1) Villmow/ Kaiser, Abschlußbericht der Stadt Berlin 1974
2) Vgl. Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, 1974, S. 16 (Schaubild)

Weshalb die Kriminologie bis heute nur wenige, praktisch verwertbare Erkenntnisse zur Bekämpfung der Massenkriminalität beigesteuert hat, dafür nennt Hellmer mehrere Gründe¹: Zunächst sei die Kriminologie überwiegend individualistisch vorgegangen, habe den Motivationshergang beim Kriminellen untersucht und diesen als vom "normalen" Menschen verschieden - ja, als krankhaftes Wesen - dargestellt. Ferner sei die Kriminologie einem längst überholten Kausaldogma gefolgt, indem sie die Komplexität der Verbrechensursachen auf einen einfachen naturwissenschaftlichen Ursache-Wirkungs-Mechanismus reduziert habe.

Auch Schneider² und Brusten³ kritisieren an der traditionellen deutschen Kriminologie, daß sie - teilweise bis heute⁴ - in ihrer Arbeitstechnik grundsätzlich täterorientiert sei. Mit Hilfe der Merkmalstechnik werde nach psychischen und physischen Unterscheidungsmerkmalen zwischen Kriminellen und Nichtkriminellen geforscht. Ob die Andersartigkeit der Kriminellen nun auf biologischen Gegebenheiten beruhe oder auf individuelle Sozialisations- und Persönlichkeitsdefekte zurückzuführen sei, immer werde der Grund für das kriminelle Verhalten in der Persönlichkeitsstruktur des Täters gesucht.

Diese Forschungsrichtung geht somit nicht von den gesellschaftlichen Bedingungen aus, die massenhaft begangene Kriminalität nahelegen, sondern studiert vornehmlich die Verhaltensauffälligkeiten und Merkmale des einzelnen Täters, um dann zu entsprechenden Vorschlägen zu kommen, wie solche Täter behandelt werden können. Indessen ist

1) Hellmer, Die Polizei 1972, S. 386

2) Schneider S. 37 ff.

3) Brusten, Deutsche Polizei 8/1976, S. 9

4) So z. B. noch die Forschungsrichtung von Göppinger in Tübingen, vgl. Göppinger 1976

es bis heute nicht gelungen, Persönlichkeitsunterschiede zwischen der Mehrzahl der Kriminellen und Nichtkriminellen zu finden. In Amerika ist man zudem seit langem der Ansicht, daß solche Kriterien auch nicht existieren, es sei denn, man nimmt die Dummheit des Kriminellen, die zur Überführung geführt hat, als Unterscheidungsmerkmal an¹. Es erscheint verständlich, daß einer solchen auf das einzelne Verbrechen ausgerichteten Kriminologie letztlich der Weg zu den Ursachen einer Massenkriminalität abgeschnitten ist, da das massenweise Begehen von Straftaten nicht mit pathologischen Ausnahmefällen zu erklären ist.

Im Hinblick auf das kriminelle Verhalten als gesellschaftliche Erscheinung wird daher von Kerner² ein vorübergehender Verzicht auf tiefgreifende Versuche, den Menschen zu ändern, gefordert. An die Stelle einer Täterbeeinflussung müsse seiner Ansicht nach eine Kriminalitätsvorbeugung durch Beeinflussung des Umfeldes treten, d. h. die Gelegenheit zu strafbarem Handeln müsse durch Änderung der Anreizstrukturen beschnitten werden.

Es kommt daher vor allem darauf an, die gesellschaftlichen Bedingungen der Massenkriminalität zu erforschen und damit der Kriminalpolitik neue Wege für eine wirk-same Kriminalitätsverhütung zu weisen. Ein Weg, kriminogene Faktoren in unserer räumlichen Umwelt zu lokalisieren und zu erforschen, bietet sich mit Hilfe der Kriminalgeographie. Der Vorteil kriminalgeographischer Forschung ist darin zu sehen, daß die Ursachen der Kriminalität hier nicht im Sinne einer exakten Kausalität nachgewiesen werden sollen, sondern im Sinne von Wahr-

1) Auf diesen Selektionsvorgang hat Mayer, ZStW 1957, s. 1 ff. aufmerksam gemacht.

2) Kerner, Kriminalistik 1976, S. 59

scheinlichkeitsurteilen Indikatoren für kriminogene, räumliche Einflüsse aufgezeigt werden. Insbesondere bei der Massenkriminalität scheint es ausreichend, wenn Wahrscheinlichkeitsurteile als Grundlage kriminalpolitischer Entschlußfindung vorgelegt werden, da hier nicht schwerwiegende Eingriffe gegen Einzelpersonen erfolgen, sondern rechtsstaatliche Entscheidungen im gesamtgesellschaftlichen Rahmen getroffen werden sollen¹.

So ist es durchaus genügend, wenn sich z. B. ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und Bebauungsstruktur ersehen läßt, um wirksame und rechtlich unbedenkliche Maßnahmen einzuleiten. Einer exakt nachweisbaren Kausalität im naturwissenschaftlichen Sinne bedarf es nicht. Dazu bringt Hellmer² das Beispiel, daß die Feststellung, ob ein jugendlicher Straftäter eine Hirnschädigung aufweise, für die Kriminalpolitik wertlos sei. Darauf ließen sich - abgesehen davon, daß es unbeweisbar sei, ob die Kriminalität auf diesem Hirnschaden auch beruhe - keine kriminalpolitischen Maßnahmen aufbauen. Werde dagegen durch statistische Untersuchungen oder Feldstudien festgestellt, daß die Jugendkriminalität in bestimmten Siedlungsformen signifikant höher sei als in anderen, sei dies auch dann von höchstem kriminalpolitischen Wert, wenn sich nicht in jedem einzelnen Fall nachweisen ließe, daß die Kriminalität wirklich darauf beruhe; denn es könnten darauf kriminalpolitische Maßnahmen aufgebaut und die Kriminalität verhindert werden.

2.3. Methoden der Kriminalgeographie

Die theoretische Kriminalgeographie mit ihrem kriminalsoziologischen Ansatz und ihrer Betrachtungsweise der

1) Hellmer, Die Polizei 1972, S. 386

2) Hellmer, RdJB 1973, S. 268

Kriminalität als Massenphänomen hat sich weitgehend die Methoden der empirischen Sozialforschung zunutze gemacht.

2.3.1. Die statistische Methode

Zuvorderst bedient sich die Kriminalgeographie des statistischen Verfahrens¹, indem sie Kriminalstatistiken für ein oder mehrere Gebiete auswertet. Mit Hilfe dieser Statistiken ist es insbesondere im Bereich der Massenbeobachtung - und damit bei kriminalgeographischer Betrachtungsweise - möglich, Informationen nicht nur über Umfang, Struktur und Trendbewegung der Kriminalität in ihrer regionalen Verteilung, sondern auch Daten über die Einflüsse der verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen auf die Kriminalität zu erhalten. Darüberhinaus lassen sich mit Hilfe von Kriminalstatistiken Angaben über den Umfang und den Erfolg der Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen gewinnen.

Gebraucht man den Begriff Kriminalstatistik um umfassenden Sinne als jeden Bericht, der offizielle statistische Informationen über Kriminalität, Kriminelle und damit zusammenhängende öffentliche Maßnahmen enthält², muß für den Bereich der kriminalgeographischen Forschung zwischen der polizeilichen Kriminalstatistik und der Verurteiltenstatistik als den verschiedenen Grundlagen, von denen die Kriminalgeographie ausgeht, unterschieden werden.

2.3.1.1. Die Verurteiltenstatistik

Die Verurteiltenstatistik (ein Teil der Strafverfolgungsstatistik) erfaßt alle strafmündigen Täter, gegen die

1) Zur statistischen Methode innerhalb der Kriminologie siehe: Stein-Hilbers, HwK, Bd. III, 1975, S. 199 ff.
2) So Sellin, The Law Quarterly Review 1951, S. 489 ff.

ein Schuldbeweis vor Gericht erbracht worden ist und gegen die eine Freiheitsstrafe oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregel geahndet wurde¹. Von den Verurteiltenziffern gehen sämtliche älteren kriminalgeographischen Arbeiten in Deutschland aus.

Die Verurteiltenstatistik bietet den Vorteil einer genauen, von den Gerichten vorgenommenen Qualifikation der Taten als strafwürdiges Verbrechen oder Vergehen und deren exakte Einordnung in die verschiedenen Deliktsarten. Da jedoch die kriminalgeographische Forschung darauf angewiesen ist, ein möglichst genaues Bild von der Verteilung und den Entwicklungstendenzen der tatsächlich begangenen Kriminalität zu erhalten, überwiegen für sie die Nachteile dieser Statistik. Verfolgt man das Selektionsschema auf dem Wege vom Bekanntwerden der Straftat bis hinunter zur Aburteilung des Straftäters, so ergibt sich, daß die Verurteiltenstatistik nur einen Bruchteil der tatsächlichen Straffälligkeit erfaßt². Jedenfalls führt im Bundesdurchschnitt nur 1/6 der bekanntgewordenen Kriminalität (außer Straßenverkehrsdelikten) zur Verurteilung³. Wie wenig aussagekräftig die Verurteiltenziffern sind, zeigt auch, daß diese im Gegensatz zu den Häufigkeitsziffern in den letzten Jahren fast konstant geblieben sind⁴. Auch schon allein die Tatsache, daß von 100 polizeilich ermittelten Tatverdächtigen nur 43 angeklagt und nur 36 verurteilt werden deutet darauf hin, welcher große "Kriminalitätsschwund" sich bei einem Vergleich zwischen Kriminalsta-

1) Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1978, S. 320

2) Zu diesem Ausfilterungsprozeß vgl.: Kerner, KKW, S. 190 ff.; Graff S. 264; Steffen 1976 und dieselbe in: Deutsche Polizei 5/1976, S. 9 ff.

3) Vgl. Hellmer S. 66

4) Siehe Statistisches Jahrbuch 1978 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 327

tistik und Verurteiltenstatistik ergibt¹.

Für die kriminalgeographische Forschung hat aber die Verurteiltenstatistik nicht allein den Mangel, einen nur sehr kleinen Kriminalitätsausschnitt darstellen zu können. Sie erfaßt zudem nur die Zahl der Straftäter und nicht die Zahl der Straftaten, was bei einer Darstellung der Kriminalitätsverteilung zu erheblichen Verzerrungen führen kann. So weist Hellmer darauf hin, daß die Verurteiltenstatistik - als reine Täterstatistik - davon abhängig ist, wieviel Tatverdächtige die Polizei ermittelt, so daß bei schwierigen Ermittlungen, wie gerade in Kriminalitätsballungsräumen, weniger Tatverdächtige gefunden und damit auch weniger Verurteilungen gezählt werden². Insgesamt erweist sich die Verurteiltenstatistik als von zu vielen selektierenden Faktoren, wie z.B. polizeiliche Aufklärungsarbeit, Verfahrenseinstellungen, Änderungen in den Urteilspraktiken der Richter usw., beeinflußt, um der Kriminalgeographie als brauchbare Arbeitsgrundlage dienen zu können. Da sie im übrigen erst geraume Zeit nach dem Jahr der gerichtlichen Entscheidung zur Verfügung steht, ist sie für die Kriminalgeographie nicht aktuell genug. Es bestätigt sich hier das von Sellin aufgestellte Prinzip, daß der Wert der Kriminalstatistiken als Grundlage für die Ermittlung von Kriminalität in bestimmten Gebieten in dem Maße abnimmt, wie sich das Verfahren von dem Verbrechen selbst weiter entfernt³.

2.3.1.2. Die Polizeiliche Kriminalstatistik

Aufgrund der genannten Schwierigkeiten wird bei den neueren kriminalgeographischen Arbeiten nach dem Prinzip

1) Herold, Kriminalistik 1976, S. 337 ff.

2) Hellmer S. 28 f. mit dem Hinweis in Fußn. 4) auf bekannte Beispiele der angeblich geringeren Kriminalität mancher Großstädte im Verhältnis zu der Kriminalität des Umlandes

3) Sellin, The Law Quarterly Review 1951, S. 489 ff.

der größtmöglichen Nähe am tatsächlichen Geschehen von der Polizeilichen Kriminalstatistik ausgegangen. Diese 1953 bundeseinheitlich eingeführte Statistik dient der Beobachtung der Kriminalität insgesamt und einzelner Deliktsarten. Sie stellt eine Statistik der der Polizei bekanntgewordenen Straftaten (unter Ausschluß der Verkehrsstraftaten¹ und der Staatsschutzdelikte) und der wichtigsten sozialen und persönlichen Merkmale der Tatverdächtigen im polizeilichen Ermittlungsverfahren dar. Gegenüber der Verurteiltenstatistik sind die Zahlen der Kriminalstatistik weniger durch staatliche Selektionsmechanismen gefiltert. Was die Darstellung von Umfang, Struktur und Bewegung der Kriminalität betrifft, gibt die Polizeiliche Kriminalstatistik ein realistischeres und daher auch brauchbareres Bild der Kriminalstruktur wieder. Auch einer der vielen Einwände gegen die Polizeiliche Kriminalstatistik, sie zähle ja auch die Kriminalität strafenmündiger Kinder mit, wird bei kriminalgeographischer Betrachtungsweise zum Vorteil: Für die Kriminalgeographie kommt es nämlich weniger auf genaue rechtliche Qualifikation der Straftaten bzw. die Schuld- oder Schuldunfähigkeit der Täter an, sondern vor allem auf ein möglichst getreues Bild des Gesamtumfanges der begangenen Delikte. Dazu zählen aber auch die objektiv kriminellen Handlungen von Kindern; denn auch hier gilt es ja, die Ursachen solcher Handlungsweisen zu erkennen und daraufhin kriminalpolitisch sinnvolle Entscheidungen zur Bekämpfung zu treffen.

Selbstverständlich kann auch die Polizeiliche Kriminalstatistik kein absolut vollständiges Bild des tatsächlichen Kriminalitätsumfanges und der Kriminalstruktur wiedergeben. Sie umfaßt nicht das erhebliche Dunkelfeld

1) Diese sind für kriminalgeographische Vergleiche aber auch ungeeignet, da sie nicht unmittelbar von den gesellschaftlichen Bedingungen am Tatort abhängen (große Zahl Reisender)

die ausgewiesenen Zahlen sind von der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung abhängig und schließlich wird sie eventuell dadurch beeinflusst, daß nach Wohnort, Schichtzugehörigkeit und Alter der Täter verschieden verfolgt wird¹. Als objektive Grundlage für die Beobachtung der Massenkriminalität gibt es aber kein geeigneteres Mittel als die Statistik. Gerade weil die Kriminalgeographie der Kriminalität als Massenerscheinung nachgeht, läßt sich daher ein Verzicht auf die Tabellenwerte der Kriminalstatistiken trotz all der Fehlerquellen nicht vertreten².

2.3.2. Die Korrelationsmethode³

Die Kriminalgeographie beschränkt sich nicht allein darauf, die regional unterschiedliche Häufigkeitsverteilung der Kriminalität allgemein oder von bestimmten Deliktsarten festzustellen. Sie versucht auch zu erklären, warum sich delinquentes Verhalten in bestimmter Weise auf diese Gebiete verteilt. Man unterscheidet daher zwischen bloß deskriptiven und erklärenden kriminalgeographischen Aussagen⁴. Während sich die deskriptive Kriminalgeographie mit der rein statistischen Auszählung der Kriminalitätsraten begnügt, versucht die erklärende Kriminalgeographie mit Hilfe von Korrelationen der Kriminalgeographie mit den verschiedensten Sozialdaten, Zusammenhänge zwischen Kriminalität und bestimmten Faktoren innerhalb eines Gebietes herauszufinden.

1) Zur selektiven Strafverfolgung vgl.: Brusten, Die Polizei, Hrsg. J. Feest u. R. Lautmann, S. 31 ff. und Steffen 1976. Umfassend zu den Fehlerquellen der Polizeilichen Kriminalstatistik: Ritgen 1971

2) Göppinger S. 91

3) Korrelation ist die allgemeine Bezeichnung für das gemeinsame Auftreten oder das gemeinsame Variieren von zwei oder mehr Merkmalen. Der Korrelationskoeffizient gibt Auskunft über die Stärke des Zusammenhanges, der zwischen den Merkmalen besteht, vgl. Schwind Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, 1976, S.90, Fußn. 42

4) Opp S. 13

Zu den Korrelationsdaten zählen beispielsweise Einwohnerdichte, Bebauungsstruktur, Verkehrsstruktur, Industriebesatz, Einkommensverteilung, Religionszugehörigkeit, Wahlverhalten usw.

So ist z. B. die Aussage, daß in Schleswig-Holstein die Häufigkeitsziffer des Jahres 1977 bei 6 478 pro 100 000 Einwohnern liegt, hingegen die Häufigkeitsziffer des Landes Baden-Württemberg im selben Jahr 4 325 pro 100 000 Einwohnern beträgt, eine rein deskriptive Aussage. Stellt sich hingegen bei einer Korrelation der Häufigkeitsziffer mit der Religionszugehörigkeit heraus, daß die Kriminalität umso geringer wird, je katholischer die Bevölkerung in einem Gebiet ist, so ist das eine erklärende kriminalgeographische Aussage. Man kann daher sagen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die von der Polizei angewandte Kriminalgeographie primär an der Häufigkeitsverteilung der Kriminalität insgesamt und einzelner Delikte interessiert ist, d. h. an einer bloß deskriptiven Aussage. Hingegen will die theoretische Kriminalgeographie aufgrund ihrer ätiologischen Fragestellung erklärende Aussagen mit ihren Untersuchungen gewinnen.

2.3.3. Feldstudien

Ergebnisse, wie sie die Kriminalgeographie mit Hilfe der Massenstatistik erarbeitet, sind für sich allein niemals ausreichend, um darauf kausale Aussagen stützen zu können. Es bedarf erst einer wissenschaftlichen Überprüfung der gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse mit Hilfe anderer Methoden. Für die Kriminalgeographie bietet sich hier die Arbeit mit sog. "Feldstudien" an¹.

1) Allgemein zu den Feldstudien siehe Sieber, Soziale Welt 1974, S. 14 ff.

Damit ist die Untersuchung einer oder mehrerer Regionen durch unmittelbare Beobachtung und Analyse der örtlichen Gegebenheiten gemeint. Unmittelbare Beobachtung bedeutet insoweit nach Hellmer, mittels direkter Observation und Befragung der Bevölkerung eine genaue Kenntnis über das Verhalten der Einwohner eines Gebietes, das Anzeigesystem, die Effektivität des Präventiv-, Fürsorge- und Repressionssystems und der Kriminalitätserheblichen Beziehungsdaten aus Sozialstruktur, Wirtschaftsverfassung und des Bildungssystems zu erlangen¹. Schließlich ist zu den Feldstudien auch die Dunkelfeldforschung zu zählen. Ihr Ziel ist es, durch Täter-, Informanten- und Opferbefragung das Verhältnis zwischen registrierter und tatsächlicher Kriminalität möglichst genau zu ermitteln².

Aufgrund der so gewonnenen Einblicke in die regionale Situation können sich Korrekturen der statistischen Ergebnisse ergeben. So beispielsweise dann, wenn durch Befragung der Bevölkerung das Dunkelfeld eines Gebietes genauer erfaßt wird und sich bei der Zurechnung der Dunkelfeldzahlen zur statistisch festgestellten Kriminalität neue Kriminalitätsschwerpunkte ergeben. Ferner, wenn sich herausstellt, daß z. B. der Ortpolizist einen guten Teil der vorgekommenen Kriminalität schlichtet, ehe sie registrierfähig wird³.

Solche Feldstudien, die sich vor allem für die Untersuchung kleinerer regionaler Einheiten eignen, fehlten

1) Hellmer S. 19

2) Zur Dunkelfeldforschung siehe Schwind/ Ahlborn/ Eger u.a., 1975 sowie Schwind/ Eger, Kriminalistik 1974, S. 242 f.; ferner Stephan 1976 und allgemein zusammenfassend über kriminologische Dunkelforschung: Kreuzer, Kriminalistik 1976, S. 145 ff.

3) Zum Interesse der Polizei an solchen Erkenntnissen siehe den Fragenkatalog der Polizei zur kriminalgeographischen Untersuchung in Bochum, in: Kriminalistik 1975, S. 368

bislang auf kriminalgeographischem Gebiet in Deutschland vollends. Die Folge war einmal eine im Hinblick auf das unbekannte Dunkelfeld mangelnde Exaktheit der Aussagen über die wahre Kriminalitätsverteilung. Ferner wurden nur die Daten der amtlichen Statistiken mit den Kriminalitätsraten korreliert. Auf die Erhebung von Daten über die Einschätzung der Kriminalitätsbedrohung seitens der Bevölkerung, über das Ansehen der Polizei in den einzelnen Gebieten oder auch über das Wohnleben der Bevölkerung in ihrem Wohnbezirk wurde verzichtet. Es ist aber beispielsweise fraglich, ob allein aufgrund statistischer Daten über die Anzahl der Hochhäuser in einer Region, auf einen hohen Grad von Anonymität und Beziehungslosigkeit zwischen den Menschen in diesem Gebiet ohne weiteres geschlossen werden kann. Auf diese methodischen Ungenauigkeiten hat insbesondere Opp hingewiesen¹.

Erst in jüngster Zeit finden sich Ansätze für eine kriminalgeographische Feldforschung, wie z. B. die Untersuchung von Hellmer² über den Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Kriminalität in Bad Harzburg und diejenige von Frehsee³ über die Kriminalität in dem Nordseebad Wyk auf Föhr. Auch Schwind/ Ahlborn/ Weiß⁴ haben in der jüngsten kriminalgeographischen Arbeit über die Kriminalität der Stadt Bochum Feldstudien in ihre Untersuchungen mit einbezogen⁵. Der Nachteil von Feldstudien liegt in der langwierigen und schwierigen Erfassung der Daten; der Vorteil weist sich hingegen dadurch aus, daß es sich nicht um Sekundärdaten handelt, die schon durch den Filter staatlicher Erfassungs- und Zählmethoden gegangen sind.

1) Opp S. 16 f.

2) Hellmer, MSchrKrim 1975, S. 174 ff.

3) Frehsee, Der Kriminalist 1976, S. 112 ff.

4) Schwind/ Ahlborn/ Weiß 1978

5) Vgl. ferner Hellmer, ArchKrim 1978, S. 1 ff.
und Amelunxen, ArchKrim 1975, S. 129 ff.

2.3.4. Die biographische Methode

Eine Methode, die nicht dem Bereich der empirischen Sozialforschung entstammt, sondern zu den Methoden der Einzelerhebungen bei den kriminalgeographischen Untersuchungen gehört, ist die biographische Methode. Sie dient zur Untersuchung der Täterpersönlichkeit, um soziologische und psychologische Hintergründe der Tatbegehung an diesem Ort zu ermitteln. Nach Hellmer sollte ferner der modus operandi und der Längsschnittverlauf der Verfahren von der Tat über Anzeige, Urteil, Vollzug einschließlich persönlicher Bewährung und Wiederaufnahme durch die Gesellschaft erfaßt werden¹.

Auch solche Persönlichkeitsuntersuchungen, die bislang in der deutschen kriminalgeographischen Forschung fehlten, obwohl sie schon vor Jahrzehnten gefordert wurden², finden heute im Rahmen kriminalgeographischer Arbeiten zaghafte Anfänge. So sind in der Bochumer Untersuchung von Schwind/ Ahlborn/ Weiß auch die sozialrelevanten Merkmale der ermittelten Tatverdächtigen, wie Geschlecht, Alter, Familienstand und familiäre Situation in der Kindzeit, Schulabschluß, ausgeübte Tätigkeit und Nettoeinkommen näher untersucht worden³.

2.3.5. Thematische Kartographie

Notwendige Voraussetzung all dieser kriminalgeographischen Methoden ist, daß sie zu geographisch erheblichen Aussagen führen, die nach Möglichkeit kartographisch darstellbar sein sollten. Zur zeichnerischen Umsetzung der statistischen Werte bedient sich die Kriminalgeographie der thematischen Kartographie. Dabei wird ein

1) Hellmer S. 19

2) Z. B. von Gruhle, MSchrKrim 1938, S. 279

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 258 ff.

bestimmtes Thema durch Verwendung beliebiger Zeichen kartographisch wiedergegeben, z. B. die Kriminalitätsdichte durch Schraffuren, die Bebauungsdichte durch farbige Abstufungen usw. Neuerdings wird die Herstellung und Gestaltung solcher Karten vermehrt durch die Techniken der elektronischen Datenverarbeitung bestimmt (Computerkartographie)¹.

2.3.6. Methodenkritik

Wie gegen viele Wissenschaftsbereiche und Forschungsmethoden, so sind auch gegen die Kriminalgeographie Einwände und Kritik erhoben worden. Diese richten sich dabei nicht gegen die Kriminalgeographie als solche, sondern gegen die Methoden, mit denen sie arbeitet.

Hauptpunkt der Kritik ist die Verwendung von Statistiken, auf die man sich deshalb nicht allein stützen könne, weil sie nur einen kleinen Teil der Kriminalität erfassen würden². Nur auf die amtlichen Statistiken gestützte kriminalgeographische Arbeiten könnten wegen des verbleibenden großen Dunkelfeldes keine zuverlässige Auskunft über die Verteilung der Kriminalität geben.

Einerseits wird versucht, sich der Schwierigkeit dadurch zu entziehen, daß bei der Untersuchung nur auf tatsächlich erhobene Daten Bezug genommen wird, ohne die Ergebnisse zu verallgemeinern³. Dies mindert sicherlich den Wert solcher Arbeiten für praxisorientierte kriminalpolitische Entscheidungen erheblich. Hellmer will dagegen diese Einwände gegen die kriminalgeographischen Unter-

-
- 1) Über die Methoden der thematischen Kartographie vgl. Hake 1976. Über die Kriminalkartographie mit dem Computer vgl. Krüger, ÖVD 1974, S. 216 ff.
 - 2) Vgl. Quensel, KrimJ 1969, S. 4 ff. sowie Brusten, Die Polizei, Hrsg. J. Feest u. R. Lautmann, S. 31 ff.
 - 3) Opp S. 19 f.

suchungsmethoden mit dem Hinweis entkräften, daß es auf das Dunkelfeld zumindest im Bereich der großflächigen Forschung gar nicht ankomme, weil in der Kriminalgeographie nicht absolute Größen, sondern nur das Verhältnis des Zahlenmaterials regionaler Einheiten zueinander ermittelt werden solle. Dies geschehe auf der Grundlage ein und desselben Strafverfolgungssystems, wobei das Dunkelfeld überall ähnlich sei¹. Daß ein einheitliches Strafverfolgungssystem aber auch zu einem überall fast gleichgroßem Dunkelfeld führen muß, ist eine bislang nicht nachgewiesene Vermutung². Die Bochumer Untersuchung von Schwind/ Ahlborn/ Weiß spricht eher für das Gegenteil. Schwind hat für die Stadt Bochum eine Opferbefragung zur Erforschung des Dunkelfeldes bestimmter Deliktsarten durchgeführt³. Dabei wurde derselbe Fragebogen verwendet, der bei einer Göttinger Dunkelfeldstudie⁴ erarbeitet und dort schon benutzt wurde. Der Vergleich der beiden Studien führt zu folgendem interessanten Ergebnis⁵: Die Resultate stimmen für einige Deliktsbereiche deutlich überein, so z. B. bei Körperverletzungsdelikten mit einer Dunkelzifferrelation von 1:8 in Göttingen und 1:7 in Bochum. Ebenso bei Diebstahl unter erschwerenden Umständen mit einer Dunkelzifferrelation von jeweils 1:12. Daneben gibt es aber auch deutliche Unterschiede, so vor allem bei den einfachen Diebstahlsdelikten, bei denen sich in Göttingen eine Relation von 1:15 und in Bochum dagegen von 1:6 ergeben hat.

Erst mit Hilfe solcher, nach einheitlichen Methoden durchgeführten Dunkelfelduntersuchungen können bei Vergleichung verschiedener Gebiete genauere Erkenntnisse darüber gewon-

-
- 1) Hellmer, Der Kriminalist 1974, S. 102 und Hellmer RdJB 1973, S. 269, der insoweit vom "Gesetz der konstanten Verhältnisse" auszugehen scheint.
 - 2) Zur Kritik vgl. Schwind, Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, 1976, S. 81
 - 3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 190 ff.
 - 4) Schwind/ Ahlborn/ Eger u. a. 1975
 - 5) Speziell zum Vergleich der beiden Untersuchungen siehe Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 198 ff.

nen werden, ob das Dunkelfeld tatsächlich in der Bundesrepublik Deutschland annähernd überall gleich groß ist. Auch könnte eine Intensivierung der Dunkelfeldforschung im Rahmen kriminalgeographischer Arbeiten Aufschlüsse darüber bringen, ob sich das Hellfeld und das Dunkelfeld über ein Stadtgebiet einigermaßen gleichmäßig verteilen. So könnte untersucht werden, inwieweit Gebiete mit hohem polizeilich erfaßtem Kriminalitätsanfall identisch sind mit den Gebieten, in denen das Dunkelfeld groß ist bzw. ob das Ausmaß der nicht registrierten Kriminalität dort klein ist, wo die festgestellte Kriminalität besonders hoch ist. Auf diese Weise käme man auch der Frage näher, ob die Kriminalitätsbrennpunkte weiterhin in den aufgrund der Polizeistatistik festgestellten Räumen liegen oder sich verlagern, wenn die unentdeckte Kriminalität den entsprechenden Gebieten zugerechnet wird. Durchaus denkbar ist es, daß gerade dort erhöhte Polizeiaktivitäten notwendig werden könnten, wo die registrierte Kriminalität gering, das Dunkelfeld aber besonders hoch ist. Für Bochum hat Schwind allerdings feststellen können, daß das Dunkelfeld tendenziell dort besonders groß ist, wo auch das Hellfeld groß ist¹. Zumindest danach erscheint es so, daß sich die festgestellte Kriminalität der Polizeistatistiken doch als recht guter Indikator für die Kriminalitätsbelastung verwenden läßt.

Der weitere grundlegende Einwand gegen die kriminalgeographischen Untersuchungsmethoden zielt auf die Voraussetzungen, von denen die Kriminalgeographie ausgeht. Es wird schon von vornherein bestritten, daß die Kriminalitätsbelastung regional verschieden ist². In Wahrheit seien die Unterschiede in den Kriminalitätsraten nur das Spiegelbild einer unterschiedlichen Kriminalitäts-

1) Schwind/ Steinhilper, Kriminalistik 1978, S. 436 und Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 186 ff.
2) Kaiser S. 117 f. und S. 169 f.

bekämpfung. Die Intensität der Strafverfolgung sei nicht überall gleich groß und daher werde in Gebieten mit strenger Strafverfolgung mehr Kriminalität entdeckt als in Gebieten mit weniger strengen Strafverfolgungsmaßnahmen. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, daß die Polizei bei der Strafverfolgung ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf Personen und Wohngebiete der Unterschicht richtet, mithin diese der Verbrechenskontrolle näher sind als andere Gruppen und Schichten¹. Auch von daher könnte die höhere Kriminalitätsbelastung bestimmter Gebiete, vor allem derjenigen, in denen Unterschichtsangehörige wohnen, zu einem guten Teil zu erklären sein. Zu berücksichtigen ist ferner, daß ca. 90% der von der Polizei bearbeiteten Fälle durch Anzeige aus der Bevölkerung bekannt werden. Das heißt, ob eine Straftat in der Polizeilichen Kriminalstatistik erscheint oder nicht, entscheidet im starken Maße die Bevölkerung selbst². Fraglich ist daher, inwieweit eine unterschiedliche Anzeigebereitschaft seitens der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen besteht und ob eine solche die Kriminalitätsraten und deren Verteilung entscheidend beeinflusst.

Diese Einwände und Bedenken gegen die Methoden der Kriminalgeographie sind bei den Untersuchungen in diesem Forschungsgebiet zu berücksichtigen, damit nicht vorzeitig falsche Schlußfolgerungen gezogen werden. Daher werden bei den neueren kriminalgeographischen Arbeiten auch regionale Dunkelfeldstudien und Motivationsanalysen zur Anzeigebereitschaft der Bevölkerung³, sowie Untersuchungen über regional unterschiedliche Strafverfolgungsmaßnahmen⁴ und deren Auswirkungen auf die Kriminalitätsverteilung mit einbezogen.

1) Vgl. Feest/ Blankenburg 1972

2) Zum Anzeigeverhalten vgl. Kürzinger 1978

3) Vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 186 ff. und S. 205 ff.

4) Vgl. Hellmer 1972

2.4. Kriminalgeographische Forschung in Deutschland

2.4.1. Ältere Arbeiten und deren Beurteilung heutiger Sicht

In Deutschland wird kriminalgeographische Forschung seit Ende des letzten Jahrhunderts betrieben. Eine der ältesten Untersuchungen ist 1882-1890 von Damme¹ durchgeführt worden. In der Folgezeit erschienen zahl-
reiche weitere Veröffentlichungen sowohl monoregionaler Art, als auch Arbeiten die kleinere Regionen oder ganze Landesteile untereinander verglichen². Nachdem sich kriminalgeographische Untersuchungen anfangs weitgehend auf die bloß statistisch-geographische Darstellung der Verteilung der Straftaten in Kändern, Regionen und Städten beschränkt hatten, hat Blau³ in seiner 1903 vorgelegten Arbeit - entsprechend einer Forderung Franz v. Liszts⁴ - unter anderem solche Faktoren wie Berufsstruktur, Familienstand, Wohnungsverhältnisse, Schulverhältnisse, soziale Fürsorge, Arbeitslöhne und Sparverhalten in seine Untersuchung einbezogen. Bezüglich dieser Besonderheiten hat er die Verurteiltenzahlen der beiden Kreise Marienwerder und Thorn miteinander verglichen. Wie die meisten Untersucher vor und nach ihm so verwendete allerdings auch Blau kein Kartenmaterial, sondern nur Tabellen in seiner Arbeit, worunter die Anschaulichkeit solcher Studien leidet.

1) Damme 1892

2) Z. B. Petersilie, Der Gerichtssaal 1904 (Beilageheft); Oehlert, MSchrKrim 1906, S. 705 ff.;
Dochow 1906; Wassermann, MSchrKrim 1907/8, S. 135 ff.;
Stöwesand, Der Gerichtssaal 1910 (Beilageheft);
Zienemann 1912; Bessler 1915; Noltenius 1926;
Diesterweg 1935; Burchardt 1936; Lahann 1937;
Dünnebier 1944; weitere zahlreiche Nachweise bei:
Roesner, MSchrKrim 1937, S. 305 ff.; v. Weber S. 90;
Gruhle, MSchrKrim 1938, S. 277 ff. und MSchrKrim 1940, S. 265 ff.

3) Blau 1903

4) Liszt, Festschrift für den 26. Deutschen Juristentag, 1902, S. 70 ff.

Von den älteren Arbeiten, die sich mit der Kriminalgeographie des gesamten Deutschen Reiches befaßt haben, seien die beiden wichtigsten kurz erörtert¹:

Als einer der Ersten untersuchte Seuffert² die Verteilung der Kriminalität im Deutschen Reich. Er stützte sich dabei auf die Verurteiltenstatistik der Jahre 1883-1897. Vom Ort der Tat ausgehend, aufgegliedert nach Ländern, Provinzen, Regierungsbezirken und Kreisen, verglich er die Gebiete mit starker und solche mit weniger Kriminalitätsbelastung untereinander. Bezogen auf die Gesamtkriminalität stellte Seuffert die größte Kriminalitätsbelastung in den östlichen Gebieten fest, wie Preußen und Schlesien. Der Westen und Norden mit Westfalen und Schleswig-Holstein waren hingegen am wenigsten mit Kriminalität belastet. Seuffert schloß daraus, daß hauptsächlich ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse sowie Eigentümlichkeiten der einzelnen Stämme und (Trink-) Sitten für die Kriminalität ursächlich seien.

Ebenso wie Seuffert ging auch 30 Jahre später Roesner³ bei der Feststellung der örtlichen Verteilung der Kriminalität im Deutschen Reich von der Verurteiltenstatistik aus. Im Gegensatz zu Seuffert war aber der Ausgangspunkt seiner Untersuchungen nicht der Tatort, sondern der Gerichtsort der jeweiligen Aburteilungen gegliedert nach Oberlandesgerichtsbezirken. Auch Roesner stellte hinsichtlich der Gesamtkriminalität eine wesentlich geringere Kriminalitätsbelastung des Nordens (abgesehen von den Hafenstädten Hamburg, Bremen und Lübeck) fest, während der Süden und die Ostgebiete des damaligen Deutschen Reiches geringere Verurteilungsraten aufwiesen. Bei differenzierter Betrachtung der Regionen und Gliederung nach einzelnen Straftaten ergeben die Zahlen von

1) Weitere Arbeiten: Hoffmann 1921 u. Sauer S. 485 ff.
2) Seuffert, Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 75
3) Roesner, MSchrKrim 1937, S. 305 ff.

Roesner ein überraschendes Kriminalitätsbild. So sind danach gemischt-ländliche Gebiete wie Zweibrücken (Pfalz) und Nürnberg (Bayern) am stärksten belastet und haben höhere Kriminalitätsziffern als der Großstadtbezirk Hamburg. Ferner hat der streng katholische Süden die höchste Sittlichkeitskriminalität und die größten Abtreibungsquoten.

Zieht man die neueren Untersuchungsergebnisse von Hellmer¹ heran, wird ersichtlich, daß dieses Kriminalitätsbild, welches ebenso wie alle anderen älteren kriminalgeographischen Arbeiten von den Verurteiltenzahlen ausgeht, offensichtlich eine Verzerrung der wahren Kriminalitätsverteilung darstellt. Hellmer erstellte Kriminalitätskarten der Bundesrepublik Deutschland, bezogen auf die Gesamtkriminalität, wie sie sich nach der Verurteiltenstatistik des Jahres 1967 und nach den Häufigkeitsziffern der Polizeilichen Kriminalstatistik der Jahre 1964-1968 ergaben. Eine Gegenüberstellung der Kriminalitätskarten ergibt das auf der nächsten Seite folgende Bild². Es zeigt sich, daß die Verurteiltenziffern das Kriminalitätsbild völlig verändern und die wahren Verhältnisse genau in ihr Gegenteil verkehren, wenn nach der Verurteiltenstatistik der Süden eine höhere Kriminalitätsbelastung hat als der Norden.

1) Hellmer 1972

2) Helles Feld bedeutet geringe Verurteilten- bzw. Häufigkeitsziffern. Mit steigenden Ziffern nehmen die Dunkelwerte zu.
Bild 1 entnommen aus: Hellmer S. 179. Die Verurteiltenziffern von 1967 entsprechen dabei in etwa dem Durchschnitt der Jahre 1964-1968, vgl. Hellmer S. 38
Bild 2 entnommen aus: Hellmer S. 105

Bild 2

Verteilung der Gesamtkriminalität
in den Ländern nach der Polizeilichen Kriminalstatistik der Jahre
1964-1968 (Durchschnitt)



Bild 1

Verteilung der Gesamtkriminalität
in den Ländern nach der Verurteilungsstatistik des Jahres 1967



Auch bei Betrachtung einzelner Delikte stellte Hellmer fest, daß eine Gegenüberstellung von Verurteilten- und Häufigkeitsziffern¹ teilweise ein gänzlich anderes Bild ergibt. Während bei Körperverletzungsdelikten und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung die Verurteilten- und Häufigkeitsziffern ähnliche Bilder ergeben, stimmt die Relation bei den Sexualdelikten und Abtreibungstaten nicht mehr. Hier hatte der Süden wesentlich höhere Verurteiltenziffern als der Norden, die obwohl der Norden höhere Häufigkeitsziffern aufwies. Hellmer zieht daraus den Schluß, daß die Verurteiltenziffern über die wahre Kriminalitätsverteilung nichts aussagen. Sie seien, da sie stark von der Aufklärungsquote² und der Zahl der gerichtlichen Einstellungen abhingen, nur zu einer Aussage über die Strenge der Strafverfolgung geeignet³. Dies scheint auch begründet, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Verurteilten umso höher ist, wie die Aufklärungsquote steigt. Die Aufklärungsquote ihrerseits ist aber gerade naturgemäß dort besonders gering, wo aufgrund der Anonymität des Einzelnen und der vielfältigen Möglichkeiten der Täter "unterzutauchen", die Polizei auf große Schwierigkeiten bei der Ermittlung von Tatverdächtigen stößt - also namentlich in den Ballungsgebieten. Auf dem Lande ist hingegen die Aufklärungsquote höher als in der Stadt, weil relativ mehr Täter gefaßt werden können.

Neben anderen Faktoren, wie z. B. die größere Anzeigebereitschaft der ländlichen Bevölkerung, erklären diese Tatsachen, weshalb in den früheren kriminalgeographischen

-
- 1) Verurteiltenziffer = Verurteilte auf 100 000 Einwohner
Häufigkeitsziffer = bekanntgewordene Fälle auf 100 000 Einwohner
2) Aufklärungsquote = das prozentuale Verhältnis von aufgeklärten zu bekanntgewordenen Fällen
3) Vgl. Hellmer S. 38 u. 67 sowie Hellmer, RdJB 1973, S. 270

Arbeiten ländliche Gebiete oftmals angeblich stärker mit Kriminalität belastet waren als städtische Regionen¹ und weshalb der "sittenstrenge, katholische Süden" regelmäßig eine höhere Kriminalität aufwies als der Norden. Augenscheinlich liegt es an einer strengeren Strafverfolgungs- und Aburteilungspraxis im Süden, wenn heute wie früher die Verurteiltenziffern für Süddeutschland mehr Kriminalität anzeigen als für Norddeutschland. Dies obgleich die bekanntgewordene Kriminalität nach den Polizeizahlen im Norden sehr viel höher ist. Daher ist es auch wahrscheinlich richtig, wenn Hellmer feststellt, daß alle Theorien - wie die von Exner² über den Zusammenhang zwischen nordischer Rasse und geringer Kriminalität - die auf den angeblich niedrigeren Kriminalitätszahlen Nordwestdeutschlands basieren, vermutlich falsch seien, ebenso wie die Theorie, die auf der "hohen" Belastung Bayerns beruhten³.

Der Umstand, daß sämtliche kriminalgeographischen Arbeiten der damaligen Zeit von der Verurteiltenstatistik ausgingen und daher nach heutigen Erkenntnissen zu falschen Bildern über die Verteilung der Kriminalität gelangten, ist aber nicht der einzige Punkt, der den Wert dieser Arbeiten vor allem für kriminalpolitische Überlegungen herabmindert. So wurde schon sehr frühzeitig von Gruhle⁴ und Sieverts⁵ kritisiert, daß insbesondere die monoregionalen Arbeiten zwar interessantes Einzelmaterial liefern würden, da sie aber nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten forschten, keine Vergleiche der Gebiete untereinander ermöglichten. In diesem Zusammenhang hat Sieverts eine Ausbreitung kriminalgeographische Landschaftsforschung für ganz Deutschland gefordert, damit - orientiert an genauem Zahlenmaterial - für jede einzelne Landschaft

1) Vgl. z. B. Burchardt, ArchKrim 1936, S. 84;
Seelig S. 213; Roesner, MSchrKrim 1938, S. 588

2) Exner 1949

3) Hellmer S. 25

4) Gruhle, MSchrKrim 1938, S. 287

5) Sieverts, MSchrKrim 1935, S. 1ff. und ebenso etwas später Mezger S. 206

eine klare Übersicht über die Kriminalitätsbewegungen vorhanden sei; denn erst die Kenntnis der neuesten jährlichen Kriminalitätszahlen ermögliche eine kriminalpolitische Planung, die sich nicht nur auf vage Vermutungen stützen müsse¹.

In den von Bader² angeregten Dissertationen³ über die Gesamtkriminalität strukturell verschiedener Gemeinwesen, wurde nicht nur statistisches Material ausgewertet, sondern die untersuchten Gebiete wurden auch eingehend in ihrer äußeren Erscheinung charakterisiert. Ferner wurde ein durch eigene Beobachtungen gewonnenes Bild von der Art und der Lebensweise der dort lebenden Bevölkerung vermittelt. Die Hauptaufgabe dieser Arbeiten sollte darin liegen, einen Beitrag zur Erkenntnis der sozialen Verknüpfung des Verbrechens zu leisten⁴. In den Dissertationen wurden in den Schlußbetrachtungen auch erstmals kriminalpolitische Wege zur Lösung der Kriminalitätsfrage aufgezeigt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Kriminalität vor allem in den unteren Bevölkerungsschichten häufiger anzutreffen war, wurden vordringlich bildungspolitische Maßnahmen gefordert, die zur sittlichen und seelischen Festigung beitragen sollten. Dabei wurde an religiöse Erziehung gedacht, aber auch an die durch das "Volksbildungswerk" ins Leben gerufenen Vortragsabende, Lichtbildervorträge und sonstige Gemeinschaftsveranstaltungen. Ferner wurde in diesen Arbeiten unter anderem auf die schlechten Wohnverhältnisse hingewiesen, von deren Sanierung man sich einen kriminalitätshemmenden Einfluß erhoffte⁵. Zur Eindämmung der Körperverletzungsdelikte hat Schalk die Forderung nach allgemeiner Förderung des Massen- und Leistungssportes erhoben⁶. Oechsler weist

1) Sieverts, MSchrKrim 1935, S. 4

2) Bader 1949

3) Vgl. Bauer 1951; Merz 1952; Oechsler 1952;
Schalk 1954 und Hack 1954

4) Bader S. 5

5) Hack S. 177

6) Schalk S. 140

darauf hin, daß auch eine verbesserte Aufklärungsarbeit der Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen zur Verhinderung mancher Delikte beitragen könne¹. Man beschränkte sich in diesen Arbeiten also nicht auf die bloße Auszählung und Gegenüberstellung von Statistiken, sondern versuchte die Ergebnisse zu deuten und schlug kriminalpolitische Lösungsmöglichkeiten vor. Allerdings wurde dabei der Fehler begangen, daß man sich dabei nicht auf die Zusammenhänge der spezifischen örtlichen Gegebenheiten beschränkte, sondern aus dem Zahlenmaterial einzelner begrenzter Gebiete verallgemeinernde Schlußfolgerungen zog, die sich nicht mehr allein auf die untersuchten Gebiete bezogen. Auch ist fraglich, inwieweit diesen Untersuchungen ein realistisches Bild über die Verteilung der Kriminalität zugrunde gelegen hat, da insofern wiederum von den Verurteiltenziffern ausgegangen wurde.

2.4.2. Die neueren Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland

2.4.2.1. Opp - Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen²

In der Bundesrepublik Deutschland hat Opp als erster mit seiner 1968 veröffentlichten Studie versucht, Anschluß an die kriminalsoziologisch orientierten Forschungsarbeiten aus Amerika zu bekommen. Das Ziel seiner Untersuchung sollte es sein, die räumliche Verteilung der Kinder- und Jugenddelinquenz der Stadt Köln in den Jahren 1961 und 1963 zu beschreiben und zu erklären. Ferner wollte Opp überprüfen, ob die Ergebnisse

1) Oechsler S. 103

2) Opp 1968

der in Amerika durchgeführten Untersuchungen auch im hiesigen Kulturraum Gültigkeit haben oder nicht¹.

Im ersten Teil der Arbeit wird die Verteilung der Täter- und Deliktsraten auf die einzelnen 49 Stadtbezirke der Stadt Köln beschrieben und zwar jeweils der Jahre 1961 und 1963. Die Zurechnung erfolgte dabei nach dem Wohnort der Täter und nicht nach dem Tatort, da sich die Tatorte in vielen Fällen nicht mehr feststellen ließen. Die Delinquenzdaten sind bei den Jugendlichen der Jugendgerichtskartei und bei den Kindern den Jugendfürsorgeakten entnommen worden.

Opp kommt zunächst zu dem Ergebnis, daß zwar die Gesamtzahl der delinquenten Kinder und Jugendlichen für ganz Köln in den Jahren 1961 und 1963 in etwa gleich blieb, die Täter- und Deliktsraten in den einzelnen Stadtbezirken aber von Jahr zu Jahr jeweils größere Unterschiede aufwiesen². Daß die Delinquenzraten der verschiedenen Kölner Stadtbezirke starken jährlichen Schwankungen unterworfen waren, sich somit nur wenig konstante Verhältnisse zeigten, führt Opp auf die Höhe der Dunkelziffern zurück, die bei geringen absoluten Werten immer besonders stark auftreten würden. So bestätigt erst der Versuch, die Dunkelziffern durch Auswahl von 10 Stadtbezirken mit relativ hoher Bevölkerungszahl geringfügig zu halten³, die Vermutung, daß in der Tendenz diejenigen Stadtbezirke eine hohe bzw. niedrige Täter- und Deliktsrate im Jahr 1963 aufwiesen, die schon 1961 ähnliche Raten hatten. Dadurch konnte wenigstens teilweise bestätigt werden, daß bestimmten Gebieten immer ein bestimmtes Kriminalitätspotential innewohnt, d.h. einzelne Stadtbezirke eine kriminelle "Attraktivität" besitzen. Allerdings ist fraglich, ob die Vorüberlegungen von Opp schlüssig sind.

1) Opp S. 5
2) Opp S. 45
3) Opp S. 104

Die Behauptung von Opp, daß die Delinquenzrate in den Gebieten umso weniger verzerrt werden, je größer die Bevölkerungszahl dieser Gebiete ist¹, ist bislang noch nicht verifiziert worden.

Im erklärenden Teil untersucht Opp die Frage, warum sich die Delinquenz in den Stadtbezirken Kölns in bestimmter Weise verteilt. Zu diesem Zweck wurden 38 verschiedene Variablen², die Eigenschaften von Aggregaten (hier also der Stadt Köln) darstellen, mit der Delinquenzrate der Kinder und Jugendlichen der Jahre 1961 und 1963 in Beziehung gesetzt. Wir fragen - schreibt Opp - ob dann, wenn bestimmte Variablen einen hohen (bzw. niedrigen) Wert haben - etwa wenn in Stadtbezirken die Raten der Arbeiter hoch (bzw. niedrig) sind - auch die Delinquenzrate hoch (bzw. niedrig) ist³. Hinsichtlich der jugendlichen Straftäter kommt Opp zu folgendem Ergebnis : Hohe Kriminalitätsraten weisen solche Stadtteile auf, in denen die "Rate der Kinder" und die "Rate der Arbeiter" hoch liegen, in denen es viele Behelfshäuser gibt und in denen überwiegend die SPD gewählt wird. Niedrig hingegen ist die Kriminalität dort, wo viele Freiberufliche und Oberschüler wohnen, wo Einzelhaushalte häufiger vorkommen, die Wohnungen mehr Badezimmer usw. besitzen und wo öfter die CDU gewählt wird⁴. Es zeigte sich somit ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Delinquenz, der nach der Auffassung von Opp tatsächlich besteht und nicht mit den Aktivi-

1) Opp S. 19 ff. und S. 100 ff.

2) Als Beispiele seien genannt: Die Rate der Frauen in den einzelnen Stadtteilen, Rate der Verheirateten und der Geschiedenen, Rate der alten Leute, Rate der Arbeiter und der Beamten, Rate der Katholiken und Protestanten, Rate der SPD- und CDU-Stimmen, Rate der Hauseigentümer, Geburtsraten, Wohndichte usw., vgl. Opp S. 76 ff.

3) Opp S. 75

4) Opp S. 83 ff.

täten der Behörden oder anderer Institutionen erklärt werden kann. Bei den Kindern konnte Opp keine schichtabhängige Häufung delinquenten Verhaltens feststellen, was er darauf zurückführt, daß bei den Kindern der Unterschicht und solchen der Mittelschicht noch kein unterschiedliches Normensystem ausgeprägt sei¹.

Im Gegensatz zu amerikanischen Untersuchungen² konnte Opp bei seiner Studie einen Zusammenhang zwischen Anomie und Delinquenz nicht feststellen. Die auf Durkheim³ zurückgehende und von Merton⁴ zur eigenständigen Kriminalitätstheorie ausgebauten Anomietheorie, geht von der Annahme aus, daß in Gesellschaften Spannungen und Diskrepanzen zwischen den kulturell verbindlichen Zielen und Lebensidealen einerseits und den Möglichkeiten ihrer Realisierung andererseits auftreten können. Wenn das normgerechte Handeln zur Zielerreichung nicht allen, sondern nur einer Auswahl von Menschen ermöglicht wird, wird die Sozialstruktur einer Gesellschaft instabil. Es entsteht Anomie, d.h. die kulturell vorgeschriebenen Ziele genießen Vorrang vor der Frage nach der Legitimität und Legalität der zu ihrer Durchsetzung benutzten Mittel. Anomie bedeutet letztlich also Norm-, Bindungs-, Orientierungslosigkeit als die subjektive Seite sozialer Desintegration⁵. Opp konnte nach seinen Feststellungen keineswegs bestätigen, daß mit hoher Anomie eine hohe Delinquenzrate einhergeht. Als Indikator für Anomie verwendete er dabei - wie vor ihm andere auch - die "Rate der Verheirateten", d.h. eine niedrige Rate von Verheirateten, und damit ein relativ hoher Grad von Isolierung, zeigt in einem Bezirk hohe Anomie an. Nach seiner Untersuchung ergibt sich überraschender Weise eine niedrige Korrelation zwischen Anomie und Delinquenz. Dies Ergebnis erklärt Opp damit, daß es sich dabei um eine Schein-

1) Opp S. 75

2) Z. B. Merton 1964 und siehe auch die Übersicht bei Clinard S. 243 ff.

3) Durkheim 1897

4) Merton 1964

5) Kaiser S. 194

korrelation handele, die durch den Faktor soziale Schicht verursacht werde¹.

Abschließend gelangt Opp zu der Feststellung, daß die bisher in der Kriminalgeographie gebildeten Hypothesen zur Erklärung abweichenden Verhaltens nicht unabhängig von Gebietssituationen Gültigkeit haben. Das Ziel, empirische Verallgemeinerungen aufzustellen, nach denen unabhängig von Ort und Zeit eine bestimmte Rate delinquenten Verhaltens vorausgesagt werden könne, werde mit den bislang benutzten Variablen nicht erfüllt². Zu groß seien die Abweichungen der verschiedenen Untersuchungen. So wurden bei einer Überprüfung der Zonenhypothese von Shaw/ McKay, daß nämlich die Delinquenzraten mit zunehmender Entfernung von Stadtzentrum abnehmen, in verschiedenen Städten unterschiedliche Ergebnisse festgestellt³. Auch die Theorie von Shaw/ McKay, wonach ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und Industriezonen bestehen soll, konnte von anderen Forschern nicht immer bestätigt werden⁴. Opp fordert daher in seiner Arbeit, bei kriminalgeographischen Arbeiten nicht nur die Daten der amtlichen Statistiken zu berücksichtigen, sondern auch durch Umfragen Daten über Normen und Wertvorstellungen, die von der jeweiligen Bevölkerung internalisiert werden, zu erheben⁵. Damit bezweckt Opp unter anderem eine Überprüfung der Anomietheorie, nach der Personen, die bestimmte Werte wie beispielsweise Erfolg und hohes Einkommen internalisiert haben, versuchen werden, diese Werte mit illegitimen Mitteln durchzusetzen, wenn sie sie als Angehörige der Unterschicht nicht mit legitimen Mitteln realisieren können.

1) Opp S. 122

2) Opp S. 202

3) Vgl. seit neuestem Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 76 und Schwind/ Steinhilper S. 438, die im Gegensatz zu den Nürnbergern Ergebnisse von Herold ein ringförmiges Abnehmen der Kriminalität von der City zu den Außenbezirken für Bochum nicht feststellen konnten. Für Bochum wird daher auch von einer Mehrkerntheorie gesprochen.

4) Vgl. Lander S. 26 u. 28

5) Opp S. 207 f.

Der Wert der Untersuchung von Opp liegt weniger darin, daß mit Hilfe der gewonnenen Ergebnisse eine über den Weg der Kriminalpolitik praxisnahe Kriminalitätsbekämpfung eingeleitet werden könnte. So konnte Opp weder generalisierende Hypothesen zur Erklärung der Kriminalität herausarbeiten, noch für bestimmte Gebiete innerhalb der Stadt Köln genügend konstante Verhältnisse entdecken, die als Anhaltspunkte für einschneidende Maßnahmen hätten dienen können. Dies mag unter anderem darauf zurückzuführen sein, daß Opp sich auf die Untersuchung der Kinder- und Jugenddelinquenz beschränkt hat und daher mit geringen absoluten Zahlen arbeiten mußte, die zudem der Strafverfolgungsstatistik entstammten. Diese beiden Faktoren erhöhen im besonderen Maße die Möglichkeiten der Verfälschung von Ergebnissen durch die Dunkelziffern. Der Wert der Arbeit von Opp ist vielmehr darin zu sehen, daß er erstmals den in Amerika erprobten ökologischen Ansatz zur Erklärung delinquenten Verhaltens in Deutschland anwendete und überprüfte, ob die Resultate der amerikanischen Untersuchungen auf deutsche Verhältnisse übertragbar sind. Dabei kommt Opp aufgrund seiner Kölner Studie zu einer negativen Aussage¹. Nach seiner Ansicht können kriminalgeographische Hypthesen nicht unabhängig von Ort und Zeit aufgestellt werden und nicht verallgemeinernd erklären, warum sich delinquentes Verhalten in bestimmter Weise auf bestimmte Gebiete verteilt; jedenfalls nicht mit den bislang verwendeten Variablen.

-
- 1) Gegen eine Übertragung amerikanischer Ergebnisse auf europäische Verhältnisse auch: Suttinger, HwK, Bd I, 2. Aufl., S. 429 und Schneider S. 65. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß sowohl die - von den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland - unterschiedliche Sozialstruktur der amerikanischen Großstädte, als auch die anderartige ethnische Struktur der amerikanischen Bevölkerung, hervorgerufen durch die Vielzahl der Einwanderer verschiedenster Rassen und Kulturen, eine Übertragung der amerikanischen Ergebnisse auf deutsche Verhältnisse nicht zulasse. Hierzu vgl. auch Grantz S. 4

2.4.2.2. Hellmer - Kriminalitätsatlas der
Bundesrepublik Deutschland¹

Mit seinem 1972 veröffentlichten Kriminalitätsatlas stellt Hellmer die geographische Verteilung der Kriminalität innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dar und untersucht die Frage, "welche kriminalpolitisch erheblichen Aussagen mit Hilfe der Kriminalgeographie gemacht werden können"². Mit seiner Arbeit möchte Hellmer - so schreibt er - keine Ursachenforschung im eigentlich kriminologischen Sinne betreiben, um damit auf verschiedene Faktoren, bei denen Zusammenhänge mit der Kriminalität vorliegen könnten, aufmerksam zu machen und den Weg für Einzeluntersuchungen zu weisen³.

Hellmer geht bei der Darstellung der Kriminalitätsverteilung von den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik aus und zwar von der Durchschnittszahlen der Jahre 1964-1968. Zur Kenntlichmachung landsmännischer Einheiten und Gegenüberstellung von Räumen mit unterschiedlicher oder gleicher Wirtschaftsstruktur wird die Bundesrepublik in Bundesländer, Regierungsbezirke und Kreise aufgeteilt. Die Untersuchungen beziehen sich auf den Tatort und nicht auf den Wohnort, wobei allerdings festzuhalten ist, daß bei der großräumigen Betrachtung die Tat- und Wohnorte nicht wesentlich auseinanderfallen, da die meisten Delikte in relativer Nähe zum Wohnort begangen werden. Um die Rolle, die die einzelnen Delikte in den verschiedenen Regionen spielen, zu erforschen, sind die Delikte unter den Gesichtspunkten Häufigkeit, Schwere und Funktion ausgewählt worden. Dementsprechend sind Diebstahl, Betrug, Mord, Brandstiftung, Raub, Sexualdelikte, Körperverletzungs- und Amtsdelikte berücksichtigt worden.

1) Hellmer 1972
2) Hellmer S. 9
3) Hellmer S. 70

Als erster Kriminalgeograph geht Hellmer in seiner Untersuchung genauer auf die örtlichen Unterschiede in der Bekämpfung der Kriminalität ein, da davon "möglicherweise der Umfang und die Struktur der Kriminalität abhängen"¹. Bei den entsprechenden Daten, die er "Bekämpfungsdaten" nennt, werden die Polizeidichte², die Belastung der Polizei, die Aufklärungsquote, die Kriminalitätsbelastungsziffer³ und die Verurteiltenziffer erfaßt. Zur weiteren Klärung der Frage, woher die regionalen Unterschiede in der Kriminalitätsverteilung kommen, setzt Hellmer die Kriminalitätshäufigkeitszahlen in Beziehung zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten.

Zur Kriminalitätsverteilung in der Bundesrepublik Deutschland stellt Hellmer fest, daß Umfang, Struktur und Entwicklung der Kriminalität starke regionale Unterschiede aufweisen, die nicht nur durch eine unterschiedliche Strafverfolgung bedingt sind⁴. Dabei sind hinsichtlich des Umfangs der Gesamtkriminalität - der hauptsächlich vom Diebstahl bestimmt wird - neben den Fremdenverkehrs-, Ballungs-, Grenz- und Hafengebiete (=höchste Kriminalität), die nördlichen Bundesländer und Regierungsbezirke im allgemeinen stärker belastet als die südlichen. Bei der Betrachtung der Gesamtkriminalität ohne Diebstahl ist hingegen der Norden insgesamt geringer belastet als der Süden, was an der höheren Gewaltskriminalität südlicher Regionen liegt. (Vgl. hierzu die Bilder 3 bis 6 der folgenden Seiten⁵)

1) Hellmer S. 36

2) Polizeidichte = Anzahl der Polizeibeamten auf 100 000 Einwohner

3) Kriminalitätsbelastungsziffer = Zahl der ermittelten Tatverdächtigen je 100 000 der Gesamtbevölkerung oder der einzelnen Altersgruppen

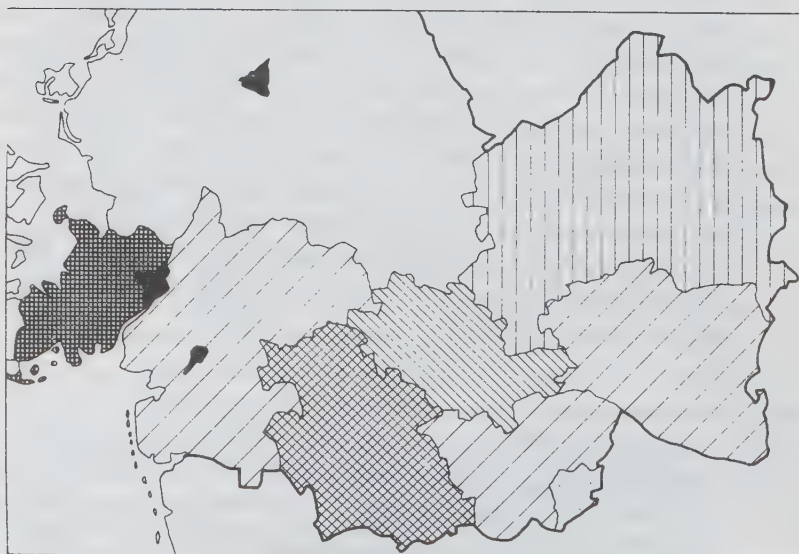
4) Hellmer S. 41 ff. u. 81 ff.

5) Bild 3 entnommen aus Hellmer S. 105, Bild 4 aus Hellmer S. 108, Bild 5 aus Hellmer S. 117, Bild 6 aus Hellmer S. 118

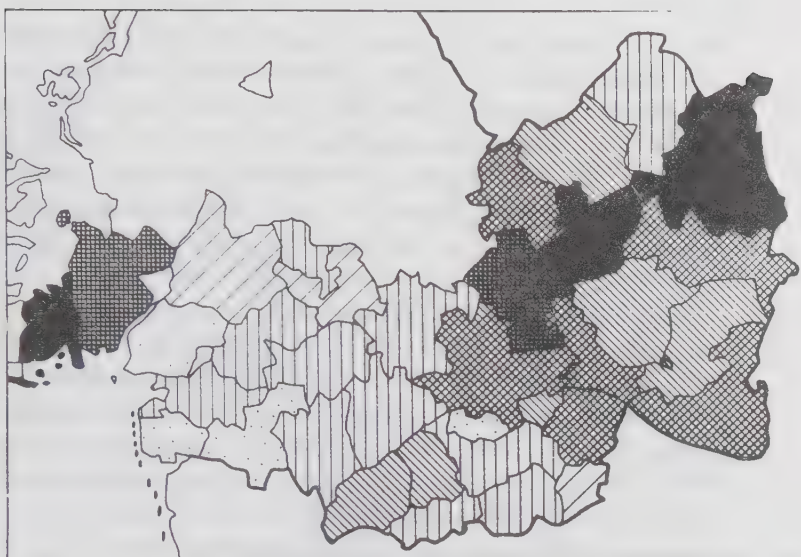
Gesamtkriminalität - Häufig-
keitsziffer 1968 in den Re-
gierungsbezirken



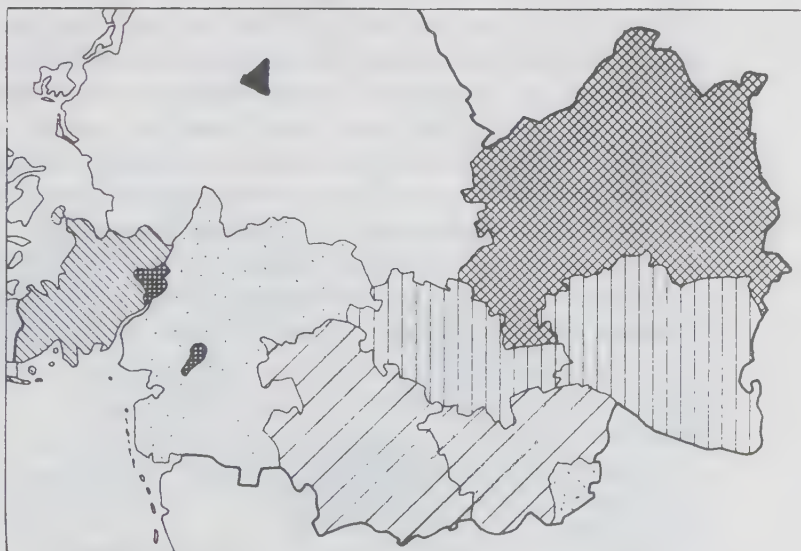
Gesamtkriminalität - Durch-
schnittliche Häufigkeitsziffer
1964-1968 in den Ländern



Diebstahl - Häufigkeitsziffer
1968 in den Regierungsbezirken



Diebstahl - Durchschnittliche
Häufigkeitsziffer 1964-1968
in den Ländern



Bei der Frage, welche Auswirkungen die Strafverfolgung auf die Kriminalität hat, kommt Hellmer zu dem überraschenden Ergebnis, daß der Einfluß der Polizeidichte auf den Kriminalitätsumfang gering ist. Nach seiner Auffassung sei der Kriminalitätsumfang höchstens in beschränkt örtlichen Bereichen durch Erhöhung der Polizeipräsenz beeinflussbar und zwar auch nur bei den Präventivdelikten, die sich in der Öffentlichkeit abspielen¹. Für die Mehrzahl der Delikte, die heimlich begangen würden und hinsichtlich derer sich die polizeiliche Tätigkeit auf die Entdeckung und Aufklärung beschränke (detektable Delikte²), habe die Polizeidichte dagegen keine Auswirkungen. Nach Hellmer ist die Polizeidichte vom Kriminalitätsumfang abhängig und nicht umgekehrt der Kriminalitätsumfang von der Polizeidichte. (Vgl. hierzu die Bilder 7 und 8 der folgenden Seiten³.)

Ferner stellt Hellmer fest, daß auch über den Weg der Aufklärungsquote die Polizeidichte keinen erkennbaren Einfluß auf den Umfang der Kriminalität hat⁴. So ist nach seinen Untersuchungen in Gebieten mit geringer Polizeidichte und niedriger Aufklärungsquote die Kriminalität nicht größer und nimmt nicht mehr zu, als in Gebieten mit hoher Polizeidichte und entsprechend höheren Aufklärungsquoten. Diese Aussage will Hellmer aber auch nur auf die Massenkriminalität bezogen wissen. Er schließt nicht aus, daß sich manche potentiellen Täter vor allem bei den Berufskriminellen, durch ein erhöhtes Entdeckungsrisiko von der Tat abschrecken lassen⁵.

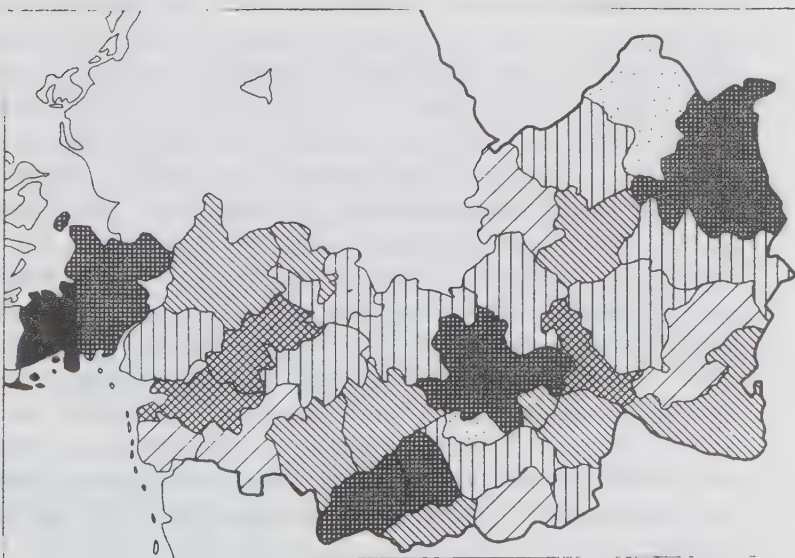
1) Hellmer S. 84

2) Zum Begriff: Eyde, MSchrKrim 1937, S. 187 f.

3) Bild 7 entnommen aus Hellmer S. 108, Bild 8 aus Hellmer S. 162

4) Hellmer S. 61 u. 84

5) Hellmer S. 56 u. 84



Einen Zusammenhang zwischen sozialen Gegebenheiten und Kriminalität glaubt Hellmer insoweit zu erkennen, als die kriminogenen Faktoren einer Massenkriminalität seiner Ansicht nach in den kommunikationsstörenden und desintegrierenden Umständen der modernen Gesellschaft liegen. Entpersönlichung und Denaturierung der Umwelt; Bevölkerungszusammenballung; ungleiche Verteilung und starke Fluktuation der Bevölkerung; Industrialisierung und Kommerzialisierung; Anonymität und Vereinsamung des Individuums in Großgemeinden; Massenquartier und Schlafsilos - darin sind für Hellmer die Ursachen der Massenkriminalität zu sehen¹. Diese Vermutungen begründet Hellmer zunächst mit dem "Anteil der Bevölkerung in den Großgemeinden" und den "Wanderungsbewegungen", d.h. der Bevölkerungszu- und abnahme in den einzelnen Gebieten. Dabei hat sich gezeigt, daß kriminalitätsreiche Gebiete einen hohen Anteil an Großgemeinden und die größte Bevölkerungszunahme bzw. -bewegung haben. Nach Hellmer sind die Zusammenhänge hier verschiedenartig: "einmal indirekt: starker Zuzug fremder Personen fördert die Desintegration und damit die Anonymität des Individuums; ferner indirekt: Zuzugsgebiete sind überwiegend Gebiete, in denen es etwas zu 'verdienen' oder sonst zu 'holen' gibt"². Für die Annahme eines Zusammenhanges zwischen Desintegration und Kriminalität spricht nach Hellmer auch, daß bei seinen Untersuchungen ausgesprochene Feriengebiete, d.h. Gebiete mit großer Bevölkerungsbewegung und Anonymität des Einzelnen, eine hohe Kriminalitätsrate aufwiesen. Besonders gefährdet waren dabei Regionen mit Massentourismus im Gegensatz zu Gebieten mit vorwiegender Einzelvermietung³. Ferner hat die "Geographie des Selbstmordes" auffällige Parallelen zur Kriminalgeographie ergeben. So hatten kriminalitätsreiche Gebiete regelmäßig eine höhere Selbstmordquote als kriminalitätsarme Regionen. Nach der Desintegrationstheorie Durkheims könnte laut Hellmer

1) Hellmer S. 85

2) Hellmer S. 73

3) Hellmer S. 73

die Frage der sozialen Integration heir eine entscheidende Rolle spielen. Unter dem gleichen Gesichtspunkt weist Hellmer auch auf den "Anteil der Sportverbandsmitglieder" und die "Ehescheidungshäufigkeit" hin. Gebiete mit geringen Kriminalitätsraten hatten nach seinen Feststellungen mehr Sportverbandsmitglieder und weniger Ehescheidungen zu verzeichnen als diejenigen Gebiete mit einer hohen Kriminalitätsbelastung¹.

Zwischen Kriminalität und Wirtschaftsdaten zeigten sich keine besonders deutlichen Zusammenhänge. Insgesamt stellt Hellmer aber in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen fest, daß eine hohe Kriminalitätsrate vor allem in wirtschaftlich reichen Gebieten -gemessen am Bruttoinlandsprodukt, der Realsteuerkraft, den Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche und der Zahl der Erwerbstätigen in Handel, Verkehr und Industrie - vorhanden ist².

Im Hinblick auf den Bildungsstand der Bevölkerung kommt Hellmer zu dem Schluß, daß dieser keine Auswirkungen - anders als die Ausbildung des Einzelnen - auf den Kriminalitätsumfang hat³. Inwieweit die Religionszugehörigkeit Bedeutung für die Kriminalität hat, konnte Hellmer nicht eindeutig beantworten. Zwar waren die kriminalitätsärmeren Gebiete überwiegend katholisch, gleichzeitig zeigte sich aber, daß die katholischen Gebiete oftmals diejenigen mit der geringeren Bevölkerungsdichte waren, sich somit der Zusammenhang mit der geringeren Kriminalität auch hieraus erklären könnte⁴.

1) Hellmer S. 74 f. u. 79 f.

2) Hellmer S. 75 f.; ebenso Holle 1968

3) Hellmer S. 85

4) Hellmer S. 79. Die Auffassungen über die Religiosität als kriminalitätshemmenden bzw. -fördernden Faktor gehen stark auseinander. Hierzu zahlreiche Nachweise bei: Nagel, HwK, Bd. III, 2. Aufl. S. 30 ff.

Abgesehen davon, daß auch Hellmer das Dunkelfeld außer Betracht gelassen hat, fällt für die Herausarbeitung kriminogener Faktoren auf, daß flächenmäßig so groß angelegte Untersuchungen wie die von Hellmer für die Ursachenforschung wenig Fortschritte bringen¹. So betont Hellmer in seinem Kriminalitätsatlas² und auch an anderer Stelle³ selbst, daß sich genaue Erklärungen für die Kriminalitätsunterschiede auch kleinster Gebietseinheiten mit Hilfe des von ihm verwendeten groben, auf die ganze Bundesrepublik angelegten Rasters noch nicht geben ließen.

2.4.2.3. Schwind/ Ahlborn/ Weiß - Empirische Kriminalgeographie (Kriminalitätsatlas Bochum)⁴

Eine vom Bundeskriminalamt unterstützte kriminalgeographische Forschungsstudie über die Stadt Bochum haben Schwind, Ahlborn und Weiß im Jahre 1978 vorgelegt. Mit dieser Arbeit wurden nicht nur kriminologische oder ausschließlich kriminalistische Zielsetzungen, sondern beide Ziele interdisziplinär im Rahmen kriminalgeographischer Untersuchungen verfolgt. Dementsprechend ist die Bochumer Studie in kriminalistische, kriminalsoziologische und kriminalpsychologische Untersuchungsbereiche gegliedert. Darüber hinaus unterscheidet sich diese Arbeit von anderen in Deutschland bisher veröffentlichten kriminalgeographischen Untersuchungen dadurch, daß erstmals neben der bekanntgewordenen Kriminalität auch das Dunkelfeld in die Erhebung mit einbezogen worden ist. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen der Bochumer Studie

-
- 1) Vgl. auch Schwind, Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, 1976, S. 80
 - 2) Hellmer S. 69 f.
 - 3) Hellmer, RdJB 1973, S. 271 und Hellmer, Der Kriminalist 1974, S. 103
 - 4) Schwind/ Ahlborn/ Weiß 1978

eine Opferbefragung mit Hilfe des bei einer Göttinger Dunkelfelduntersuchung¹ verwendeten Fragebogens durchgeführt. Die Resultate wurden sodann mit den Göttinger Ergebnissen verglichen². Die Auswahl der für die Bochumer Studie erfaßten Delikte erfolgte hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt polizeipraktischer Relevanz. Es wurden daher fast ausschließlich Delikte der Straßenkriminalität berücksichtigt, nämlich: Einfacher Diebstahl, Diebstahl unter erschwerenden Umständen, Raub und Körperverletzung. Gesondert wurde der Warenhausdiebstahl in die Untersuchung mit einbezogen. Als räumliche Erfassungseinheit ist man bei der Bochumer Untersuchung vom statistischen Wohnplatz ausgegangen und hat auf dieser Grundlage die Ergebnisse in Form von thematischen Karten dargestellt.

Mit der Forschungsstudie sollten - bei Einbeziehung des Dunkelfeldes - der Polizei für ihren Einsatz brauchbare Daten über die Straßenkriminalität Bochums zur Verfügung gestellt werden und für die Sozial- und Planungsbehörden der Stadt Informationen gesammelt werden, die die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung erleichtern. Dabei wird schon in der Vorbemerkung zur Bochumer Studie hervorgehoben, daß es im Rahmen dieser Untersuchung nur darauf ankomme, nach Indikatoren für kriminelle Auffälligkeiten zu suchen und nicht nach Ursachen, über die man heute zu wenig wisse und die wahrscheinlich auch nicht durch kriminalgeographische Arbeit in den Griff zu bekommen seien³.

Im Einzelnen werden u. a. folgende Abschnitte in der Untersuchung bearbeitet:

-
- 1) Schwind/ Ahlborn/ Eger 1975
 - 2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 186 ff.
 - 3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 2

a) im kriminalistischen Kapitel:

- Hell- und Dunkelfeld-Verteilung der Kriminalität
- Verteilung der Tatverdächtigen-Wohnsitze
- Untersuchungen der Kriminalitätsbelastung an den Ausfallstraßen Bochums
- Zeitliche Verteilung der Kriminalität in Bochum
- Untersuchungen zur Tätermobilität

b) im soziologischen Kapitel:

- Flächennutzung und Kriminalität
- Bau- und Sozialstruktur und Kriminalität
- Bevölkerungsstruktur und Kriminalität
- Schul-, Bildungs- und Einkommensstruktur und Kriminalität

c) im psychologischen Kapitel:

- Motivanalyse des Anzeigeverhaltens
- Bedrohtheitsgefühl der Bevölkerung
- Einstellung der Bochumer Bürger zu Polizei

Für die hier zunächst interessierenden Fragen der theoretischen Kriminalgeographie¹ nach den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren und Kriminalität, hat die Bochumer Studie nur teilweise die Resultate anderer Untersuchungen bestätigen können². Die Forschungsstudie hat u. a. ergeben, daß die Anzahl der Tatverdächtigen in Bochum dort besonders hoch ist, wo viele ältere Bürger wohnen und (zugleich!) die Baustruktur schlecht ist und (zugleich!) viele Unterschichtsangehörige leben³. Diese Erscheinung wird damit erklärt, daß ältere Menschen wegen ihrer z. T. geringen Miete gezwungen seien, in Altbaugebieten mit niedrigen Mieten zu wohnen. In solche Gebiete zögen dann im Laufe

-
- 1) Die für die polizeiliche Praxis relevanten Ergebnisse werden unten im Abschnitt über die angewandte Kriminalgeographie erörtert
 - 2) Zu den Ergebnissen der Bochumer Studie siehe auch Schwind/ Steinhilper, Kriminalistik 1978, S. 433 ff.
 - 3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 238 u. 376

der Zeit aus den gleichen Gründen viele Unterschichtsangehörige mit ein, die grundsätzlich häufiger als Tatverdächtige in Erscheinung träten¹.

Weiterhin hat die Untersuchung gezeigt, daß überproportional viele Tatverdächtige in solchen Gebieten wohnen, in denen die Sozialstruktur ungünstig ist, d.h. in Gebieten mit hohem Anteil von Arbeitern, vielen Personen mit niedriger Bildung (Volksschulabschluß) und geringem Einkommen, sowie überdurchschnittlichem Anteil von Gastarbeitern und Sozialhilfeempfängern. Hierzu wird in der Bochumer Untersuchung betont, daß die Sozialstruktur dabei so dominant sei, daß Baustruktur, Bevölkerungsdichte, Ausländeranteil und Alter der Einwohner als weitere kriminelle Einflußfaktoren nur mittelbar eine Rolle spielten². Die Vermutung, daß eine schlechte Baustruktur die Quartierbildung von Kriminellen begünstigt³, konnte für Bochum nicht unmittelbar bestätigt werden. Die meisten Tatverdächtigen wohnten in Gebieten mit mittlerer bzw. durchschnittlicher Bauqualität⁴. Bestimmender Faktor für Gegenden mit hohen Tatverdächtigendraten ist nach der Bochumer Untersuchung nicht die schlechte Baustruktur, sondern die Sozialstruktur, wobei allerdings vom Bochumer Forschungsteam nicht verkannt wird, daß die Sozialstruktur wiederum über die Baustruktur beeinflusst wird. Daß aber letztlich nicht die Baustruktur, sondern die mit dieser oft verbundenen Sozialstruktur auf die Kriminalität durchschlägt, hat nach der Auffassung des Bochumer Forschungsteams eine sozialstrukturelle Typisierung der Untersuchungsgebiete gezeigt⁵. Danach sind Wohngebiete mit sozial Unterprivilegierten am höchsten mit Tatverdächtigen belastet gewesen, "gutbürgerliche Wohngebiete" hingegen am geringsten.

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 238 u. 376

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 376

3) So z. B. Herold, KrimGegfr.

4) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 216 ff. u. 228 ff.

5) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 233 f.

Hinsichtlich der Verteilung der Tatorte hat die Studie ergeben, daß die Belastung eines Raumes mit Tatorten verbunden ist mit der Art der Flächennutzung und der Höhe der Bevölkerungsdichte. In intensiv genutzten Gebieten mit starkem Anteil an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen, d. h. vor allem im City-Bereich, wo sich die Aktivitäten vieler Menschen konzentrieren, häuften sich auch die Tatorte¹. Mit der Baustruktur korrelierte die Tatortdichte insoweit bei Diebstahlsdelikten, als in latenten Sanierungsgebieten ebenfalls erhöhte Tatortraten auftraten.

2.5. Zusammenfassung der kriminalgeographischen Ergebnisse unter kriminologischen Aspekten

2.5.1. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und Strafverfolgung

Im Hinblick auf das festgestellte Nord-Süd-Gefälle im Kriminalitätsumfang ergibt sich die Frage, ob es sich dabei um einen echten Unterschied oder nur um die Auswirkungen einer regional verschiedenen Strenge in der Strafverfolgung handelt. So könnte beispielsweise eine strengere Strafverfolgungspraxis in den nördlichen Bundesländern der Grund für eine höhere Entdeckungsquote krimineller Handlungen sein und somit zu einem statistisch größeren Kriminalitätsumfang führen. Aufschluß über die Strenge der Strafverfolgung kann das Verhältnis zwischen Häufigkeitsziffer, Kriminalitätsbelastungsziffer und Verurteiltenziffer geben, wobei ein nahes Zusammenrücken dieser Zahlen auf eine insgesamt strengere Strafverfolgung schließen läßt.

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 238

Hellmer, der diese Zusammenhänge für die Bundesrepublik Deutschland näher untersucht hat, konnte insoweit feststellen, daß in den südlichen Bundesländern die Kriminalitätsbelastungs- und die Verurteiltenziffern erheblich näher an die jeweiligen Häufigkeitsziffern herankommen, als dies in den nördlichen Bundesländern der Fall ist¹. Das läßt den Schluß zu, daß gerade im Süden die Strafverfolgung strenger ist als im Norden und es sich bei den höheren Häufigkeitsziffern des Nordens nicht um eine rein statistisch größere Kriminalität, sondern um auch in der Wirklichkeit deutliche Unterschiede handelt.

Auf der anderen Seite könnte auch die abschreckende Wirkung einer strengen Strafverfolgung die geringere Kriminalität des Südens erklären. So scheint sich bei großflächiger Betrachtungsweise in den südlichen Ländern die unduldsamere Einstellung der Bevölkerung gegenüber Außenseitern mit abweichendem Verhalten positiv auf den Kriminalitätsumfang auszuwirken. Zu bedenken ist aber, daß es auch Delikte gibt, die insgesamt im Süden stärker auftreten als im Norden, wie z. B. Körperverletzungs- und Betrugsdelikte². Ferner zeigen genaue Vergleiche von kleineren geographischen Einheiten, daß in Gebieten mit niedriger Polizeidichte und entsprechend niedriger Aufklärungsquoten die Kriminalität nicht größer ist und nicht mehr zunimmt als in Gebieten mit hoher Polizeidichte und damit verbundenem größeren Entdeckungsrisiko³.

Der Auffassung, daß eine hohe Aufklärungsquote mindern den Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung hat, widerspricht auch ein Vergleich zwischen den erfaßten und den aufgeklärten Fällen in den Städten Aschaffenburg, Bamberg und Ingoldstadt, der über die Jahre 1970-1975 ange-

1) Hellmer S. 66

2) Vgl. Hellmer S. 47

3) Vgl. Hellmer S. 61 und S. 306 ff.

stellt worden ist. Dort zeigte sich, daß die Steigerungsraten der Kriminalität in Bamberg bei ständig verbesserten Aufklärungsquoten größer waren als in Ingolstadt mit kontinuierlich abnehmenden Aufklärungsquoten. Trotz steigender Verbrechensaufklärung wurde also die Aufwärtstendenz der bekanntgewordenen Fälle nicht beeinflusst; und zwar selbst dann nicht, wenn die Aufklärungsquote wie in Bamberg weit über dem Landesdurchschnitt lag¹. Es zeigt sich, daß eine positive Strafverfolgungsbilanz auf den Kriminalitätsumfang wenig Einfluß hat, jedenfalls soweit es sich um die heutige Massenkriminalität handelt. Eine andere Frage ist die Beeinflussbarkeit der Kriminalitätshäufigkeit im Bereich der präventablen Delikte durch Erhöhung der Polizeipräsenz und zwar unabhängig von der Polizeidichte.

Zur Frage, welchen Einfluß die Verfolgungsintensität auf die Kriminalität hat, gehört auch die Problematik, ob die erhöhte registrierte Kriminalität einzelner Regionen nicht darauf zurückzuführen ist, daß das Netz der Polizeistationen dort gegebenenfalls dichter ist als in anderen Gebieten und daher auch mehr Delikte von der Bevölkerung angezeigt werden. So wird die höhere Kriminalitätsbelastung von Schleswig-Holstein teilweise damit erklärt, daß in diesem Land der Weg zu jedem Polizeiposten nicht mehr als sechs Kilometer beträgt, im Gegensatz zu dem geringer belasteten Bayern, wo die Wege mitunter bis zu fünfzehn Kilometer betragen². Nach den bisher durchgeführten Dunkelfelduntersuchungen und Motivanalysen der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung ist aber die Länge des Weges zur Polizei für die Anzeigebereitschaft lediglich von untergeordneter Bedeutung³. Auch eine Untersuchung von mehreren kleineren

1) Vgl. Artikel "Stein der Weisen?", in: Die Neue Polizei 1976, S. 49 ff.

2) Vgl. "Der Spiegel" Nr. 43, 29. Jahrgang 1975, S. 54

3) Schwind/ Ahlborn/ Eger S. 198 f.; Stephan S. 198 ff.

Gemeinden, in denen der Polizeiposten aufgelöst wurde, hat ergeben, daß nach der Auflösung des Postens in den meisten Gemeinden nicht weniger Anzeigen von der Bevölkerung erstattet wurden als vorher, und dieses trotz längerer Wege¹.

Abschließend läßt sich aufgrund der bislang vorliegenden kriminalgeographischen Ergebnisse sagen, daß es regionale Unterschiede in der Kriminalitätshäufigkeit gibt, die nicht allein mit einer verschiedenen Handhabung in der Strafverfolgungspraxis zu erklären sind, sondern auf regional verschiedenen kriminogenen Faktoren beruhen müssen.

2.5.2. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und ethnologischen Gegebenheiten

Die Untersuchung der Auswirkungen der ethnologischen Gegebenheiten auf die Kriminalität war das Hauptthema der kriminalgeographischen Arbeiten im ersten Drittel unseres Jahrhunderts. Der Versuch, auch mit Hilfe der Kriminalgeographie einen Beitrag zur Völker- und Stammespsychologie zu liefern, wird erklärlich, wenn man an den biologischen Ansatz zur Erklärung kriminellen Verhaltens denkt, der die deutsche Kriminologie in jener Zeit noch beherrschte.

Grundsätzlich wurden dabei zur Gewinnung von Daten zwei Wege beschritten:

- Die vergleichende statistische Untersuchung über die Straffälligkeit mehrerer volksverschiedener Länder² und

1) Hellmer, ArchKrim 1978, S. 7

2) Verko, MSchrKrim 1938, S. 481 ff.; bzgl. überseeischer Länder vgl. Hacker, MSchrKrim 1931, S. 269 ff. und derselbe in: MSchrKrim 1935, S. 10 ff.

- der Vergleich der Straffälligkeit verschiedener Völker und Stämme innerhalb desselben Rechtssystems¹.

Ohne hier näher auf die einzelnen Arbeiten eingehen zu wollen, kann insgesamt gesagt werden, daß die Untersuchungen keine brauchbaren Ergebnisse geliefert haben². Maßgebend war dafür, daß ein direkter internationaler Vergleich zwischen den einzelnen Ländern wegen der unterschiedlichen Erfassungsmodalitäten der Straftaten, der Zählweise, der Strenge in der Strafverfolgung usw., auch nicht nur annähernd möglich war. Erschwert wurde die Vergleichbarkeit noch dadurch, daß die jeweiligen Staaten aus Gründen des Abbaus rassistischer Vorurteile nur widerstrebend statistisches Material bereitstellten. Soweit es sich um innerstaatliche Untersuchungen handelte, ging man wiederum von Verurteiltenzahlen aus, die - wie schon gesagt - ein anfechtbares Kriminalitätsbild lieferten.

Aber abgesehen von den Unzulänglichkeiten des zur Verfügung stehenden statistischen Materials wurden in den damaligen Arbeiten die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründe, die die Kriminalitätsverteilung beeinflussen und nicht von ethnologischen Faktoren getrennt werden können, zu wenig berücksichtigt. Zwar werden Rassenmerkmale vererbt, was aber daraus wird und welche Auswirkungen eine bestimmte rassische Anlage auf abweichendes Verhalten hat, bestimmt die Umwelt. Bei den Untersuchungen rassistischer Bevölkerungsteile muß man sich vor Augen halten, daß die Delikte oftmals in Räumen begangen werden, in welchen die Rasse eine Minorität der Bevölkerung darstellt. Die Tatsache der Zugehörig-

1) Exner S. 45 ff., wo u. a. auch auf die Untersuchungen von verschiedenen Einwanderungsgruppen der USA eingegangen wird.

2) Hierzu siehe Seelig S. 233

keit zu einer Minorität, die von der Majorität kaum akzeptiert, wenn nicht gar offen diskriminiert wird, verdeckt aber das Spezifische, was an den Eigenarten der Kriminalität einer Rasse zum Durchbruch kommen könnte. So betont auch Mergen, daß jeder Ansatz, die Kriminalität von Rassen - losgelöst von der sozialen Umgebung in der sie festgestellt wird - zu untersuchen verfehlt sei und nur zu anfechtbaren Aussagen führe¹.

Wenn auch heute aufgrund der kriminalgeographischen Erkenntnisse keine Aussage über den Zusammenhang zwischen ethnologischen Faktoren und Kriminalität gewagt werden kann und widersprüchliche Ergebnisse vorliegen², so wurde doch auch von der neueren Kriminalgeographie eine Tatsache immer wieder hervorgehoben: Der Nord-Süd-Unterschied³. Nicht nur innerhalb der verschiedensten Länder, sondern auch bei den europäischen Ländern untereinander ist ein Überwiegen der Gewaltdelikte gegen Personen im Süden, der Bereichungsdelikte im Norden festgestellt worden. Einen genauen Grund für dieses Ergebnis kann die Kriminalgeographie bislang nicht nennen. Die Vermutungen reichen von rassistischen⁴, landschaftsgebunden-

1) Mergen S. 280

2) So hatte Exner eine insgesamt höhere Kriminalitätsrate in den östlichen und südlichen Ländern festgestellt und darauf seine Theorie von einem Zusammenhang zwischen nordisch-fälischer Rasse und geringer Kriminalität aufgebaut: vgl. Exner 1949. Demgegenüber zeigen heutige Untersuchungen, die auf den Zahlen der bekanntgewordenen Straftaten beruhen, daß gerade die nördlichen Länder stärker mit Kriminalität belastet sind, als die südlichen Regionen: vgl. Holle 1968.

3) Für die europäischen Länder untereinander: Holle 1968; für Frankreich wurde dies schon von Quetelet festgestellt, vgl.: Melcher S. 26; für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vgl.: Hellmer 1972; für Italien vgl.: Lombroso 1902 u. Ferri 1896. Zum Ganzen siehe auch Mannheim, Bd. I, S. 236 ff.

4) Vgl. Quetelet 1902; Exner S. 45 ff. und Verko S. 481 ff.

nen-charakterlichen¹, wirtschaftlichen und sozialen² bis hin zu klimatischen Faktoren³, als den - wenn auch nicht ausschließliche - so doch jeweils hauptsächlichen Einflüssen.

2.5.3. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und natürlicher Umwelt

Zu den früheren Arbeiten im Bereich der theoretischen Kriminalgeographie zählen auch die Untersuchungen, die sich mit möglichen Zusammenhängen zwischen Kriminalität und natürlicher Umwelt beschäftigt haben. Darunter sind allgemein die Einflüsse von Wetter, Klima, Boden und Landschaft sowie die Einwirkungen der Jahreszeiten zu verstehen.

Zahlreiche Untersuchungen haben sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert mit der Frage beschäftigt, inwieweit das kriminelle Verhalten durch klimatische Einflüsse bestimmt wird. Schon Lombroso hielt dieses Thema für wichtig genug, um ihm das erste Kapitel seiner "Ursachen und Bekämpfung des Verbrechens" zu widmen⁴. Damit sollte allgemein der Versuch unternommen werden, eine Erklärung für den immer wieder festgestellten Nord-Süd-Unterschied zu finden. Die Autoren dieser frühen Studien gingen dabei von der Hypothese aus, daß menschliche Gefühlsregungen -

1) Vgl. Sauer S. 493 ff. und Hellpach S. 47

2) Vgl. Hellmer S. 45 (Fußn. 6). Um zu Aussagen über den Einfluß von Wirtschaft, Kultur, Sozialstruktur, Rechtssystem und Strafverfolgung auf die Kriminalität zu gelangen, sei in diesem Zusammenhang ein weiterer interessanter Ansatz genannt. So soll das Verhalten von Angehörigen des gleichen Volkes, die in verschiedenen Rechtssystemen leben, erforscht werden, z.B. der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Hierzu siehe Hellmer, Festschrift für R. Maurach, S. 641 ff.

3) Mannheim, Bd. I, S. 288 f.

4) Lombroso S. 1 ff.; weitere Arbeiten: Roesner, HwK, Bd. I, 1933, S. 688 ff.; v.Hentig, Bd. I, S. 145 ff.; siehe auch Aschaffenburg S. 32 u. Exner S. 56 sowie Sauer S. 212 ff.

seien sie sexueller oder anderer Art - bei warmem Wetter intensiver und materielle menschliche Bedürfnisse in kaltem Klima akuter seien. Bislang konnten allerdings auch nach neueren Untersuchungen Zusammenhänge weder eindeutig nachgewiesen noch widerlegt werden. Den Grund dafür sieht Mannheim in der Komplexität des Problems und der entsprechenden Schwierigkeit, Tendenzen aufzudecken, die nicht durch gegenläufige Tendenzen verdeckt sind¹.

Ebensowenig aufschlußreich sind auch die Ergebnisse der Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen dem Rhythmus der Jahreszeiten und Kriminalität. Auch hier konnte die frühere These, daß die Personendelikte im Sommer und die Vermögensdelikte im Winter ihre Höchstzahlen erreichen, nicht bestätigt werden².

Eine Erklärung dafür, daß klimatisch, wetter oder jahreszeitlich bedingte Abhängigkeiten kriminellen Verhaltens heute kaum feststellbar sind, ist neben den statistischen Schwierigkeiten auch in der Entwicklung des Menschen in der modernen Gesellschaft zu suchen. Der Mensch hat sich in zunehmenden Maße Bedingungen geschaffen, die ihn weitgehend von Einflüssen des Klimas und des Wetters unabhängig machen. Middendorff spricht in diesem Zusammenhang von dem "Gesetz des allgemeinen physischen und sozialen Ausgleichs, der Nivellierung der modernen Gesellschaft"³. Auch wegen dieser heute kaum nachweisbaren direkten Beeinflussung der Massenkriminalität durch derartige Umwelteinwirkungen - selbstverständlich können im Einzelfall derartige Faktoren eine Rolle spielen - hat sich die moderne Kriminalgeographie von dieser Thematik zurückgezogen und sich ausschließlich der Untersuchung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Einflüsse auf die Kriminalität zugewandt.

1) Mannheim Bd. I, S. 238 f.

2) Middendorff, HwK, Bd. II, 1968, S. 240 ff.

3) Middendorff, HwK, Bd. II, 1968, S. 241

Ein anderes Problem betrifft die rein statistische Abhängigkeit der Kriminalität von bestimmten Monaten, Wochentagen und Tageszeiten ohne eine äthiologische Fragestellung. Diese Daten sind für die Polizei, insbesondere bei der Einsatzplanung ihrer Streifen, von erheblicher Bedeutung.

2.5.4. Zusammenhänge zwischen Kriminalität und sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren

Soweit es sich die theoretische Kriminalgeographie zur Aufgabe gemacht hat, Zusammenhänge zwischen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten und der Kriminalität zu erforschen, bewegt sie sich in einem weiten Feld kriminologischer Untersuchungen. Dabei läßt es sich nicht immer vermeiden, daß sich die rein geographische Betrachtungsweise mit mehr soziologischen Untersuchungen überschneidet. Auch ist immer wieder ersichtlich, daß sich die sehr komplexen Probleme nicht auf übermäßig vereinfachende Kausalerklärungen reduzieren lassen, sondern immer nur von einem kriminogenen Faktor unter vielen und dabei auch wieder nur von Wahrscheinlichkeitsurteilen gesprochen werden kann.

Bei der Vielzahl der in diesem Bereich - vor allem im Ausland - durchgeführten Studien werden alle nur erdenklichen Faktoren auf einen Zusammenhang mit der Massenkriminalität überprüft. Insgesamt lassen sich aber einige wenige Hauptprobleme herauskristallisieren, die vom Standpunkt kriminalgeographischer Betrachtung Bedeutung besitzen.

2.5.4.1. Bevölkerungsdichte

Der Gedanke, daß eine größere Bevölkerungsdichte zu mehr Reibereien und Zwistigkeiten zwischen den einzel-

nen Personen führen müsse und damit zwangsläufig eine höhere Kriminalität einhergehe, hat die Kriminalgeographie schon sehr früh veranlaßt, auf diesem Gebiet nähere Untersuchungen zu betreiben. Die Ergebnisse waren dabei nicht frei von Widersprüchen¹. Allgemein wurde aber betont, daß die Bevölkerungsdichte ein kriminogener Faktor unter vielen sei. Diese Erkenntnis wird auch von Hellmer aufgrund seiner Untersuchungen bestätigt, die zudem gezeigt haben, daß die Kriminalität nur bis zu einer Bevölkerungsdichte von etwa 2 000 Einwohner pro qkm ansteigt, oberhalb dieser Grenze aber nicht mehr von der Wohndichte wesentlich beeinflußt wird². Auch nach der Bochumer Untersuchung besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und der Tatverdächtigenrate³. Allerdings ist zu bedenken, daß die Bevölkerungsdichte kleinerer Gebietseinheiten gleichzeitig als Indikator für den sozialen Status eines Gebietes angesehen werden kann. Gegenden mit niedriger Bevölkerungsdichte werden vorzugsweise von Personen der Mittel-/Oberschicht bewohnt, in Gegenden mit hoher Bevölkerungsdichte leben hauptsächlich Unterschichtsangehörige. Schließlich ist bei der Betrachtung kleinerer Gebiets-einheiten zu berücksichtigen, daß zwischen Milieukriminalität - zu der etwa die Körperverletzung zählt - und Ausspähkriminalität - wozu z. B. Diebstahl zu rechnen ist - unterschieden wird. Denn nur die Milieukriminalität gibt Auskunft über die Bevölkerungsstruktur und die sozialen Verhältnisse am Tatort, wohingegen die Ausspähkriminalität von der Attraktivität und der Anziehungskraft des Tatortes, dem "lohnenden Objekt" abhängig ist⁴.

Bezüglich der Kriminalitätsverteilung innerhalb des Ge-

1) Vgl. Mannheim, Bd. II, S. 642 f.

2) Hellmer S. 195 und derselbe in: Festschrift für Ernst Heinitz, S. 587

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 228 ff.

4) Hellmer, Festschrift für Ernst Heinitz, S. 587 f.

fälles Großstadt-Landgebiete ergibt sich für die Bundesrepublik Deutschland folgendes Bild¹:

Tatortgruppe	Häufigkeitszahl 1977
<u>Großstädte</u> (über 500 000 Einwohner)	8 870
<u>Mittelstädte</u> (100 000 bis 500 000 Einwohner)	6 721
<u>Kleinstädte</u> (20 000 bis 100 000 Einwohner)	5 135
<u>Landgebiete</u>	3 028

Auch hier läßt sich bei genauerer Betrachtung keineswegs sagen, daß die Kriminalität durchgängig und regelmäßig mit wachsender Bevölkerungsdichte zunimmt. Beispielweise hat nach den Untersuchungen von Hellmer² der Stadtkreis Flensburg mit einer relativ geringen Einwohnerdichte (1968 = 1 935 Einwohner/qkm) eine höhere Häufigkeitsziffer (1968 = 9 414) als der Stadtkreis München mit einer Einwohnerdichte von 4 059 (1968) und einer Häufigkeitsziffer von 6 175 (1968). Ebenso hat der Landkreis Norderdithmarschen in Schleswig-Holstein mit einer minimalen Einwohnerdichte von 102 Einwohner pro qkm mehr Kriminalität zu verzeichnen (Häufigkeitsziffer 1968 = 4 603) als der dichtbesiedelte Stadtkreis Lüdenscheid (4 582 Einwohner/qkm) mit der Häufigkeitsziffer von 2 947 (1968).

Daraus wird ersichtlich, daß es noch andere Faktoren geben muß, die auf die Kriminalität verstärkt Einfluß ausüben. Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Kriminalität und Bevölkerungsdichte sollte man daher allenfalls von einem "statistischen Trend" sprechen³.

1) Polizeiliche Kriminalstatistik 1977, S. 14
 2) Hellmer S. 288 ff.
 3) So ausdrücklich Hellmer S. 43

2.5.4.2. Bevölkerungsmobilität

Die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und Bevölkerungsmobilität besteht, ist ebenfalls wiederholt unter kriminalgeographischen Gesichtspunkten untersucht worden. Unter Bevölkerungsmobilität werden die räumlichen Wanderungsbewegungen der Bevölkerung, die einen vorübergehenden oder permanenten Wechsel des Wohnsitzes bedingen, verstanden¹. Grundsätzlich haben großflächig ausgerichtete kriminalgeographische Untersuchungen ergeben, daß Gebiete mit starker Bevölkerungsfluktuation, d. h. starker Bevölkerungszunahme bzw. -bewegung zu den kriminalitätsreichen Gebieten zählen². Allerdings muß aufgrund der Verknüpfung mit anderen Faktoren vor voreiligen Schlußfolgerungen gewarnt werden. Offen bleibt dabei schon, was Ursache und was Wirkung ist. So schreibt Mannheim zu Recht, daß es sehr gut möglich sei, daß diejenigen, die sich bereits strafbar gemacht haben, es für ratsam hielten, ihren Aufenthaltsort zu wechseln, teils um der Entdeckung zu entgehen, teils wegen des Stigmas, daß sie sich nach Entdeckung und Bestrafung zuziehen³. Ferner muß berücksichtigt werden, daß Migranten häufig junge, unverheiratete Männer ohne eine bodenständige Beziehung sind, d. h. eine Gruppe mit von vornherein besonders hohen Kriminalitätsquoten. Hellmer weist schließlich darauf hin, daß Zuzugsgebiete überwiegend Gebiete sind, in denen es etwas zu "verdienen" oder sonst zu "holen" gäbe⁴. Gegenüber großflächig angelegten kriminalgeographischen Forschung hat die Bochumer Untersuchung die Vermutung nicht bestätigen können, daß in Gebieten mit starker Fluktuation der Bevölkerung die Tatverdächtigenraten besonders hoch sind. Das Bochumer Forschungsteam hat daraus geschlossen, daß die

1) Albrecht, KKW 1974, S. 386

2) Hellmer S. 72 f. und Mannheim, Bd. II, S. 644 ff.

3) Mannheim, Bd. II, S. 645

4) Hellmer S. 73

lokale Mobilität der Bevölkerung in der heutigen Zeit keine Bedeutung mehr im Zusammenhang mit der Kriminalität zu haben scheint¹.

Auch ein Blick über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinweg zeigt uns, wie gegensätzlich die Meinungen über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsmobilität und Kriminalität sind². In einer Vielzahl amerikanischer Arbeiten werden einerseits Beziehungen zwischen Migration und Delinquenz bejaht, andererseits aber auch eindeutig verneint. Es steht somit der eine empirische Befund gegen den anderen, ohne daß jemand eine hinreichende Erklärung für diese Widersprüche geben kann. Auch die Behauptung einer vermeintlich größeren Kriminalität bei Einwanderern, Gast- und Wanderarbeitern ist aufgrund gegenteiliger Feststellungen äußerst umstritten. Die neueste kriminalgeographische Untersuchung in Deutschland über die Stadt Bochum hat ergeben, daß zumindest die Gastarbeiter der ersten Generation keine Probleme im Hinblick auf kriminelles Verhalten bereiten³.

In den Zusammenhang von Bevölkerungsmobilität und Massenkriminalität gehört auch die Untersuchung über den Ferienverkehr und dessen Einfluß auf die Kriminalität⁴. Auch hier zeigen die Untersuchungen, daß die Bevölkerungsmobilität nur ein Faktor unter vielen sein kann. Zunächst ist auffällig, daß ausgesprochene Ferienggebiete in der Saison generell erhöhte Kriminalitätsraten aufweisen, jedenfalls soweit es sich um Gebiete mit Massentourismus handelt. Zu bedenken ist dabei aber, daß die Statistiken aufgrund derer die Daten gesammelt werden,

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 235

2) Hierzu vgl. Albrecht S. 232 ff. m. z. N.

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 266 ff. u. 271 ff.

4) Hierzu Hellmer, MSchrKrim 1975, S. 174 ff. und Frehsee, Der Kriminalist 1976, S. 112 ff.; vgl. auch den Artikel "Besonders gestört" in: "Der Spiegel", Nr. 43, 29. Jahrgang 1975, S. 52 ff.

von der Häufigkeitszahl ausgehen, d. h. der bekanntgewordenen Straftaten auf 100 000 Einwohnern. Tatsächlich halten sich in den Feriengebieten aber regelmäßig erheblich mehr Personen auf, als der offiziellen Einwohnerzahl zugrunde gelegt sind. Nicht berücksichtigt werden die Zweitwohnsitze, die Kur- und Feriengäste und die Durchreisenden. Es ergibt sich bei näherer Betrachtung und der um die Ferienreisenden "bereinigten" Zahlen, daß die hohe Kriminalität in Feriengebieten nur zu einem Teil auf den Ferienverkehr zurückzuführen ist. Beispielsweise hat Schleswig-Holstein, das Land mit den meisten Fremdenübernachtungen in der Bundesrepublik, nur in engen lokalen Bereichen und auch dort unterschiedlich hoch eine ausgesprochene Saisonkriminalität. Auf Landesebene betrachtet bleibt Schleswig-Holstein hingegen auch unter Berücksichtigung der korregierten Häufigkeitszahlen weiterhin das Land mit der höchsten Kriminalität¹.

Es liegt daher der Schluß nahe, daß die hohe Kriminalität - entgegen bisherigen Vermutungen² - nur zu einem geringen Teil auf den Fremdenverkehr zurückzuführen ist. Andere Einzeluntersuchungen bestätigen die Erfahrung, daß Verallgemeinerungen über den Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Kriminalität nicht möglich sind, sondern es auf die Sozialstruktur des Ortes und die Zusammensetzung der "Einfuhrbevölkerung" ankommt. Als besonders resistent gegen eine Fremdenverkehrskriminalität - und zwar sowohl hinsichtlich eines erhöhten Anteils auswärtiger Täter, als auch hinsichtlich einer auf den Fremdenverkehr ausgerichteten Kriminalität einheimischer Täter - haben sich Fremdenverkehrsgebiete mit folgenden Merkmalen erwiesen³:

1) Vgl. den Artikel "Besonders gestört" in: "Der Spiegel", Nr. 43, 29. Jahrgang 1975, S. 52 ff.

2) Hellmer S. 73

3) Vgl. Hellmer, MSchrKrim 1975, S. 174 ff. (179) und Frehsee, Der Kriminalist 1976, S. 112 ff. (121)

- individuelle Form des Fremdenverkehrs mit persönlichen Beziehungen zwischen Gast und Wirt im Gegensatz zum Massentourismus;
- hohe Anzahl älterer Menschen, Familien und Kindern; wenig Jugendlager, Campingsplätze und Ferienclubs;
- Verteilung der Urlaubszeiten auf das ganze Jahr; keine Zusammenballung des Fremdesverkehrs in wenigen Monaten, wie z. B. in Wintersportgebieten und Seebädern;
- großer Anteil von Langzeiturlaubern mit hoher Wiederkehrquote.

Soweit solche integrierenden Eigenstrukturen nicht vorliegen oder durch Veränderung der Beherbergungsgewohnheiten in das geschlossene Sozialgefüge eingegriffen wird, zeigt sich hingegen eine Erhöhung der Kriminalitätsraten auch bei der einheimischen Bevölkerung¹.

2.5.4.3. Stadt-Land-Unterschiede: Urbanisierung

Die Verteilung der Kriminalität auf Stadt und Land war eines der vielen Themen kriminalgeographischer Untersuchungen früherer Jahre². Insgesamt wurde dabei immer wieder festgestellt, daß Städte eine höhere Kriminalität haben als das Land. Diese Tatsache hat auch heute noch ihre Gültigkeit, wenn sich auch zeigt, daß der Umfang der Kriminalität nicht immer allein von der Stadtgröße abhängig ist³. In der Beurteilung des Stadt-Land-Unterschiedes ist sich die kriminologische Literatur nicht einig. Teilweise ist man der Meinung, daß die höhere Kriminalität - vor allem der Jugendlichen - in städtischen Gebieten gegenüber dem Lande darauf zurückzuführen sei, daß bei gleicher Veranlagung der Jugendlichen, die

1) Frehsee, Der Kriminalist 1976, S. 116 u. 121

2) Aschaffenburg S. 68 ff.; Burchardt, ArchKrim 1936, S. 84 und derselbe in: HwK, Bd. II, 1936, S. 663 ff.; Burchardt 1936

3) Hellmer S. 195 und derselbe in: Festschrift für Ernst Heinitz, S. 587

Umweltbedingungen stark unterschiedlich seien¹. Demgegenüber wird besonders in der neueren Literatur die Ansicht vertreten, daß die Umweltbedingung von Stadt und Land aufgrund der enormen Technisierung und Industrialisierung, verbunden mit dem raschen Anwachsen der Massenkommunikationsmittel und der Motorisierung, weitgehend angeglichen seien. Eine Begründung für die Kriminalitätsunterschiede ließe sich deshalb nicht mehr aus den unterschiedlichen Umweltbedingungen des Gegensatzpaares Stadt-Land ableiten². Für die Bundesrepublik Deutschland hat eine Aktenuntersuchung über die Umweltbedingungen jugendlicher Vermögentsünder in Stadt und Land³ ergeben, daß bei der Gesamtbetrachtung der differenzierenden Faktoren nicht übersehen werden kann, daß die Anzahl der kriminologisch negativ zu beurteilenden Einflüsse bei den Stadtjugendlichen größer ist als bei den Landjugendlichen.

Für die Beschreibung des Hintergrundes, vor dem sich eine erhöhte Stadtkriminalität abspielt, ist nicht uninteressant, wenn Mitscherlich schreibt, daß der junge Mensch noch ein weitgehend triebbestimmtes Spielwesen sei⁴. Deshalb brauch er seinesgleichen - nämlich Tiere, Wasser, Dreck, Gebüsch und Spielraum. Man könne ihn auch ohne das alles aufwachsen lassen, mit Teppichen, Stofftieren oder auf asphaltierten Straßen und Höfen. Er würde es überleben - doch man solle sich dann nicht wundern, wenn er später bestimmte soziale Grundleistungen nie mehr erlernen würde: wie z. B. ein Zugehörigkeitsgefühl zu einem Ort und Initiative. Wenn der Jugendliche aus den Slums oder aus komfortablen Vorstadtmilieu mit emotionaler Spar- und Rohkost aufgezogen - wenn beide Jugendliche

1) Burchardt 1936 und Bader S. 159 ff.

2) Mergen S. 272; Szabo, Revue de l'institut de sociologie 1963, S. 37 ff.

3) Grantz 1972

4) Mitscherlich S. 24

äußerlich so verschiedener Herkunft plötzlich sadistische Gewalttaten verüben, an blindem Zerstörungsdrang Gefallen finden - dann, so meint Mitscherlich, würde ihm eine gewisse, sich ganz unsentimental gebende soziologische Auffassung, die das alles als Unvermeidlichkeiten des sozialen Daseins hinzunehmen bereit sei, fragwürdig.

Szabo ist der Ansicht, daß alles darauf hindeute, daß der Grad der Verstädterung, der Technisierung und der Industrialisierung eine gewichtige Rolle im Zusammenhang mit der Kriminalität spiele. Der Lebensrhythmus in einer technisierten Umwelt entspräche mehr dem industriellen Prozeß als der menschlichen Psyche, wie sich an der erhöhten vertikalen und horizontalen Mobilität, den Pendlern zwischen Arbeitsplatz und Wohnsitz zeige¹. Clinard kommt in diesem Zusammenhang aufgrund eines systematischen Vergleichs zwischen europäischen und amerikanischen Untersuchungen zu dem Schluß, daß mit wachsendem Grad der Verstädterung die Vermögenskriminalität steige und Rechtsbrecher aus ländlichen Gebieten und Kleinstädten eher die Züge von Stadtbewohnern als von Landbewohnern trügen².

Sicherlich hat die Angleichung der Lebensgewohnheiten in Stadt und Land, die Urbanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft ein Verschwinden der Unterschiede zwischen Stadt und Land im Gefolge. Gleichzeitig tritt eine Nivellierung der früher noch unterschiedlichen Kriminalität ein. So ist die ehemals auf dem Lande vorherrschende Tendenz zu Sittlichkeits- und Gewaltdelikten im Schwinden. In naher Zukunft wird man daher nicht mehr von Stadt- oder Landkriminalität sprechen, sondern nur noch von der Kriminalität in Zonen mit bestimmter Bevölkerungsdichte bzw. mit einem bestimmten Grad der Urbanisierung.

1) Szabo 1963

2) Clinard, ASR 1960, Bd. 25/Nr. 2, S. 253 ff. Als einen Indikator für Verstädterung betrachtet Clinard die Bevölkerungsdichte.

2.5.4.4. Wirtschaftliche Lage und Arbeitslosigkeit

Kriminalgeographische Untersuchungen haben sich wiederholt mit dem Einfluß der wirtschaftlichen Lage auf die Kriminalitätsentwicklung befaßt. So stellte bereits Quetelet fest, daß plötzliche Erschütterungen der wirtschaftlichen Situation eines Landes und das damit verbundene Massenelend zu einem Anstieg der Kriminalität führt¹. In Deutschland hat Georg von Mayr² anhand der bayrischen Kriminalstatistik von 1835 bis 1861 einen Zusammenhang zwischen der Diebstahlskurve und dem jeweiligen Roggenpreis (Brotpreis) vermutet. Auch Exner³ und Seelig⁴ gingen davon aus, daß ein Kausalzusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Kriminalität bestehe.

Da somit die ältere Kriminalgeographie schon immer einen Zusammenhang zwischen Armut - sowohl des Einzelnen als auch im Hinblick auf die Wirtschaftskraft von Gebietsteilen und Ländern - und Kriminalität zu erkennen glaubte, verwundert es nicht, daß mit der in der Bundesrepublik im Jahre 1974 einsetzenden Rezession das Problem der Kriminalität im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Krise erneut verstärkt in das Bewußtsein der Bevölkerung gerückt ist. Inzwischen sind zahlreiche neuere Untersuchungen veröffentlicht worden, die der Frage nachgegangen sind, ob Arbeitslosigkeit bzw. wirtschaftliche Rezession zu einem Ansteigen der Kriminalitätszahlen führt⁵.

1) Quetelet 1869

2) v. Mayr S. 950

3) Exner S. 69 ff.

4) Seelig S. 194

5) Steinhilper, Kriminalistik 1976, S. 285 ff.; Rager, Die neue Polizei 1977, S. 43 ff.; Rupprecht, Die Polizei 1977, S. 345 ff.; Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 282 ff.; Martens 1978; Kraft, Der Kriminalist 1978, S. 480 ff.

Steinhilper hat zunächst nachgeprüft, ob sich aus einem Vergleich der Polizeilichen Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland mit der Arbeitslosenstatistik für die Jahre 1965 bis 1975 auf der Ebene der Bundesländer auf einen Bedingungszusammenhang schließen läßt. Ohne die möglichen Fehlerquellen einer solchen pauschalen Gegenüberstellung von Statistiken zu verschweigen, kommt Steinhilper zu folgenden Beziehungsaussagen¹:

- a) Während der Rezession 1966 bis 1967 stiegen neben der registrierten Arbeitslosenquote die Kriminalitätszahlen ebenfalls an, tendenziell aber nur in dem Umfange, wie sie auch bis dahin angestiegen waren und nicht etwa sprunghaft wie die Arbeitslosenquote. Das gleiche gilt für die Rezessionsjahre 1974 und 1975 mit stark ansteigender Arbeitslosenzahl.
- b) Auch vor, während und nach 1970 (geringste Arbeitslosenquote) stiegen die Kriminalitätszahlen kontinuierlich an. Dem Rückgang der Arbeitslosenquote korrespondierte also nicht ein Abfall der Kriminalitätskurve.

Daraus zieht Steinhilper den Schluß, daß sich ein spezifischer Zusammenhang zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Kriminalität aus den gesamten Statistiken nicht herleiten ließe und empfiehlt für aussagekräftigere Untersuchungen eine Reihe von Regionalanalysen².

Rager ist unkritischer vorgegangen und hat ohne Einschränkungen die Zahlen der in Bayern registrierten arbeitslosen Jugendlichen mit den in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten jugendlichen Tatverdächtigen verglichen. Rager gelangt zu dem Ergebnis, daß eine erhöhte Arbeitslosigkeit Jugendlicher ursächlich für

1) Steinhilper, Kriminalistik 1976, S. 388

2) Steinhilper, Kriminalistik 1976, S. 389

einen Kriminalitätsanstieg sei: insbesondere der Körperverletzungsdelikte, der Sachbeschädigung, der schweren Diebstähle und der Sittlichkeitsdelikte.

Die Bochumer Forschungsstudie hat eine deutliche Überrepräsentation der Arbeitslosen bei den Tatverdächtigen ergeben¹. Die Rate der arbeitslosen Tatverdächtigen lag nach dieser Untersuchung in Bochum bei 27,6%. Dies, obgleich die Arbeitslosenquote im Untersuchungszeitraum nur ca. 5% betrug. Bei den 18- bis 20-jährigen waren sogar über 40% der Tatverdächtigen arbeitslos. Differenziert nach Delikten handelte es sich bei den arbeitslosen Tatverdächtigen überwiegend um Warenhausdiebstahl, sonstigen einfachen Diebstahl und vor allem um Diebstahl unter erschwerenden Umständen (Einbruch).

In der von Martens vorgelegten Sondererhebung wurde für die Stadt Mannheim nach Unterlagen der Jugendgerichtshilfe versucht, zu näheren Angaben über die Jugendkriminalität und die Jugendarbeitslosigkeit zu gelangen². Hier zeigte sich ebenfalls, daß bei den jugendlichen und heranwachsenden Straftätern Arbeitslose überproportional beteiligt waren. Bei einer Arbeitslosenquote von 3,5 bis 4% im Jahre 1976, war fast jeder 5. männliche und mehr als jeder 3. weibliche Täter arbeitslos³. Insgesamt stellt Martens fest⁴, daß ein Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität besteht, wobei dieser besonders deutlich bei den Jugendlichen zu Tage treten würde. Daraus könne man aber nicht den Schluß herleiten, daß die Arbeitslosigkeit in jedem Falle eine Ursache für Straffälligkeit darstelle. Insbesondere ließe sich eine Monokausalität nicht nachweisen. Soweit aber die Arbeitslosen bestimmte Delikte überproportional

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 282 ff.

2) Martens 1978; vgl. auch Martens/ Steinhilper, Kriminalistik 1978, S. 498 ff.

3) Martens S. 183

4) Martens S. 177 ff.

häufig begehen, wie beispielsweise einfache und schwere Vermögensdelikte sowie Rauschgiftdelikte, müsse die Arbeitslosigkeit als Kriminalitäts(mit)verursachender Faktor angesehen werden¹.

2.5.4.5. Delinquenzgebiete, Wohnsituation und Bebauungsstruktur

Die außerordentlichen Schwierigkeiten der theoretischen Kriminalgeographie bei großflächiger Betrachtungsweise zu einigermaßen gesicherten Erkenntnissen über die Kriminalitätsfaktoren zu gelangen, erklären, weshalb sich das kriminologische Interesse auf möglichst kleine Untersuchungsgebiete, wie z. B. einzelne Städte oder Stadtteile, verlagert hat. Deutsche Untersuchungen haben allerdings in früherer Zeit hierzu nur wenige Ergebnisse beigesteuert. Es gab lediglich Aussagen darüber, daß bestimmte Städte aufgrund ihrer kriminalgeographisch exponierten Lage besonders hohe Kriminalitätsraten aufweisen. Eine tiefergehende Untersuchung über urbane Delinquenzgebiete führte 1968 Opp² mit einer Studie über die Stadt Köln durch. Diese Arbeit war die erste ihrer Art in Deutschland und bezog sich auf die Kinder- und Jugenddelinquenz.

Bis in die jüngste Zeit ist man daher in der Bundesrepublik Deutschland noch auf die Untersuchungsergebnisse meist amerikanischer und englischer Autoren angewiesen gewesen. Villmow und Kaiser haben in diesem Zusammenhang 1974 eine Sekundäranalyse durchgeführt, in der die wichtigsten ausländischen Arbeiten u. a. zum Thema "Wohnbereich und Kriminalität" untersucht und die Ergeb-

1) Martens/ Steinhilper, Kriminalistik 1978, S. 500 ff.
2) Opp 1968

nisse untereinander verglichen worden sind¹. Abgesehen von der Frage der Übertragbarkeit ausländischer Arbeiten auf deutsche Verhältnisse zeigt die Sekundäranalyse, daß die Resultate der Arbeiten vielfach widersprüchlich sind, so daß keine generellen Aussagen zum Problem eines Zusammenhanges zwischen Kriminalität und Wohnsituation gemacht werden konnten². Im Zusammenhang mit der Sekundäranalyse ist von Villow und Kaiser darauf hingewiesen worden, daß, soweit sich deutliche Unterschiede in den Kriminalitätsraten bestimmter Wohngebiete zeigen, auch die unterschiedlichen Kinderzahlen der einzelnen Untersuchungsgebiete zu berücksichtigen sind: denn selbstverständlich hätten Gegenden mit einer hohen Zahl von Kindern und Heranwachsenden mehr Kriminalität zu verzeichnen, als solche mit nur wenig Kindern³.

Im Hinblick auf Tatortgebiete mit verstärkter krimineller Anziehungskraft hat eine Untersuchung von Herold⁴ erste Ergebnisse gebracht. Herold stellte das Gebiet mit der größten Tatortdichte in Nürnberg dem Gebiet gegenüber, welches nach einer Studie des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften in Bad Godesberg⁵ als die Nürnberger City angesehen wurde. Unter der "City" wurde dabei der Teil der Innenstadt verstanden, der die zentralen wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Funktionen einer Stadtregion in sich vereinigt⁶. Kriterien, die zur Abgrenzung dienten, waren: Entvölkerung, Konzentration wirtschaftlicher und kultureller

-
- 1) Villow/ Kaiser, Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Anhang A, S. 28 ff. u. S. 91 ff.
 - 2) Villow/ Kaiser, Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Anhang A, S. 30
 - 3) Villow/ Kaiser, Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Anhang A, S. 28
 - 4) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 230 ff.
 - 5) Vergleichende-City-Studie, Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Bad Godesberg 1966
 - 6) Vergleichende-City-Studie, S. 8

Funktionen, Arbeitsplatzdichte, Verkehrsdichte, Bodenpreise, Flächen- und Gebäudenutzung. Mit Hilfe dieser Deskriptoren wurden dann für jeden Raum Dichtewerte errechnet, denen, soweit sie bestimmte Schwellenwerte überschritten, die Funktion zur City-Bestimmung zukam. Der Vergleich dieser beiden Gebiete ergab eine weitgehende Übereinstimmung. Es wird daher insoweit die Vermutung bestätigt, daß die Stadtkerne aufgrund ihrer konzentrierten Werte und der angesichts der Bevölkerungsentleerung ungenügenden nächtlichen Überwachung nach Geschäftsschluß besonders gefährdet sind.

Das Ergebnis der Untersuchung von Herold in Nürnberg, daß nämlich die Kriminalitätsdichte in einem Raum abhängig ist von der Konzentration des tertiären Sektors in diesem Raum, ist von Schwind/ Ahlborn/ Weiß für Bochum bestätigt worden¹. Dort wurde als Maßstab für die Stärke des tertiären Sektors die Zahl der Beschäftigten im Handels- und Dienstleistungsbereich herangezogen. Weiterhin wurde in der Bochumer City-Untersuchung dieses Gebiet selbst nochmals in kleine räumliche Untergliederungen (Statistische Wohnplätze) aufgeteilt. Dabei hat sich gezeigt, daß in den Wohnplätzen, in denen die Kriminalitätsdichtezahl über dem Durchschnitt lag, auch der tertiäre Sektor überdurchschnittlich vertreten war.

Hier lassen sich Ansatzpunkte für eine weitergehende kriminalgeographische Forschung finden, die beispielsweise durch einen Einzelvergleich der jeweiligen Deskriptorendichte mit der Kriminalitätsdichte, die Anziehungskraft der einzelnen Deskriptoren auf potentielle Täter erklären und die jeweils typische Anreizstruktur von Tatortgebieten erforschen könnte. Diese Erkenntnisse würden sich dann für die Stadtplanung und die Vorausberechnung künftiger Kriminalitätsschwerpunkte nutzbar machen lassen.

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 124 ff.

Die Bochumer Untersuchung ist auch erstmals in der Bundesrepublik Deutschland der speziellen Frage des Zusammenhangs zwischen Slum- und Sanierungsgebieten und Kriminalität nachgegangen¹. Dabei hat sich herausgestellt, daß den rückständigen Wohngebieten nicht pauschal eine verstärkte kriminelle Belastung nachgewiesen werden kann. Bemerkenswert ist, daß Gebiete mit überdurchschnittlich hohem Anteil älterer Menschen und Ausländern nach der Bochumer Untersuchung die niedrigste Tatortrate besitzen, während Gebiete mit überdurchschnittlich hohem Anteil von Altbauten die niedrigsten Raten an Tatverdächtigenwohnsitzen aufwiesen. Die meisten Tatverdächtigen wohnten in Bochum in Gebieten mit mittlerer bzw. durchschnittlicher Bauqualität. Wenn daher im Zusammenhang mit Kriminalität die Problematik von Sanierungsgebieten erörtert wird - so das Bochumer Forschungsteam - sei es erforderlich, nicht allein die Baustruktur zu berücksichtigen, sondern erst die Sozialstruktur würde weitergehende Schlüsse zulassen². Auch hinsichtlich der generellen Frage eines Zusammenhanges zwischen Baustruktur und Täterwohnsitzen konnte nach der Bochumer Untersuchung nicht gesagt werden, daß schlechter baulicher Zustand eines Wohngebietes zwangsläufig die Quartierbildung Krimineller begünstigt. Vielmehr scheint es so, daß die Sozialstruktur den maßgebenden Einfluß ausübt³, ein Ergebnis, welches - so Schwind⁴ - die derzeit aktuelle Problematik "Wohnen und Kriminalität" relativiere.

In jüngster Zeit haben sich die Stimmen gemehrt, die sich kritisch mit dem Problem der Wohnumwelt und der

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 238 ff.

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 244

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 376

4) Schwind/ Steinhilper, Kriminalistik 1978, S. 437

Kriminalität auseinandersetzen¹. Insbesondere der moderne Städtebau und die Architektur sind in den Blickpunkt des allgemeinen Interesses geraten. Von vielen Seiten werden Städtebauplaner und Architekten für die zunehmende Kriminalität in Hochhaussiedlungen und Trabantenstädten mit verantwortlich gemacht. Brusten spricht in diesem Zusammenhang von einem kriminellen Städtebau, "mag dieser auch noch so architektonisch schön anzusehen und technisch raffiniert sein, noch soviel Wasserklosetts haben im Vergleich zu den alten Slums, die wir abreißen"². Allgemein werden folgende - wenn auch bislang nicht verifizierte, so doch plausible - Hypothesen angenommen³:

- Die soziale und emotionale Entwicklung von Kindern wird in Trabantenstädten so beeinträchtigt, daß kriminelles Verhalten unmittelbar auf die bauliche Umwelt zurückgeführt werden kann;
- in der unpersönlichen monofunktional gestalteten städtischen Umwelt (z. B. Schlafstadt) fehlt es den Bewohnern an Orientierungs- und Identifikationsmöglichkeiten, was bei manchen Bewohnern sozialpathologisches Verhalten zur Folge hat;
- das Wohnen im Hochhaus ist subjektiv und objektiv besonders unbefriedigend; die Bausituation und die mangelnde soziale Kontaktsituation sowie die unzureichende informelle soziale Kontrolle führen zu Kriminalitätshäufungen in diesen Wohnanlagen;
- maximale Menschenverdichtungen auf minimaler Grundfläche und die soziale Struktur von Neubauvierteln erschweren soziales und fördern abweichendes Verhalten.

1) Westphal, Die Neue Polizei 8/1978, S. 114 ff.; derselbe in: Deutsche Polizei 7/77, S. 7 ff.; Kube, Deutsche Polizei 10/78, S. 17 ff.; Artikel "Attraktive Ecken" in: "Der Spiegel", Nr. 36, 31. Jahrgang 1977, S. 47 ff. und Artikel "Kritische Masse" in: "Der Spiegel", Nr. 50, 32. Jahrgang 1978, S. 86 ff.
2) Brusten, Deutsche Polizei 8/76, S. 10
3) Vgl. Kube, Deutsche Polizei 10/78, S. 18

Welche genauen Beziehungen zwischen Kriminalität und dem Wohnen in Hochhäusern, Wohnsilos sowie Satelitenstädten bestehen, insbesondere wie die Menschen auf eine bestimmte bauliche Umwelt reagieren, ist in Deutschland noch wenig untersucht. Nach der Bochumer Forschungsstudie scheint nicht primär die schlechte Baustruktur eines Gebietes an kriminellen Aktivitäten schuld zu sein, sondern bestimmender Faktor ist danach die Sozialstruktur¹.

Auf der anderen Seite schreibt Kube zu Recht, daß die Praxis nicht zuwarten könne, daß Probleme - wie die Kriminalität - an der Wurzel, d. h. durch eine Verbesserung der Sozialstruktur, angegangen werden können². Einen Ansatzpunkt für gezielte Präventionsmaßnahmen durch Beseitigung von Gelegenheitsstrukturen sieht Kube in der Wohnumwelt des potentiellen Opfers und fordert insoweit eine "kriminalitätsabweisende Architektur". Voraussetzung dafür ist allerdings die Analyse von Tatortstrukturen, womit das in der deutschen Kriminalgeographie noch wenig entwickelte Gebiet der Kriminalitätstopographie angesprochen ist, d. h. die Untersuchung der spezifischen Beschaffenheit eines Tatortes.

Bislang haben sich vor allem amerikanische Forschungsstudien³ mit der Frage beschäftigt, wie sich die Tatortstruktur im eng umgrenzten Raum oder im konkreten Fall darstellt. In Amerika wurde unter anderem festgestellt, daß die Kriminalität in Wohnanlagen in Abhängigkeit zur Geschoßfläche steht. Je höher das Haus - so die dortige kriminalistische Faustregel - desto höher die Verbrechensrate. Lange Korridore ohne Einblickmöglichkeiten begünstigen ebenso die Deliktsbegehung wie Ein-

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 376

2) Kube, Deutsche Polizei 10/1978, S. 18

3) Kube, Deutsche Polizei 10/1978, S. 19 ff.m.z.N.

gänge, die nicht von der Straße her eingesehen werden können. Ebenso ist festgestellt worden, daß Gebäudekomplexe, die isoliert von der Straße oder anderen Wohngebäuden stehen, bevorzugte Zielobjekte von Kriminellen sind. Auch werden Wohnungen, die an Treppenaufgängen angrenzen, häufiger von Einbrechern heimgesucht als solche, die Fahrstuhleingängen gegenüber stehen.

Um ein nachbarschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen zu lassen und um die informelle soziale Kontrolle zu aktivieren, werden in Amerika unter anderem solche Vorschläge gemacht wie die Unterteilung der Großwohnanlagen in kleinere Teilkomplexe und die Steuerung der Wohnungsbelegung nach sozial-kulturellem Hintergrund der Familien, um so die Bildung von Interessensgemeinschaften zu fördern.

Wie ernst das Problem der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Städtebau auch in Deutschland genommen werden muß, zeigt eine Untersuchung, die Westphal in Hannover durchgeführt hat¹. Danach wies ein Neubaugebiet in der Innenstadt von Hannover (Ihme-Zentrum), wo auf etwa 100 000 Quadratmetern ca. 1 500 Menschen leben, eine fast zehnfach höhere Kriminalitätsbelastung auf, wie Wohngebiete in herkömmlicher Bauweise mit wesentlich mehr bebauter Fläche.

2.6. Deutung der bisher gewonnenen Ergebnisse der theoretischen Kriminalgeographie

Wie schon mehrfach erwähnt ist eine Deutung der von der theoretischen Kriminalgeographie bislang vorgelegten Ergebnisse nur mit großer Zurückhaltung möglich. Zu we-

1) Westphal, Deutsche Polizei 7/1977, S. 7

nig wissen wir heute über die unterschiedliche Ausgestaltung der Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsstruktur der verschiedenen Räume und deren teilweise gegensätzlichen Einflüsse auf die Kriminalität. Erst wenn das Zahlenmaterial vieler möglichst kleiner Räume wie z. B. von Kreisen, Städten und Gemeinden vorgelegt und untereinander verglichen wird, erst wenn mit Hilfe von Feldstudien und nicht allein durch Heranziehung amtlicher Statistiken tiefer in der regionale Situation eingedrungen wird, werden sich genaue Erklärungen über die Kriminalitätsunterschiede in den Regionen und Aufschlüsse über die kriminogenen Faktoren geben lassen. Das, was heute aus kriminalgeographischen Ergebnissen gedeutet werden kann, sind Annahmen, für die fundierte Anhaltspunkte vorliegen, die aber einer umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung durch Feldstudien an Ort und Stelle bedürfen.

Hinsichtlich des festgestellten Kriminalitätsunterschiedes zwischen Norden und Süden läßt sich für die Bundesrepublik Deutschland sagen, daß der Umfang der Kriminalität offensichtlich durch das Integrationsniveau der Bevölkerung beeinflußt wird. So kommt Hellmer aufgrund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß in Süddeutschland die Gruppenstrukturen im allgemeinen gefestigter seien¹. Der Einzelne, vor allem das Kind und der Jugendliche würde dort enger an die Primärgruppe gebunden und daher vermutlich früher sozialisiert werden, wobei ethnische, wirtschaftliche (höherer Anteil an alteingesessener, mittelständischer Industrie), konfessionelle (höherer Anteil des Katholizismus) und - damit zusammenhängend - sozialstrukturelle Faktoren (organischere Siedlungsweisen) eine erhebliche Rolle

1) Hellmer, RdJB 1973, S. 271

spielten. Die Einstellung zur Kriminalität sei im Süden - wie sowohl die geringere Kriminalität wie die strengere Strafverfolgung zeige - durch eine größere Unduldsamkeit gekennzeichnet, die sich vorbeugend in einer stärkeren Tabuisierung abweichender Verhaltensweisen und nachgehend in einer größeren Bereitschaft zur gruppeninternen Erledigung kleinerer Vergehen, aber auch zur Anzeige und Mithilfe bei der Verfolgung erheblicherer Straftaten äußere.

Zu ähnlichen Ergebnissen ist in Amerika auch Szabo gekommen. Er weist in seinem Aufsatz über Urbanität und Kriminalität¹ darauf hin, daß die Situation der jugendlichen Delinquenten in den Städten vor allem dadurch gekennzeichnet ist, daß sie vermehrt Kontakte zu Sekundärgruppen (Bande, Gruppe) unterhalten und ihnen die Einbettung in die Primärgruppe (Familie) verloren geht. Szabo meint dazu, daß unter dem Druck der Sekundärgruppen und infolge des sich durch die soziale Umwelt aufzwingenden Wettbewerbs ein Individualismus auf der Grundlage der Verfolgung persönlicher Interessen entwickle².

Mit dem Problem der Integration hängt das Identitätsproblem eng zusammen. Der Landbewohner integriert sich in seine Umwelt - auch der menschlichen - nicht nur besser, er ist auch mit der natürlichen Umwelt und der menschlichen Gemeinschaft enger verbunden und stärker an ihnen orientiert als der Stadtbewohner. Daß die Kriminalität auch ein Identitätsproblem ist, zeigt die geringe Kriminalität sog. "kleiner Gemeinschaften," wo jeder jeden kennt. Es braucht aber nicht unbedingt auf dörfliche Gemeinschaft zurückgegriffen werden, sondern es lassen sich auch Beispiele für eine geringere Krimi-

1) Szabo, Kriminalsoziologie, Hrsg. F. Sack u. R. König, 1968, S. 105 ff.

2) Szabo, Kriminalsoziologie, Hrsg. F. Sack u. R. König, 1968, S. 111

nalität innerhalb größerer Bevölkerungszusammenballungen finden, soweit sich hier nur eine Art Gemeinschaftsgeist entwickelt hat. So ist die verhältnismäßig geringe Kriminalität West-Berlins in den Nachkriegsjahren nur mit dem - aufgrund der politischen Situation - starken Zusammengehörigkeitsgefühl der Berliner, die sich in dieser Zeit als Angehörige einer Schicksalsgemeinschaft fühlten, zu erklären. Auch bestätigt die in Berlin existierende Exklave Steinstücken bei Zehlendorf mit ihren 180 Einwohnern, die sich untereinander alle kennen und wo es keine Kriminalität gibt, diese Erfahrung¹.

Anahltspunkte dafür, daß Kriminalität mit fehlender Integration und mit Identitätslosigkeit einhergeht, geben auch die größere Ehescheidungshäufigkeit und die geringe Zahl der Sportverbandsmitglieder, die man gerade in kriminalitätsreichen Gebieten festgestellt hat². Auch die Untersuchung von Grantz³ gibt aufschlußreiche Beispiele für den Zusammenhang von Integration und Identität auf der einen Seite mit Kriminalität auf der anderen. Nach dieser Untersuchung unterlagen die Stadtjugendlichen mit ihren sehr viel höheren Kriminalitätsraten gegenüber den Landjugendlichen in geringerem Maße der elterlichen Kontrolle und waren häufiger schlechten, instabilen Wohnverhältnissen unterworfen wie Wohnungswechsel, Wechsel der Erziehungsperson. Ferner waren die Stadtjugendlichen in größerer Zahl von einer Trennung oder Scheidung der Elternehe betroffen, während bei den Landjugendlichen die Ehe der Eltern überwiegend bestand. Schließlich waren die Stadtjugendlichen durch häufigeren Schulwechsel und größere Mobilität im Hinblick auf einen Arbeitsplatzwechsel gekennzeichnet.

1) Hellmer, Festschrift für Ernst Heinitz, 1972, S. 586
2) Hellmer S. 74 f.
3) Grantz 1972

Interessant ist in diesem Zusammenhang weiterhin das Selbstmordverhalten der Bevölkerung. Hier hatte schon Durkheim festgestellt, daß mit abnehmender Integration einer Gruppe von Personen, d. h. dem Ausmaß der Norm-übereinstimmung bei der Mehrzahl der Gruppenmitglieder, die Gefahr größer wird, daß ein Mitglied dieser Gruppe Selbstmord begeht¹. Andere Untersuchungen über die Umweltbedingungen von Selbstmördern bestätigen ebenso die Parallelität zwischen Selbstmord - als Form abweichenden Verhaltens - und Kriminalität. So handelt es sich nach einer Untersuchung von Bayreuther² bei den Suizidtätern nach Herkunft wie Wohnort um einen überwiegend großstädtischen Personenkreis. Vermehrt suizidgefährdet ist der zugewanderte (fluktuierende) Bevölkerungsteil, der eine erhöhte Selbstmordquote gegenüber den seßhaften Personen aufweist. Besonders gefährdet sind danach auch die schwer integrierenden Personen gewesen, wie unverheiratete, verwitwete, ältere und alleinstehende Menschen.

Hinsichtlich der Tatsache, daß gerade die wirtschaftlich reichen Gebiete eine hohe Kriminalitätsrate haben, zeigt sich, daß die früheren Kriminalitätstheorien, die mehr oder weniger von einer Notkriminalität ausgingen, sich als weitgehend falsch erwiesen haben. Vielmehr hat sich herausgestellt, daß generell Länder mit hoher Wirtschaftskraft auch höhere Kriminalitätsraten zu verzeichnen haben. Auf der anderen Seite kann nicht gesagt werden, daß Reichtum die Kriminalität unmittelbar fördert. Neuere Überlegungen gehen dahin, daß zwischen Kriminalität und wirtschaftlichem Wohlstand keine direkte Beziehung besteht. Nicht der wachsende wirtschaftliche Reichtum einer Gesellschaft bringt kausaliter steigende Kriminalitätsraten mit sich, sondern das forcierte und abrupte

1) Durkheim 1897

2) Bayreuther, Selbstvernichtung, Hrsg. Ch. Zwingmann, 1965, S. 47 ff.; vgl. auch Braun 1971

Einsetzen solcher Prozesse, das Tempo gesellschaftlicher Transformationsprozesse, die die Menschen überganglos in eine neue Situation stellen, erklären, warum wirtschaftlicher Wohlstand und Kriminalität oftmals in Gesellschaften einhergehen¹. Die Möglichkeit in den modernen Industriegesellschaften relativ schnell zu Reichtum, Macht oder (und) Ansehen zu gelangen und das damit einhergehende leistungsorientierte und auf Erfolg und Wohlstand ausgerichtete Bewußtsein der Bevölkerung schafft ein Klima des egoistischen Konkurrenzdenkens, in dem der Druck von außen nachläßt und das Vertrauensband von Mensch zu Mensch lockerer wird. Der Einzelne zieht sich zurück und hat nur noch seine eigenen Interessen vor Augen, denen er auch das Wohl des Nächsten und der Gesellschaft zu opfern bereit ist².

Ein weiterer kriminogener Faktor, der nicht nur mit dem Problem der Integration und der Identität, sondern verstärkt auch mit einer Entpersönlichung und Anonymität zusammenhängt, ist die Wohnumwelt der Menschen. Hier ist die Kriminalgeographie und sonstige kriminologische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht sehr weit fortgeschritten, so daß diesbezüglich nur wieder auf den Stadt-Land-Unterschied und einige Ergebnisse der Soziologie³ zurückgegriffen werden kann. Die bislang vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, daß die heutige Struktur von Trabantenstädten und Hochhaussiedlungen zu besonders starken Kommunikations-schwierigkeiten und zu größerer Anonymität des Einzelnen führt. Die Trennung von Wohn-, Arbeits- und Öffentlichkeitsbereichen sowie die Trennung von Berufs- und Altersgruppen, die Konzentration von Versorgungseinrichtungen und der Mangel an Gemeinschaftsräumen - diese Strukturen fördern im Wohnbereich die Isolation und steigern den

1) Sack, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 245 ff.
2) Hellmer, Festschrift für Ernst Heinitz, 1972, S. 587
3) Vgl. Heil 1968

Kontaktmangel¹. Zu dieser - auch meist denaturierten Wohnumwelt entwickelt der Mensch regelmäßig kein Zugehörigkeitsgefühl und hinsichtlich seiner Mitmenschen kein Zusammengehörigkeitsbewußtsein, sondern er zieht sich in den Bereich totaler Privatheit und Anonymität zurück. Folge sind unter anderem individuelle Einsamkeit, Isolation und soziale Desintegration. Auch andere Zeichen, wie z. B. die stärkere Fluktuation in solchen Agglomerationen gegenüber gesunden Siedlungsformen, deuten an, daß heutige Trabantenstädte und Hochhaus-siedlungen der Integration und der Identität der dort lebenden Bevölkerung nicht dienlich sind und sich insoweit vermutlich kriminalitätsfördernd auswirken. Anzeichen dafür sind die Verwahrlosung der Gemeinschaftsanlagen, Verbreitung von jugendlichem Vandalismus, Zunahme der Konflikte zwischen und in den Familien, Kontaktminimierung, Anstieg der Selbstmordraten und Zunahme der psychischen Erkrankungen.

Massenkriminalität, so läßt sich zusammenfassend aus den bisherigen kriminalgeographischen Untersuchungen schließen, ist vornehmlich ein Identitätsproblem². Die Einstellung, durch die kriminelles Verhalten möglich wird, weil sie zur Nichtbeachtung des Verbots führt, ist mangelndes Identitätsbewußtsein, das in Gleichgültigkeit, Gefühlen des Gestörtseins und womöglich Schädigungsabsicht gegenüber dem "Anderen" zum Ausdruck kommt. Der Erwerb von Identitätsbewußtsein, der Lernprozeß, vollzieht sich dabei nicht nur auf der ersten Stufe einer einfachen Identifizierung mit dem Nächsten wie Vater, Mutter, Spielkameraden, Freunden, Nachbarn oder Kollegen, sondern auch auf der nächst höheren Stufe mit mehr abstrakten Objekten, wie

-
- 1) Vgl. Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, 1974, S. 130 f.
 - 2) Zur neueren, modernen Identitätstheorie vgl. Hellmer, Festschrift für Richard Lange, 1976, S. 573 ff. und ders. in: ArchKrim 1978, S. 1 ff.

beispielsweise der Gesellschaft und dem Staat als Träger des Ordnungssystems, wozu auch die Identifizierung mit den von ihnen verkörperten Gesetzen, Werten und Forderungen gehört. Dieser natürliche Lernprozeß ist umso schwieriger und langwieriger, je komplizierter und undurchsichtiger die Umwelt für den einzelnen Menschen wird. In der modernen, schnell-lebigen Großgesellschaft ist der Erwerb von Identitätsbewußtsein doppelter Gefahr ausgesetzt, einmal - so Hellmer¹ - dadurch, daß Identität immer mehr schwindet, ferner dadurch, daß das gesellschaftliche System immer undurchsichtiger wird. Dadurch wächst auch die Gefahr von Fehlentwicklungen im Lernprozeß und die Nichtidentifizierung mit dem "Anderen", dem möglichen Opfer.

Mangelndes Identitätsbewußtsein und dadurch verursachte Hemmungsschwäche erklärt nicht nur die Kriminalität im einzelnen Fall, sondern auch gruppen-, epoche- und regionalspezifische Unterschiede in der Kriminalität². Kleinere Gesellschaften sind weniger mit Kriminalität belastet als Großgesellschaften, am geringsten ist die Kriminalität in Gemeinschaften, die nach dem Konventionalprinzip aufgebaut sind (Clubs, Vereine) oder sonst mit starken persönlichen Bindungen durchsetzt sind. Die in einer überschaubaren und identifikationsfreundlichen Umgebung aufwachsende ländliche Jugend ist weniger kriminell als die Stadtjugend, deren Erfahrungsdrang an Mauern, Beton, Asphalt stößt und für die der "Andere" nur Teil einer fremden Masse ist, zu der er keine Beziehung hat³. In Gegenden starker Bevölkerungszusammenballung und hoher Fluktuation der Bewohner ist die Kriminalität höher als auf dem Land und in Gebieten mit organischer Siedlungsweise und gewachsener Mittelstands-

1) Hellmer, Festschr. für Richard Lange, 1976, S. 579

2) Hellmer, Festschr. für Richard Lange, 1976, S. 580

3) Hellmer, Festschr. für Richard Lange, 1976, S. 581

industrie. Auch die stärkere Kriminalitätsbelastung von Durchgangsgebieten wie Grenz-, Hafen- und Feriengebieten läßt sich mit den fehlenden persönlichen Bindungen zwischen den Einwohnern erklären, ebenso wie der immer wieder festgestellte Kriminalitätsunterschied zwischen Nord- und Süddeutschland. Die Bevölkerung in Süddeutschland hat einen wesentlich höheren Integrationsgrad, begünstigt durch mehr ländliche Gebiete als denaturierte Industriezonen.

3. Kriminalgeographie unter kriminalistischen Aspekten (angewandte Kriminalgeographie)

3.1. Abgrenzung des Begriffs "Kriminalgeographie" innerhalb der Kriminalstrukturlehre

Innerhalb der Lehre von der örtlichen und zeitlichen Verteilung der Kriminalität werden vielfach Termini verwendet, die in engem Zusammenhang mit dem Begriff der von der Polizei angewandten Kriminalgeographie stehen. Eine Begriffsabgrenzung der Kriminalgeographie zu den wichtigsten weiteren Fachtermini im Rahmen der Kriminalstrukturlehre ist daher notwendig.

Die Kriminalgeographie umfaßt die örtliche und zeitliche Verteilung der raumbezogenen Delikte, einschließlich der Struktur der Tatorte und Täterwohnsitze, sowie die Tätermobilität und die Täterdichte innerhalb eines bestimmten Raumes¹.

Von der Kriminalgeographie sind folgende Begriffe abzugrenzen:

Kriminalstruktur ist der Oberbegriff sämtlicher tat- und täterbezogenen Strukturprobleme, zu definieren als deliktsbezogene örtliche und zeitliche Verteilung der Kriminalität sowie die Täter- und Wohnsitzstruktur innerhalb eines bestimmten Raumes².

Deliktsstruktur ist die prozentuale Gliederung der Gesamtkriminalität innerhalb eines bestimmten Gebietes und Zeitraumes nach Deliktsgruppen, Deliktsarten und

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 203 ff.

2) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 481

juristisch oder kriminalistisch abgegrenzten Straftatbeständen¹.

Tatortstruktur oder Kriminalitätsgeographie ist die räumliche Verteilung der gesamten oder deliktsspezifischen Kriminalität innerhalb eines bestimmten Gebietes und Zeitraumes¹.

Kriminalitätschronographie beschreibt die zeitliche Verteilung der gesamten oder deliktsspezifischen Kriminalität innerhalb eines bestimmten Gebietes und Zeitraumes¹.

Kriminalitätstopographie untersucht die spezifische Beschaffenheit eines einzelnen Tatortes, um dadurch zu allgemeinen Aussagen der charakterisierenden Merkmale des Tatortes eines Delikts zu gelangen².

Kriminalitätskartographie versucht durch Verbrechensübersichtskarten oder Deliktskarten, auf denen durch Aufstecken oder Aufzeichnen von Symbolen für verschiedene Delikte Tatorte und Tatorthäufungen sichtbar gemacht werden, zur Feststellung von Kriminalitätsballungen zu gelangen³.

3.2. Bisherige Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der angewandten Kriminalgeographie

Die erste umfassende Untersuchung auf dem Gebiet einer im obigen Sinne verstandenen polizeipraktischen Kriminalgeographie hat Herold 1968 veröffentlicht⁴. Die Arbeit bezieht sich auf die Stadt Nürnberg und entstand

1) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 481

2) Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S.151 ff.

3) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S.203

4) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S.203 ff.

als Herold noch dortiger Polizeipräsident war. Sie diente dem Zweck, Einsatz- und Führungshilfen bei der präventiven Verbrechensbekämpfung zu liefern und darüber hinaus der Beschaffung von Unterlagen für einen Neuaufbau der Polizeiorganisation nach rationalen Gesichtspunkten. Daneben sollten neue Forschungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, inwiefern die Kriminalität durch räumliche Faktoren, d. h. die besondere Struktur eines Raumes, ausgelöst wird. Das Ziel der Untersuchung bestand darin, die Effektivität der polizeilichen Verbrechensbekämpfung zu steigern. Zu diesem Zweck erarbeitete Herold grundlegende Kriterien für die Messung der Kriminalität im Raum wie z. B. die Täterdichte, die Tatzeitbelastung oder die Mobilität von Tätern und stellte die Kriminalitätsbelastung im Nürnberger Raum auf thematischen Gebietskarten dar. Dementsprechend ist die Arbeit von Herold - im Gegensatz zu der primär kriminologisch orientierten Untersuchung von Opp - auf die Lösung vonehemlich kriminalistischer Probleme ausgerichtet gewesen.

Helldörfer hat als Nachfolger von Herold dessen kriminalgeographischen Untersuchungen in Nürnberg fortgesetzt¹. Das Ziel seiner Untersuchungen hat Helldörfer unter anderem darin gesehen, die Kriminalitätsverflechtungen der Kernstadt Nürnberg mit dem umliegenden Verdichtungsgebiet anhand einiger Beispiele aufzuzeigen². Helldörfer hat sich insbesondere mit dem Problem der Täterrein- und ausstrombewegungen innerhalb des Nürnberger Verdichtungsgebietes befaßt. Weiterhin betrafen seine Untersuchungen die kriminelle Entwicklung einer Trabantenstadt Nürnbergs, welche sich zu einem Kriminalitätsschwerpunkt herauskristalisiert hatte, nachdem dort ein Einkaufszentrum eröff-

-
- 1) Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 151 ff.
 - 2) Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 153

net worden war.

Ebensowenig wir Herold hat Heildörfer bei seinen Untersuchungen das Dunkelfeld berücksichtigt.

Die neueste kriminalgeographische Arbeit haben Schwind, Ahlborn und Weiß Ende 1978 vorgelegt. Die Untersuchung befaßt sich nicht nur mit den kriminologischen Fragen der theoretischen Kriminalgeographie, sondern auch mit den polizeipraktischen Problemen der angewandten Kriminalgeographie und bezieht erstmals das Dunkelfeld mit ein².

Orientiert an dem Vorgehen Herolds in Nürnberg, hat das Bochumer Forschungsteam das kriminalistische Ziel ihrer Untersuchung darin gesehen, für die Stadt Bochum einen Atlas zu erstellen, in dem auf Karten sichtbar wird, wieviele und welche Delikte der Straßenkriminalität an welchem Ort verübt worden sind, wo die Wohnsitze der Täter liegen und zu welchen Wochen- und Tageszeiten bestimmte Straftaten verübt werden. Besondere Bedeutung wird in der Bochumer Untersuchung auch der Frage der Tätermobilität beigemessen³. Der Zweck dieses umfassenden Bochumer Forschungsprojektes liegt ebenso wie bei der Arbeit von Herold darin, der Polizei brauchbare Daten über die verhütbare Kriminalität zur Verfügung zu stellen, um den polizeilichen Einsatz möglicherweise effektiver gestalten zu können. Insbesondere soll anhand der Daten festgestellt werden, ob die Streifenbeamten bei Einbeziehung des Dunkelfeldes in Bochum optimal eingesetzt werden, d. h. ob die Kriminalitätsdichtebilder der derzeitigen Polizeiorganisation entsprechen und ob die Kriminalitätsbrennpunkte in den bisher von der Polizei festgestellten Räumen liegen oder sich verlagern, wenn das Dunkelfeld der registrierten Kriminalität zugerechnet wird. Weitere

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß 1978

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 186 ff.

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 146 ff.

Ziele der Untersuchung betreffen die Fragen der Entfernung zwischen Täterwohnung und Tatort¹, einer Überprüfung der Zonenhypothese² und der Charakteristika der Tatortbereiche einzelner Delikte³.

3.3. Untersuchungsgegenstand und inhaltliche Umgrenzung der angewandten Kriminalgeographie

3.3.1. Erfaßte Straftaten

Die angewandte Kriminalgeographie beschränkt sich auf die Erhebung und Untersuchung derjenigen Straftaten, die der polizeilichen Beeinflussung unterliegen. Nur solche Delikte sind für die polizeiliche Einsatzsteuerung bedeutsam, die sich im Straßeneinsatz unmittelbar bekämpfen lassen, d. h. die bei hypothetischer Präsenz der Polizei von dieser hätten verhindert werden können oder gar nicht erst versucht worden wäre. Diese Straftaten sind daher zunächst begrifflich von der gesamten im Gesetz normierten Deliktsmasse abzugrenzen.

Allgemein werden die Delikte, auf die kriminalgeographische Untersuchungen der Polizei Anwendung finden, mit dem Begriff "Straßenkriminalität" zusammengefaßt. Eine einheitlich-verbindliche Definition dieses Begriffes existiert nicht⁴. Die Abgrenzung der Straßenkriminalität zu den übrigen Straftaten ist außerordentlich fließend und wird teilweise von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich vorgenommen. Generell ist jedoch festzustellen, daß unter "Straßenkriminalität" die Gesamtheit jener Delikte verstanden wird, deren Vortat-, Tat- oder Nachtatphase sich innerhalb des der Öffentlichkeit zu-

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 171 ff.

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 76 ff. u. S. 171 ff.

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 216 ff.

4) Vgl. hierzu die Definitionsversuche des Landeskriminalamts von Nordrhein-Westfalen, abgedruckt in: Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 137

gänglichen Raumes vollzieht oder zumindest hier ihren Ausgang nimmt¹. Die Abgrenzung geschieht dabei üblicherweise nach juristischen oder kriminalistischen Kategorien, ohne daß die Besonderheiten eines jeden Einzelfalls berücksichtigt werden. Nach einer weiten Auslegung versteht man unter Straßenkriminalität z. B.: Notzucht, Unzucht mit Kindern, Erregung geschlechtlichen Ärgernisses, alle Fälle des Raubes und des Diebstahls unter erschwerenden Umständen, die schwere und gefährliche Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen, den Fahrraddiebstahl, den Diebstahl von und an Kraftfahrzeugen und die Sachbeschädigung an Kraftfahrzeugen².

Herold verwendet hingegen zur exakten Abgrenzung der Delikte, auf die sich kriminalgeographische Untersuchungen der Polizei beschränken, den Begriff "raumbezogene Delikte"³. Darunter versteht er diejenigen Straftaten, die eine räumliche Beziehung haben, d.h. durch räumliche Faktoren ausgelöst und geprägt werden. Der Begriff "Raum" wird dabei definiert als der öffentlich zugängliche Raum (einschließlich des allgemein zugängigen Raumes öffentlicher Gebäude wie Bahnhöfe, Ämter usw.), in denen massenhafte Kriminalitätserscheinungen möglich sind⁴. Mit dieser Einschränkung werden einerseits jene Delikte ausgeklammert, für die aus der Sicht der Polizei der Raumbezug keine Bedeutung besitzt, z. B. der Betrug, die Urkundenfälschung, der Ladendiebstahl usw. Andererseits wird deutlich, daß von der angewandten Kriminalgeographie nur solche Straftaten erfaßt werden sollen, die sich in der Öffentlichkeit abspielen und damit grundsätzlich der normalen polizeilichen Überwachung und einsatzmäßigen Vorbeugung unterliegen. Allein entscheidend ist das Auftreten der Delikte im öffentlich zugänglichen Raum, ohne daß bei der Bestimmung auf juristische Kategorien wie Raub, Diebstahl, Mord usw. Rücksicht genommen wird.

1) Scheidtman, Deutsche Polizei 10/1976, S. 17

2) Schorm, Die Polizei 1973, S. 40

3) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S.201 ff.

4) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S.204

Eine solche Unterscheidung zwischen grundsätzlich präventablen und andererseits bloß detektablen¹ Delikten muß bei sämtlichen Straftaten vorgenommen werden. Dementsprechend wird im Nürnberger System der polizeilichen Datenverarbeitung jeder Einzelfall von geschulten Fallanalytikern untersucht und entweder der Gruppe "Präventivdelikte" oder der Gruppe "Nichtpräventivdelikte" zugeordnet².

Dazu folgende Beispiele:

Grunddelikt	Präventivdelikt	Nichtpräventivdelikt
Raub	Raub auf öffentl. Wegen und Plätzen	Raub auf der Toilette einer Gaststätte
schwerer Diebstahl	Büroeinbruch von der Straße her	Erbrechen eines Kellers durch Wohnungsnachbarn
einfacher Diebstahl	Diebstahl an einem Verkaufsstand	Beischlafdiebstahl
Notzucht	Notzucht im Park	Notzucht in der Wohnung
Mord	Mord auf dunklem Wege	Giftmord in der Wohnung

Von dieser Unterscheidung zwischen Präventivdelikt und Nichtpräventivdelikt ausgehend lassen sich ganz speziell die Dichtewerte der durch den Polizeieinsatz verhütbaren Kriminalität gewinnen und danach Art und Umfang des zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung notwendigen Polizeieinsatzes ermitteln und steuern. Hier wird auch ein genereller Unterschied zwischen der angewandten und der theoretischen Kriminalgeographie deutlich. Während die angewandte Kriminalgeographie bei ihren Untersuchungen allein von den Präventivdelikten ausgeht, trennt die theoretische Kriminalgeographie nicht zwischen präventablen und nur detektablen Delikten. Sie bezieht grundsätzlich sämtliche Straftaten in ihre Ursachenanalysen ein, soweit die Straftaten nur in irgendeiner Weise in Beziehung zu räum-

1) Zur Unterscheidung vgl. Eyde, NSchrKrim 1937, S. 187 f.
 2) Vgl. Kern/ Paul, Die Polizei 1969, S. 152 ff.

lichen Faktoren gesetzt werden können und die Lokalisierung kriminogener Faktoren möglich ist, was beispielsweise bei der Verkehrskriminalität wegen der Ortsgebundenheit bzw. häufigen Ortsfremdheit der Täter nicht gegeben ist¹.

Da für die Abgrenzung der Straßenkriminalität bzw. der raumbezogenen Kriminalität von der übrigen Deliktsmasse die entscheidenden Gesichtspunkte die Präventabilität und die Tatortlage sind, wird in der vorliegenden Arbeit von dem praktikablen Begriff Straßenkriminalität ausgegangen, der folgendermaßen definiert wird²:

Straßenkriminalität ist die im allgemeinen polizeilichen Aktionsbereich verübte Kriminalität, die infolge einer vermehrten Zugriffsmöglichkeit der Polizei verhinderbar ist (präventable Kriminalität).

3.3.2. Die Größe der Untersuchungsgebiete

Grundsätzlich ist die angewandte Kriminalgeographie nicht auf die Untersuchung eines begrenzten Gebietes beschränkt, sondern kann auf jede geographisch abgegrenzte Fläche von beliebiger Größe bezogen werden. Je nach Zweck und Ziel kann der kriminalgeographische Untersuchungsraum erweitert bzw. eingeschränkt werden.

Soweit die Kriminalgeographie als Einsatz- und Führungshilfe für die örtliche Bekämpfung der Kriminalität dienen soll, werden die Kriminalitätsdichtewerte möglichst kleiner Regionen erfaßt. Das Erfordernis einer solchen Begrenzung ergibt sich daraus, daß sich der Täterkreis hauptsächlich aus örtlichen Tätern zusammensetzt und daher regelmäßig nur kurze Entfernungen zwischen Täterwohnsitz und Tatort bestehen. So waren 1977 auf Bundesebene

1) Hellmer, Der Kriminalist 1974, S. 102

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 138

von den Tätern 66,7% in der Tatortgemeinde, 8,5% im Landkreis und 15,4% im eigenen Bundesland wohnhaft, hingegen kamen nur 4,7% der Täter aus anderen Bundesländern¹. Kriminalitätsbekämpfung seitens der Polizei ist daher in erster Linie eine örtliche Aufgabe. Das bedeutet für die Kriminalgeographie, daß vorrangig die örtliche Kriminalität und deren räumliche Zusammenhänge zu untersuchen sind. Insoweit beschränkt sich die Erhebung der Kriminalitätsdichtewerte auf den jeweiligen Zuständigkeitsraum der regionalen Polizeien.

Sollen dagegen mit der angewandten Kriminalgeographie Entscheidungshilfen hinsichtlich einer Verbesserung überregionaler Organisationsstrukturen oder zentral-strategischer Maßnahmen der Polizei gewonnen werden, wird man den zu untersuchenden Raum auf ein ganzes Landesgebiet ausdehnen. Mit Hilfe einer großräumigen Beobachtung der Kriminalität einschließlich deren Trendentwicklung werden längerfristig personelle und organisatorische Planungen durchgeführt. So erstrecken sich die kriminalgeographischen Untersuchungen der Polizei auf überregionale Gebiete bei der Frage einer sinnvollen räumlichen Abgrenzung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche nach Kriminalitätsschwerpunkten, ferner bei der Entscheidung über die personelle Verstärkung der Polizei in einer bestimmten Region mit beispielsweise massierter bestehender oder zukünftig zu erwartender Kriminalitätshäufigkeit.

3.3.3. Einbeziehung der zeitlichen Kriminalitätsverteilung

Der durch angewandte Kriminalgeographie zu untersuchende Raum ist gerade im Hinblick auf seine Beziehung zur Kriminalität keine statische Größe, sondern wird beispiels-

1) Polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland 1977, S. 58

weise auch durch den zeitlich variierenden Verkehrsstrom, das gegensätzliche Tag- und Nachtleben, den saisonal bedingten Tourismus usw. charakterisiert. Diese funktionelle Bedeutung des Raumes wird von der angewandten Kriminalgeographie erfaßt und fließt in deren Untersuchung mit ein. Das bedeutet, daß die Kriminalitätsdichte zur Gewinnung zeitbezogener Aussagen auf die jeweiligen Jahres-, Monats-, Wochen- und Tageszeiten zu projizieren ist. Um ein vollständiges, auch unter zeitlichen Aspekten gesichtetes Bild der Kriminalstruktur eines Raumes zu erhalten, bildet daher die Einbeziehung der zeitlichen Verteilung der raumbezogenen Kriminalität, die Kriminalitätschronographie, die notwendige Ergänzung zur Kriminalgeographie.

3.3.4. Fragen der Quartierbildung und Wanderungsbewegung von Kriminellen

Die angewandte Kriminalgeographie beschränkt sich nicht allein auf die Feststellung und Beobachtung von Kriminalitätsschwerpunkten durch statistische Auszählung der Tatorte. Sie geht auch der Frage der Wohnsitznahme der Täter in einem bestimmten Raum nach, um einerseits zu Aussagen über die Entfernung von Tat- und Wohnort der Kriminellen zu gelangen und um andererseits die Raumstruktur zu beleuchten, die die Quartierbildung von Kriminellen begünstigt.

Auch für einen weiteren Gesichtspunkt, der durch die kriminalgeographischen Untersuchungen erfaßt werden soll, ist die Feststellung der Täterwohnsitze notwendige Voraussetzung. Ob und in welchem Ausmaß ein Zustrom von Tätern in einen Raum existiert bzw. ein Ausstrom von Tätern, die ihren Wohnsitzraum verlassen, um woanders tätig zu werden, läßt sich durch einen Vergleich der Täterwohnsitz-

dichte mit der Täterdichte innerhalb eines bestimmten Raumes feststellen. Der Umfang dieser Bewegungsvorgänge, die von Herold auch kurz unter dem Begriff "Täternobilität" zusammengefaßt werden¹, läßt das kriminelle Ausstrahlungsgebiet eines Schwerpunktgebietes erkennen. Daraus ergeben sich dann wiederum Rückschlüsse für die Lösung polizeiorganisatorischer Fragen, z. B. hinsichtlich der Größe des Zuständigkeitsgebietes einer Regionalpolizei.

3.4. Die Entwicklung kriminalgeographischer Darstellungstechniken und Erfassungsmethoden

Kriminalgeographische Betrachtungen im Rahmen polizeilicher Aufgaben sind keineswegs neu. So weist Wenzky² mit Recht darauf hin, daß schon früher kriminalgeographische Gesichtspunkte in der polizeilichen Praxis Beachtung gefunden haben, so z. B. beim Aufbau und der Organisation der Landeskriminalpolizei der ehemaligen Länder Sachsen, Württemberg und Preußen. Ihren eigentlichen Aufschwung hat die angewandte Kriminalgeographie aber erst mit dem Ende der 60-iger Jahre erlebt, als erstmals auch Computer zur Zusammentragung und Verarbeitung der relevanten Daten eingesetzt wurden.

Soweit bis dahin bei der Planung überregionaler Personal- und Organisationsfragen auf die Ausgangstatistik³ der Polizeilichen Kriminalstatistik zurückgegriffen wurde,

-
- 1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 205.
Nach Schwind führt dieser Begriff zu Mißverständnissen, da nicht Täter, sondern Tatverdächtige mit der Polizeistatistik erfaßt werden. Er verwendet daher den Begriff "Kriminalitätsmobilität", vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 67 f. u. S. 146 ff.
 - 2) Wenzky, Die Polizei 1969, S. 334
 - 3) Bei der Ausgangsstatistik werden die Deliktsarten erst nach Abschluß des polizeilichen Ermittlungsverfahrens und bei der Abgabe des Vorgans an die Staatsanwaltschaft erfaßt.

waren die Daten dieser manuell erstellten Statistiken häufig zu ungenau und zu wenig differenziert. Stützte man sich dagegen bei der Bekämpfung akuter regionaler Kriminalitätsprobleme auf die spezielleren Eingangsstatistiken¹ der jeweiligen Regionalpolizeien, ergab sich die Schwierigkeit, daß die entsprechenden Unterlagen oftmals erst in mühevoller Kleinstarbeit durch zahlreiche Beamte zusammengetragen werden mußten. Die dabei auftretenden zeitlichen Verzögerungen ließen einen zielgerichteten, auf die augenblickliche Kriminalitätssituation abgestimmten Polizeieinsatz nicht zu. Zudem wirkte sich die Quantität der erfaßten Datenmenge hemmend und damit negativ auf die polizeiliche Einsatz- und Führungsplanung aus. Die für einen verbesserten Polizeieinsatz notwendigen Einzelangaben konnten in der immer größer werdenden Fülle von der Polizei bei konventioneller Erfassung kaum mehr verarbeitet werden.

Aus diesen Gründen wurden auf Bundes- und Länderebene Ende der 60-iger bis Anfang der 70-iger Jahre neue Polizeistatistiken mit anderen, weitaus differenzierteren Katalogen erfaßter Straftaten eingerichtet und dabei die Erfassung und Auswertung der Daten nach und nach mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung vorgenommen. So wurde 1971 die bundeseinheitliche Polizeiliche Kriminalstatistik neu gestaltet und auf EDV-Basis ausgerichtet. Die Landeskriminalämter machten sodann teilweise - je nach Stand ihrer EDV-Entwicklung - von der Möglichkeit Gebrauch, den bundeseinheitlichen Datenkatalog durch nur im Landesbereich erhobene Daten zu ergänzen. Dabei wurden auch schon u. a. die für die Kriminalgeographie so wichtigen Daten über die genaue Tatörtlichkeit, die Tatzeit und den Täterwohnsitz erfaßt, wobei das Ziel allerdings die Bereitstellung von Unterlagen für langfristige orga-

1) Bei der Eingangsstatistik werden die Deliktsdaten unmittelbar nach Bekanntwerden des Ereignisses erfaßt.

nisatorische Planungen war. Um verbesserte Entscheidungshilfen der Polizei für eine kurzfristige Bekämpfung der Kriminalität an die Hand zu geben, wurden auf regionaler Ebene die polizeilichen Eingangsstatisitiken - wiederum beeinflußt vom jeweiligen Entwicklungsstand der Datenverarbeitung - weiterentwickelt. In vielfältigen Sonderstatistiken wurden insbesondere hinsichtlich der präventiv bekämpfbaren Straßenkriminalität die Tatort-, Tatzeit- und Täterwohnsitzdaten erfaßt und für die Herstellung von Dichte- oder Tätermobilitätskarten im EDV-Ausdruck aufbereitet¹.

Heute sind die in der elektronischen Datenverarbeitung fortgeschrittensten Länder in der Lage Tatzeit- und Tatortuntersuchungen zu einzelnen Delikten per Computerausdruck bis hinunter zur Gemeinde zu liefern und damit Unterlagen für langfristige Planungs- und Führungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Für eine direkte und kurzfristige Umsetzung statistischer Ergebnisse in Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen ist es den Regionalpolizeien heute teilweise möglich, jederzeit vom Computer gedruckte aktuelle Deliktskarten über die Häufigkeit und Verteilung der Straßenkriminalität oder einzelner Straftaten, über Täterströme und die Tätermobilität als auch die Täterwohnsitzverteilung zu liefern. Auch stehen jederzeit genaue Tatzeittabellen von einzelnen Delikten oder Deliktgruppen bereit².

1) Einen guten Überblick über die Entwicklung der polizeilichen Kriminalstatistiken seit Einführung der elektronischen Datenverarbeitung gibt Schorm, Die Polizei, 1973, S. 37 ff. u. S. 71 ff.

2) Hierzu vgl. Kern/ Paul, Die Polizei 1969, S. 152

3.5. Methoden der angewandten Kriminalgeographie

Die angewandte Kriminalgeographie bedient sich bei ihren Untersuchungen zweier Methoden: Der statistischen Methode, soweit es um die bloße Auszählung der Kriminalitätsdaten bezogen auf eine Fläche geht, der Methoden der thematischen Kartographie, sofern es sich um die zeichnerische Darstellung der festgestellten Kriminalitätswerte handelt¹.

3.5.1. Bestimmung der Bezugsgrößen

Die kriminalgeographische Betrachtung eines Raumes bedarf zunächst der geographischen Abgrenzung und Bestimmung einer Fläche, auf die sich die Untersuchung beziehen soll. Die ermittelte Fläche dient sodann als Bezugsgröße für die rein statistische Auszählung der Kriminalitätsdaten, wie z. B. Tatort-, Täterwohnsitz- und Täterzahl.

Um zu einer differenzierteren kriminalgeographischen Aussage zu gelangen, ist es sinnvoll, einen bestimmten örtlichen Bereich in möglichst kleine Flächen einzuteilen, welche sich dann mosaikartig zu beliebig größeren Bildern zusammenfügen lassen. Dabei bieten sich grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten an: Die Einteilung der Flächen nach polizeilichen Zuständigkeitsbereichen, die Einteilung nach Verwaltungs- und Stadtbezirken oder eine solche nach gleich großen Flächeneinheiten.

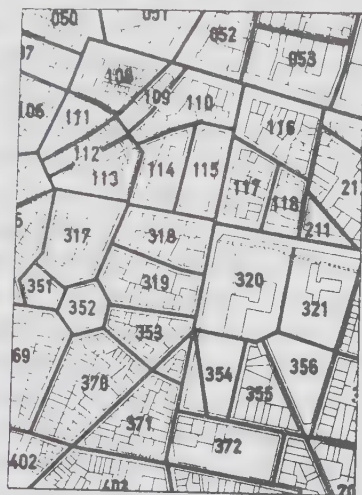
Dementsprechend stellt Herold im Hinblick auf die Lokalisation der Daten auf der Basis elektronischer Datenverarbeitung folgende Bezugssysteme gegenüber (vgl. auch die Darstellung auf der folgenden Seite)²:

-
- 1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S. 206
 - 2) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S. 212 ff.
Die Darstellung der folgenden Seite ist entnommen aus:
Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff.,
Bild 4

METHODEN DER DATENLOKALISATION



LANQUADRATRASTER



BLOCKSYSTEM



ZÄHLBEZIRK



KOORDINATENSCHNITTPUNKT

das Planquadratsystem, das Blocksystem, das Zählbezirkssystem und das Koordinatenschnittpunktsystem. Das Planquadratsystem, welches die Landkarte mit einem nach x- und y-Koordinaten bestimmten Gitternetz überzieht, bietet den Vorteil regelmäßiger und gleich großer Bezugsflächen. Dadurch wird die Vergleichbarkeit der einzelnen Flächen untereinander außerordentlich erleichtert. Nachteilig wirkt sich demgegenüber des Zerreißen natürlicher Zusammenhänge oder Bebauungsgruppen aus. Hier zeigt sich der Vorteil des Blocksystems, welches den Raum in kleinste, natürliche Einheiten wie Straßen- und Häuserblocks einteilt. Andererseits stellt sich dabei die Maßstabslosigkeit solch ungleicher Flächen wiederum als entsprechend nachteilig dar. Ebenso sind Vor- und Nachteile des Zählbezirkssystem zu sehen, welches eine Einteilung nach größeren Verwaltungsgebieten, wie z. B. Stadtbezirken, vornimmt und sich dabei allgemein an der gewachsenen Stadtstruktur orientiert. Allerdings kommt bei dieser relativ großflächigen Datenlokalisierung der Mangel einer fehlenden Feindifferenzierung der Aussagen hinzu. Schließlich ist mit dem Koordinatenschnittpunktsystem die Erfassung der Daten mit äußerster Genauigkeit möglich, wobei auch die Begrenzungskordinaten beliebig gewählter Flächen abgefragt werden können. Nachteilig wirkt sich aber aus, daß die Umrechnung der punktuell gespeicherten Daten auf eine abgegrenzte Fläche ein aufwendiges und zeitraubendes Verfahren erfordert. Zudem bringt der Vorteil so exakter Datenlokalisierung für die Polizei letztlich wenig, da diese nicht an der Bestimmung von Punkten, sondern an der Bedeutung einer Fläche in Bezug auf die Kriminalität interessiert ist.

Die beiderseitigen Vor- und Nachteile der einzelnen Systeme der Datenlokalisierung haben dazu geführt, daß die Erfassung und Auswertung kriminalgeographischer Daten mit den verschiedenen Systemen praktiziert wird. Hinzu

kommt, daß nicht nur die oben erwähnten Grundsysteme verwendet werden, sondern häufig mit Abwandlungen der Einzelsysteme oder auch kombinierten Mischsystemen¹ gearbeitet wird. Daran ändert auch nichts, daß im Jahre 1971 bundeseinheitliche Rahmenrichtlinien für eine einheitliche Erfassung, Bewertung und Zählung einer Mindestanforderung von Daten bei der Bearbeitung und Erstellung der polizeilichen Kriminalstatistiken auf EDV-Basis vereinbart wurden². Diese polizeilichen Kriminalstatistiken boten als Ausgangsstatistiken keine geeigneten Erkenntnismöglichkeiten und Entscheidungshilfen für Sofortmaßnahmen der Polizei als Reaktion auf akute Kriminalitätsschwerpunkte. Um kurzfristige Entscheidungen treffen zu können, wurden überall zusätzliche Aufzeichnungen im Sinne einer Eingangsstatistik geführt. Unter Wahrung der in den Richtlinien enthaltenen Grundsätzen boten sich hinreichende Möglichkeiten, auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Länder- und Regionalpolizeien ausgerichtete Datensammlungen zu führen, sei es manuell oder mittels elektronischer Datenverarbeitungsanlagen³.

So unterschiedlich wie die Vielzahl spezieller Statistiken wie Täterdatenkarteien, Täterzustromstatistiken, Tatzeitstatistiken, Wohnsteckkarteien, Deliktsbrennpunktkarten usw. ist auch die Verwendung der flächenmäßigen Bezugsgrößen. So werden beispielsweise in niedersächsischen⁴ und hessischen⁵ Großstädten beliebig festgelegte Erhebungsbezirke nach dem Zählbezirkssystem als Bezugsgrößen herangezogen, während bei einigen Stadtpo-

-
- 1) Hierzu vgl. Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 216
 - 2) Hierzu Kraus, Die Polizei 1971, S. 1 ff. und Heinz, Kriminalistik 1972, S. 148 ff.
 - 3) Warkentin, Kriminalistik 1972, S. 217 ff.
 - 4) Für Hannover vgl. z. B. Harms, Der Kriminalist 1974, S. 475 ff. und S. 556 ff.
 - 5) Für Wiesbaden vgl. z. B. Eder, Die Polizei 1970, S. 159 ff.

lizeien in Bayern nach dem Planquadratsystem¹ oder einer Abwandlung davon, dem Planrechtecksystem², gearbeitet wird. In Schleswig-Holstein wird wiederum sowohl hinsichtlich einer Kriminalkartographie für das ganze Land als auch bei besonders herauszustellenden Einzelflächen mit der Erhebung von Verwaltungsbezirken verfahren³.

Welches der Lokalisierungssysteme sich letztlich bei der Computerverarbeitung von Kriminaldaten durchsetzen wird, ist noch nicht abzusehen. Im regionalen Bereich wird die Methode des Planrechtecksystems im rechtwinkligen Koordinatensystem in Nürnberg erfolgreich angewendet. Das Planquadratsystem eventuell in Verbindung mit der Erhebung von Verwaltungsbezirken für eine überregionale Verarbeitung kriminalgeographischer Daten, scheint im Ganzen die größten Chancen zu besitzen, da es auch dem bei der Landesvermessung und -planung benutzten Gauss-Krüger-System zugrunde liegt. Insofern wäre dann ein wechselseitiger Datenaustausch und eine direkte Vergleichbarkeit der Kriminaldaten mit denen für die gleiche Quadratfläche erhobenen Strukturdaten, wie z. B. Bebauungsdichte, Bevölkerungsdichte, Arbeitsplatzdichte usw. gewährleistet.

Bislang wurden kriminalgeographische Auswertungen nur auf länderinterner oder örtlicher Ebene betrieben. Erst durch die vom Bundeskriminalamt in das Informationssystem aufgenommene Straftaten-/Straftäterdatei (SSD)⁴ wird die

-
- 1) Vgl. die graphische Darstellung des Diebstahls unter erschwerenden Umständen für die Stadt München bei: Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 486. Ebenso wie in München wird in Hamburg nach dem Planquadratsystem gearbeitet, vgl. Bertling, Die Polizei 1967, S. 194
 - 2) Für Nürnberg vgl. Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff.
 - 3) Vgl. Krüger, ÖVD 1974, S. 216 ff.
 - 4) Hierzu Krüger, Kriminalistik 1978, S. 460 ff.

großräumige, d. h. überregionale bzw. länderübergreifende Auswertung von Kriminaldaten nach einheitlichen Grundsätzen ermöglicht werden. In der Straftaten-/ Straftäterdatei ist die Erhebung von Verwaltungsbezirken vorgesehen, wobei ein 8-stelliger Schlüssel nach Land, Regierungsbezirk, Kreis und Gemeinde unterscheidet. Diese Aufschlüsselung nach Verwaltungsbezirken dürfte für die auf das gesamte Bundesgebiet bezogenen kriminalgeographischen Auswertungen ausreichend sein. Zu überlegen ist allerdings, inwieweit großstädtische Ballungsgebiete in ähnlicher Weise noch differenzierter zu gliedern wären, z. B. nach Stadtbezirken.

3.5.2. Erfassung der Tatorte

Die Darstellung der Häufigkeit und Verteilung der innerhalb eines bestimmten Zeitraumes auf einer abgegrenzten Fläche festgestellten Tatorte ist grundsätzlich auf zweierlei Art und Weise möglich. Einerseits in Form von Listen, d. h. periodisch wiederkehrenden Tabellen und Berichten und andererseits durch die Herstellung von Tatortkarten. Die angewandte Kriminalgeographie bedient sich dabei - in Anlehnung an die Geographie - der letzteren Methode und zwar mit Hilfe der thematischen Kartographie. Diese Darstellungstechnik hat sich seit jeher wegen ihrer Anschaulichkeit als unentbehrliches Hilfsmittel polizeilicher Führungstätigkeit erwiesen. Zur Herstellung von solchen Tatortübersichtskarten bieten sich wiederum zwei Verfahren an: Das herkömmlich-manuelle Verfahren oder die neuerdings mit Computer ermöglichten EDV-Ausdrucke.

3.5.2.1. Deliktsarten nach dem herkömmlichen Verfahren

Im herkömmlichen Verfahren werden auf Steck- oder Magnetkarten des entsprechenden polizeilichen Einsatzraumes die Tatorte mit farbigen Nadeln oder Haftsymbolen markiert und täglich nachgesteckt. Werden auf diese Art und Weise z. B. wöchentliche Deliktskarten als Vergleichskarten gesteckt, läßt sich der Stand und die Entwicklung der Kriminalität über kurze Zeiträume leicht ablesen. Zur Beobachtung der Kriminalitätsentwicklung über längere Perioden müssen die ständig wechselnden Kartenbilder photographisch konserviert oder in einem besonderen Kartenraum aufbewahrt und gegebenenfalls für vergleichende Untersuchungen aneinandergereiht werden.

Schwierig gestaltet sich bei diesem Verfahren die Wiedergabe von Übersichtskarten einzelner, spezieller Delikte, da schon aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht alle speziellen Deliktstatorte auf einer einzigen Karte durch unterschiedliche Symbole festgehalten werden können. Um genaue Analysen der Kriminalitätsentwicklung einzelner Delikte zu erarbeiten, müssen daher für jedes Delikt besondere Karten gesteckt werden. Praktisch ergeben sich daher nur begrenzte Differenzierungsmöglichkeiten. Zudem erfordert die Herstellung und auch die Aufbewahrung solcher Karten - je nach Kartenformat - einen nicht unerheblichen Raumbedarf. Auch ist das auf einer Steckkarte erzeugte Informationsbild nur durch photographische Reproduktion für beliebig viele Interessenten zugänglich zu machen. Insgesamt hat sich daher dieses Verfahren in der Folgezeit als zu schwerfällig und zu aufwendig erwiesen und ist aus diesen Gründen heute für die polizeiliche Praxis nur noch begrenzt verwendbar¹.

1) Zu den Nachteilen vgl. auch Steiner, Die Kriminalstatistik als Führungsmittel, S. 164

Verbesserte Möglichkeiten, mit dem manuellen Verfahren zu kriminalgeographisch erheblichen Aussagen zu kommen, haben sich seit Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der polizeilichen Praxis ergeben. Nunmehr ist es möglich, für beliebig abgrenzbare Erhebungsbezirke die darauf entfallenden Tatorte geordnet nach bestimmten Deliktsschlüsselzahlen zu speichern. Entsprechend der der Datenverarbeitungsanlage eingegebenen Schlüsselzahlen können sodann für jede einzelne Bezugsfläche, wie z. B. Revier, Stadtteil, Planquadrat usw., und jeden beliebigen Zeitraum, d. h. Tag, Woche, Monat oder Jahr, die festgestellten Tatorte in ihrer zahlenmäßigen Häufigkeit abzurufen und ausgedruckt werden¹.

Die zeichnerische Umsetzung der so erhaltenen, tabellarisch aufgelisteten Werte erfolgt nach dem herkömmlichen Verfahren manuell, sei es durch unterschiedlich abgestufte Schwarz-Weiß-Schraffur oder sei es mittels farblicher Abstufungen. Um vergleichsfähige Aussagen darüber zu erhalten, wie stark die einzelnen Gebiete mit Straftaten belastet sind, ist es nötig, flächenbezogene Dichtewerte zu bestimmen. Dabei ist die Verwendung von Häufigkeitsziffern für die angewandte Kriminalgeographie ungeeignet. Der präventive und repressive Polizeieinsatz sowie die Organisation der Polizei richten sich vor allem nach der Höhe der Tatortbelastung der einzelnen Gebiete. Daher ist es für die polizeiliche Einsatz- und Führungsplanung nicht so wesentlich zu wissen, wieviele von den Einwohnern einer Fläche kriminell sind, sondern wo genau die Kriminellen im Einsatzraum ihre Taten begehen bzw. wie groß die Belastung einer bestimmten Fläche mit Tatorten ist.

Für die angewandte Kriminalgeographie eignet sich als Meßwert nur die Flächenbelastungszahl, d. h. die jähr-

1) Hierzu vgl. auch Becker, Kriminalistik 1973, S. 9 ff.

lich Zahl der Tatorte, bezogen auf die Grundfläche des Raumes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Polizei im Rahmen kriminalgeographischer Betrachtungen an der Dichtezahl der raumbezogenen und insoweit im Polizeieinsatz verhütbaren Delikte interessiert ist. Die Kriminalitätsdichte pro Flächeneinheit ist dementsprechend kein absoluter Wert, sondern gibt nur den relativen, von raumbezogenen Delikten ausgehenden Dichtewert an. Die Formel lautet nach Herold¹:

$$\text{Relative Kriminalitätsdichte} = \frac{\text{Jährliche Tatortzahl der raumbezogenen Delikte}}{\text{Grundfläche des Raumes in qkm}}$$

Entsprechend dieser Formel können selbstverständlich die Flächendichtezahlen spezieller Delikte oder von Deliktgruppen ebenso berechnet werden, wie die Werte für kürzere oder längere Zeiträume, je nach der angestrebten Aussage. Da nicht jeder einzelne Dichtewert bei der zeichnerischen Darstellung erfaßt werden kann, ist eine Zusammenfassung in Dichtegruppen erforderlich, z. B. 0 - 500, 500 - 1000, 1000 - 1500 usw. Delikten pro Jahr und Quadratkilometer.

Das Bild auf der folgenden Seite² zeigt eine derart hergestellte Übersichtskarte der relativen Kriminalitätsdichte für die Stadt Nürnberg im Jahre 1967/68 mit einer Auflistung nach Zählbezirken. Die von den Polizeirevieren Nr. 1, 2 und 3 ausgehenden Pfeile geben die Richtung des polizeilichen Einsatzes an und machen deutlich, daß der Standort dieser Reviere in Bezug auf die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung arbeitsungünstig außerhalb der Kriminalitätsballungsräume liegt.

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S. 219
 2) Entnommen aus Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff., Bild 8

Kriminalitätsübersichtskarte der Stadt Nürnberg



Das so verbesserte manuelle Verfahren weist aber insgesamt immer noch Mängel hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeiten in der Polizeipraxis auf. Die Umrechnung der für jeden Zählbezirk ausgedruckten Zahlen in Kriminalitätsdichtewerte, die weitere Unterteilung in Dichtegruppen und vor allem die kartographische Umsetzung in Schraffuren oder farbliche Abstufungen machen das herkömmliche Verfahren zeitaufwendig. Aussagen zur Steuerung des polizeilichen Einsatzes sind deshalb oft nur mit Zeitverzögerungen zu erhalten und hinken dem aktuellen Kriminalitätsgeschehen häufig hinterher.

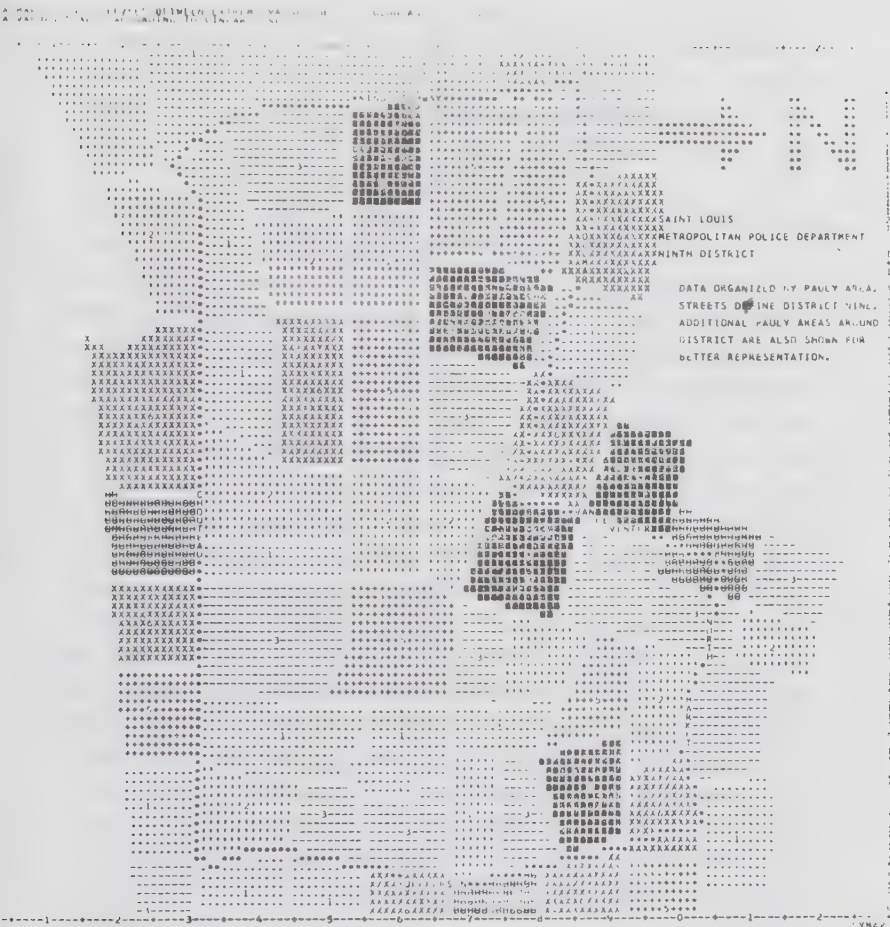
3.5.2.2. Computerkarten

Heute werden in immer mehr Polizeipräsidien der Bundesrepublik Deutschland EDV-Anlagen bei der Berechnung und Bearbeitung kriminalgeographischer Daten benützt, die es ermöglichen, nicht nur die Dichtewerte elektronisch aufzulisten, sondern die auch die Kriminalitätsübersichtskarten unmittelbar ausdrucken können. Zwei verschiedene Systeme bieten sich dafür an: Das SYMAP- (Abkürzung für system mapping) und das EMAP- (Abkürzung für electronic mapping) Verfahren.

Beim SYMAP-Verfahren werden die Übersichtskarten direkt vom Computer gedruckt, so daß jegliche manuelle Umsetzung der Berechnungsergebnisse entfällt. Für vorher beliebig festgelegte Erhebungsbezirke wird von der Anlage die relative Kriminalitätsdichte errechnet und vom Schnelldrucker unmittelbar auf die Maßstabskarte mit für die jeweiligen Dichtewertgruppen entsprechenden Symbolen ausgedruckt. Ein solches SYMAP eines Polizeibezirks der amerikanischen Stadt St. Louis zeigt das Bild auf der folgenden Seite¹.

1) Entnommen aus Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff., Bild 5. Zum SYMAP-Verfahren vgl. vor allem Krüger, ÖVD 1974, S. 216 ff.

Kartenausdruck in SYMAP-Verfahren



DIST 9 *** LARCENY FROM AUTO
0001 OF 03/08/67 TO 2400 OF 03/26/67
ES WITHIN DISTRICT 79 TOTAL CRIMES FOR THIS MAP 149

LUT: VALUE RANGE APPLYING TO EACH LEVEL
(MAXIMUM INCLUDED IN HIGHEST LEVEL ONLY)

MINIMUM	0.00	0.70	1.40	2.10	2.80	3.50	4.20	4.90	5.60	6.30	7.00
MAXIMUM	0.70	1.40	2.10	2.80	3.50	4.20	4.90	5.60	6.30	7.00	7.70

PERCENTAGE OF TOTAL ABSOLUTE VALUE RANGE APPLYING TO EACH LEVEL
(MAXIMUM INCLUDED IN HIGHEST LEVEL ONLY)

MINIMUM	0.00	10.00	20.00	30.00	40.00	50.00	60.00	70.00	80.00	90.00	100.00
MAXIMUM	10.00	20.00	30.00	40.00	50.00	60.00	70.00	80.00	90.00	100.00	110.00

DENSITY DISTRIBUTION OF DATA POINT VALUES IN EACH LEVEL

LEVEL	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
SYMBOLS	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
FREQUENCY	13	12	13	4	9					1

Figure 6 Larceny from Auto Crime Map (Flashed) for the Ninth District, March 8-26, 1967

Nachteilig an diesem System ist das aufwendige Maschinenprogramm und der enorme Speicherbedarf. Aus diesen Gründen ist in Nürnberg das EMAP-Verfahren zur Herstellung von EDV-Kartenausdrucken gewählt worden und wird dort seit Jahren erfolgreich verwendet.

Beim EMAP-Verfahren wird die Landkarte bzw. der Stadtplan mit einem Gitternetz überzogen und in entsprechende Vierecke aufgeteilt. Jede Fläche entspricht dann einer Druckstelle des Schnelldruckers. Die Erfassung der in jedem Rechteck vorgekommenen Fälle ist einfach; ihr örtliches Vorkommen wird nach einem Hochwert und einem Rechtswert des Gitternetzsystemes verschlüsselt, wie dies aus dem Bild der Seite 124 ersichtlich wird¹. Da jede Druckstelle einem Viereck des Gitternetzes entspricht, läßt sich leicht die gespeicherte Zahl der Tatorte in jedem korrespondierenden Flächenstück ablesen. Soweit die Addition mehr als 9 Tatorte ergibt, wird - auf der Karte als Stern sichtbar - ein besonderes Symbol ausgedruckt. Ein solcher "EMAP" wird entweder unmittelbar auf eine maßstabsgerechte Stadtkarte mit fetten Druckstellen aufgedruckt oder zunächst auf ein weißes Leerblatt, welches anschließend mit einer Schablone der Stadt- oder Stadtbezirksgrenzen abgedeckt wird. Nachfolgendes Bild zeigt ein "EMAP" der Stadt Nürnberg bei Zugrundelegung aller Tatorte an öffentlich zugängigen Orten für die Zeit vom 1. Juni 1968 - 31. Mai 1969².

-
- 1) Entnommen aus Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff., Bild 6. Zur Beschreibung des EMAP-Systems vgl. Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 216 und Kern/ Paul, Die Polizei 1969, S. 152 ff.
 - 2) Entnommen aus Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 218

ERFASSUNGSSYSTEM FÜR DAS E MAP - VERFAHREN

PLANVIERECK 125 x 210 m

BILD 6



Noch deutlicher erkennbar wird das kriminalgeographische Bild der Stadt Nürnberg, wenn wie bei der nachstehenden Abbildung¹ unmittelbar die Dichtewerte auf die Stadtkarte gedruckt werden.

Kriminalitätsdichte in Nürnberg (raumbezogene Delikte)



1) Entnommen aus Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 163

3.5.5. Erfassung der Täterwohnsitze

Die Feststellung der Häufigkeit und Verteilung der Täterwohnsitze innerhalb eines bestimmten Gebietes erfolgt prinzipiell nach der gleichen Methodik wie die Erfassung und Darstellung der Tatortverteilung. Insoweit kann auf die zuvor beschriebenen Methoden verwiesen werden.

Dementsprechend werden die Wohnungen der Täter auch hier entweder auf Steck- oder Magnetkarten markiert¹ bzw. durch EDV-Ausdruck² erkennbar gemacht, wobei diesbezüglich der Schnelldrucker anstelle der Tatorte die Täterwohnsitze der entsprechenden Bezugsflächen ausdruckt. Bei der Feststellung der Täterwohnsitzverteilung und Berechnung der Dichtewerte sind allerdings nicht ausschließlich die Täter von raumbezogenen Delikten, sondern ebenso diejenigen der restlichen Straftaten der gesamten Deliktsmasse zu berücksichtigen. Unabhängig von der Art des Delikts interessiert bei der Täterwohnsitzverteilung nämlich allgemein der Ort der Wohnsitznahme, insbesondere dessen typische äußere Beschaffenheit, um seine Anziehungskraft als Wohnort von Kriminellen zu ergründen. Daher handelt es sich bei der Feststellung der entsprechenden Dichtewerte um absolute Zahlen. Die Berechnungsformel lautet nach Herold³:

Jährliche (bzw. monatl., wöchentl.)
Zahl der Straftäter mit Wohnsitz-
nahme im Raum

$$\text{Täterwohnsitzdichte} = \frac{\text{Jährliche (bzw. monatl., wöchentl.) Zahl der Straftäter mit Wohnsitznahme im Raum}}{\text{Grundfläche des Raumes in qkm}}$$

-
- 1) Hierzu u. a. Stattaus, Kriminalistik 1969, S. 38
 - 2) Vgl. die Abb. einer Täterwohnsitzkarte bei Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S.167 f.
 - 3) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S.221

Die Verwendung von auf EDV-Basis gespeicherten Datenmaterials gestattet bei der Erstellung von Täterwohnsitzkarten selbstverständlich vielfältige Differenzierungsmöglichkeiten. So können nicht nur die Wohnsitze von Kriminellen hinsichtlich der verschiedensten Deliktsarten, sondern auch beispielsweise die Wohnsitze aller Täter, die in einem ganz bestimmten Gebiet tätig geworden sind, vom Computer ausgedruckt werden. Daraus können sich dann interessante Rückschlüsse auf den Anfahrts- und Fluchtweg der in dieses Gebiet einströmenden Straftäter ergeben.

3.5.4. Erfassung der Täterdichte und Darstellung der Tätermobilität

Um zu erkennen, ob und in welchem Ausmaß innerhalb eines Gebietes ein Täterzu- bzw. Täterausstrom stattfindet, ist die Berechnung der Täterdichte dieses Gebietes eine notwendige Voraussetzung. Die Fragen der Dichtewertermittlung und der kartographischen Darstellung werden dabei genauso gelöst wie bei der Untersuchung zur Täterwohnsitzstruktur. Die Formel für die Feststellung der Täterdichte lautet nach Herold¹:

Jährliche (bzw. monatl., wöchentl.)
Zahl der im Raum tätig gewordenen
Straftäter

Täterdichte = $\frac{\text{Zahl der im Raum tätig gewordenen Straftäter}}{\text{Grundfläche des Raumes in qkm}}$

Ergibt die Gegenüberstellung der Täterwohnsitzdichte mit der Täterdichte eines Raumes, daß die Täterdichte-

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S.222

werte überwiegen, findet ein Zustrom von Kriminellen in dieses Gebiet statt, d. h. das Gebiet übt eine Verlockungskraft auf von außerhalb kommende Straftäter aus. Umgekehrt ist anzunehmen, daß ein vermehrter Täterausstrom in andere Gebiete stattfindet, wenn die Täterdichte eines Raumes kleiner ist, als dessen Täterwohnsitzdichte. Allerdings lassen die auf diese Weise gewonnenen Zu- und Ausstromwerte nur sehr generalisierende Aussagen über die kriminelle Attraktivität eines Gebietes zu, z. B. wenn in periodisch wiederkehrenden Zeitabständen die Meßwerte miteinander verglichen werden und denen anderen Gebiete gegenübergestellt werden.

Um für die Polizei die Kriminalitätsverflechtungen eines Raumes, wie z. B. dem Kerngebiet einer Stadt, mit dem umliegenden Verdichtungsgebiet deutlich sichtbar zu machen, bedient man sich des Erfassungssystems der Wohnsitzzonen-Rosette. Dabei werden um ein Stadtgebiet auf einer Karte mit größerem Maßstab im Abstand von je 10 km bis zu einer Entfernung von 100 km konzentrische Kreise gezogen, die - vom Kern ausgehend - in 24 Sektoren aufgeteilt sind. Soweit der Wohnsitz eines auswärtigen, aber im Kerngebiet strafbar gewordenen Täters innerhalb der Kreise und Sektoren liegt, läßt sich dieser nach einem Hoch- und Rechtswert verschlüsseln und der Datenverarbeitungsanlage eingeben. Eine solche Wohnsitzzonen-Rosette zeigt das Bild auf der folgenden Seite¹. Entsprechend werden bei der Erfassung und Darstellung des Täterausstromes alle Tatorte einheimischer Täter außerhalb des Wohn-

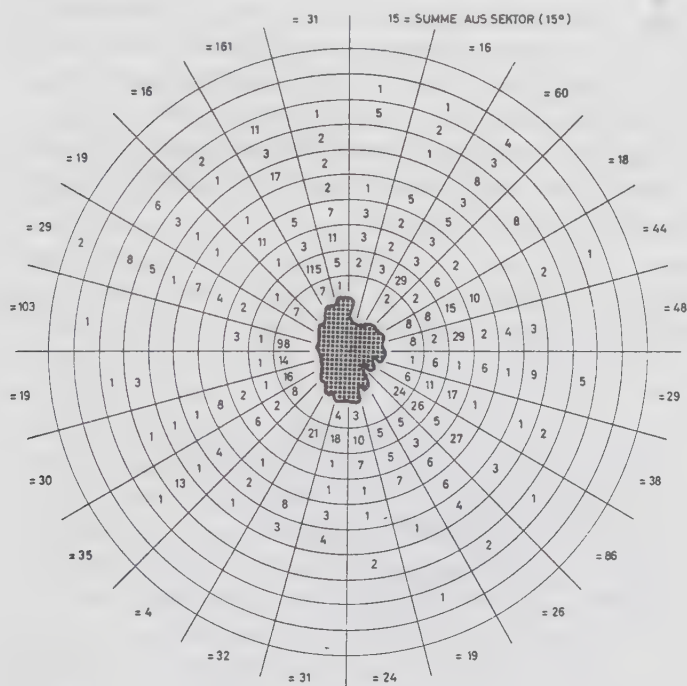
1) Entnommen aus Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff., Bild 12



WOHNSITZZONEN - ROSETTE (100 km)

Ihr kann entnommen werden, wieviele in Nürnberg im Zeitraum vom 1. Mai 1970 - 31. Dezember 1972 tätig gewordene Straftäter aus dem Umkreis bis zu 100 km kamen und wo sie ihren Wohnsitz hatten.

Die entsprechende Struktur des Täterausstroms im gleichen Zeitraum verdeutlicht dagegen diese folgende Abbildung¹.

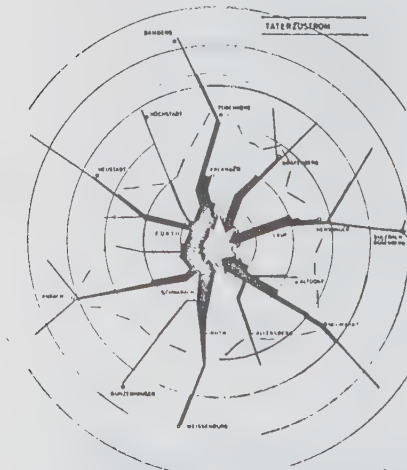


UMKREIS BIS	10 km	20 km	30 km	40 km	50 km	60 km	70 km	80 km	90 km	100 km
SUMME AUS UMKREIS	207	274	125	107	52	55	54	48	9	2

1) Entnommen aus Heildörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 160

Ihr kann entnommen werden, wieviele Täter mit Wohnsitz in Nürnberg im Umkreis bis zu 100 km außerhalb der Stadt kriminell tätig geworden sind und wo die Tatorte lagen.

Richtung und Stärke der Täterstrombewegungen werden mit Hilfe solcher Strukturbilder recht deutlich. Wie beispielsweise die Täterereinstromwege in die Stadt Nürnberg hineinverlaufen, läßt sich gut erkennen, wenn man die entsprechenden Zahlenwerte durch gekrümmte und verstärkte Pfeile symbolisiert wie auf der folgenden Abbildung¹. Gleichzeitig läßt sich das Ausmaß des kriminellen Umfeldes eines Raumes, hier z. B. die Ausstrahlungswirkung der Stadt Nürnberg, erkennen und kann der polizeilichen Einsatz- und Führungsplanung nutzbar gemacht werden.



1) Entnommen aus Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 228

3.3.5. Erfassung der Tatzeit

Da die kriminelle Bedeutung eines Raumes mit den Jahres-, Wochen- und Tageszeiten ständig wechselt, beschäftigt sich die angewandte Kriminalgeographie nicht nur mit der örtlichen Verteilung der raumbezogenen Delikte, sondern auch mit den Verübungszeiten dieser Straftaten.

Die rein statistische Auszählung der Delikte zu einem bestimmten Verübungszeitpunkt und Aufbereitung dieser Zahlen in tabellarischer Form ist unproblematisch. Schwieriger ist hingegen die exakte Feststellung der Begehungszeiten der Straftaten. Bei der Mehrzahl der Fälle fallen nämlich Tatzeit und Tatdauerzeit stark auseinander und eine nachträgliche Fixierung der genauen Tageszeit ist oftmals nicht mehr möglich. Teilweise hilft man sich mit der Festlegung von Tageszeiträumen von drei oder mehr Stunden und verzichtet auf eine 24-stündige Zeiteinteilung.

Auch die kartographische Darstellung bereitet Schwierigkeiten. Den zeitlichen Wechsel der Kriminalitätsdichtewerte eines Gebietes kann die Kartographie nur durch mehrere, zum Vergleich aneinandergereihte Dichtekarten der jeweiligen Tagesstunden oder Tageszeiträume ausdrücken. Dabei kann sie sich wiederum manuell gefertigter Steckkarten oder auch der EDV-Ausdrucke¹ bedienen. Ein Ausweg aus diesem aufwendigen Verfahren bietet sich, indem die veränderlichen Zeitgrößen losgelöst von der Grundfläche des Raumes in graphischen Formen dargestellt werden.

1) Vgl. die EDV-Ausdrucke der Stadt Nürnberg von 1972 hinsichtlich der Verübungszeiträume von raumbezogenen Delikten (5 Tageszeiträume), abgedruckt in: Heildörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 164 ff.

Im folgenden werden verschiedene Möglichkeiten für die Darstellung der zeitlichen Kriminalitätsverteilung (Kriminalitätschronologie) wiedergegeben: Abbildung 1¹ zeigt die tageszeitliche Verteilung der Straßenkriminalität Münchens im Jahre 1973. Die nächste Abbildung² auf der folgenden Seite gibt die Verübungszeitpunkte aller Kraftfahrzeugdiebstähle des Jahres 1973 in Saarbrücken wieder. Das letzte Bild³ verdeutlicht in Form einer Tatzeituhr den zeitlichen Anfall der raumbezogenen Delikte im Stadtgebiet Nürnbergs innerhalb eines Tages des Jahres 1967.

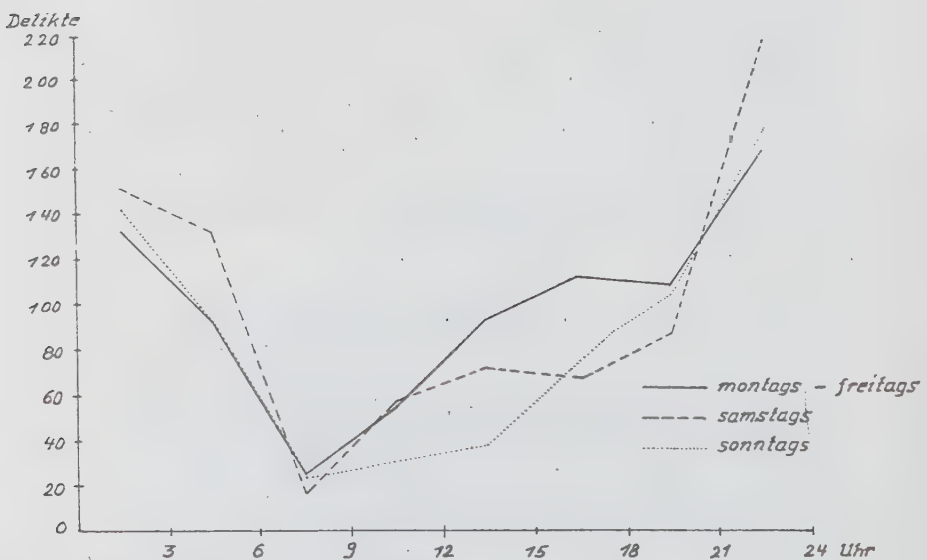
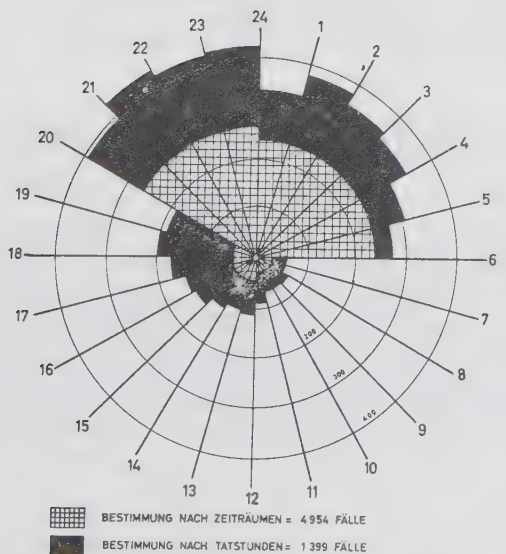
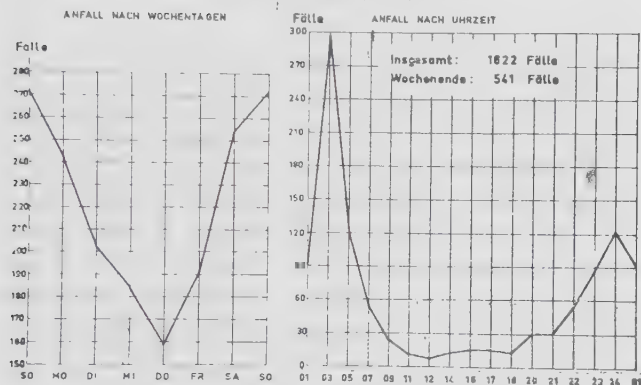


Abb. 3. Graphische Darstellung zur Kriminalitätschronologie

- 1) Entnommen aus Rupperecht, Kriminalistik 1974, S. 487
- 2) Entnommen aus Becker, Die Kriminalstatistik als Führungsmittel, S. 120
- 3) Entnommen aus Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 230

DIEBSTAHL VON KRAFTFAHRZEUGEN SCHLÜSSELZAHLEN ***1



3.6. Anwendungsmöglichkeiten der Kriminalgeographie in der polizeilichen Praxis

Ausgehend von der Forderung, die Tätigkeit der Polizei bei der Bekämpfung der Kriminalität zu einem echten Spiegelbild des Kriminalitätsgeschehens werden zu lassen, sollen der Polizei mit Hilfe kriminalgeographischer Erkenntnisse - vor allem im Hinblick auf die Organisation und den Streifeneinsatz - neue Entscheidungshilfen an die Hand gegeben werden. Es soll ermöglicht werden, die von der Polizei teilweise bislang intuitiv für richtig gehaltenen Arbeitsmethoden in rationale Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen umzugestalten, um auf diese Weise die Wirksamkeit polizeilicher Arbeit zu steigern. Inwieweit und in welchen Bereichen der polizeilichen Einsatz- und Führungsplanung die Kriminalgeographie diesem Ziel dienlich sein kann, und welche Konsequenzen sich für die Polizei aufgrund kriminalgeographischer Untersuchungsergebnisse bei der Kriminalitätsbekämpfung ergeben, soll im folgenden dargestellt werden.

3.6.1. Der Bereich der Polizeiorganisation

Das Wort "Organisation" bedeutet zweckbedingten Zusammenschluß und planvolle Gestaltung des Zusammenwirkens. Auf die Polizei angewendet heißt dies, daß die Polizeikräfte in der zweckmäßigsten und sinnvollsten Art und Weise eingesetzt werden müssen, um alle anfallenden polizeilichen Aufgaben so effektiv wie möglich bewältigen zu können. Im Interesse einer optimalen Aufgabenbewältigung hat sich dabei wie jede

Organisation auch die Polizeiorganisation veränderten Strukturen in ihren Tätigkeitsbereichen anzupassen. Polizeiorganisation stellt sich insoweit als nichts Statisches, sondern etwas Dynamisches dar, das sich in einer stetigen Veränderung, Bewegung und Entwicklung befindet. Das bedeutet, daß die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte, den gegebenen und zukünftig zu erwartenden Verhältnissen entsprechend zu organisieren sind, damit sie am richtigen Ort, zur richtigen Zeit, mit den richtigen Mitteln und dem größtmöglichen Nutzen eingesetzt werden können.

Ein maßgeblicher Faktor, der u. a. bei der Frage der richtigen Organisation der Polizei zu berücksichtigen ist, ist die Kriminalstruktur eines Gebietes. Zur Bewältigung des Problems, wie eine auf die jeweilige Kriminalstruktur eines Gebietes ausgerichtete Polizeiorganisation auszusehen hat, bietet sich die Kriminalgeographie insbesondere für die Ermittlung der Größe der jeweiligen Zuständigkeitsbereich und die Standortwahl der einzelnen Polizeireviere an.

3.6.1.1. Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche von Polizeiführungsdienststellen

Die räumliche Einteilung der örtlichen Zuständigkeitsbereiche der Polizei stammt aus einer Zeit, in der sich größere Veränderungen in der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Verkehrsstruktur noch nicht abzeichneten und man zu Recht davon ausgehen konnte, polizeilich relevante Umstrukturierungen mit der bestehenden Gliederung aufzufangen zu können.

Bei der Festlegung der Zuständigkeitsbereiche orientierte sich die damalige Polizeiorganisation üblicherweise an der Gliederung der inneren Verwaltung, wie diese im vorigen Jahrhundert in ihren Grundzügen getroffen wurde, d. h. an Stadt- und Landeskreisgrenzen oder den Grenzen der Landgerichtsbezirke. In aller Regel decken sich bis heute Verwaltungs- und polizeiliche Zuständigkeitsgrenzen, aufgelockert nur durch die gesetzlich geregelten Fälle der Nacheile und Amtshilfe¹. Insgesamt zeigt sich, daß die Einteilung der Zuständigkeitsbereiche, sei es für kommunale oder staatliche Polizeien, weniger an der Verteilung der Kriminalitätsdichte orientiert ist, als von politischen, geographischen und verwaltungsgrenzlichen Zufälligkeiten abhängt².

Im Zuge der in den letzten Jahren in allen Bereichen des öffentlichen Lebens erfolgten evolutionären Entwicklung offenbaren sich immer größer werdende Mängel in der polizeilichen Organisation, die es erforderlich machen, daß sich die Polizei den veränderten Verhältnissen anpaßt. Ebenso wie sich soziale und wirtschaftliche Strukturen in den letzten Jahrzehnten stark geändert haben, haben auch in der Kriminalstruktur Umwälzungen stattgefunden. Mit dem Aufbau von Trabantenstädten, dem Entstehen von Ferien- und Erholungszentren, dem Übergang vormals rein bäuerlicher Bevölkerung zu einer teilweisen Industriebevölkerung durch Industrialisierung ganzer Landstriche usw., haben sich überall neue Kriminalitätsgebiete herausgebildet. Auch die Veränderung in der Beweglichkeit der Täter durch Motorisierung sowie das Anwachsen der Bevölkerungsdichte in Städten und Dörfern und die damit einhergehende siedlungsmäßige Ausdehnung haben zwangsläufig Vergröße-

1) Zur Anpassung der Polizeiorganisation an veränderte Strukturen vgl. Dittrich, Die Polizei 1967, S. 265 ff.
2) Ender, Kriminalistik 1974, S. 547

rungen und Verschiebungen von Kriminalitätsräumen mit sich gebracht¹.

Solchen Strukturveränderungen konnte sich eine an die Verwaltungsgrenzen orientierte Polizeiorganisation selbstverständlich nicht mit der nötigen Flexibilität anpassen. Statt durch öfter vorzunehmende Neugliederung der Zuständigkeitsbereiche den Bewegungen des Kriminalitätsgeschehens zu folgen und spiegelbildlich Rechnung zu tragen, blieb es bei den festgefügteten Strukturen. So wurden kriminalgeographisch zusammengehörige Räume durch die Zuständigkeitsgrenzen verschiedener Polizeibehörden zerschnitten; für einzelne Ballungsgebiete waren oftmals gleich mehrere Polizeidienststellen zuständig.

Es verwundert daher nicht, wenn der Ruf nach einer Neugliederung der Polizeiorganisation in den letzten Jahren immer stärker geworden ist². Bei der Suche nach Möglichkeiten, mit Hilfe exakter, wissenschaftlicher Methoden die jeweils zweckmäßigste Abgrenzung polizeilicher Zuständigkeitsbereiche im Hinblick auf das gegebene oder zukünftige Kriminalitätsbild einer Region zu finden, kann die Kriminalgeographie wichtige Erkenntnisse beitragen.

Maßgebende Grundlage für die wissenschaftliche Berechnung eines polizeilichen Zuständigkeitsraumes ist auf dem Sektor der Kriminalität die Messung der Tätermobilität, d. h. die Fixierung der Grenzlinie, bei der sich Täterausstrom und TäterEinstrom gegenseitig aufheben und somit die Kriminalitätsbindung eines Raumes zu sei-

1) Ausführlich zu dieser Entwicklung Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 350 ff.

2) Vgl. Weinberger, Grundlagenforschung und Kriminalpolizei, S. 79 ff.; Schreiber, Die Polizei 1971, S. 200; Brennecke, Der Kriminalist 1972, S. 1 ff.; Stümper, Die Neue Polizei 1969, S. 85 ff.

nen Umland im wesentlichen abreißt. Dort, wo sich die Ein- und Ausstromwerte neutralisieren, ist die Grenze zwischen zwei polizeilichen Zuständigkeitsbereichen zu ziehen¹. Nur so wird es möglich, die Ausstrahlungs- und Einzugsgebiete von Kriminalitätsballungsräumen unter die Kontrolle einer einheitlichen Polizeiführung zu bringen.

Am Beispiel der Stadt Nürnberg wurde festgestellt, daß sich Tätererein- und Täteraustrom um das Stadtgebiet verdichten und mit zunehmender Entfernung abnehmen. Für den Täterzustrom konnte errechnet werden, daß dieser bei ca. 30 km Entfernung vom Kernbereich der Stadt deutlich abfällt. Innerhalb dieser 30 km Zone einschließlich des Stadtgebietes waren dabei immerhin 77,1% aller Straftäter beheimatet. Ähnliche Tendenzen, wenn auch in der Intensität wesentlich schwächer, zeigten sich bei der Beobachtung des Täteraustroms. Von den außerhalb des Stadtgebietes "arbeitenden" Tätern blieben 64,9% im 30 km Raum. Es zeigte sich, daß die Grenzlinie, bei der die Massierung des Täterzustroms als auch des Täteraustroms deutlich abfiel, bei ca. 30 km lag, wobei über 3/4 aller Straftäter in diesem Raum ihren Wohnsitz hatten². Zu ganz ähnlichen Werten kam schon viel früher Herold³, dessen kriminalgeographischen Untersuchungen über die Stadt Nürnberg sich allerdings diesbezüglich nur auf den TäterEinstrom bezogen. Auch stimmt dieses Ergebnis mit der schon 1968 vom Polizeipräsidenten Münchens, Schreiber, geäußerten Feststellung überein, daß die Großstadtkriminalität neben dem Tätigwerden von "Einheimischen" auch von "kriminellen Pendlern" bewirkt werde, die höchstens 30-40 km außerhalb der Stadtgrenzen lebten⁴.

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd.4, S. 208

2) Zu dieser Untersuchung siehe Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 133 f.

3) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 232 f.

4) Schreiber, Die Polizei 1968, S. 169 f.

Eine im ganzen geringere Tätermobilität zeigte sich bei der Bochumer Untersuchung¹. Dort waren die meisten auswärtigen Tatverdächtigen im Umkreis von 20 km außerhalb der Stadtgrenze Bochums zu Hause. Ebenso beschränkte sich der Ausstrom von Tatverdächtigen überwiegend auf den Nahbereich. Allerdings betont Schwind mit Recht, daß die Situation Bochums mit der geographischen Lage anderer Städte nicht vergleichbar sei: denn Bochum habe kein ländliches Umland, sondern sei Teil der riesigen Industrie- und Bevölkerungsagglomeration des Ruhrgebietes². Während Herold³ und Heildörfer⁴ für Nürnberg ca. 36% Tatverdächtige mit Wohnsitz außerhalb des Stadtgebietes feststellen konnten, lag diese Zahl mit 21,4% in Bochum wesentlich niedriger. Es zeigt sich somit, daß ebenso wie bei der theoretischen Kriminalgeographie die Analysen der angewandten Kriminalgeographie nicht unabhängig von Ort und Zeit Gültigkeit haben, sondern für jedes Gebiet gesondert erstellt werden müssen. So hat sich beispielsweise auch das von Herold in Nürnberg beobachtete ringförmige Abnehmen der Kriminalität von der City in die Außenbereiche (Zonentheorie) für Bochum nicht bestätigt. Insoweit bietet Bochum mehrere Schwerpunkte und zwar dort, wo sich die Zentren ehemals selbstständiger, heute in Bochum eingemeindeter Kommunen befinden. Für dieses Phänomen verwendet Schwind die Bezeichnung "Mehrkerntheorie"⁵.

Die kriminalgeographischen Untersuchungen in Nürnberg ergaben weiterhin, daß die 30 km Linie, bei der die kriminellen Verbindungen zum Umland im wesentlichen abreißen, näherungsweise identisch ist mit der Grenzlinie, die von der Raumsoziologie für das Verdichtungsgebiet

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 171 ff.

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 186

3) Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 224

4) Heildörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 153

5) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 76 u. S. 171 ff.

Nürnberg-Fürth-Erlangen als äußere Umgrenzung ermittelt wurde¹. Ausgehend von dieser zumindest für Nürnberg bestätigten Erkenntnis, sind von Herold² und anderen namhaften Kriminalisten³ in den letzten Jahren immer wieder Forderungen nach Schaffung von Regionalpolizeien erhoben worden, damit eine Stadt und deren kriminelles Ausstrahlungsgebiet von einer einzigen Polizeiführungsstelle einheitlich betreut werden kann. Danach müßten die polizeilichen Zuständigkeitsbereiche in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland in etwa dem Bild auf der folgenden Seite entsprechen⁴.

Es werden zweierlei Dinge deutlich:

- Die polizeilichen Zuständigkeitsbereiche, soweit sie an den Stadtgrenzen orientiert sind, sind zu eng. Der Einsatzraum jeder dieser Großstadtpolizeien müßte mindestens den Bereich umfassen, in dem sich der sogenannte örtliche Täter normalerweise bewegt. Das heißt, daß das Täterwohnsitzgebiet und das Tatortgebiet in einem Zuständigkeitsbereich eingeschlossen sein müßten. Dem entspräche auch die weitere Erkenntnis der angewandten Kriminalgeographie, daß nämlich über 3/4 aller Straftäter örtlich oder regional tätig werden und der "reisende" bzw. "überregional arbeitende" Tätertyp nach wie vor die Ausnahme bildet. Diesen Straftätern müßte die Polizei auch mit einer regionalen Organisationsstruktur folgen, während es beim überregionalen Tätertyp ausreicht, ihn weiterhin mit Mitteln des kriminalpolizeilichen Meldedienstes zu verfolgen.

1) Vgl. Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 154 und S. 162
2) Herold, Die Polizei 1969, S. 86
3) Z. B. Dittrich, Die Polizei 1967, S. 267; Schreiber, Die Polizei 1967, S. 266 u. ebenda 1968, S. 169 sowie 1971, S. 200; Brennecke, Der Kriminalist 1972, S.1 ff.
4) Entnommen aus: Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff., Bild 14

BILD 14



- Ferner ergibt sich, daß bei einer zweck- und sachgerechten Anpassung der polizeilichen Zuständigkeitsbereiche an die Kriminalstruktur, vor Gemeinde- oder auch Ländergrenzen nicht Halt gemacht werden darf. Besonders deutlich wird dies beispielsweise an dem bayrischen Aschaffenburg, welches kriminalgeographisch gesehen eindeutig zur Region Frankfurt gehört, wie überhaupt Frankfurt - Aschaffenburg - Darmstadt - Mainz - Wiesbaden eine einheitlich strukturierte Rhein-Main-Region bilden, obwohl staatsrechtlich gesehen dieser Raum in drei Bundesländer aufgeteilt ist.

Diese durch die Kriminalgeographie gewonnenen Erkenntnisse blieben in der Polizeipraxis nicht ohne Folgerungen. Verstärkt sind in den letzten Jahren Bemühungen erkennbar, die darauf abzielen, die Polizeiorganisation nach kriminalgeographischen und damit polizeilich relevanten Gesichtspunkten neu zu gliedern. Insbesondere für die Stadtpolizeien wurden durch Neuregelungen erweiterte Zuständigkeitsbereiche infolge der Zusammenlegung der bis dato getrennt zuständigen Polizeidienststellen von Stadt- und Landkreisen geschaffen. So wurden in Baden-Württemberg teilweise "Kleine Regionalpolizeien" gebildet, die Stadt und Umland einheitlich durch eine Polizeiführungsstelle betreuen¹. Auch Hessen zeigte sich durch neue gesetzliche Regelungen als Wegbereiter². Gemäß § 69 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) kann in Hessen der Minister des Innern Dienststellen der Vollzugspolizei in eine andere Dienststelle der Vollzugspolizei eingliedern, wenn dies aus polizeilichen Gründen geboten ist. Ferner können gemäß § 69 Abs. 2 HSOG Dienststellen der Vollzugspolizei unter Berücksichtigung kriminalgeographischer Grundsätze für besondere Aufgaben zu einem Polizeibereich zusammengefaßt und einem Polizeiverwalter unterstellt werden.

1) Daß sich derartige Neuorganisationen bewährt haben, zeigt das Beispiel der Regionalpolizei in Freiburg i. Br., vgl. hierzu Lang, Die Polizei 1970, S. 172 ff.
2) Hierzu Rander, Kriminalistik 1974, S. 547 ff.

In dieser gesetzlichen Regelung finden sich erste Ansätze für eine flexible Anpassung der Organisationsstruktur der Polizei an die kriminalgeographischen Erfordernisse, wie sie Herold vorschwebt. Herold¹ meint, daß Organisationsformen nur dort auf Dauer angelegt werden könnten, wo sich auch die Tätermobilität und die Kriminalitätsdichte konstant zeige, ansonsten aber die Zuständigkeitsabgrenzung in einer Art Selbstregelmechanismus sich ständig des Gegebenheiten anpassen müsse. Ergäben sich daher veränderte Kriminalitätsdichtebilder oder Verschiebung der Kriminalitätsballungsräume, sollten sich dementsprechend auch jeweils die Zuständigkeitsbereiche ändern.

Hinsichtlich der Zuständigkeitsabgrenzung von Polizeiführungsdienststellen ist aber bei aller Notwendigkeit, die Polizeiorganisation ständig einer veränderten Kriminalitätsentwicklung anzugleichen, nicht zu verkennen, daß es auch praktische Grenzen einer räumlichen Gliederung der Polizei allein nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten gibt. Die enge Verknüpfung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei bringt es mit sich, daß sich auch deren Dienstbereich weitgehend decken sollten, damit die Beamten sinnvoll von einer einheitlichen Führung eingesetzt werden können. Dabei muß der Zuständigkeitsbereich der Schutzpolizei, deren Hauptaufgabe heute auf dem Verkehrssektor liegt, mit ähnlichen Methoden festgelegt werden² und bei der Zusammenlegung unter eine einheitliche Führung berücksichtigt werden. Ferner muß die Größe eines Zuständigkeitsbereiches einer Polizeiführungsstelle überschaubar bleiben, um einen rationellen Einsatz, eine hinreichende Ortskenntnis und genügende Bevölkerungsnähe der Polizeibeamten zu gewährleisten. Auch können letzt-

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 238 f.; derselbe in: Die Polizei 1970, S. 36

2) Z. B. mit einer Art "Verkehrsgeographie", wobei Industrie- und Wirtschaftsstrukturen, Verkehrsstromrichtung, Ein- und Auspendlerzahlen, Verkehrsdichte usw. für die Berechnung maßgebend wären.

lich die Reformbestrebungen der Regierungen bei der Umstrukturierung der Verwaltung in den einzelnen Bundesländern nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben. Ein völliges "Nebeneinander-Herlaufen" zwischen Verwaltungs- und Polizeiorganisation brächte auf vielen Gebieten unübersehbare Kompetenz- und Zuständigkeitsstreitereien. Noch größer würden die Schwierigkeiten werden, sollten sich die Dienstbereiche einer Polizei ständig ändern, da jede diesbezügliche Verschiebung eine große Anzahl von Zuständigkeitsänderungen in anderen Bereichen der Verwaltung zur Folge hätte.

Aus diesen Umständen heraus ist es auch zu erklären, weshalb sich die Hoffnung, die kriminalgeographischen Organisationsstrukturen bei der Polizei auch übergebietlich einzusetzen, bislang durch entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung nicht erfüllt hat. Zwar hat die Bundesregierung noch am 29.10.1970 in einem Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung kriminalgeographisch abgegrenzte Organisationseinheiten gefordert, im Programm für die innere Sicherheit und der Bundesrepublik vom Februar 1974 werden nunmehr jedoch Organisationseinheiten gefordert, bei denen grundsätzlich die Grenzen der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen sind¹.

3.6.1.2. Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche und Standortoptimierung von örtlichen Polizeirevieren

Parallel zur Entwicklung in den städtischen Ausstrahlungsgebieten führte auch innerhalb der Städte in den letzten Jahrzehnten ein rascher Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu großen Veränderungen in den kri-

1) Vgl. hierzu auch die kritische Stellungnahme des Bundes Deutscher Kriminalbeamter bei: Brennecke, Der Kriminalist 1972, S. 1 ff.

minellen Strukturen. Durch den Bau von Hochhaussiedlungen entstanden neue Kriminalitätsballungsräume vor allem der Kinder- und Jugenddelinquenz. Bestehende Schwerpunktbereiche wurden zu immer größeren Problemzonen. So z. B. die City-Gebiete, gekennzeichnet durch zunehmende Steigerung einer kriminogenen Anreizstruktur aufgrund einer wachsenden Verdichtung mit Büroräumen, Geschäftsläden, Kaufhäusern, Lokalitäten usw. Damit ist gleichzeitig eine verminderte Verbrechenskontrolle aufgrund der Bevölkerungsentleerung dieser Gebiete nach Feierabend und an den Wochenenden verbunden. Andererseits verlagerten sich alte Schwerpunktbereiche der Kriminalität in ein anderes Gebiet oder verschwanden völlig.

Diesen veränderten Kriminalstrukturen haben sich die Polizeiorganisationen innerhalb eines unter einer einheitlichen Polizeiführung stehenden Gebietes regelmäßig nicht angepaßt. Der Grund liegt wiederum darin, daß die Zuständigkeitsbereiche sowie die Standorte der einzelnen Polizeireviere hauptsächlich an polizeilich nicht relevanten Grenzlinien und Punkten orientiert sind, wie an historischen Stadtgrenzen, z. B. alten Stadtmauern, an natürliche Gegebenheiten, z.B. Flußläufen, Straßenzügen usw. oder an stadtinternen Verwaltungsgrenzen, z. B. Stadtteilen. Für die Standortwahl spielte weiterhin die Frage von kosten- und verkehrsgünstigen Mieträumen eine erhebliche Rolle.

Solchermaßen abgegrenzte und plazierte Polizeireviere werden weder den Erfordernissen nach einer standortgünstigen, d.h. einer sich im Aktionsmittelpunkt zu mehreren Schwerpunktbereichen befindlichen Lage gerecht, noch kommen sie der Forderung nach flexiblen, der jeweiligen Größe des Schwerpunktbereiches angepaßten Zuständigkeitsbereichen nach. So konnte Herold für die Stadt Nürnberg bei einer Gegenüberstellung des Kriminalitätsdichtebildes

mit dem Organisationsmuster der Schutzpolizei deutlich machen, daß sich die Lage der Polizeireviere bezüglich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung als standortfremd und wegen der zu großen Entfernung zu den einzelnen Ballungsräumen auch als unwirtschaftlich erwies¹.

Es ist aber auch nicht nur ökonomischer, sondern erwiesenermaßen auch effektiver, wenn die Polizei zu ihren Einsatzpunkten möglichst schnell gelangt. Nach einer in Amerika veröffentlichten Studie² wurde festgestellt, daß die durchschnittliche Einsatzzeit von der Alarmierung bis zum Eintreffen am Tatort in den Fällen, in denen noch eine Festnahme erfolgen konnte, 4,1 Minuten betrug. In den Fällen, in denen keine Festnahme mehr durchgeführt werden konnte, betrug diese Zeitspanne hingegen 6,3 Minuten. Ebenso äußerten sich Wenzky und Sobek³ im Rahmen einer Analyse des Bankraubes in Nordrhein-Westfalen. Aufgrund ihrer Untersuchung stellten sie fest, daß sich die gerade unmittelbar nach dem Überfall erhöhten Chancen förderliche Anhaltspunkte für die Ermittlung der Täter zu gewinnen und verwerten zu können, drastisch vermindern, wenn nicht mit äußerster Eile nach dem Überfall Polizeikräfte zu dem Einsatzpunkt gelangen.

Es muß daher das Ziel jeder organisatorischen Überlegung in dieser Hinsicht sein, polizeiliche Dienststellen immer

-
- 1) Herold, Die elektronische Datenverarbeitung, S. 151 ff. Vgl. hierzu auch Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 221 und Rupperecht, Kriminalistik 1974, S. 483, der darauf aufmerksam macht, daß polizeiliche Zuständigkeitsbereiche grundsätzlich so zueinander abgegrenzt werden sollten, daß kriminalgeographisch zusammenhängende Räume nicht zerschnitten werden und die Grenze möglichst durch kriminalitätsarme Gebiete verlaufen sollte.
 - 2) Zur sog. "Los Angeles-Studie" vgl. Schülert, Kriminalistik 1969, S. 399. Zum Zusammenhang zwischen Einsatzzeit und Fahndungserfolg vgl. auch Kube, Deutsche Polizei 8/1978, S. 19
 - 3) Wenzky/ Sobek, Kriminalistik 1969, S. 62

in den Brennpunkte der Kriminalität hinein zu verlegen, um Kosten und Zeitverlust für lange Anmarschwege zu sparen, rasch mit geeigneten Polizeikräften am jeweiligen Tatort sein zu können und auch jeder Zeit für den schutzsuchenden Bürger auf kürzestem Wege erreichbar zu sein. Mit Hilfe der Kriminalgeographie ist es heute möglich, den zur Erreichung dieser Ziele geeignetsten Standort eines Polizeireviere mit den relativ kürzesten Anmarschwegen zu den einzelnen Kriminalitätsschwerpunkten zu ermitteln.

Die Standortberechnung verdeutlichen die folgenden Bilder¹.

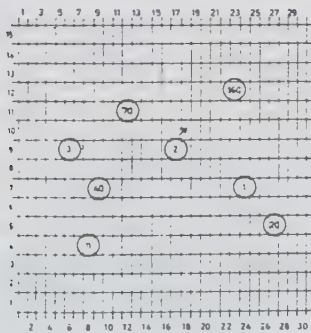


Abbildung 8: In dem Bereich, der von diesem Koordinatensystem erfaßt wird, ergeben sich acht polizeiliche Aufgabenschwerpunkte: acht Planvierecke treten mit Tatorten krimineller Handlungen in Erscheinung, wobei die jeweils in einem Kreis gesetzte Ziffer der aufaddierten Zahl der Straftaten im betreffenden Planviereck entspricht.

KOORDINATEN DER KRIMINALITÄTS-BELEGTEN PLAN- VIERECKE		ANZAHL DER T.O. IM PLAN- VIERECK	X · T	Y · T
X	Y	T		
6	9	3	18	27
8	4	11	88	44
9	7	40	360	280
12	11	70	840	770
17	8	2	34	16
23	12	160	3600	1920
24	7	1	24	7
27	5	20	540	100
SUMME =		307	5584	3166
OPTIMALER STANDORT →			$X = \frac{5584}{307} = 18,18$	$Y = \frac{3166}{307} = 10,33$

Abbildung 9: Nach diesem Muster errechnet die EDV aus den Koordinaten der mit Kriminalität belegten Planvierecke der Abbildung 8 unter Berücksichtigung der jeweiligen Zahl der Tatorte den optimalen »Bekämpfungsstandort« für diese Kriminalität. Dieser Standort kann in Abbildung 8 aufgesucht werden; er hat die Koordinaten $X = 18,18$ und $Y = 10,33$.

Zunächst wird von dem für das Polizeirevier vorgesehenen Gebiet ein Kriminalitätsdichtebild auf der Basis von Planvierecken oder Planquadraten erstellt. Sodann werden diejenigen Planquadrate ermittelt, die eine überdurchschnittlich hohe Delikthäufung aufweisen und bei denen die monatlichen Durchschnittszahlen relativ konstant sind. Die aufaddierten Werte der betreffenden Quadrate werden mit deren Koordinatenwerten in Beziehung gebracht und der jeweils günstigste Revierstandort nach dem obigen Muster errechnet und abgelesen.

Da im vorliegenden Beispiel nur von den Kriminalitätsdichtewerten ausgegangen wurde, ist zu berücksichtigen, daß mit dieser Methode nur der "kriminalgeographisch" beste Standort errechnet werden kann. Um einen optimalen Standort für andere polizeiliche Aufgaben, z. B. der Überwachung und Lenkung des Verkehrs, zu ermitteln, müßte mit ähnlichen Methoden der für die jeweilige Aufgabe geeignetste - z. B. verkehrsgeographisch günstigste - Standort errechnet werden.

Immerhin wird deutlich, daß die Kriminalgeographie wichtige, wissenschaftlich belegbare Entscheidungshilfen für die richtige Standortwahl von Polizeirevieren im Hinblick auf eine effektive Kriminalitätsbekämpfung geben kann. Im übrigen läßt sich dieses Modell selbstverständlich auf jeden Fall einer rationalen Standortbestimmung abwandeln, so z. B. bei der Suche nach dem optimalen Standort für ein Streifenfahrzeug, von welchem aus im Wege der Fußstreife am intensivsten und mit dem relativ kürzesten Anmarschweg die Aufgabenschwerpunktgebiete bekämpft werden können.

Auch läßt sich auf diese Art und Weise jederzeit der beste Standort für die z. B. in Nürnberg seit geraumer

Zeit eingesetzten "Polizeirevier auf Rädern" bestimmen. Bei diesen sogenannten "fliegenden" Polizeirevieren¹ handelt es sich um moderne, den Grunderfordernissen eines Polizeireviers entsprechend ausgerüstete Busse, die ohne größere Umrüstung sowohl als Gruppenfahrzeuge als auch als mobile Einsatzzentralen dienen können. Solche flexiblen Polizeireviere werden zu vorher festgelegten und publizierten Terminen wechselweise in Randzonengebiete eingesetzt, um auch dort die Bürger besser und in engerem Kontakt mit dem Polizeidienst zu versorgen bzw. von ihren Problemen zu entsorgen. Weiterhin können diese mobilen Reviere in akuten Kriminalitätsballungsräumen kurzfristig zur Entlastung der eigentlich zuständigen Polizeireviere herangezogen werden.

Hinsichtlich der Größe der Zuständigkeitsbereiche der örtlichen Polizeireviere und Kommissariate kann man sich an den Kriminalitätsdichtebildern orientieren. Dabei ist darauf zu achten, daß die Grenzen möglichst durch kriminalitätsarme oder kriminalitätsfreie Zonen verlaufen. Dadurch kann verhindert werden, daß die Ballungsgebiete durch mehrere Zuständigkeitsgrenzen zerschnitten werden und von verschiedenen Polizeidienststellen mit eventuell unterschiedlichen und sich überschneidenden Maßnahmen uneinheitlich und deshalb ineffektiv bekämpft werden. Die Grenzlinien müssen sodann an Hand der Tatortdichtekarten in periodischen Zeitabständen überprüft und bei Veränderungen des Kriminalitätsdichtebildes gegebenenfalls entsprechend der Neubildung und den Verschiebungen von Schwerpunktgebieten verändert werden.

Als Beispiel einer nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten umorganisierten Polizei kann die Region München

1) Zu diesen Polizeirevieren vgl. Steiner, Die Polizei 1972, S. 259 f.

angeführt werden¹. Die Betreuung dieses Gebietes durch die Kriminalpolizei wurde bis zum Jahre 1977 von einer Zentralstelle aus betrieben, nämlich vom Polizeipräsidium München. Um die Beamten mit der örtlichen Bevölkerung und den jeweiligen Verhältnissen am Tatort vertrauter zu machen sowie um zeitlich und finanziell kostspielige An- und Abfahrtswege zu sparen, entschloß man sich entsprechend der Kriminalstruktur zu einer Dreiteilung dieser Region in den Stadt- und Landkreis München, die Direktion Fürstenfeldbruck und die Direktion Erding. Schon einige Jahre früher hatten Hamburg und Berlin die polizeilichen Zuständigkeitsbereiche neu gegliedert. Unter Berücksichtigung der kriminalgeographischen Besonderheiten wurde Hamburg in vier und Berlin in fünf neue Polizeibereiche eingeteilt. Bei der Neugliederung ging man davon aus, daß die Einwohnerzahl und auch die Flächenausdehnung keine brauchbaren Abgrenzungskriterien sind und nur bedingt berücksichtigt werden können. Dagegen erschienen Gesichtspunkte wie polizeiliche Einsätze und Tätigkeiten, Verwaltungsstätten, besondere Anziehungspunkte, Verkehrsstruktur, Wohn- und Geschäftszentren sowie Planungsmaßnahmen sehr viel bedeutsamer².

Allerdings wurden dabei auch die Nachteile derartiger Umorganisation deutlich, die generell bei einer Dezentralisierung der Polizei nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten mit zu bedenken sind. Einerseits befinden sich die Polizeibeamten zwar näher am Tatort, andererseits aber nicht in jedem Falle im Zentrum des kriminalpolizeilichen Geschehens. Computer, Laboratorien, Gutachter, Experten der Fahndungs- und Vernehmungsabteilung - von all diesen wichtigen Informationsquellen sind die Beamten auf dem Lande abgeschnitten, jedenfalls soweit es den di-

-
- 1) Vgl. den Artikel "Die Kriminaler ziehen aufs Land" in der Süddeutschen Zeitung vom 18/19. 12.1976, S. 17, von Ekkehard Müller-Jentsch.
 - 2) Zur Reform der regionalen Gliederung in Stadtstaaten vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 352 ff.

rekten Kontakt angeht, der nicht immer durch Datensichtgeräte, Telefon, Fernschreiber und Schriftverkehr zu ersetzen ist. Auch ist nicht zu verkennen, daß der enge Kontakt zu den Kollegen anderer Abteilungen und der damit zusammenhängende Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie eine dadurch bedingte anregende Teamarbeit nicht mehr in der gleichen Weise möglich ist, wie bei der Betreuung eines Gebietes von einer zentralisierten Polizei¹.

3.6.1.3. Berechnung der Polizeistärke

Für die Berechnung der notwendigen Polizeistärke, die für einen Polizeibereich zur sachgerechten Aufgabenerfüllung erforderlich ist, fehlt es in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland an einer echten Bemessungsgrundlage.

Allgemein geht man noch nach einer auf die Weimarer Republik zurückzuführenden Methode vor, indem bei der Berechnung der Polizeistärke ausschließlich von der Einwohnerzahl des jeweiligen Polizeibereichs ausgegangen wird. Entsprechend der Anzahl der Einwohner wird nach einem Betreuungsschlüssel, z. B. ein Beamter auf 400 Einwohner, die Polizeistärke festgesetzt. Zum so ermittelten Sockelbedarf werden je nach Aufgabendichte in manchen Bundesländern sodann noch einzelne Zuschläge gewährt².

Teilweise finden sich auch Ansätze, die personelle Stärke der Dienststellen nach dem jeweiligen Arbeitsaufwand zu berechnen, der zur Erfüllung der im Polizeibereich an-

-
- 1) Hierzu vgl. ebenfalls den Artikel "Die Kriminalen ziehen aufs Land" in der Süddeutschen Zeitung vom 18/19.12.1976 von Ekkehard Müller-Jentsch
 - 2) Hierzu vgl. die Übersicht und Untersuchung der Festsetzung von Polizeistärken von Augschun, Die Polizei 1969, S. 1 ff.

stehenden Aufgaben mindestens erforderlich ist¹. Dabei spielt dann nicht die bloße Einwohnerzahl die entscheidende Rolle, sondern vielmehr die Häufigkeitsziffer, d.h. die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten. Allerdings scheitert eine genaue Berechnung des Arbeitsaufwandes, der zur Bewältigung der Polizeiaufgaben notwendig ist, an der Schwierigkeit einer exakten Meßbarkeit der zahlreichen Vorgänge im Arbeitsablauf eines Polizeibeamten.

Insgesamt mangelt es in der Bundesrepublik Deutschland an vertieften wissenschaftlichen Untersuchungen, um eine dem Umfang der jeweiligen Polizeiaufgaben genau entsprechende Kräfteverteilung nach einheitlichen Maßstäben vornehmen zu können. Festzuhalten ist aber, daß sich die personelle Stärke der Polizeidienststellen unter anderem auch nach dem Umfang der im Zuständigkeitsbereich ermittelten Kriminalität, insbesondere der Straßenkriminalität als derjenigen durch Polizeieinsatz unmittelbar verhütbaren Kriminalität und der Anzahl der dortigen Täterwohnsitze zu richten hat². Als Anhaltspunkt für die Bestimmung der zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung notwendigen Polizeistärke können daher unter anderem auch die mittels Kriminalgeographie errechneten Dichtewerte von Tatorten und Täterwohnsitzen herangezogen werden.

Die jeweilige Kriminalitätsdichte bietet sich dabei in zweifacher Hinsicht an. Geht es um die Berechnung der grundsätzlichen Personalstärke einer Polizeidienststelle, können relativ konstante Dichtewerte bzw. Jahresmittewerte des Dienstbereichs als Bezugsgröße für den Verteilungsschlüssel herangezogen werden. Dabei ist auch der eher beständige Dichtewert der Täterwohnsitze zu berücksichtigen. Soweit es um den Umfang des aktuellen polizeilichen Präventiveinsatzes geht, ist eine Orientierung an den zum jeweiligen Zeitraum gegebenen, eher variieren-

1) Hierzu Rosenow, Die Polizei 1969, S. 177 ff. und
Schülert, Kriminalistik 1969, S. 400 ff.
2) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 482

den Kriminalitätsdichtewerten des Einsatzgebietes besser geeignet. Ergeben z. B. wöchentliche Zählungen von Straftaten in bestimmten Gegenden des Zuständigkeitsbereichs eines Polizeireviers eine andauernde, überdurchschnittliche Kriminalitätszunahme, sind sofortige Maßnahmen unter Umständen auch in Form von Zuweisung von Polizeikräften zu veranlassen. Dabei kann es sich um Beamte handeln, die aufgrund einer sich in anderen Revieren konsolidierenden Kriminalitätsentwicklung von dort abgezogen werden konnten, so daß sich ein zirkulierender Kreislauf der Personalverteilung je nach Aufgabenanfall ergibt.

Insoweit bieten kriminalgeographische Erkenntnisse für die Polizei nicht nur die Möglichkeit, die örtlichen Zuständigkeitsgrenzen ständig einer veränderten Kriminalstruktur anzupassen, sondern auch hinsichtlich der Personalstärke sofort auf akute Probleme der Straßenkriminalität geplant zu reagieren.

3.6.2. Der Bereich des präventiven Polizeieinsatzes

Von der Prämisse ausgehend, daß vorbeugen besser ist als heilen, werden von der Polizei verstärkte Maßnahmen gefordert, mit präventiven Mitteln der wachsenden Flut von Straftaten zu begegnen.

Im Bereich der polizeilichen Prävention, d. h. all der Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, einen potentiellen Straftäter von der Begehung der Tat abzuhalten, bieten sich vielfältige Möglichkeiten. Schlagwortartig seien hier einige der Begriffe genannt, die auf der Arbeitstagung "Polizei und Prävention" des Bundeskriminalamtes im Jahre 1975 in diesem Zusammenhang eingeführt wurden¹:

1) Vgl. Herold, Polizei und Prävention (BKA-Vortragsreihe, Bd. 22), 1976, S. 5; ferner schon früher Stümper, Kriminalistik 1973, S. 194

- Verbale und beratende Prävention = Aufklärung über Verbrechensgefahren.
- Technische Prävention = Erschwerung von Tatgelegenheiten, z. B. durch bessere Sicherheitsvorkehrungen.
- Repressive Prävention = Abschreckung durch zügige Strafverfolgung.
- Forschende Prävention = Aufschlüsse über Ursachen, Verlauf und Gesetzmäßigkeit des Verbrechens.
- Exekutive Prävention = Zurückdrängen der Kriminalität durch eine der jeweiligen Kriminalitätsdichte proportional entsprechenden Einsatzdichte.

Die angewandte Kriminalgeographie beschäftigt sich hauptsächlich mit der exekutiven Prävention. Auf diesem Gebiet versucht die Polizei durch erhöhte Präsenz am richtigen Ort und zur richtigen Zeit das Entdeckungsrisiko für potentielle Täter zu erhöhen und diese dadurch von der Begehung einer Straftat abzuschrecken. Umfang, Verteilung und Zeit der präventiven Einsatzmaßnahmen müssen sich dabei nach der örtlichen und zeitlichen Verteilung der Kriminalität im jeweiligen polizeilichen Einsatzraum richten. Dies gilt insbesondere für die Streifenverteilung, die zeitliche Einteilung der Streifen, die Streifendichte und auch hinsichtlich der Streifenart, d. h. ob Fuß-, motorisierte oder kombinierte Streifen im konkreten Fall am geeignetsten sind.

Notwendig ist daher - entgegen einer teilweise heute noch vorherrschenden Praxis - Streifeneinsatzpläne nicht länger intuitiv, auf allgemeinem Erfahrungswissen beruhend, vorzunehmen, sondern nach rationalen Gesichtspunkten zu treffen. Es sind dementsprechend zur Entscheidungsvorbereitung Regionalanalysen zu erstellen, aufgrund derer das Kriminalitätsbild eines polizeilichen Einsatzraumes genau strukturiert werden kann. Instrument solcher Regionalana-

lysen ist die Kriminalgeographie. Dabei unterscheidet sich der Polizeieinsatz insoweit von der Polizeiorganisation, als daß der Einsatz sich in variablen Formen entfaltet, die Organisation dagegen auf relativ konstanten Strukturen aufbaut. Bestimmt sich die Organisationsstruktur nach möglichst konstanten Dichtewerten, denen längere Meßzeiten zugrundeliegen, richtet sich die Art und Weise des jeweiligen polizeilichen Einsatzes nach variablen Kriminalitätsdichtebildern, die durch kürzere Meßzeiten ermittelt werden¹.

3.6.2.1. Prävention durch zielgerichtete Streifenverteilung

Zur Beantwortung der Frage, wie die Verteilung der Polizeistreifen im Einsatzraum vorzunehmen ist, bietet der relative Kriminalitätsdichtewert des Raumes, d. h. die Tatortzahl der raumbezogenen Delikte bezogen auf die Grundfläche in qkm, wichtige Anhaltspunkte. Unter Verwendung computergedruckter Kriminalitätsdichtebilder läßt sich jeder Zeit für jeden beliebigen Zeitraum die Belastung einzelner Planquadrate oder Zählbezirke mit der raumbezogenen Kriminalität ablesen und eine dementsprechende Verteilung der Streifentätigkeit kalkulieren. Vorteilhaft wirkt sich dabei aus, daß mit Hilfe von EDV-Anlagen in Verbindung mit der Computerkartographie die Dichtewerte auf repräsentativer Basis und ohne zeitliche Verzögerung zur Verfügung stehen. Ausgehend von gegenüber der Ausgangsstatistik aktuelleren Eingangsstatistik wird damit verhindert, daß die Einsatzplanung nicht mehr wie früher durch ein zeitraubendes manuelles Verfahren hinter der Kriminalität hinterherhinkt.

1) Hierzu vgl. Herold, Kriminalistik 1977, S. 293 f.

Durch den Ausdruck von Kriminalitätsdichtebildern lassen sich ohne Mühe Kriminalitätsballungsräume sowohl hinsichtlich ihrer genauen örtlichen Lage als auch im Hinblick auf ihre flächenmäßige Ausdehnung und Ausstrahlungswirkung feststellen. Dementsprechend kann der vorbeugende Streifendienst zielgerichtet zu den erkannten Brennpunkten gelenkt werden.

Werden die Kriminalitätsdichtebilder eines bestimmten Raumes in periodischen, kürzeren Abständen - wöchentlich oder monatlich - miteinander verglichen, werden eventuelle Verschiebungen der Kriminalitätsschwerpunkte rechtzeitig erkannt. Solche Verschiebungen können sich z. B. aufgrund eines Verdrängungseffektes durch erhöhte Polizeipräsenz oder anderer kriminalitätshemmender Umstände ergeben. Weichen einzelne Planquadrate in ihren Dichtewerten erheblich von den wöchentlichen Durchschnittszahlen ab, führt dies zum sofortigen Reagieren durch geeignete Polizeimaßnahmen, wie z.B. verstärktem Streifendienst. Insoweit werden die präventiven Polizeistreifen "automatisch" durch die Lieferung von örtlichen Kriminalitätsdichtewerten gelenkt, und die Einsatzdichte wird zum ständigen Spiegelbild des Kriminalitätsgeschehens.

Weiterhin können mit Hilfe der Computerkartographie Dichtebilder eines Raumes nicht nur hinsichtlich der gesamten Präventivdelikte, sondern auch für einzelne Deliktsarten und Deliktsgruppen erstellt werden¹. Dabei kann sich ergeben, daß selbst in Gebieten, die bezüglich der Gesamtkriminalität hohe Durchschnittsraten aufweisen, wie z.B. der gesamte Innenstadtbereich einer Großstadt, verschiedene Deliktsarten jeweils einen eigenen, von anderen Delikten verschiedenen örtlichen Schwerpunkt haben. So wurden von Becker² in einer Studie über die örtliche Krimi-

-
- 1) Siehe Heildörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 156 und die dort gezeigten Kriminalitätsdichtebilder der Stadt Nürnberg.
 - 2) Becker, Die Kriminalstatistik als Führungsmittel, Polizeiinstitut Hilstrup 1972, S. 121 ff.

nalitätsempfindlichkeit des Großraumes Saarbrücken für den Raub, den Diebstahl aus Kraftfahrzeugen und den Diebstahl von Kraftfahrzeugen jeweils unterschiedliche Schwerpunktgebiete festgestellt. Auch waren die hinsichtlich dieser Straftaten weniger gefährdeten oder kriminalitätsfreien Zonen nicht deckungsgleich. Rupprecht¹ konnte für die Stadt München darlegen, daß sich von den im 1. Quartal des Jahres 1974 registrierten 255 Raubtaten 40% auf drei Planquadrate des Koordinatennetzes, d. h. auf 1% der Gesamtfläche Münchens konzentrierten. Von den im ganzen Jahr 1973 bekanntgewordenen Raubdelikten entfielen immerhin 21% auf wiederum zwei dieser Planquadrate. Besondere Tatortauffälligkeiten hat auch die Bochumer Untersuchung ergeben. Es ergab sich, daß ca. 10% aller in der Untersuchung erfaßten Delikte in nur 5 von 173 Erhebungsbezirken begangen worden waren².

Solch unterschiedliche Ortsbelastung muß differenzierte Konsequenzen bei der polizeilichen Vorbeugungstätigkeit nach sich ziehen. Dies kann durch den Einsatz von Sonderstreifen, d. h. durch Erhöhung der Streifendichte über die ständig notwendige Mindestdichte hinaus oder auch nur durch entsprechende Hinweise, worauf die Beamten des allgemeinen Streifendienstes die Aufmerksamkeit in ihrem Gebiet besonders zu richten haben, geschehen³.

Um die Behauptung zu belegen, daß bestimmte Gegenden immer wieder Ziel der Einbrecher sind, hat Hochscherff⁴ die Einbruchskriminalität der Stadt Köln in den Jahren 1967 und 1968 untersucht und verglichen. Er stellte eine erstaunlich klare Abgrenzung und fast deckungsgleiche Übereinstimmung hinsichtlich der Tatorträume von

1) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 481 ff.

2) Zur Belastung der einzelnen Erhebungsbezirke mit Kriminalität vgl. Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 104 ff.

3) Hinweise z.B. auf "Vorrangdelikte", d.h. solche mit steigender Tendenz oder "Überhangdelikte", d.h. solche die im Dienstbezirk überdurchschnittlich häufig auftreten.

4) Hochscherff, Die Polizei 1969, S. 278 ff.

1967 und 1968 fest. Permanent gefährdete Gegenden ließen sich sowohl für die Geschäftseinbrüche als auch für die Büro- und Lagereinbrüche relativ eng abgrenzen, was hinsichtlich der Büroeinbrüche umso bemerkenswerter war, als Büroeinbrüche über das gesamte Kölner Stadtgebiet verteilt waren. Bei den Wohnungseinbrüchen hoben sich Schwerpunkte entlang bestimmter Straßenzüge sehr deutlich ab.

Insoweit ist auch eine Untersuchung von Fink¹ von Interesse. Anhand von DV-Kartenausdrucken ging er der Frage nach, welche Bedeutung die Ein- und Ausfallstraßen der Stadt Nürnberg für die Einbruchkriminalität haben. Dabei wurde festgestellt, daß hauptsächlich auswärtige Täter ihre Einbrüche direkt oder in unmittelbarer Umgebung von den Ein- und Ausfallstraßen der Stadt begehen. Insoweit wurden bestimmte "Einbruchsstraßen" deutlich sichtbar. Das folgende Bild² zeigt die Tatortlage von schweren Diebstählen, die von auswärtigen Tätern außerhalb des Stadtgebietes verübt wurden.



1) Fink, Kriminalistik 1969, S. 358 ff.

2) Entnommen aus: Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 226

Anscheinend aus Unkenntnis des Milieus nehmen diese Täter die erste beste Gelegenheit wahr, die sich ihnen bietet. Dieser Vermutung stehen allerdings auf dem ersten Blick die Ergebnisse der Bochumer Untersuchung entgegen. In Bochum verteilten sich die Einbrüche auswärtiger Täter ziemlich gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet¹, und zwar auch bei dem einfachen Diebstahl und der Körperverletzung. Allerdings - so räumt Schwind² ein - könne es sein, daß sich der auswärtige Täter dem Zugriff der (Bochumer) Polizei lediglich leichter entziehen würde. So sei jedenfalls beim einfachen Diebstahl die Diskrepanz der Aufklärungsquoten auffällig: an den Ausfallstraßen verübte Delikte seien 1975 nur zu 16% aufgeklärt worden, während im übrigen Stadtgebiet Bochums der einfache Diebstahl zu immerhin 56% aufgeklärt worden sei. Insoweit lohne es sich eventuell nach der Meinung von Schwind für die Polizei, das Augenmerk doch auf die Ausfallstraßen zu lenken³.

Anhand dieser Beispiele und Überlegungen wird deutlich, daß mit Hilfe der Kriminalgeographie in Verbindung mit dem routinemäßigen Ausdruck von Computerkarten Ballungsräume hinsichtlich der Gesamtkriminalität, einzelner Deliktgruppen oder spezifischer Deliktsarten relativ eng eingegrenzt werden können. Damit besteht die Möglichkeit, durch gezielten Streifeneinsatz die Präsenz der Polizei in den gefährdeten Gebieten ständig dem Kriminalitätsgeschehen anzupassen und dadurch das Entdeckungsrisiko für die Täter zu erhöhen.

1) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 128 ff.

2) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 372

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 372

3.6.2.2. Prävention durch zielgerichteten zeitlichen Streifeneinsatz

Ebenso wichtig wie die genaue Lokalisation der Kriminalitätsschwerpunkte ist für einen optimalen Streifeneinsatzplan die Bestimmung des zeitlichen Anfalls der Kriminalität, d. h. zu welcher Tageszeit Delikte am häufigsten bzw. am wenigsten vorkommen.

Um zu verhindern, daß die Polizei bei ihrer präventiven Tätigkeit auf Zufälle angewiesen ist, ist bei der Erfassung der Tatzeit ein möglichst enger Zeitraum erforderlich. Neben den Daten mit Stundenangaben ist ferner wesentlich, um welche Wochentage, Jahreszeiten und eventuelle Besonderheiten, wie z. B. Großveranstaltungen aller Art, es sich bei dem zeitlichen Deliktsanfall handelt. Das Ziel solcher Teilanalysen ist es, die kritischen "Schwerpunkt-Tatzeiten" der Straftaten genau zu erfassen, um in den spezifischen Tatzeitbereichen präventive Polizeistreifen zielgerichtet einzusetzen.

Zu unterscheiden ist hier wiederum zwischen Gesamt-, Gruppen- und Einzeldeliktsanalysen. Richten sich die Streifenzeiträume und die Streifendichte grundsätzlich nach der zeitlichen Verteilung der gesamten Straßenkriminalität, so muß sich der gezielte Einsatz von Streifen zur Verhinderung spezifischer Straftaten allein nach deren zeitlicher Häufigkeitsverteilung orientieren. Von den vielfältigen Differenzierungsmöglichkeiten sollen hier zur Veranschaulichung einige Beispiele genannt sein.

So hat Rupprecht in seiner Untersuchung der Kriminalitätsstruktur Münchens hinsichtlich der zeitlichen Verteilung der Straßenkriminalität festgestellt, daß die jahreszeitlichen Schwankungen der Delikte insgesamt nicht erheblich

sind¹. Der niedrigste Wert am Jahresanfang differierte von den höchsten Zahlen im Oktober im 3-Jahres-Durchschnitt lediglich um 23%. Bei dem beispielhaft herausgegriffenen Kraftfahrzeugsdiebstahl ließen sich dagegen schon eher jahreszeitliche Schwankungen erkennen. Hier wichen der niedrigste Wert im Februar und der höchste im Juni im Jahresdurchschnitt schon um ganze 57% voneinander ab. Starke monatliche Unterschiede konnten Wenzky und Sobek bei ihrer Analyse des Bankraubes in Nordrhein-Westfalen, basierend auf den Durchschnittswerten der Jahre 1964 - 1968, feststellen². Danach war der Dezember der für Kassenüberfälle anfälligste Monat mit 22% der gesamten Fälle. Erst mit erheblichem Abstand folgten die Monate Oktober, November und Mai mit 11 und 10% der Straftaten. Die Bochumer Studie ergab für die dort untersuchten Delikte der Straßenkriminalität des Jahres 1975 einen Anstieg der Kriminalitätskrurve von Beginn des Jahres bis Mai, danach fiel die Kriminalitätskurve stetig bis September, dem vorläufigen Tiefpunkt, um im Oktober wieder deutlich anzusteigen. Die geringste Kriminalitätsbelastung wurde im Monat Dezember registriert. Der deutliche Kriminalitätseinbruch in der Jahresmitte, insbesondere in den Monaten August und September, wird in der Bochumer Studie auf die Sommerferien zurückgeführt³. In diesem Zeitraum entleeren sich die Ballungsgebiete regelmäßig, und die Bevölkerungsdichte geht zum Teil erheblich zurück.

Hinsichtlich der tageszeitlichen Verteilung der Delikte der Straßenkriminalität insgesamt lassen sich nach Rupprecht⁴ an allen Tagen der Woche durchschnittlich 40% der festgestellten Straftaten dem Zeitraum von

-
- 1) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 488 f.
 - 2) Wenzky/ Sobek, Kriminalistik 1969, S. 59
 - 3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 143 ff.
 - 4) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 487

21.00 - 03.00 Uhr zuordnen¹. Der absolute Tiefpunkt liegt nach dieser Untersuchung in der Zeit zwischen 06.00 und 09.00 Uhr mit nur 3% der Straßenkriminalität. Auch der Vormittag zwischen 06.00 und 12.00 Uhr ist mit 10% aller Fälle ein relativ kriminalitätsarmer Zeitraum. Im Vergleich zu den übrigen Wochentagen sind nach Rupprecht auch die Nachmittage von Samstagen und Sonntagen mit Straßenkriminalität deutlich geringer belastet. Zwischen 12.00 und 18.00 Uhr beträgt nach seiner Untersuchung die am Samstag festgestellte Straßenkriminalität nur 68%, am Sonntag nur 56% der entsprechenden Durchschnittswerte an den übrigen Wochentagen.

Bezüglich spezifischer Straftaten erstellte Hochscherff eine Analyse der Einbruchskriminalität der Stadt Köln². Für Geschäfts-, Büro- und Lagereinbrüche ergab die Untersuchung, daß die meisten Einbrüche in der Zeit zwischen 00.00 und 04.00 Uhr ausgeführt wurden. Hingegen brachen die Täter in Wohnungen hauptsächlich zwischen 11.00 und 14.00 Uhr ein. Ähnliche Einzeldeliktsanalysen über die zeitliche Verteilung hat Becker in Saarbrücken im Jahre 1971 durchgeführt³.

Danach ist die Notzucht das Delikt des Wochenendes mit Montag als dem verbrechensempfindlichsten Tag, während Freitags und Samstags die Wochentiefpunkte liegen. Tageszeitlich lag der Deliktsschwerpunkt um Mitternacht⁴. Die Unzucht mit Kindern stellte sich als typisches Wo-

1) Das Ergebnis stimmt im wesentlichen auch mit den Untersuchungen Helldörfers überein, der in Nürnberg für das Jahr 1972 feststellte, daß von 6 615 verübten Delikten der Straßenkriminalität immerhin 3 443 Taten in die Zeit zwischen 20.00 und 04.00 Uhr fielen, vgl. Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 155

2) Hochscherff, Die Polizei 1969, S. 278 ff.

3) Becker, Kriminalistik 1973, S. 11

4) Dagegen vgl. Scheidtman, Deutsche Polizei 10/1976, S. 20, der in Essen allgemein für Sittendelikte einen zeitlichen Brennpunkt zwischen 15.00 und 20.00 Uhr erkannte.

chentagsdelikt heraus. Am Montag und Mittwoch wurden die meisten Delikte begangen, wobei die Tatbegehungszeiten parallel zur Freizeit- und Spielkurve zwischen 13.00 und 17.00 Uhr am auffallendsten waren. Bei schwerem Diebstahl aus Dienst-, Büro-, Werkstatt- und Lagerräumen waren Samstag, Freitag und Montag in dieser Reihenfolge die am stärksten belasteten Wochentage. Hier stieg die Tageszeitkurve in den Mitternachtsstunden zwischen 01.00 bis 03.00 Uhr steil an. Raub, räuberische Erpressung, Autostraßenraub und sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen zeigten das höchste Deliktsaufkommen am Montag und Samstag¹; die Tatzeit lag in den meisten Fällen zwischen 01.00 und 03.00 Uhr. Für Diebstähle von und aus Kraftfahrzeugen ermittelte Becker den Samstag als den kriminalitätsempfindlichsten Wochentag. Hinsichtlich der Tageszeit wurde der Verübungsschwerpunkt in der Zeit zwischen 01.00 und 05.00 Uhr festgestellt.

Für den polizeilichen Streifeneinsatzdienst sind schließlich auch die Ergebnisse interessant, die sich bei der Kombination der örtlichen Kriminalität einzelner Erhebungsbezirke mit der zeitlichen Hauptbelastungsstunde ergeben. Hier stellte Herold² für Nürnberg hinsichtlich aller raumbezogenen Delikte fest, daß die Bezirke mit der höchsten Kriminalitätsdichte ihren Kriminalitätsschwerpunkt in der Zeit zwischen 23.00 und 02.00 Uhr haben. Hingegen verteilen sich in Gebieten mit geringerer Kriminalität die Hauptbelastungszeiten mehr auf die Tagesstunden. Mit anderen Worten: vorbeugende Streifentätigkeit ist überwiegend eine Nachtaufgabe mit der Tendenz, sich bei sinkenden Kriminalitätsraten mehr in den Tag hinein zu verlagern.

-
- 1) Scheidtmann, Deutsch Polizei 10/1976, S. 20 stellte dagegen eine in etwa gleiche Belastung aller Wochentage mit einer geringen Abnahme am Sonntag fest.
 - 2) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 231 f.

Diese wenigen Beispiele lassen erkennen, welche vielfältigen und differenzierten Betrachtungsweisen möglich und notwendig sind, um den präventiven Streifendienst der Polizei dem jeweiligen Kriminalitätsanfall zeitlich entsprechend und damit möglichst wirksam einzusetzen. Auf Dauer ergeben kriminalgeographische Tatzeitanalysen eine solide Zeitbasis für gezielte Streifeneinsätze, wobei die Eigenart der jeweiligen Straftaten mit berücksichtigt werden kann.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die angewandte Kriminalgeographie wesentliche Erkenntnisse für den präventiven Polizeieinsatz beitragen kann. Der bislang mehr auf Erfahrungswissen beruhende Streifeneinsatzplan wird hinsichtlich des Umfanges, der Verteilung und der Streifenzeiten nach rationalen und auf repräsentativen Datenmaterial beruhenden Gesichtspunkten getroffen. Durch die exakte Bestimmung der örtlichen Kriminalitätsschwerpunkte und das Wissen um die präsumtiven Tatbegehungszeiten erhöht sich die Chance der Polizei, am rechten Ort und zur rechten Zeit auf das kriminelle Geschehen reagieren zu können. Über die Frage der zweckmäßigsten Streifenverteilung, Streifendichte und Streifenstärke hinaus können kriminalgeographische Untersuchungen auch als Entscheidungshilfe bei der Bestimmung der geeigneten Streifenart für ein konkretes Gebiet dienen. Ob der Einsatz einer Fuß-, Fahr- oder kombinierten Streife in einem bestimmten Gebiet sinnvoll ist, richtet sich grundsätzlich nach der Stärke der Kriminalitätsdichte¹. Während innerhalb des Kernbereichs mit der höchsten Kriminalitätsdichte der Einsatz von Fußstreifen allein sinnvoll ist, müssen im Bereich mittlerer Kriminalitätsdichte die Fußstreifen wegen der sonst zu langen Anmarschwege mit Gruppenfahrzeugen versehen sein, wobei die Gruppenfahrzeuge die Aufgabe fahrbarer Polizeireviere übernehmen. Für Gebiete

1) Hierzu vgl. Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 220

mit schwacher Kriminalitätsdichte wird eine kombinierte Fahr- und Fußstreife ausreichend sein, d. h. die Beamten fahren mit einem Streifenwagen beliebige Haltepunkte an, vollziehen dort eine Streifenrunde und fahren nach Rückkehr zum nächsten Haltepunkt. Der Bereich der fehlenden Kriminalitätsdichte wäre hingegen durch Ein-Mann-Fahrstreifen zu überwachen, die in erster Linie Beobachtungsaufgaben haben.

3.6.3. Der Bereich des repressiven Polizeieinsatzes

Die Kriminalgeographie bietet nicht nur Möglichkeiten, den vorwiegend präventiv wirkenden Einsatz von uniformierten Polizeibeamten zu verbessern, sondern findet auch auf dem Gebiet der repressiven Kriminalitätsbekämpfung ihre Anwendung, soweit es um das gezielte Observieren und Fahnden in Schwerpunktsbereichen der Straßenkriminalität geht. Der repressive Polizeieinsatz, der der Strafverfolgung und Überführung der Täter dient, erfolgt dabei deliktsorientiert, im Gegensatz zum präventiven Einsatz, der hauptsächlich raumorientiert stattfindet.

Bei der Observation von Örtlichkeiten ist mit Hilfe der angewandten Kriminalgeographie eine genaue Eingrenzung örtlicher und zeitlicher Kriminalitätsbrennpunkte einschließlich ihrer flächenmäßigen Ausstrahlung möglich. Entscheidender Vorteil der auf EDV-Basis arbeitenden Kriminalgeographie ist dabei, daß Veränderungen in der Deliktsstruktur so frühzeitig erkannt werden, daß repressive Maßnahmen noch mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden können, d. h. bevor sich die Täter einem neuen Zielgebiet zugewandt haben. Die Möglichkeit, die Täter noch auf frischer Tat zu stellen - anerkanntermaßen die wirksamste Art der Abschreckung - wird dadurch wesentlich erhöht.

Darüberhinaus verkürzt generell der in Abhängigkeit von der Einsatzerwartung des Ortes, der präsumtiven Tatzeiten und der Intensität gesteuerte Polizeieinsatz in der überwiegenden Zahl der Fälle die Zeit bis zum Beginn des ersten Angriffs, der Hilfsmaßnahmen usw. Dadurch werden die Auklärungsziiffern günstig beeinflusst, was wiederum abschreckend auf potentielle Straftäter wirkt.

Als Beispiel läßt sich die Festnahme eines 26-jährigen Elektrikers im Frühjahr 1975 in Kassel beim Aufbruch eines Personenkraftwagens auf einem Ausflugsparkplatz anführen, wovon Ondruch¹ berichtet. Danach habe der Täter auf diesem und anderen Parkplätzen der Umgebung 21 Kraftfahrzeuge und zwar immer in jeder dritten Woche jeweils nachmittags aufgebrochen². Der durch seinen Schichtdienst bedingte und von der Polizei aufgrund kriminalgeographischer Auswertungen erkannte dreiwöchige Rhythmus wurde ihm dann zum Verhängnis. Ähnlich - so schreibt Ondruch - sei es vier jungen Männern ergangen, die stets an Wochenenden nach dem Besuch einer Diskothek ihren kriminellen Neigungen nachgegangen seien und sich hierbei auf einen westlichen Stadtteil von Kassel konzentriert hätten. Als eines Samstags wieder erste Meldungen über Kfz.-Aufbrüche eingegangen seien, sei die Polizei schon lange im Einsatz gewesen. Auch hier konnte aufgrund der erkannten Tatzeiten und Tatörtlichkeiten in einem eingrenzbaeren Gebiet observiert und gefahndet werden. Die Täter wurden kurze Zeit nach Eingang der ersten Meldung auf frischer Tat getroffen und festgenommen.

Bezüglich gemeinsamer, koordinierter Schwerpunkteinsätze von uniformierten Beamten und Polizeibeamten in bürgerlicher Kleidung, können mit Hilfe kriminalgeographischer Analysen die planerischen Vorbereitungsarbeiten verbessert werden. Durch eine exakte Einkreisung des Einsatzgebietes und genaue Fixierung der günstigsten Einsatzzeiten

1) Ondruch, Kriminalistik 1978, S. 241 ff.

2) Ondruch, Kriminalistik 1978, S. 244

werden die Erfolgsaussichten dieser Maßnahmen gesteigert. Sowohl Razzien zur Feststellung der Identität von Personen oder bei der Suche nach Sachen in den festgestellten Täterwohnsitz- und Schlupfwinkelgebieten als auch Kontrolle und Sperren aufgrund der erkannten Täter- und Täterausstromwege werden durch eine systematische Lenkung und ständigen Orientierung an der aktuellen Kriminalitätslage erfolgsversprechender.

Für die Fahndung der Polizei ist es weiterhin wesentlich, wie groß das Ausstrahlungsgebiet eines Kriminalitätsballungsraumes ist, insbesondere in welche Richtung sich die Ausstrahlung fortsetzt. Unter Zugrundelegung kriminalgeographischer Untersuchungen sind räumlich genügend große Fahndungsbereiche zu schaffen, in denen auch Festpunkte mit Auffangwirkung besetzt werden müssen. Für die Besetzung dieser Festpunkte sind wiederum kriminalgeographische Umstände bedeutsam, wie z. B. Waldlandschaften, die sich zum Abstellen gemieteter oder gestohlener Tatfahrzeuge und zum Umsteigen der Täter eignen. Auch die hauptsächlich benutzten Flucht- und Transportwege aus Brennpunktgebieten können - ähnlich der Feststellung von Täter- und Täterausstromwegen - mit Hilfe kriminalgeographischer Methoden erkennbar gemacht werden¹. Allerdings fehlt es in der Bundesrepublik bislang an solchen auf EDV-Basis erarbeiteten Untersuchungen.

Schließlich sei im Bereich der polizeilichen Ermittlungstätigkeit noch auf die Relation Tatort-Täterwohnsitz hingewiesen². Bislang gibt es wenig Zahlenmaterial über die deliktsspezifische Häufigkeitsverteilung festgestellter Entfernungen zwischen Wohnsitz und Tatort. Dies ist um-

1) Vgl. Wenzky, Die Polizei 1969, S. 355 und Herold, Kriminalistik 1977, S. 296, der auch auf die Möglichkeit des Erkennens bestimmter Reisewege über-regionaler Täter hinweist.

2) Hierzu vgl. Stattaus, Kriminalistik 1969, S. 38 und Herold, Kriminalistik 1977, S. 295 f.

so erstaunlicher, als derartige Erfahrungswerte durchaus bei der Überprüfung von Tatverdächtigen ein hilfreiches Selektionskriterium darstellen können. Durch amerikanische Untersuchungen ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß hinsichtlich der Entfernungen zwischen Tatort und Täterwohnsitz teilweise feste Gesetzmäßigkeiten bestehen, sich z. B. bei Sexualdelikten der Tatort häufig in unmittelbarer Nähe des Täterwohnsitzes befindet. Für die Bundesrepublik konnte Rupprecht feststellen, daß im Jahr 1973 in München 33% der Wohnungseinbrüche, 38% der Keller- und Speichereinbrüche und 45% der Notzuchtdelikte bis zu 200 m vom Täterwohnsitz entfernt begangen wurden¹. Bei Kfz.-Aufbrüchen hat Munker² festgestellt, daß in München für den Zeitraum von Januar bis Juni 1978 von 363 geklärten Fällen 173 (=47,65%) von Tätern begangen wurden, deren Wohnungen nur bis zu 400 m vom Tatort entfernt lagen. Bei einer Erweiterung des Radius auf 1 km wurden sogar 76,85% der Taten von Tätern begangen, die ihren Wohnsitz in diesem Umkreis hatten. Die Bochumer Untersuchung hat ergeben, daß 70% der Täter von Einbruchsdiebstählen diese Delikte weniger als 2 km von ihrem Wohnort entfernt begangen haben. Kfz.-Diebstähle wurden zu rund 50% in einer Entfernung von nur 1 km vom Wohnort verübt³. Auch zeigen ähnliche Untersuchungen, daß in großstädtischen Bereichen die Tatorte auffällig oft in einer bestimmten Richtung oder Sektoren zum jeweiligen Täterwohnsitz liegen, ohne daß die gewählte Richtung von der geographischen Position des erstrebten Gutes abhängig gemacht werden könnte. Auch wenn verschiedene Güter erstrebt werden, pflegt eine hohe Zahl von Tätern die einmal gewählte Richtung zum Tatort beizubehalten. Hier könnten nach der Ansicht von Herold⁴ bei verfeinerten kriminalgeographischen Untersuchungs-

1) Rupprecht, Kriminalistik 1974, S. 486

2) Munker, Der Kriminalist 1978, S. 437 - diese Ergebnisse stimmen im wesentlichen mit denen von Gerold, Kriminalistik 1971, S. 344 ff. und Kaleth, Der Kriminalist 1970, S. 11 f. überein.

3) Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 172

4) Herold, Kriminalistik 1977, S. 486

methoden möglicherweise Ermittlungsgrundsätzen -
ausgehend vom Tatort - gefunden werden.

Die für die Mehrzahl der Delikte allgemein feststellbare geringe Entfernung zwischen Tatort und Täterwohnsitz zeigt auch, daß die Polizei mit dem Einsetzen sog. Bezirks- oder Kontaktbereichsbeamter¹ durchweg richtig liegt. Dieser "Schutzmann an der Ecke" ist als Fußstreife für die vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung in einem bestimmten überschaubaren Bereich zuständig. Daneben fungiert er als eine jederzeit erreichbare "Ansprechstelle" für den Bürger. Wegen der ständigen Präsenz des Kontaktbereichsbeamten an den Kriminalitätsbrennpunkten, der unmittelbaren Bürgernähe sowie seiner ganzen Milieu- und Ortskenntnis erschließen sich diesem "Vorposten" Informationsquellen, die der normalen polizeilichen Ermittlungstätigkeit nicht zugänglich sind.

3.6.4. Der Bereich der Bürgerberatung und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei

Auf dem Gebiet der Bürgerberatung und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei kann die Erhebung kriminalgeographischer Daten schließlich indirekt mit dazu beitragen, die Bevölkerung einschließlich der Wirtschaftsunternehmen über die verschiedenen Möglichkeiten kriminalitätsvorbeugender Maßnahmen zu unterrichten.

Im Rahmen der Beratungsstellen sowie über Hauswurfsendungen, Rundfunk oder Presse kann die Polizei z. B. Bürger und Geschäftsinhaber besonders kriminalitätsgefährdeter Gegenden über diejenigen verhütbaren Delikte aufklären, die in diesen Gebieten besonders häufig auftreten. Dabei können die potentiellen Opfer bestimmter

1) Zu den Aufgaben und den Anforderungen, die an einen Kontaktbereichsbeamten gestellt werden müssen, vgl.: Schwind/ Ahlborn/ Weiß 8, 359 ff.

Straftaten gezielt angesprochen und hinsichtlich der Schutzmöglichkeiten beraten werden. Gleichzeitig ergibt sich für die Polizei die Möglichkeit, die Bevölkerung über die präsumtiven Begehungszeiten und Tator-te von vermehrt auftretenden Straftaten aufklären und entsprechende Warnungen aussprechen. Mobile Beratungsstellen können sich dabei auf diejenigen Stadtviertel konzentrieren, die eine hohe Delinquenzrate aufweisen. Auch für Wirtschaftsunternehmen, wie z. B. Banken und andere Geschäftsbetriebe, in denen für Täter interessante Wertsachen vorhanden sind, ist es wichtig, genaue Zeitanalysen über die Begehungszeiten zu erfahren, und in welchem genau lokalisierten Gebiet vornehmlich Raub-überfälle und Diebstähle auf Geschäftsbetriebe ihrer Branche stattfinden. Diejenigen Geschäftsinhaber, deren Betriebsräume sich in einem besonders gefährdetem Gebiet befinden, können sodann gezielt Vorbeugungs- und Sicherungsmaßnahmen treffen.

Letztlich sei noch darauf hingewiesen, daß bei erkannter Tatortempfindlichkeit andere Behörden und Institutionen um strafverhindernde Maßnahmen gebeten werden können. Als Beispiel ist es denkbar, daß Stadtverwaltungen bestimmte Schlupfwinkelgebiete einer notwendig gewordenen Bausanierung zuführen, ausreichend gesicherte Tiefgaragenplätze schaffen oder schon mit einer besseren Ausleuchtung gefährdeter Straßen, Wege und Plätzen die Arbeit der Polizei auf dem Gebiet der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung unterstützen. Auch können Jugendfürsorgestellen und andere Sozialeinrichtungen durch entsprechende Hinweise ihre Tätigkeit auf die erkannten Täterwohnsitzgebiete und Kriminalitätsballungsräume konzentrieren und beispielsweise durch Einrichtungen von Jugendclubs und Freizeitheimen der Kriminalität entgegenwirken.

3.7. Effektivität der angewandten Kriminalgeographie

Oberstes Ziel aller Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen ist es, den Umfang der Straftaten bis auf das unumgängliche Maß zu reduzieren. Im Hinblick auf die in den 60-iger Jahren beginnenden Bemühungen um eine praxisorientierte und durch Computer unterstützte polizeiliche Einsatzplanung und -lenkung wurden in der Bundesrepublik vielfältige Anstrengungen - im wesentlichen angelehnt an das Nürnberger Modell - unternommen, um unter anderem auch mit Mitteln der Kriminalgeographie diesem Ziel gerecht zu werden. Dabei wurden weder die Kosten der Finanzierung teurer elektronischer Datenbearbeitungsanlagen noch der vermehrte Einsatz von Polizeibeamten im Streifendienst und ebensowenig größere verwaltungstechnische Umorganisation gescheut. Selbstverständlich bleibt daher die Frage zu klären, in welchem Verhältnis dieser Aufwand zum erreichten und erreichbaren Erfolg steht. Schon aus Gründen der Kostenersparnis und uneffektiver Personalvermehrung sind ständig Effizienzanalysen notwendig, d. h. alle Aktionen sind an ihren jeweiligen Folgen im Hinblick auf eine Reduzierung der Kriminalität zu messen¹.

In der Bundesrepublik Deutschland liegen bislang Erfolgskontrollen für die mit Methoden der Kriminalgeographie betriebene polizeiliche Einsatzsteuerung durch Vergleich von exemplarischen Experimentiierungsergebnissen mit Resultaten laufender Maßnahmen, Kosten-Nutzen-Analysen usw. nicht vor. Der Grund für das schwer verständliche Fehlen solcher Effizienzanalysen könnte in der Schwierigkeit liegen, Präventiverfolge der Polizei meßbar und überhaupt sichtbar zu machen.

1) Zur Erforderlichkeit von Effizienzanalysen vgl. Steinhilper, Kriminalistik 1977, S. 145 ff.

Der Zusammenhang zwischen bestimmten präventiven Maßnahmen, wie z. B. dem orts- und zeitspezifischen Einsatz von Polizeistreifen, und der Kriminalitätsentwicklung läßt sich nicht ohne weiteres an der Polizeilichen Kriminalstatistik ablesen. Unmittelbare Rückschlüsse auf den Erfolg bzw. Mißerfolg der durch kriminalgeographische Erkenntnisse gesteuerten Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen können daher z. B. durch einen Vergleich der Tatmonatstabellen nicht gezogen werden. Zu unterschiedlich und teilweise gegensätzlich sind die Einflußgrößen, die sich auf die registrierte Kriminalität auswirken. Die Höhe der Kriminalitätsraten in der Statistik hängt unter anderem von der Anzeige- und Mithilfebereitschaft der Bevölkerung, von der Intensität der Verbrechensbekämpfung ganz allgemein und selbstverständlich auch von der echten Kriminalitätsentwicklung ab. Zusätzlich können vielfältige und unterschiedliche soziale, kulturelle und wirtschaftliche Faktoren eine Rolle spielen. Auch können sich gegenläufige Tendenzen überlagern und teilweise aufheben. So kann eine verstärkte Polizeipräsenz eine bessere Aufhellung des Dunkelfeldes bewirken, d. h. es werden mehr Delikte bekannt und registriert, wodurch wiederum die Kriminalitätsrate statistisch steigt. Gleichzeitig kann aber aufgrund einer größeren Abschreckung und Risikoerhöhung für potentielle Täter durch die sichtbare Polizeiverstärkung auf der Straße, die tatsächliche Kriminalität zurückgegangen sein.

Insgesamt ist zu sagen, daß sich die Effektivität eines mit Hilfe der Kriminalgeographie gesteuerten Polizeieinsatzes nicht unmittelbar an den Veränderungen der Kriminalstatistiken ersehen läßt. Hinzu kommt, daß die Kriminalstatistiken nur in Ausnahmefällen, wie z. B. in Nürnberg, exakt zwischen Präventiv- und Nichtpräventivdelikten unterscheiden, sich der Erfolg oder Mißerfolg des kriminalgeographisch geführten Polizeieinsatzes aber

unmittelbar nur bei den präventablen, d. h. raumbezogenen Delikten statistisch niederschlägt.

Da eine wissenschaftlich belegbare Aussage über die Effektivität der angewandten Kriminalgeographie in Ermangelung von Experimentielergebnissen und breit angelegten Untersuchungen nicht möglich ist, kann im Rahmen dieser Arbeit nur der Versuch unternommen werden, die bisherigen allgemeinen Erfahrungen und den Diskussionsstand zu dieser Frage für die Bundesrepublik wiederzugeben. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die mit der angewandten Kriminalgeographie direkt zusammenhängende Frage, welche Auswirkungen eine durch gezielte Streifenfötigkeit erhöhte Präsenz der Polizei auf die Straßenkriminalität hat.

Herold, als ehemaliger Polizeipräsident in Nürnberg, Leiter und Initiator des "Nürnberger Modells", hat wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß in Nürnberg seit Einführung der elektronischen Einsatzsteuerung die Zahl der Präventivdelikte stetig zurückgegangen sei und dieses Ergebnis mit statistischem Material belegt¹. Dieses positive Resultat, nachdem zumindest für die raumbezogenen Delikte - die in Nürnberg immerhin ca. 30% der Gesamtkriminalität ausmachen² - ein kontinuierlicher Kriminalitätsschwund zu verzeichnen ist, konnte durch in Essen gemachte Erfahrungen bestätigt werden³. In Essen, wo man hinsichtlich der Präventivdelikte von dem weitergehenden Begriff der Straßenkriminalität ausgeht, ging der Anteil der Straßenkriminalität von 1971 mit fast 57% bis 1974 auf 50,4% herunter. Begründet wurde dieser Erfolg mit gezielten Präventiv- und Repressivmaßnahmen, insbesondere durch eine verstärkte zeitliche

1) Herold, KrimGegfr. 9/1970, S. 223 sowie in: Kriminalistik 1971, S. 130

2) Vgl. Helldörfer, Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, S. 155

3) Schmidtman, Deutsche Polizei 10/1976, S. 17 f.

und örtliche Streifentätigkeit uniformierter und auch ziviler Beamter.

Zu nur teilweise positiven Ergebnissen bei der Kriminalitätsbekämpfung durch Verstärkung der vorbeugenden und strafverfolgenden Tätigkeit der Polizei ist Keller¹ bei der Untersuchung eines Experiments im ländlichen Ausstrahlungsgebiet Münchens gekommen. Um unter anderem die Theorie, daß der Anfall von Straftaten durch gezielte Präventivmaßnahmen herabgesetzt werden kann, zu bestätigen, wurde in den Polizeiinspektionen Fürstenfeldbruck und Starnberg eine Erprobung mit Verstärkungskräften durchgeführt. Für ein Jahr wurden diesen Polizeiinspektionen 43 Beamte zusätzlich zugewiesen. Durch die dadurch bedingte Entlastung, vor allem bei der Büroarbeit, konnten vermehrt Beamte zu gezielten Streifengängen bei Tag und Nacht eingesetzt werden. Die Streifeneinteilung erfolgte dabei nach gesonderten Plänen, die die jeweiligen zeitlich und örtlich erkennbaren Kriminalitätsschwerpunkte berücksichtigten. Gleichzeitig wurde die Observation gefährdeter Gebiete verstärkt. Während im Bereich Fürstenfeldbruck die Kriminalität trotz des verstärkten Einsatzes allgemein steigende Tendenz aufwies, gingen im Bereich Starnberg die Zahl der Straftaten, insbesondere des schweren Diebstahls, in dieser Zeit zurück.

Schließlich können zur Unterstützung der These, daß hohe Polizeipräsenz, vor allem sichtbare Streifentätigkeit, präventiv wirkt, noch Einzelerfahrungen herangezogen werden. So hat z. B. während der XX. Olympischen Spiele 1972 in München die Straßenkriminalität durch massenhaften Einsatz uniformierter Fußstreifen schlagartig abgenommen².

1) Keller, Die Polizei 1969, S. 173 ff.

2) Vgl. den Artikel "Stein der Weisen?" in: Die neue Polizei Nr. 4/1976, S. 49 ff.

Als der Generalsekretär der KP der UdSSR Brechnjew 1973 Bonn besuchte, sank dort ebenfalls die Zahl der präventablen Delikte infolge der verstärkten Polizeipräsenz bis auf fast die Hälfte¹.

Insgesamt scheint sich somit die weitgehend verbreitete Auffassung zu bestätigen, daß die Zahl der Straftaten bei erhöhter Polizeipräsenz zurückgeht. Aber abgesehen davon, daß die statistischen Erfolge zum Teil heftig bestritten worden sind², können Schlußfolgerungen daraus nur bedingt gezogen werden. Die Ergebnisse, welche in Einzelexperimenten bislang nicht nachgewiesen wurden, beruhen auf rein statistischen Beobachtungen. Daher ist schon fraglich, ob der behauptete Kriminalitätsschwund tatsächlich vorliegt oder ob er nicht möglicherweise durch nur geänderte statistische Erfassungsmethoden bedingt ist³. Weiterhin können die positiven Resultate, solange es an Einzeluntersuchungen fehlt, nicht auf die computerunterstützte Einsatzsteuerung allein zurückgeführt werden, sondern sind allenfalls als Erfolg des Zusammenwirkens aller Polizeibereiche nach Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zu werten.

Gegen die Annahme, daß sichtbare Polizeipräsenz unmittelbar kriminalitätshemmende Auswirkungen hat, die sich bei zunehmender Präsenz automatisch verstärken, wird in letzter Zeit hauptsächlich das aus Amerika stammende "Kansas-City-Projekt"⁴ angeführt. Im Jahre 1972 unternahm

1) Siehe Hellmer, Der Kriminalist 1974, S. 163

2) Vgl. hierzu die Kritik von Häring gegenüber der Behauptung von Herold, daß nach Einführung der elektronischen Einsatzsteuerung die Zahl der Präventivdelikte in Nürnberg erheblich zurückgegangen sein, in: Kriminalistik 1971, S. 12 ff. und die Erwiderung von Herold in: Kriminalistik 1971, S. 126 ff.

3) Diesen Verdacht äußert Häring hinsichtlich der positiven Nürnberger Ergebnisse in: Kriminalistik 1971, S. 24

4) Zur Beschreibung des Projekts vgl. Kube, Kriminalistik 1975, S. 481 ff. m. w. N.

die Kansas-City-Missouri Polizei im Auftrage einer Polizeistiftung das umfassendste Experiment, das bisher auf diesem Gebiet durchgeführt wurde. Während eines Jahres wurden von dem Projektteam die Auswirkungen von Präventivstreifen in 15 Streifenbezirken von Kansas-City überprüft. Die 15 Streifenbezirke wurden in 3 Gruppen mit jeweils einer vergleichbaren Gesamtfläche sowie vergleichbaren Strukturdaten, wie z. B. Jahreseinkommen der Bevölkerung, Rassenzugehörigkeit usw. eingeteilt. In 5 Bezirken stellte man die bisherige Streifentätigkeit völlig ein. In diesen sog. reaktiven Bezirken erfolgte der Einsatz nur bei Bekanntwerden polizeilicher Anlässe. In weiteren 5 Kontrollbezirken behielt man die üblichen routinemäßigen Streifen bei und in den verbleibenden 5 sog. proaktiven Bezirken wurden die Präventivstreifen um das Doppelte bis Dreifache erhöht.

Das Resultat dieser Forschungsstudie ist überraschend. Die Analyse der erhobenen Daten ergab unter anderem, daß sich bei den drei Gruppen von Streifenbezirken keine signifikanten Unterschiede in der registrierten bzw. mitgeteilten Kriminalität zeigten. Die experimentellen Bedingungen hatten keine nennenswerte Auswirkung auf nächtliche Einbruchdiebstähle, Autodiebstähle, Raubüberfälle oder Vandalismus - also Straftaten, auf die nach bisheriger Annahme Präventivstreifen abschreckend wirken müßten. Es zeigte sich lediglich ein gewisser Verdrängungseffekt bei den Diebstählen von Kraftfahrzeugen.

Zwar können diese Ergebnisse sicherlich nicht generell auf die nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten ausgerichtete und computerunterstützte Einsatzsteuerung übertragen werden. Dies allein schon deshalb nicht, weil das Kansas-City-Projekt ausschließlich den motorisierten Streifeneinsatz betraf. Dennoch wird man insoweit gewisse Schlußfolgerungen ziehen können, als der Verdacht¹

1) Vgl. Gemmer, Kriminalistik 1975, S. 539

bestätigt wird, daß ein örtlich und zeitlich gezielter Einsatz von Präventivstreifen mit der dadurch bedingten erhöhten Präsenz allenfalls eine gewisse Verdrängung der Kriminalität in nichtkontrollierte Nachbargebiete bewirken kann. Eine Kriminalitätsverlagerung kann dabei nicht nur in einer Verdrängung vom Raum A zum Raum B, sondern auch in einer zeitlichen Verschiebung der Tat vom geplanten zu einem späteren Zeitpunkt bestehen. Zu denken ist auch an eine inhaltliche Veränderung der Straftaten, wenn anstelle des geplanten Raubes eine Geiselnahme oder Entführung begangen wird¹.

Zusammenfassend können nach den bisherigen Erfahrungen folgende Behauptungen zur Effektivität eines durch angewandte Kriminalgeographie verbesserten polizeilichen Einsatzdienstes aufgestellt werden²:

- Der allgemeine Streifendienst uniformierter Beamter bietet nur geringe Erfolgsaussichten im Kampf gegen die Straßenkriminalität, weil er erkennbar und "berechenbar" sowie zu sehr auf den Zufall ausgerichtet ist. Ein Antreffen auf frischer Tat ist selten, das Entdeckungsrisiko ist zu gering, als daß dadurch ein wirksamer Abschreckungseffekt erreicht werden könnte.
- Im Gegensatz zum allgemeinen Streifendienst ist der besondere Streifendienst, der gezielt und verstärkt delikts- oder ortsbezogen zu den präsumtiven Begehungszeiten in Uniform durchgeführt wird, zur Prävention und Kriminalitätsverdrängung grundsätzlich geeignet. Voraussetzung ist eine systematische Lenkung und ständige Orientierung an der aktuellen Kriminalitätssituation. Entsprechende Informationen und Analysen müssen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

1) Steinhilper, Kriminalistik 1977, S. 145

2) Hierzu vgl. Spalding, PFA-Schriftenrh. 3/1976, S. 79 ff.; Hornthal, Die Polizei 1977, S. 224 ff. und Scheidtmann, Deutsch Polizei 10/1976, S. 17 ff.

- Verstärkung polizeilicher Präsenz über große Gebiete und lange Zeiträume hat keine wesentlichen Auswirkungen auf das Kriminalitätsgeschehen. Dagegen bewirkt eine verstärkte Polizeipräsenz, örtlich und zeitlich begrenzt, eine Kriminalitätsverdrängung und einhergehend damit eine Verunsicherung der potentiellen Täterkreise.
- Deutlich spürbare Erfolge zeigen sich erst bei erheblicher Personalvermehrung. Massierter Einsatz von Polizeikräften bewirkt einen sofortigen Rückgang der Kriminalität. Solche Kräftekonzentrationen müssen aber schon aus Gründen der Personalknappheit eine Ausnahme bleiben. Abgesehen davon stellt sich auch hier die Frage der Langzeitwirkung.
- Unmittelbar positiven Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung hat eine Schwerpunktüberwachung von Kriminalitätsbrennpunkten durch Kräfte in bürgerlicher Kleidung mit dem Ziel der Täterfestnahme auf frischer Tat und damit der Steigerung der Aufklärungsquote.
- Grundsätzlich hat eine erhöhte Polizeipräsenz nur Auswirkungen auf die präventablen Delikte. Diese machen, von Stadt zu Stadt verschieden, 30-40% der Gesamtkriminalität aus. Auf die restliche Kriminalität hat der nach kriminalgeographischen Gesichtspunkten gesteuerte Streifeneinsatz keinen direkten Einfluß.

4. Zukünftige Möglichkeiten der Kriminalgeographie für die polizeiliche Praxis

4.1. Kriminalgeographische Auswertungen mit der Straftaten-/ Straftäterdatei (SSD)

Bislang werden kriminalgeographische Analysen vornehmlich auf örtlicher und länderinterner Ebene systematisch betrieben. Dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entspricht eine Vielfalt der Auswertungsverfahren von aufwendigen manuellen Verfahren bis hin zum optimalen Einsatz von Computerprogrammen. Ein einheitliches und damit länderübergreifendes kriminalgeographisches Auswertungsverfahren gibt es in der Bundesrepublik zur Zeit nur im Rahmen der von der Polizeilichen Kriminalstatistik zur Verfügung gestellten Daten. Diese Daten sind aber für umfangreiche und aussagekräftige Analysen nur im beschränkten Ausmaß brauchbar. Ein wesentliches Hindernis für eine aktuelle Auswertung mit polizeitaktischen Zielen ergibt sich aus dem Erfassungszeitpunkt der Daten. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Ausgangsstatistik, d. h. die einzelnen Vorgänge werden erst nach Abschluß der Ermittlungen erfaßt. Dabei ist von einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer der einzelnen Fälle von 3 - 4 Wochen auszugehen. Damit hinkt die Polizeiliche Kriminalstatistik hinter der aktuellen Kriminalitätslage hinterher. Sie kann somit allenfalls als Grundlage mittel- und langfristiger Auswertungsziele dienen, wie beispielsweise der Anpassung der Zuständigkeitsbereiche oder der personellen Verteilung der Polizeikräfte an die Kriminalitätsstruktur. Hingegen bietet die Polizeiliche Kriminalstatistik für die aktuelle polizeiliche Einsatzsteuerung keine brauchbaren Entscheidungs-

hilfen. Die Möglichkeit, über die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zu praxisrelevanten kriminalgeographischen Analysen zu gelange, wird ferner dadurch verschlechtert, daß eine geographische Zuordnung der einzelnen Taten in dieser Statistik nur nach Wohnbereichen¹ vorgenommen wird. Damit wird lediglich eine äußerst grobe kriminalgeographische Auswertung der Flächenstaaten ermöglicht.

Verbesserte Möglichkeiten überregionaler Auswertungen bietet die neue Straftaten-/ Straftäterdatei (SSD)², die zentral beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden geführt wird. Auf der Grundlage des Konzepts des Bundesinnenministers vom 8.12.1971 verabschiedete die Innenministerkonferenz am 27.1.1972 ein Programm für ein polizeiliches Informations- und Auskunftssystem. Dieses sah ein gemeinsames, arbeitsteiliges elektronisches Informations- und Auskunftssystem für die gesamte Polizei (INPOL) in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundeskriminalamt als Zentralstelle vor. Ein wesentlicher Baustein dieses INPOL-Systems ist die Straftaten- / Straftäterdatei, die sich zur Zeit noch im Erprobungsstadium befindet, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Die Straftaten-/ Straftäterdatei dient der automatischen Verarbeitung der Daten aller von der Polizei verarbeiteten Verbrechen oder Vergehen und den ermittelten Tatverdächtigen. Im Endausbau der Datei soll nach der Planung ein umfassendes Auskunfts- und Recherchierungssystem zur Verfügung stehen, welches zugleich die Bedürfnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik mit abdeckt.

-
- 1) Bis unter 20 000 Einwohner, 20 000 - 100 000 Einwohner, 100 00 - 500 000 Einwohner und über 500 000 Einwohner.
 - 2) Hierzu insbesondere Krüger, Kriminalistik 1978, S.460 ff. Ferner vgl. Herold, Kriminalistik 1974, S. 385 ff; Stuf, Kriminalistik 1974, S. 402 ff.; Küster, Kriminalistik 1975, S. 433 ff.; Ziercke, Kriminalistik 1976, S. 120 ff.; Wiesel/ Gerster, BKA-Schriftenreihe, Bd.46, S. 121 ff.

Zentralkatalog der SS-Datei ist der Straftatenkatalog. Er zählt die Straftatbestände in der Ordnung der Paragraphen des Strafgesetzbuches ohne kriminologische Gruppierungen. Zu jedem Fall wird eine Vielzahl von Merkmalen erfaßt, die sich für kriminalgeographische Auswertungen eignen, wie z. B. genaue Daten zur Tatzeit, der Tatörtlichkeit, zum Tatmittel oder zu dem angegriffenen Objekt. Nach dem Konzept der SS-Datei wird die Datenlokalisation nach einem 8-stelligen Schlüssel vorgenommen, der nach Land, Regierungsbezirk, Kreis oder kreisfreie Stadt, bis hinunter zur Gemeinde unterscheidet. Der Erfassungszeitpunkt erfolgt für die meldedienstlichen Bedürfnisse auf der Grundlage der Eingangsstatistik, um kurzfristige Analysen über die aktuelle Kriminalitätslage und entsprechend schnelle polizeiliche Reaktionen zu ermöglichen. Für die strategisch-organisatorischen Zwecke, die primär unter mittel- und langfristigen Aspekten zu sehen sind, wird die Genauigkeit der inhaltlichen Aussage der Daten ferner durch die Freigabe nach Abschluß der Ermittlungen über ein Freigabefeld gewährleistet, d. h. es wird insoweit nach der Ausgangsstatistik verfahren. Damit werden zwei Auswertungsziele nebeneinander ermöglicht: Einmal die aktuelle Einzelauswertung, zum anderen die massenstatistische Auswertung für eine gezielte mittel- und langfristige Beobachtung kriminalgeographischer Bereiche.

Nach den Vorstellungen der Polizei sollen mit Abschluß der Erprobungszeit der SS-Datei folgende überregionale Auswertungen für die polizeiliche Praxis nutzbar gemacht werden¹:

- Die aktuelle Einzelauswertung soll bei kriminalpolizeilichen Lagen von überregionaler Bedeutung Zusammenhänge deutlich machen, z. B. bei Straftatenserien

1) Vgl. Krüger, Kriminalistik 1978, S. 463

im Bereich des Raubes, der Drogenszene oder der Falschgelddelikte; ferner bei Sprengstoffattentaten bzw. -drohungen und sonstigen politisch motivierten Gewalttaten, sowie allgemein bei Straftaten bekannter Täter, die überregional tätig werden. Das Ziel solcher Analysen wäre es, operativ verwertbare Erkenntnisse für präventive und repressive Polizeieinsätze in Form von gezielten Fahndungsmaßnahmen, Einzeleinsätzen zum Schutz gefährdeter Objekte und verstärkte Kontrolltätigkeit zu gewinnen und zwar begrenzt auf die als gefährdet erkannten Gebiete.

- Mit Hilfe der massenstatistischen Auswertung sollen Einsichten vermittelt werden über Art und Ausmaß der Tätermobilität auf bundesweiter Ebene, die zeitlichen und räumlichen Zusammenhänge der länderübergreifenden Kriminalität und über die Bildung und Verlagerung permanenter Brennpunktbereiche von überregionaler Bedeutung. Auch ließen sich als Ergänzung regionaler und örtlicher Analysen kriminalitätsauslösende bzw. -fördernde Strukturen kriminalgeographisch relevanter Gesamträume feststellen.

Durch das neuartige INPOL-System werden darüber hinaus kriminalgeographische Spezialuntersuchungen ermöglicht, mit deren Hilfe sich die Transport-, Nachschub-, Verteilungs- und Verbindungswege des überregional organisierten Verbrechens aufdecken lassen. Herold¹ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß beispielsweise die Bader-Meinhof-Bande bei ihren Aktionen der Jahre 1971 und 1972 Bahn und Flugzeug strikt gemieden und ihre gesamte Mobilität auf die Benutzung der Autobahnen konzentriert habe. Die Erkenntnis dieser Tatsache habe die Polizei dazu veranlaßt, ihre Fahndungsmaßnahmen schlagartig auf die Autobahnen zu lenken. Die dadurch hervorge-

1) Herold, Kriminalistik 1977, S. 296

rufenen hektischen und unüberlegten Reaktionen der Bande haben nach Herolds Ansicht dann letztlich zur Festnahme des harten Kerns der Bader-Meinhof-Band geführt. Herold betont ferner, daß es für die Beobachtung großräumiger Kriminalitätswanderbewegungen und Kriminalitätsströme vor allem im Bereich des international organisierten Autodiebstahls und Rauschgiftschmuggels nötig erscheine, neben der Wohnsitz-Tatort Relation auch den Verwertungsort bzw. das Herkunftsland der Ware in die kriminalgeographischen Betrachtungen mit einzubeziehen¹. Erst mit Hilfe kriminaltechnischer Herkunftsbestimmungen und Erkenntnissen über den Verwertungsort können Reiseströme und Verteilerwege entschleiert werden. Hinzutreten muß dabei unterstützend die neuartige Überwachungsform der "beobachtenden Fahndung", einer - so Herold - kriminalgeographischen Spezialform zur Gewinnung von Bewegungsbildern verdächtiger oder hochgefährlicher Tätergruppen². Bei dieser Fahndungsmethode handelt es sich um eine angehaltene Person kontrollierende Beamte Auskünfte über das INPOL-System ein. Handelt es sich um eine verdächtige Person, bei der aber keine Anhaltspunkte für sofortige polizeirechtliche oder strafprozessuale Maßnahmen vorliegen, so erstattet der Beamte der INPOL-Dienststelle eine Rückmeldung über den Vorgang. Dadurch entstehen Bewegungs- und Kontaktbilder verdächtiger Personen, die zur Aufhellung des organisierten Verbrechens unerlässlich sind.

4.2. Kriminalgeographische Erkenntnisse als Grundlage einer Kriminalitätsprognose³

Prognoseverfahren, die zukünftige Entwicklungen auf einem Gebiet veorausschauend beurteilen, sind uns heute

1) Herold, Kriminalistik 1977, S. 296

2) Herold, Kriminalistik 1977, S. 296

3) Zur Kriminalitätsprognose siehe Kube, Kriminalistik 1976, S. 350 ff.

vor allem im Bereich des Wirtschaftslebens geläufig. Bei der präventiven und repressiven Verbrechensbekämpfung ist eine methodisch abgesicherte Prognose von Kriminalitätsentwicklung weitgehend vernachlässigt worden. Solche Vorhersagen beruhen heute noch mehr auf Erfahrung und Intuition qualifizierter Beamter als auf exakten, rationalen Verfahrens-Methoden. Für Kriminalitätsprognosen haben kriminalgeographische Analysen vielfältige Bedeutung in kriminalistischer und kriminalpolitischer Hinsicht¹:

- als Vorschau auf zeitliche und örtliche Kriminalitätsmassierungen für kurzfristige Planungen von polizeilichen Bekämpfungsmaßnahmen,
- als Vorschau auf die Quantität der Delikte und das kriminelle Ausstrahlungsgebiet eines bestimmten Raumes bei mittel- und längerfristigen Planungen der Polizeiorganisation und des Polizeibedarfs,
- als Vorschau auf die kriminelle Entwicklung bei Strukturveränderungen z. B. im Bereich des Bauwesens, der Arbeitsmarktlage, des Straßenbaus, des Ferienverkehrs, der staatlichen Fürsorgemaßnahmen, der Bevölkerungsdichte usw.

Kriminalitätsprognosen können sich zunächst auf eine lineare Verlängerung statistischer Zeitreihen der Vergangenheit in die Zukunft stützen. Haben sich bei genügend langer Beobachtung konstante Werte, z. B. bei der Bestimmung der örtlichen und zeitlichen Kriminalitätsdichte, der Täterwohnsitzdichte, des Umfangs der Tätermobilität usw. ergeben, wird sich ein bestimmter Trend auch für die Zukunft vorhersagen lassen. Bei dieser Methode der fortschreibenden Vorausschau wird vorausgesetzt, daß die Verhältnisse in dem zu prognostizierenden Gebiet grundsätzlich stabil bleiben. Es wird somit der Komplexität der

1) Vgl. Kube, Kriminalistik 1976, S. 351

Kriminalitätsentstehung und -veränderung wenig Rechnung getragen. Aber auch wenn sich wegen der grundsätzlich unterstellten Systemstabilität die Exploration des Trends für genauere Vorhersagen auf längere Sicht kaum eignet, ermöglicht diese einfache Methode doch relativ sichere kurzfristige Prognosen. So führt Schäfer¹ als Beispiel eine im Januar 1970 für die Stadt Bremen erstellte Kriminalitätsprognose an, welche auf die Jahre 1975 und 1980 abgestellt war. Im Wege der Exploration hat man damals die Kriminalitätsstatistiken, die Häufigkeitsziffern und die Bevölkerungsdichte der Jahre 1963 - 1969 berücksichtigt. Für 1975 wurden daraufhin 49 744 Straftaten hochgerechnet und tatsächlich wies die Kriminalstatistik 1975 in Bremen 49 799 Straftaten aus. Allerdings sei - so Schäfer - zuzugeben, daß der Anstieg der Gewaltdelikte damals unterschätzt worden sei, so daß für das Jahr 1980 die zweite Prognose von 1975 habe höher angesetzt werden müssen.

Das Optimum des heute zu Erreichenden stellt der multifaktorelle Ansatz dar. Dabei wird die Prognose aufgrund einzelner Indikatoren erstellt, wie z. B. dem Grad der Verstädterung, der Bevölkerungsmobilität und -dichte, der Wohnstruktur, der Flächennutzung, dem Durchschnittseinkommen, dem Ausbildungsniveau usw., Indikatoren, bei denen in der Vergangenheit eine Korrelation mit der Kriminalitätsentwicklung festzustellen war. Der Kriminalgeographie obliegt es, diese Indikatoren innerhalb eines Raumes zu entdecken, sie zu beschreiben und in ihrer Bedeutung für das abweichende Verhalten einzuordnen. Solche Indikatoren müssen selbst kriminogen sein, sie indizieren nur einen Zustand und stellen Anregungsinformationen dar, welche kriminalstrategische Entscheidungsprozesse bewirken und der polizeilichen Praxis das Suchen nach den Kriminalitätsursachen ersparen². Ferner

1) Schäfer, Kriminalistik 1976, S. 347

2) Schäfer, Kriminalistik 1976, S. 349

bieten sie ausreichende Wahrscheinlichkeitsurteile, um kriminalpolitische Maßnahmen zu treffen.

In seiner Nürnberger Untersuchung hat Herold¹ unter anderem auf den Zusammenhang zwischen Deskriptoren, die den City-Charakter als Teil der Innenstadt von Nürnberg erklären und der Stärke der Kriminalitätsbelastung hingewiesen. Herold geht aufgrund seiner Untersuchungen von der Hypothese aus, daß der Kriminalitätsanfall in einem Raum wesentlich vom Umfang des dort vorhandenen Dienstleistungs- und Handelsgewerbe (tertiärer Sektor), d. h. von der Anzahl der Kaufhäuser, Läden, Banken, Versicherungen usw. bestimmt wird. Diese Vermutung hat sich inzwischen für Bochum bestätigt². Im Gegensatz zu Nürnberg wurde in Bochum allerdings als Indikator für den tertiären Sektor nicht die Geschoßflächenzahl der Häuser, sondern die Zahl der im Dienstleistungs- und Handelsgewerbe Beschäftigten herangezogen.

Eine differenzierte Indikatorenliste unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität ist vom Bremer Landeskriminalamt erstellt worden³. Danach könnten nachstehend aufgeführte und nach der Bedeutung geordnete Indikatoren für die Analyse eines gegenwärtigen und zur Prognose eines zukünftigen Kriminalitätszustandes eines Ortsteils benutzt werden:

1. Aufbau der Bevölkerung (Alter, Geschlecht, Zu-/ Abnahmetendenzen, Wohndichte, Ausländer usw.);
2. Familienstand;
3. Familiensituation (Ehepaare mit Kindern, unvollständige Familien, erwerbstätige Mütter, Scheidungen, Zahl der Haushalte usw.);
4. Wohnverhältnisse (von Wohnungsgröße bis hin zu Symptomen der Wohnzufriedenheit und des Heimatgefühls);

1) Herold, Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, S. 203 ff.

2) Siehe Schwind/ Ahlborn/ Weiß S. 124 ff.

3) Vgl. Schäfer, Kriminalistik 1977, S. 437

5. Beruf, Erwerb, Einkommen (von der Berufszusammensetzung der Bevölkerung bis hin zu Wohngeld- und sozialhilfeempfängern);
6. Schulstatistik;
7. Kfz.-Anzahl und -Dichte, Ein- und Auspendler;
8. Mobilität der Bevölkerung;
9. Ein- und Auspendler;
10. Selbstmordrate und Selbstmordversuche;
11. Rauschgiftabhängige und Trunksüchtige;
12. Fürsorgeerziehungen;
13. Prostituierte;
14. Nachtlokale und Gastwirtschaften;
15. Kriminalitätshäufigkeitsziffer und -belastungsziffer.

Bei der Aufstellung solcher Indikatorenlisten ist zu bedenken, daß auch sie nur allenfalls mittelfristige Prognosen ermöglichen, da sich in längeren Zeiträumen die örtlichen Verhältnisse grundlegend geändert haben können. Auch scheint der heutige Stand kriminologischer Erkenntnisse, unter anderem auch innerhalb der theoretischen Kriminalgeographie, für eine sichere Beurteilung der kriminovalenten Bedeutung der einzelnen Indikatoren noch nicht ausreichend. Immerhin erweist sich die Kriminalgeographie grundsätzlich als taugliches Mittel, Daten für kriminologische Regionalanalysen¹ an die Hand zu geben, die als Planungsgrundlage für die Führung und den Einsatz der Polizei und auch für ressortübergreifende Informationen im Bereich der Kriminalitätsprophylaxe dienlich sind.

1) Hierzu vgl. Jäger, PFA-Schriftenreihe 4/1976, S.63 ff. sowie derselbe in: Kriminalistik 1976, S. 355 ff.

5. Kriminalpolitische Forderungen

Die Tatsache, daß die Regionen mit der höchsten Polizeidichte auch die höchste Kriminalität und die Gebiete mit der geringsten Polizeidichte auch die geringste Kriminalität zu verzeichnen haben, läßt den Schluß zu, daß die Polizeidichte keinen Einfluß auf die Kriminalität als Massenerscheinung hat. Sie ist vielmehr von ihr abhängig. Eine hohe Polizeidichte kann zwar aufklärungshemmende Faktoren, wie z. B. Bevölkerungsdichte und Anonymität in der Stadt, bis zu einem gewissen Grade ausgleichen, wirksame Barriere gegen eine Massenkriminalität ist sie dagegen nicht.

Insgesamt zeigt sich, daß eine noch so gut funktionierende Strafverfolgung (die ja letztlich ein "Hinterherlaufen" hinter dem Täter darstellt) keinen Einfluß auf den Kriminalitätsumfang als statistischen Umfang der heutigen Massenkriminalität, d. h. vor allem die Bereicherungskriminalität, hat. Das kann aber andererseits nicht heißen, daß sich das risikoempfindliche Berufsverbrechertum nicht durch eine erhöhte Aufklärungsquote und höhere Verurteiltenzahlen in gewisser Weise abschrecken ließe. Gegenüber der allgemeinen Kriminalität schlägt jedoch ein erhöhtes Entdeckungsrisiko nicht genügend durch, sondern führt allenfalls zu einer Verlangsamung der Kriminalitätszunahme, keinesfalls aber zu einer Verhinderung von Kriminalität überhaupt.

Einige Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung sind im Bereich der Straßenkriminalität durch den kriminalgeographisch gesteuerten Polizeieinsatz erzielt worden. Allerdings sollte bei dem Ausbau des kriminalgeographischen Informationssystems der Polizei nicht übersehen

werden, daß sich die Polizei mit zunehmender Technisierung mehr und mehr vom Bürger entfernt. Der gezielte Einsatz von polizeilichen Maßnahmen nutzt aber nur wenig, wenn der Kontakt zur Bevölkerung abreißt. Entscheidend für eine wirksame Strafverhütung und Strafverfolgung sind nach den bisherigen Untersuchungen die Anzeigebereitschaft der Bürger und der enge Informationsaustausch mit einer Polizei, zu der die Bürger volles Vertrauen haben. Richtig erscheint daher das gezielte Einsetzen von sog. Kontaktbereichsbeamten nach dem Sheriff-System. Dieser Polizeibeamte sollte sich nicht nur durch gelegentliche Streifenrunden von Ruhe und Ordnung in seinem Bezirk überzeugen, sondern er sollte in und mit der Bevölkerung seines Zuständigkeitsbereichs leben. Dabei sollte er, abgesehen von seinen rein polizeilichen Aufgaben, den Bürgern auch mit Rat und Tat bei der Bewältigung ihrer sonstigen vielfältigen Probleme beiseite stehen, d. h. sich nicht nur als Strafverfolgungsorgan, sondern bis zu einem gewissen Grad auch als Sozialhelfer verstehen.

Aufgrund der bisherigen Untersuchungen der Kriminalgeographie kann man daher sagen, daß es für die Polizei bezüglich der Bekämpfung der Massenkriminalität nicht ausreicht, bloßes Strafverfolgungsorgan zu sein. Sie muß auch Organ einer vorbeugenden Kriminalitätsverhütung sein, d. h. auch die Polizei muß der Kriminalität Hemmnisse bereiten, die vor allem in vorbeugenden Präventivmaßnahmen zu sehen sind. Hierfür genügt nicht lediglich eine Verbesserung bloßer Strafverfolgungstätigkeit, da man sich auf die abschreckende Wirkung des Strafrechts heute nicht mehr verlassen kann.

Wichtig ist es daher, die Präsenz der Polizei nicht nur durch bloße Erhöhung der Polizeidichte zu gewährleisten, sondern durch den kriminalgeographisch gesteuerten Polizeieinsatz zu erreichen, daß die Polizeikräfte, die zur Verfügung stehen bürgernah zur richtigen Zeit und am richtigen Ort optimal eingesetzt werden. Für eine solche Einsatz- und Führungsplanung der Polizei, bei der die Kriminalitätslage auch vorausschauend beurteilt wird, sind die Informationen, die die moderne Kriminalgeographie zur Verfügung stellen kann, unerlässlich. Wesentlich und entscheidend für die angewandte Kriminalgeographie ist es daher, den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Polizeiführungsdienststellen des Bundes und der Länder, aber auch zwischen der Polizei und sonstigen Verwaltungsstellen voranzutreiben und dabei ein einheitliches System der Datengewinnung und -verarbeitung zu erreichen.

Aufgabe der Kriminologie, und damit auch der theoretischen Kriminalgeographie, ist es letztlich, durch die empirische Gewinnung von Daten und Fakten über das Verbrechen und die Kriminalität der Kriminalpolitik Richtlinien und Entscheidungsgrundlagen zu liefern, anhand derer staatliche Eingriffsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Mißstände entwickelt werden können. Die Frage ist, welche Konsequenzen und praxisgerechten Möglichkeiten zur Kriminalitätsbekämpfung sich aus dem bisherigen Befund kriminalgeographischer Untersuchungen ergeben.

Die theoretische Kriminalgeographie hat aufgezeigt, daß es nicht nur gesamtgesellschaftliche Abhängigkeiten der Kriminalität gibt, sondern auch innerhalb ein und desselben Gesellschaftssystems und eines ähnlichen Straf-

verfolgungssystems regionale Unterschiede in der Kriminalität - als ein für den jeweiligen Ort und die jeweilige Zeit typisches Syndrom - bestehen. Trotz der heute starken Verflechtung von Stadt und Land mit benachbarten Regionen hat sich herausgestellt, daß es Kriminalitätsunterschiede von Gemeinde zu Gemeinde, von Stadtteil zu Stadtteil, ja sogar von Straße zu Straße gibt, die nicht allein mit einer unterschiedlichen Strenge in der Strafverfolgung erklärt werden können. Wenn es aber tatsächlich solche regionalen Kriminalitätsunterschiede gibt - und die kann aufgrund heutiger Untersuchungsergebnisse nicht länger geleugnet werden - dann muß es auch regionale Ansatzpunkte geben, diese Faktoren zu bekämpfen und zu eliminieren. Dabei haben die bisherigen kriminalgeographischen Untersuchungen ergeben, daß es nicht allein genügt, die Effektivität der Strafverfolgung zu erhöhen, sondern daß zur Bekämpfung der Massenkriminalität bei den kriminogenen Faktoren anzusetzen ist. Dies vermag nur eine darauf ausgerichtete präventive Kriminal-, Sozial-, Kultur-, Stadtplanungs- und Baupolitik.

Wenn innerhalb desselben Wirtschaftssystems regionale Wirtschaftspolitik betrieben wird, kann und muß es auch regionale Kriminalpolitik geben, die die einzelnen Regionen nach der in ihnen vorkommenden Kriminalität behandelt. Hellmer¹ hat hier den interessanten Vorschlag gemacht, regionale Kriminalitätsausschüsse zu bilden. Diese Kriminalitätsausschüsse müßten bestehen aus Vertretern aller an der Kriminalitätsbekämpfung beteiligten und interessierten Stellen, wie z. B. Vertreter der Strafverfolgungsorgane, der Regional- und Stadtplanungsbehörden, der Jugendämter, der zuständigen Organe für die Sozial-, Kultur- und eventuell Wirtschaftspolitik, sowie Kriminaltherapeuten, Kriminologen und auch Vertretern örtlicher Bürgergruppen.

1) Hellmer, RdJB 1973, S. 271

Aufgabe dieser Ausschüsse wäre es zunächst, Kriminalitätsdaten und Fakten zu sammeln, um etwaige örtliche Kriminalitätsquellen und Schwerpunkte, wie z. B. bestimmte Siedlungen, Industriegebiete, City-Konzentrationen, Vergnügungsgebiete usw. aufzudecken. Unter Berücksichtigung möglicher Ursachen - für die die theoretische Kriminalgeographie bislang nur einige Anhaltspunkte geben kann und die durch anhaltende regionale Beobachtung abgestützt werden müßten - könnten dann bei Beteiligung aller Vertreter Verhütungs- und Gegenmaßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von örtlichen Kriminalitätsquellen erarbeitet werden. Soweit sich dabei überörtliche Probleme ergeben, können diese mit entsprechenden Ausschüssen der Nachbarregionen oder einer nächst höheren Instanz (Bezirksausschüsse) beraten werden. Endlich könnte ein wesentlicher Teil des Material an eine bundeseinheitliche Zentralstelle weitergegeben werden, die daraufhin Empfehlungen insbesondere zu gesamtgesellschaftlichen Möglichkeiten einer Kriminalitätsbekämpfung für die Regierung ausarbeitet.

In diesem Zusammenhang ist der Versuch der Stadt Berlin¹ von großer Bedeutung, die - und zwar erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland - einen Planungsausschuß eingesetzt hat, der folgende Aufgaben bewältigen sollte: "Problemursachen analysieren und unter Berücksichtigung der Vorbeugung und der (Re)Sozialisation Konzepte und organisatorische Formen entwickeln, mit dem Ziel, Kriminalisierung möglichst weitgehend zu verringern und eine Begrenzung und möglicherweise einen Abbau der Kriminalität zu bewirken"². Dem Planungsteam gehörten dabei Vertreter der verschiedensten Behörden u. a. des Schulwesens, der Familie, Jugend und Sport, für Arbeit und Soziales, der Finanzen, der Justiz, des Bau- und Wohnungswesens,

-
- 1) Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin
 - 2) Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, S. 3

für Gesundheit und Umweltschutz und des Inneren an, die ihrerseits von ihrer fachlichen Ausbildung her wiederum aus unterschiedlichen Bereichen kamen. Diese von Staats wegen eingesetzte Expertenkommission erarbeitete unter Hinzuziehung vieler Fachleute der Gebiete Heimerziehung, Schulerziehung, Resozialisierung, Wohnsituation und Stadt-sanierung, nicht nur Analysen zum Problem der Kriminalität, sondern schlug auch Lösungsmöglichkeiten vor, die bis zur genauen Kostenabrechnung reichten.

Aus der Sicht kriminalgeographischer Betrachtungsweise, die sich besonders mit der Raumstruktur der einzelnen Regionen und ihres Zusammenhangs mit der Kriminalität beschäftigt, sind einige Aspekte der vom Planungsteam untersuchten Einflußfaktoren auf die Kriminalität von besonderer Bedeutung. So stellte der Untersuchungsausschuß zum Wohnbereich fest¹, daß die sich zeigenden Tendenzen zur Konzentration und Trennung der Funktionen im Städte und Wohnungswesen dem modernen Anspruch der Integration der Bevölkerung und der Identifikation der Bewohner mit ihrer Umgebung nicht gerecht werden. Um dem Problem der Integration zu begegnen, werden Kommunikationseinheiten gefordert, "die weder bereichsgebunden noch derart lokalisiert sind, daß sie gezielt aufgesucht werden müssen, da dann die Kommunikationswahrscheinlichkeit abnimmt"². Eine Möglichkeit die Isolation und Ghet-tosituation bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Wohn-gebieten zu vermeiden, wäre die Schaffung von Einkaufs-bereichen mit kulturellen und freizeitgestaltenden Ein-richtungen einschließlich Gemeinschaftseinrichtungen, die in die Wohnbereiche durch entsprechende Wegenetze einbezogen sind³. Für den unmittelbaren Bereich einer

-
- 1) Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, S. 129 ff.
 - 2) Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, S. 131
 - 3) Vgl. auch Westohal, Die neue Polizei 1978, S. 114 ff.

Wohnanlage ließe sich durch Entstehung erlebnisreicher und informativer Fußgängerzonen, kombinierter Spiel- und Freizeitflächen und durch die Mischung von Wohntypen das Integrationsniveau der Bevölkerung erhöhen und das Identifikationsbewußtsein der Bewohner im Hinblick auf deren Umgebung intensivieren.

Besondere Bedeutung kommt der Vorbeugung negativer Umwelteinflüsse auf die Jugendlichen zu. Im Zusammenhang mit der Planung und Gestaltung des Wohnbereichs sind geeignete Maßnahmen im Freizeitbereich der Kinder und Jugendlichen unerläßlich, um Aggressionen, wo sie in Kriminalität ausufern, zu verhindern und in kreative und konstruktive Bahnen zu lenken. Neben der Entwicklung einer Freizeitpädagogik sind zuzüglich hierzu auch entsprechende Räume zu gestalten. Dabei eignen sich hierfür insbesondere Spielstraßen, Abenteuerspielplätze und Freizeitzentren in Form von Kinder- und Jugendclubs.

Überlegt werden sollte auch, ob nicht ebenso wie der Prüfstatiker, die Brandinspektion, Naturschutzstellen, die Verkehrspolizei, auch die Kriminalpolizei bei Baubauungsplan- bzw. Baugenehmigungsverfahren für Neubau- und Sanierungsgebiete mit eingeschaltet werden kann. Gerade in Baugebieten, in denen später Sicherheitsprobleme in Form von Vandalismus und auch schwerer Kriminalität relevant werden können, ist es notwendig, daß die Polizei ihr umfangreiches Erfahrungswissen zur Verfügung stellt und dabei ebenso zu Worte kommt, wie andere Verwaltungsstellen. Wünschenswert wäre es auch, wenn der Vorschlag von Schreiber¹ aufgegriffen werden würde, und ähnlich wie bei der Verwendung von Geldern für künstlerische Zwecke in Höhe von 0,5 bis 2% der reinen Bausumme, auch Aufwendungen für Sicherheitszwecke im Bereich der Kriminalitätsabwehr gesetzlich vorgeschrieben oder wenigstens gefördert würden.

1) Schreiber, Kriminalistik 1979, S. 54

Diese Ausführungen lassen erkennen, daß die Forderung nach einer Intensivierung der kriminalgeographischen Forschung nicht unberechtigt ist. Die Aufdeckung von Zusammenhängen zwischen Kriminalitätsquoten und Wohndichte, Art und Maß der baulichen Nutzung, Wohncharakter und sogar der Straßenbeleuchtung, sind für die Neugestaltung als auch für die Sanierung von Wohn- und Citygebieten von großer Bedeutung. Sicher ist, daß alle Bemühungen der Kriminalgeographie nicht dazu führen werden, eine kriminalitätsfreie Gesellschaft zu erreichen. Aber es gibt einen großen Teil von vermeidbarer Kriminalität, der mit Hilfe kriminalgeographischer Erkenntnisse durchaus zu bekämpfen ist.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

Albrecht, Günter

- Soziologie der geographischen Mobilität, Stuttgart 1972
- Art.: "Kriminalgeographie"; in: KKW, hrsg. von G. Kaiser, F. Sack, H. Schellhoss, Freiburg i. Brsg. 1974, S. 165 ff.
- Art.: "Wanderungen und Mobilität"; in: KKW, hrsg. von G. Kaiser, F. Sack, H. Schellhoss, Freiburg i. Brsg. 1974, S. 386 ff.
- Welche Konsequenzen lassen sich aus den Ergebnissen der Dunkelfeldforschung für die Kriminalpolitik ableiten?; in: Die Polizei 1975, S. 265

Amelunxen, Clemens

- Kriminologie der Grenze; in: ArchKrim 1975, S. 129 ff.

Aschaffenburg, Gustav

- Das Verbrechen und seine Bekämpfung, 3. Aufl., Heidelberg 1923

Augschun, Günther

- Möglichkeiten für die Festsetzung der Polizeistärken nach einheitlichen Maßstäben; in: Die Polizei 1969, S. 1 ff.

Bader, Karl S.

- Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität, Tübingen 1949

Bauer, H.

- Die Kriminalität von drei in ihrer Struktur verschiedenen Landgemeinden Mittelbadens während der Jahre 1920-1944, jur. Diss., Freiburg 1951

Bayreuther, H.

- Über die Bedeutung der Umweltbedingungen für den Selbstmord; in: Selbstvernichtung, Hrsg. Ch. Zwingmann, Akademische Reihe, Frankfurt 1965, S. 47 ff.

Becker, Pirmin

- Victimologische und präventive Aspekte in der Polizeilichen Kriminalstatistik; in: Die Kriminalstatistik als Führungsmittel, Polizeinstitut Hiltrup 1972, S. 113 ff. - gekürzt in: Kriminalistik 1973, S. 9 ff.

Bertling, Günther

- Polizeiliche Einsatzplanung mit Hilfe der EDV; in: Die Polizei 1967, S. 193 ff.

Bessler, Karl

- Die Kriminalität Westpreussens, Breslau 1915

Blau, Brunno

- Kriminalstatistische Untersuchung der Kreise Marienwerder und Thorn, Berlin 1903

Braun, Christa

- Selbstmord, München 1971

Breland, Michael

- Präventive Kriminalitätsbekämpfung. Ein lerntheoretisches Konzept der Prävention im sozialen Rechtsstaat, dargestellt am Beispiel der Wirtschaftsstraftaten gegen Gemeineigentum, Diss., Gießen 1974

Brennecke, Lutz

- Die Organisation der Kriminalpolizei; in: Der Kriminalist 1972, S. 1 ff.

Brusten, Manfred

- Determinanten selektiver Sanktionierung durch die Polizei; in: Die Polizei, Hrsg. J. Feest u. R. Lautmann, Opladen 1971, S. 31 ff.
- Interview: Akten anlegen heißt nicht Kriminalität bekämpfen; in: Deutsche Polizei 8/1976, S. 9 f.

Burchardt, Hans Hermann

- Kriminalität in Stadt und Land, Berlin und Leipzig 1936
- Art.: "Stadt und Land (B. Tatortkriminalität)"; in: HwK, 1. Aufl., Bd. 2, Berlin u. Leipzig 1936, S. 663 ff.
- Inwieweit ist die Großstadt-, inwieweit die Landbevölkerung krimineller?; in: ArchKrim 1936, S. 84 ff.

Chilton, R. J.

- Continuity in delinquency area research: A comparison of studies for Baltimore, Detroit and Indianapolis; in: ASR 1964, S. 71 ff.

Clinard, Marshall B.

- Cross-cultural Replication of the Relation of Urbanism to Criminal Behavior; in: ASR 1960, S. 253 ff.
- Anomie and Deviant Behavior, New York 1964

Collmann, Hans-Jürgen

- Internationale Kriminalstatistik, Stuttgart 1973

Damme, Friedrich

- Die Kriminalität und ihre Zusammenhänge in der Provinz Schleswig-Holstein, in: ZStW 1892, S. 657

Diesterweg, Edgar

- Untersuchungen zur Kriminalität in Mecklenburg-Schwerin, jur. Diss., Köln 1933

Dittrich, Erich

- Polizei und Raumordnung; in: Die Polizei 1967, S. 265 ff.

Dochow, Franz

- Die Kriminalität im Amtsbezirk Heidelberg, Berlin 1906

Dünnebier, H.

- Verbrecher und Verbrechertum in Bayern, München 1944

Durkheim, Emile

- Le suicide, Paris 1897 - Deutsche Übersetzung: Der Selbstmord, Darmstadt 1973

Ender, Karl

- Auf dem Wege zum regionalen EDV-Zentrum; in: Die Polizei 1970, S. 138 ff.
- Die Verstaatlichung und Neuorganisation der Hessischen Polizei unter Berücksichtigung polizei- bzw. kriminalgeographischer Gesichtspunkte; in: Kriminalistik 1974, S. 547 ff.

Exner, Franz

- Kriminologie, 3. Aufl., Berlin, Göttingen, Heidelberg 1949

Eyde, Herbert von

- Die Kriminalität der Stadt London in den Jahren 1934 und 1935; in: MSchrKrim 1937, S. 187 f.

Feest, Johannes u. Blankenburg, Eberhard

- Die Definitionsmacht der Polizei, Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 1, Düsseldorf 1972

Ferri, Enrico

- Das Verbrechen als soziale Erscheinung (deutsche Übersetzung von H. Kurella), Leipzig 1896

Feuerbach, Paul Johann Anselm Ritter von

- Lehrbuch des gemeinen in Deutschland gültigen Peinlichen Rechts, 14. Aufl., Gießen 1847, hrsg. von C. J. A. Mittermaier

Fink, Georg

- Einbruchstatorte vornehmlich an Einfallstraßen?; in: Kriminalistik 1969, S. 358 ff.

Frehsee, Detlef

- Kriminalität in einem fremdenverkehrsintensiven Nordseebad; in: Der Kriminalist 1976, S. 112 ff.

Gemmer, Karl-Heinz

- Probleme polizeilicher Prävention; in: Kriminalistik 1975, S. 537 ff.

Gerold, Werner

- Analyse der Raub- und Einbruchsdelikte einer Großstadt; in: Kriminalistik 1977, S. 544 ff.

Göppinger, Hans

- Kriminologie, 3. Aufl., München 1976

Graff, Helmut

- Die deutsche Kriminalstatistik, jur. Diss., Stuttgart 1975

Grantz, Klaus

- Strukturanalyse der Umweltbedingungen jugendlicher männlicher Vermögenstäter in einer Großstadt und in einem ländlichen Landgerichtsbezirk. Eine vergleichende Aktenuntersuchung an 300 Probanden, jur. Diss., Hamburg 1972

Gruhle, Hans W.

- Kriminalitätsgeographie; in: MSchrKrim 1938, S. 277
- Sammelreferat über Kriminalitätsgeographie; in: MSchrKrim 1940, S. 265 ff.

Guerry, A. M.

- Statistique comparée de l'état de l'instruction et du nombre des crimes, Paris 1829
- Essai sur la statistique morale de la France, Paris 1833
- La statistique morale de l'Angleterre comparée avec la statistique morale de la France, Paris 1864

Haas, Werner

- Anachronismen in der Polizeiarbeit; in: Kriminalistik 1967, S. 617

Hack, Horst

- Die Kriminalität zweier badischer Städte, Villingen und Donaueschingen, während der Vor- und Nachkriegszeit (1935-1939, 1946-1951), jur. Diss., Mainz 1954

Hacker, E.

- Internationale Kriminalstatistik; in: MSchrKrim 1931, S. 269 ff. und in: MSchrKrim 1935, S. 10 ff.

Häring, Hermann

- Kriminalitätsrückgang durch automatisch gesteuerten Polizeieinsatz?; in: Kriminalistik 1971, S. 12 ff.

Hake, Günther

- Kartographie II, 2. Aufl., Berlin u. New York 1976

Harms, Dieter

- Elektronische Datenkleinanlage zur Lösung lokaler kriminalpolizeilicher Aufgaben; in: Der Kriminalist 1974, S. 472 ff. und S. 533 ff.

Heil, Karl Heinz Wilhelm

- Umfeld und Kommunikation. Eine vergleichende Analyse der Kommunikationsstrukturen in einem innerstädtischen Altbauquartier und einer neuen Großwohnsiedlung am Stadtrand, Diss., München 1968

Heinz, Wolfgang

- Die Neue Polizeiliche Kriminalstatistik auf EDV-Basis. Terminologie, Gliederung und Zählweise; in: Kriminalistik 1972, S. 148 ff.

Helldörfer, Heinrich

- Nürnberg - Kriminalgeographie einer Großstadt; in: Stadt und Stadtraum, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 97, Hannover 1974, S. 151 ff.

Hellmer, Joachim

- Kriminalitätsentwicklung und -abwehr in der Demokratie, Recht und Staat, Heft 380, Tübingen 1969
- Kriminalitätsatlas der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins. Ein Beitrag zur Kriminalgeographie, Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden 1972
- Kriminalität in Berlin; in: Festschrift für Ernst Heinitz, Berlin 1972, S. 575 ff.
- Zur Kriminalität in beiden Teilen Deutschlands; in: Festschrift für Reinhard Maurach, Karlsruhe 1972, S. 641 ff.
- Massenkriminalität; in: Die Polizei 1972, S.333 ff. u. S. 385 ff.
- Regionale Unterschiede in der Jugendkriminalität; in: RdJB 1973, S. 268 ff.
- Kriminalgeographie und Verbrechensbekämpfung; in: Der Kriminalist 1974, S. 99 ff. u. S. 160 ff.
- Der Einfluß des Fremdenverkehrs auf die Kriminalität; in: MSchrKrim 1975, S. 174 ff.
- Kriminalität und Identität; in: Festschrift für Richard Lange, Berlin 1976, S. 573 ff.
- Identitätstheorie und Gemeindekriminalität; in: ArchKrim 1978, S. 1 ff.

Hellpach, W.

- Geopsyche, 5. Aufl., Leipzig 1939

Hentig, Hans von

- Das Verbrechen, Bd. I, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1961

Herold, Horst

- Kriminalgeographie - Ermittlung und Untersuchung der Beziehung zwischen Raum und Kriminalität; in: Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, Hrsg. H. Schäfer, Hamburg 1968
- Kriminalgeographie - Ermittlung und Untersuchung der Beziehungen zwischen Raum und Kriminalität (Referat); in: Die elektronische Datenbearbeitung, Polizei-Institut Hilstrup, 19. Arbeitstagung Hilstrup 1968, S. 151 ff.
- Kriminalgeographie; in Die Polizei 1969, S. 81 ff.

Herold, Horst

- Neue Wege kriminalpolizeilicher Verbrechensbekämpfung; in: KrimGegfr. 9/1970, S. 208 ff.
- Kybernetik und Polizeiorganisation; in: Die Polizei 1970, S. 33 ff.
- Kriminalistische Fehlschlüsse; in: Kriminalistik 1971, S. 126 ff.
- Künftige Einsatzformen der EDV und ihre Auswirkungen im Bereich der Polizei; in: Kriminalistik 1974, S. 385 ff.
- Polizei und Prävention, BKA-Vortragsreihe, Bd. 22, hrsg. vom Bundeskriminalamt, Wiesbaden 1976, S. 5
- Ist die Kriminalitätsentwicklung - und damit die Sicherheitslage - verlässlich zu beurteilen?; in: Kriminalistik 1976, S. 337 ff.
- Die Bedeutung der Kriminalgeographie für die polizeiliche Praxis; in: Kriminalistik 1977, S. 289 ff.

Hochscherff, Franz

- Eine Analyse der Einbruchskriminalität; in: Die Polizei 1969, S. 278 ff.

Hoffmann, H.

- Zur Geographie der Kriminalität in Deutschland, jur. Diss., Würzburg 1921

Holle, Rolf

- Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, England und Wales und Italien, 1955-1964, BKA-Schriftenreihe, Wiesbaden 1968

Hornthal, Steffen

- Psychologische Gesichtspunkte zur Bekämpfung der Straßenkriminalität durch die Schutzpolizei; in: Die Polizei 1977, S. 224 ff.

Jäger, Joachim

- Die kriminologische Regionalanalyse; in: Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, PFA, Nr. 4/1976, S. 63 ff.
- Kriminalitätslageberichte; in: Kriminalistik 1976, S. 355 ff.

Kaiser, Günther

- Kriminologie. Eine Einführung in die Grundlagen, 3. Aufl., Heidelberg u. Karlsruhe 1976

Kaleth, Hans

- Der reisende Täter; in: Der Kriminalist 1970, S. 11 f.

Keller, Othmar

- Zur Verbrechensbekämpfung in großstädtischen Ausstrahlungsgebieten; in: Die Polizei 1969, S.173 ff

Kern, Georg u. Paul, Werner

- Aufbau und Organisation der EDV bei einer Großstadtpolizei; in: Die Polizei 1971, S. 1 ff.

Kerner, Hans-Jürgen

- Art.: ;Kriminalstatistik"; in: KKW, hrsg. von G. Kaiser, F. Sack, H. Schellhoss, Freiburg i. Brsg. 1974, S. 189 ff.
- Die Stellung der Prävention in der Kriminologie; in: Kriminalistik 1976, S. 1 ff. u. S. 57 ff.

Kraft, Günther

- Bestehen zwischen Konjunktur, Bildungspolitik, Arbeitslosigkeit und Kriminalität Zusammenhänge?; in: Der Kriminalist 1978, S. 480 ff.

Kraus, Eduard

- Bundeseinheitliche Kriminalstatistiken auf EDV-Basis; in: Die Polizei 1971, S. 1 ff.

Kreuzer, Arthur

- Über kriminologische Dunkelfeldforschung; in: Kriminalistik 1976, S. 145 ff.

Krüger, Horst

- Kriminalgartographie mit dem Computer; in: ÖVD 1974, S. 216 ff.
- Kriminalgeographische Auswertungen heute und mit der Straftaten-/ Straftäterdatei (SSD); in: Kriminalistik 1978, S. 460 ff.

Kube, Erwin

- Welche präventiven Auswirkungen hat eine durch vermehrte Streifentätigkeit erhöhte Polizeipräsenz?; in: Kriminalistik 1975, S. 481 ff.
- Was geschieht auf dem Gebiet der Kriminalitätsprognose?; in: Kriminalistik 1976, S. 350 ff.
- Reaktionszeit des Bürgers und polizeilicher Erfolg; in: Deutsche Polizei Nr. 8/1978, S. 19
- Städtebau, Architektur und Kriminalität; in: Deutsche Polizei Nr. 10/1978, S. 17 ff.

Kürzinger, Josef

- Private Strafanzeige und polizeiliche Reaktion, Berlin 1978

Küster, Dieter

- Die Erprobung der Straftaten-/ Straftäterdatei - ein erster Schritt zur allgemeinen Einführung; in: Kriminalistik 1975, S. 433 ff.

Lahann, Sigurd

- Die Kriminalität Hamburgs, jur. Diss., Hamburg 1937

Lander, Bernard

- Towards an Understanding of Juvenile Delinquency, New York 1954

Lang, Wolfgang

- "Kleine Regionalpolizeien" in Baden Württemberg; in: Die Polizei 1970, S. 172 ff.

Liszt, Franz von

- Zur Vorbereitung des Strafgesetzentwurfs; in: Festschrift für den 26. Deutschen Juristentag, Berlin 1902, S. 70 ff.

Lombroso, Cesare

- Die Ursachen und Bekämpfung des Verbrechens, (Autorisierte Übersetzung von H. Kurella und E. Jentsch), Berlin 1902

Mannheim, Hermann

- Comparative Criminology, London 1965
- Vergleichende Kriminologie (englischer Originaltitel "Comparative Criminology"), Bd. I u. II, Stuttgart 1974

Martens, Ulrich

- Wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit und Kriminalitätsbewegung, Sonderband der BKA-Forschungsreihe, Wiesbaden 1978

Martens, Ulrich u. Steinhilper, Gernot

- Zum Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität; in: Kriminalistik 1978, S. 498 ff.

Matussek, Hans

- Zum Inhalt des gegenwärtigen Verbrechensbegriffes; in: Kriminalistik 1977, S. 335 ff.

Mayer, Hellmuth

- Kriminalpolitik als Geisteswissenschaft; in: ZStW 1957, S. 1 ff.

Mayr, Georg von

- Statistik und Gesellschaftslehre, Bd. III, Moralstatistik mit Einschluß der Kriminalstatistik, Tübingen 1917

Melcher, Achim

- Studien zur Geschichte der Kriminalsoziologie, Kriminologische Studien Bd. 5, Göttingen 1970

Mergen, Armand

- Die Kriminologie. Eine systematische Darstellung, 2. Aufl., München 1978

Merton, Robert K.

- Social Theory and Social Structure, 9. Aufl., New York 1966

Merz, G.

- Die Kriminalität von drei strukturell verschiedenen Gemeinden des Elztales in der Zeit von 1920-1949, jur. Diss., Freiburg 1952

Mezger, Edmund

- Kriminologie, Berlin 1951

Middendorff, Wolf

- Art.: "Natürliche Umwelt"; in: HwK, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin 1968, S. 240 ff.

Mitscherlich, Alexander

- Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965

Munker, Norbert

- Sind PKW-Aufbrecher ortsgebunden?; in: Der Kriminalist 1978, S. 437

Nagel, Willem H.

- Art.: "Religion"; in: HwK, 2. Aufl., Bd. 3, Berlin 1969, S. 30 ff.

Noltenius

- Die Kriminalität im Gebiet der Freien Hansestadt Bremen, jur. Diss., Leipzig 1926

Oechsler, Martin

- Die Kriminalität zweier badischer Landstädte während der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit (1935-1949), jur. Diss., Freiburg 1952

Oehlert

- Der Wein und die Kriminalität; in: MSchrKrim 1906, S. 705 ff.

Ondruch, Rudolf

- Diebstahl aus Kraftfahrzeugen - das Massendelikt unserer Zeit; in: Kriminalistik 1978, S. 241 ff.

Opp, Karl-Dieter

- Zur Erklärung delinquenten Verhaltens von Kindern und Jugendlichen, München 1968

Pertersilie, E.

- Untersuchungen über die Kriminalität in der Provinz Sachsen; in: Gerichtssaal, Beilageheft zu Bd. 64, Stuttgart 1904

Pinatel, Jean u. Bouzat, Pierre

- Traité de droit pénal et de criminologie, Paris 1970

Polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Bundeskriminalamt, Wiesbaden (zitiert nach Jahr und Seite)

Quensel, Stefan

- Läßt sich die Delinquenzbelastung messen?; in: KrimJ 1969, S. 4

Quetelet, L. A. J.

- Sur l'homme et le développement de ses facultés; Essai de physique sociale, Paris 1835

Rager, Ludwig

- Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität; in: Die neue Polizei 1977, S. 43 ff.

Ritgen, Werner M.

- Die Polizeiliche Kriminalstatistik - unter besonderer Berücksichtigung ihrer Fehlerquellen, jur. Diss., Bonn 1971

Roesner, Ernst

- Art.: "Jahreszeiten"; in: HwK, Bd. 1, Berlin u. Leipzig 1933, S. 688 ff.
- Die örtliche Verteilung der Kriminalität im Deutschen Reich; in: MSchrKrim 1937, S. 305 ff.
- Zur Kriminalgeographie Österreichs; in: MSchrKrim 1938, S. 584 ff.

Rößmann, Egon

- Phänomen der Massenkriminalität und die Möglichkeit ihrer Bekämpfung; in: Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, PFA, Nr. 1/1974, S.23 ff.

Rosenow, Ernst

- Zur Ermittlung des Personalbedarfs; in: Die Polizei 1969, S. 177 ff.

Rupprecht, Reinhard

- Kriminalstruktur. Theoretische Probleme und praktische Beispiele; in: Kriminalistik 1974, S.481 ff.
- Arbeitslosigkeit und Kriminalität; in: Die Polizei 1977, S. 345 ff.

Sack, Fritz

- Die Ost-West-Wanderung der Kriminalität; in: Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 4, Hrsg. H. Schäfer, Hamburg 1968, S. 245 ff.

Sauer, Wilhelm

- Kriminologie, Berlin 1950

Schäfer, Herbert

- Die Voraussetzungen einer rationalen Kriminalstrategie; in: Kriminalistik 1976, S. 345 ff.
- Zwischenbehördliche Kriminalitätsprophylaxe; in: Kriminalistik 1977, S. 431 ff.

Schalk, Werner

- Die Kriminalität von vier in ihrer sozialen Struktur verschiedenen Gemeinden Südbadens in der Zeit von 1938-1952, jur. Diss., Mainz 1954

Scheidtmann, Gerd

- Einsatzmöglichkeiten der Schutzpolizei zur Bekämpfung der Straßenkriminalität; in: Deutsche Polizei Nr. 10/1976, S. 17 ff.

Schmid, Calvin F.

- Urban Crime Areas; in: ASR 1960, S. 527 ff. u. S. 655 ff. (auszugsweise deutsche Übersetzung : Verbrechensmorphologie einer Großstadt; in: Kriminalsoziologie, Hrsg. F. Sack u. R. König, Frankfurt 1968, S. 121 ff.)

Schneider, Hans-Joachim

- Kriminologie, Berlin u. New York 1974

Schorm, Wolfgang

- Die polizeiliche Kriminalstatistik als Instrument der Verbrechensbekämpfung; in: Die Polizei 1973, S. 37 ff. u. S. 74 ff.

Schreiber, Manfred

- Regionalpolizei?; in: Die Polizei 1967, S. 266
- Anmerkung im Anschluß an Diekmann: Polizeivollzugsdienst in einer Großstadt der Zukunft; in: Die Polizei 1968, S. 168 ff.
- Die Grenzen örtlicher Zuständigkeit und die polizeiliche Effektivität; in: Die Polizei 1971, S. 200 f.
- Ist die Kriminalitätsentwicklung - und damit die Sicherheitslage - verläßlich zu beurteilen?; in: Kriminalistik 1976, S. 490 ff.
- Städtebau und Kriminalität; in: Kriminalistik 1979 S. 54 ff.

Schülert, Heinz

- Effektivität der kriminalpolizeilichen Arbeit; in: Kriminalistik 1969, S. 398 ff.

Schwind, Hans Dieter

- Kriminalgeographie und Prävention; in: Polizei und Prävention, BKA-Vortragsreihe Bd. 22, Wiesbaden 1976, S. 39 ff.
- Neue Wege der Kriminalgeographie; in: Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Dokumentation des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Nordrhein-Westfalen (bdk NRW), Düsseldorf 1976, S. 77 ff. (Sonderdruck aus: "Der Staat und seine Territorien", Festschrift für M. Schwind, Wiesbaden 1976)

Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Eger, H. J. u. a.

- Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973/74, BKA-Forschungsreihe Bd. 2, Wiesbaden 1975

Schwind, H.-D., Ahlborn, W., Weiß, R.

- Empirische Kriminalgeographie. Bestandsaufnahme und Weiterführung am Beispiel Bochum ("Kriminalitätsatlas Bochum"), BKA-Forschungsreihe Bd. 8, Wiesbaden 1978

Schwind, H.-D., Eger, H. J.

- Zwischenbericht zur Dunkelfeldforschung in Göttingen; in: Kriminalistik 1974, S. 242 ff.

Schwind, H.-D., Jany, U., Simon, M., Wohlgemuth, R.

- Kriminalgeographie - Kriminalitätsatlas Bochum. Beschreibung eines geplanten kriminologischen Forschungsprojekts; in: Kriminalistik 1975, S. 241 ff.

Schwind, H.-D., Steinhilper, G.

- Einige Ergebnisse der Bochumer kriminalgeographischen Untersuchungen; in: Kriminalistik 1978, S. 433 ff.

Seelig, Ernst

- Lehrbuch der Kriminologie, 3. Aufl., Darmstadt 1963

Seifert, Fedor

- Feuerbach als Kriminalpsychologe, jur. Diss., Freiburg 1976

Sellin, Thorsten

- The Significance of Records of Crime; in: The Quarterly Review 1951, S. 489 ff. (deutsche Übersetzung: Die Bedeutung von Kriminalitätsstatistiken; in: Kriminalsoziologie, Hrsg. F. Sack u. R. König, Frankfurt 1968, S. 41 ff.

Seuffert, Hermann

- Untersuchungen über die örtliche Verteilung der Verbrechen im Deutschen Reich, Breslau 1906; in: Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 75

Shaw, Clifford R.

- Delinquency Areas; A Study of the Geographie Distribution of School Truants, Juvenile Delinquents and Adult Offenders in Chicago, Chicago 1929

Shaw, C. R. u. McKay, H. D.

- An ecological analysis of Chicago; in: Wolfgang/ Savitz/ Johnston, The Sociology of Crime and Delinquency, London u. New York 1962, S. 233 ff.
- Juvenile Delinquency and Urban Areas, 2. Aufl., London 1969

Sieber, Sam P.

- Die Integration von Feldstudien und Erhebungen; in: Soziale Welt 1974, S. 14 ff.

Sieverts, Rudolf

- Kriminologische Forschung als Landschafts-Teilaufgabe der deutschen Hochschulen; in: MSchrKrim 1935, S. 1 ff.

Spalding, Hansdieterich

- Kriminalitätsbekämpfung durch die Schutzpolizei - Bericht über ein Seminar; in: Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, PFA, Nr. 3/1976, S.79 ff.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (zitiert nach Jahr und Seite)

Stattaus, Gerhard

- Zur Bekämpfung des bodenständigen Verbrechertums; in: Kriminalistik 1969, S. 38

Steffen, Wiebke

- Analyse polizeilicher Ermittlungstätigkeit aus der Sicht des späteren Strafverfahrens, BKA-Forschungsreihe Bd. 4, Wiesbaden 1976
- Polizei und Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren; in: Deutsche Polizei Nr. 5/1976, S. 9 ff.

Steiner, Georg

- Der Computer als Führungsmittel; in: Die Kriminalstatistik als Führungsmittel, Polizei-Institut Hilstrup 1972, S. 155 ff. (gekürzt in: Kriminalistik 1973, S. 5 ff.)
- Nürnberg: "Polizeirevier auf Rädern"; in: Die Polizei 1972, S. 259 f.

Stein-Hilbers, Marlene

- Art.: "Statistik und Kriminalität"; in: HwK, 2. Aufl., Bd. 3, Berlin 1975, S. 199 ff.

Steinhilper, Gernot

- Arbeitslosigkeit und Kriminalität; in: Kriminalistik 1976, S. 385 ff.
- Forschung im Dienste der Prävention; in: Kriminalistik 1977, S. 145 ff.

Stephan, Egon

- Die Stuttgarter Opferbefragung, BKA-Forschungsreihe Bd. 3, Wiesbaden 1976

Stöwesand, Walther

- Die Kriminalität in der Provinz Posen und ihre Ursachen; in: Gerichtssaal, Beilageheft zu Nr. 77, Stuttgart 1910

Stümper, Alfred

- Verwaltungsreform - und die Polizei?; in: Die neue Polizei 1969, S. 85 ff.
- Hat die Prävention eine Chance gegenüber der modernen Kriminalität; in: Kriminalistik 1973, S. 193 ff.

Stuff, Hans-Georg

- Die Straftaten-/ Straftäterdatei als INPOL-Baustein; in: Kriminalistik 1974, S. 402 ff.

Sutherland, Edwin H. u. Cressey, Donald R.

- Criminology, 9. Aufl., Philadelphia, New York, Toronto 1974

Suttinger, Günter

- Art.: "Jugendkriminalität"; in: HwK, 2. Aufl., Bd. 1, Berlin 1966, S. 401 ff.

Szabo, Denis

- Urbanisation et criminalité; in: Revue de l'institut de sociologie 1963, S. 37 ff. (deutsche Übersetzung: Urbanisation und Kriminalität; in: Kriminalsoziologie, Hrsg. F. Sack, R. König, Frankfurt 1968, S. 105 ff.

Thraser, Frederic M.

- The gang - a study of 1 313 gangs in Chicago, Chicago 1927

Vergleichende City Studie

Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Bad Godesberg 1966

Verkko, V.

- Die Abhängigkeit der Gewaltkriminalität vom Volkscharakter und anderen ethnischen Faktoren, Helsinki 1936
- Eine Untersuchung über die ethnischen Verschiedenheiten der Gewaltkriminalität mit besonderer Berücksichtigung des Alkoholgenusses; in: MSchrKrim 1938, S. 481 ff.

Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität

Abschlußbericht der Stadt Berlin, Hrsg. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Berlin 1974

Villmow, Bernhard u. Kaiser, Günther

- Empirisch gesicherte Erkenntnisse über Ursachen der Kriminalität; in: Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, Abschlußbericht der Stadt Berlin, Hrsg. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Berlin 1974, Anhang A

Warkentien, Claus

- Für den Datenverbund gerüstet...?; in: Kriminalistik 1972, S. 217 ff.

Wassermann, Rudolf

- Kriminalgeographie und Strafzumessung; in: MSchrKrim 1907/8, S. 155 ff.

Weber, Hellmuth von

- Art.: "Kriminalsoziologie"; in: HwK, 2. Aufl., Bd. 2, Berlin 1967, S. 63 ff.

Weinberger, Rolf

- Anpassung der Organisation an die Erfordernisse der Praxis; in: Grundlagenforschung und Kriminalpolizei, Hrsg. Bundeskriminalamt, Wiesbaden 1969, S. 79 ff.

Wenzky, Oskar

- Kriminalanalytik und Einsatzmöglichkeiten; in: Die Polizei 1969, S. 233 ff. u. S. 334 ff.

Wenzky, Oskar u. Sobek, Raimund

- Analyse des Bankraubes; in: Kriminalistik 1969, S. 57 ff.

Westphal, Egon

- Städtebau und Kriminalität; in: Deutsche Polizei Nr. 7/1977, S. 7
- Der moderne Städtebau und sein Einfluß auf die Kinder- und Jugendkriminalität; in: Die neue Polizei 1978, S. 114 ff.

Wiesel, Georg u. Gerster, Helmut

- Das Informationssystem der Polizei INPOL, BKA-Schriftenreihe Bd. 46, Wiesbaden 1978

Zienemann

- Untersuchungen über die Kriminalität in der Provinz Ostpreußen, jur. Diss., Halle 1912

Ziercke, Jörg

- Der Fallanalytiker - neue berufliche Rolle des Kriminalbeamten; in: Kriminalistik 1976, S. 120 ff.

Lebenslauf

Am 9. Juli 1948 wurde ich als drittes Kind des Kaufmanns Rolf Redeker und seiner Ehefrau Renate, geb. Spiegel in Bremen geboren. 1955 wurde ich in Bremen eingeschult und wechselte nach vier Grundschuljahren zunächst auf ein neusprachliches, später auf ein wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium. Dort bestand ich 1968 die Reifeprüfung. Danach leistete ich anstelle des Bundeswehrdienstes einen Ersatzdienst beim Bundesgrenzschutz in Ratzeburg/Schleswig-Holstein ab.

Im Sommersemester 1970 immatrikulierte ich mich im Fachbereich Rechtswissenschaft an der Universität in Göttingen. Nach Ablauf des dritten Semesters setzte ich mein Studium an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg fort, wo ich im Herbst 1974 das erste juristische Staatsexamen bestand. Danach begann ich mit der Arbeit an der vorliegenden Dissertation.

Im April 1976 wurde ich in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Bremen übernommen. Nach meiner Heirat mit meiner Ehefrau Sibylle, geb. Rahm, im Dezember 1976, wurde ich auf Antrag in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Baden-Württemberg versetzt und dem Landgericht Freiburg mit Wirkung vom 1. Juni 1976 zugewiesen. Am 22. Januar 1979 legte ich vor dem Landesjustizprüfamt in Stuttgart das zweite juristische Staatsexamen ab. Seit Februar 1979 bin ich als Rechtsanwalt in Bremen tätig.

